

Hamburg 24.10.-26.10.2012



4. Bundesfachkongress

interkultur

DIVERCITY

Realitäten_Konzepte_Visionen

Kongress- Dokumentation

www.bundesfachkongress-interkultur-2012.de

Inhalt

Mittwoch, 24.10.2012 Kampnagel Hamburg

- 03 **Vorwort** Rolf Graser / Natascha Tomchuk / Anja Turner
- 04 **Vielfalt gestalten. Zur Geschichte der Bundesfachkongresse 2006-2012** Dr. phil Rüdiger Sareika
- 06 **Grußwort** Olaf Scholz / Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
- 08 **Grußwort** Dr. Manfred Schmidt / Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
- 09 **Neue Narrative für ein neues Deutschland?** Dr. Naika Foroutan
- 13 **Kulturbeitrag: Die Internationalisierung des Thalia-Theaters** Prof. Dr. Carl Hegemann
- 13 **Lesung und Gespräch: Carl Hegemann und Navid Kermani über den Roman „Dein Name“**
- 15 **Gespräch: Eine Generation ohne Grenzen und Heimat?**
Olga Grjasnowa / Jagoda Marinić / Lena Gorelik im Gespräch mit Alice Bota
- 17 **Die Grenzen kultureller Diversitätspolitik. Britische Museen im Spannungsfeld nationaler Repräsentationspolitik** Dr. Victoria Walsh
- 18 **Hajusom e.V. und transnationale Kunst in Hamburg**
- 19 **Eröffnungsrede zum Interkulturellen Festival eigenarten**
Dr. Nikolas Hill / Staatsrat der Kulturbehörde Hamburg
- 21 **eigenarten Interkulturelles Festival Hamburg** Judy Engelhard / Julie Salviac / Kai Peters

Donnerstag, 25.10.2012 Bürgerhaus Wilhelmsburg

- 22 **Grußwort** Prof. Dr. Christoph Wulf / Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission
- 25 **Each one Teach one - Brücken bauen, Perspektiven ändern** Olad Aden
- 27 **FACHFORUM 1**
Umgang mit Vielfalt – Definition, Konzepte, Maßnahmen des Diversity-Managements
- 27 **Einführung in und Überblick über die historische Entwicklung des Umgangs und der Wertschätzung von Vielfalt** Ana María Jurisch / Tina Jerman
- 28 **Status quo des Diversity Managements in der deutschen Wirtschaft** Dr. Petra Köppel
- 30 **Indikatoren und Reflexionsfragen für ein Diversity Check in Kultureinrichtungen** Dr. Ursula Struppe
- 31 **Chancengleich(heit) prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen** Dr. Corinna Mandler Gayer
- 33 **Fachforum 3: Zusammenfassungen** Jürgen Markwirth / Tina Jerman / Mozhgan Rabbany Bitaraf
- 35 **Leitempfehlungen der Referentinnen**
- 36 **Crossroads. Kunst. Menschen. Geschichten.** Johanna Dyckerhoff
- 37 **FACHFORUM 2**
Die Ethnisierung von Konflikten – Ursachen und Gegenstrategien
- 37 **„Ethnisierung von Konflikten“ - Ursachen und Gegenstrategien** Dr. Kemal Bozay
- 41 **Zur Ethnisierung von Konflikten: Die Rolle der Medien** Konstantina Vassiliou-Enz
- 44 **Fachforum 2: Handlungsempfehlungen** Nuray Ateş
- 45 **Fachforum 2: Zusammenfassung** Mustafa Pamirsad
- 46 **FACHFORUM 3**
Bildung, Rassismus und Diskriminierung: Wenn sich Erfahrungen überschneiden.
- 46 **WIR-Projekt Projektbeschreibung: „Endlich mal was für uns“** Irinell Ruf
- 50 **Fachforum 3: Zusammenfassung** Dr. Andreas Hieronymus
- 51 **Fachforum 3: Ein subjektiver Erfahrungsbericht** Viktoria Bauer

53	FACHFORUM 4 Migrantenorganisationen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Selbstethnisierung
53	Förderung von Migrantenorganisationen Svend Clause
55	MigrantInnenorganisationen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Selbstethnisierung Dr. Birgit Jagusch
58	Fachforum 4: Ergebnisse Rolf Graser
61	Fachforum 4: Erfahrungsbericht Andreas Rosenthal
62	FACHFORUM 5 Effekte der Globalisierung: Interkulturalität, Vielfalt der (Geschlechter)Identitäten und Möglichkeiten für ein gemeinsames „Wir“
62	Ungleiche Vielfalt im globalen Dorf. Überlegungen zur Zukunft der kulturellen Vielfalt in einer Welt in Schieflage Dr. Gerald Faschingeder
65	Globalisierung und Interkulturalität: Minimale Bemerkungen zur Bedeutung des Kategorienpaars für ein Solidarzusammenleben. Prof. Dr. Louis Henri Seukwa
69	Kulturelle Identitäten, Gender und die Politik der Bilder Dr. Kerstin Brandes
75	Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung: Der Anti-Bias-Ansatz Dr. Rita Panesar
79	Fachforum 5: Handlungsempfehlungen Natascha Tomchuk
80	Fachforum 5: Zusammenfassung Ormina Maschal
81	FACHFORUM 6 Interkultur, Stadtentwicklung, Städtebau und Architektur
81	Einfluss der Migration auf die Stadtentwicklung in Deutschland Birsun Coskun-Öztürk
83	Interkultur, Stadtentwicklung, Städtebau und Architektur Uli Hellweg
85	Rahmenbedingungen für eine inklusive Migrationsgesellschaft: Verantwortung der Kommune: Die mögliche Rolle der Kultur für die Realisierung von Inklusion Dr. Dorothea Kolland
88	Integration durch Teilhabe Anna Becker
91	Kommunale Rahmenbedingungen am Praxisbeispiel „ExTra! Exchange Traditions“: Hamburg-Wilhelmsburg Stadt(teil)entwicklung durch musikalisches Community Building Katja Scheer
93	Fachforum 6: Zusammenfassung Gabriela Schmitt
93	Fachforum 6: Zusammenfassungen Arzu Değirmenci / Janne Kieselbach
95	Interkulturelle pädagogische Arbeit des Jungen Schauspielhauses und des Utopia Busses Stanislava Jević

Freitag, 26.10.2012 Freie Akademie der Künste

96	Studien in der postmigrantischen Gesellschaft: Eine kritische Auseinandersetzung Dr. Riem Spielhaus
101	Lets's keep it that way oder in der alten Weise fortfahren. Ruud Breteler
104	Raus aus der Nische: Zur kulturpolitischen Entwicklung im Bereich „interkultureller Kulturarbeit“ in Hamburg Klaus Irlner
106	Hamburger Teegespräche
107	Zusammenfassung: Kulturelles Rahmenprogramm Judy Engelhard / Behnaz Vassighi
108	Zusammenfassung des Bundesfachkongresses Prof. Dr. Mohamed Turki
110	Impressum



Vorwort Rolf Graser / Forum der Kulturen Stuttgart e.V. Natascha Tomchuk / Kunst- und Medienwissenschaftlerin / Hamburg Anja Turner / Kulturbehörde Hamburg

Der 4. Bundesfachkongress Interkultur in Hamburg leitete einen Paradigmenwechsel ein. Auf dem vom 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz eröffneten Kongress diskutierten rund 450 Teilnehmer, darunter viele internationale Gäste, drei Tage lang unter dem Motto „DiverCity – Realitäten_Konzepte_Visionen“ über Zukunft und Gegenwart der Interkultur. Es waren Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, die sich in Hamburg trafen, Wissenschaftler und Praktiker, Politiker und Vertreter von Migrantenorganisationen, Integrationsbeauftragte und Kulturveranstalter, Künstler, Pädagogen und Medienmacher.

An der Gestaltung dieser zivilgesellschaftlichen Initiative wirkten viele Akteure, Vereine, Künstler, Kulturhäuser und Behörden mit – allen voran der Initiativkreis Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt und das Forum der Kulturen Stuttgart e.V., das Interkulturelle Forum Hamburg, die W3 – Werkstatt für Internationale Kultur und Politik e.V. sowie die Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

Der Initiativkreis Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt und das Forum der Kulturen Stuttgart e.V. waren von Anfang an mit dabei. Der Initiativkreis ist ein Zusammenschluss von interkulturell aktiven Persönlichkeiten und Institutionen im erweiterten Umfeld der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Deutschen UNESCO-Kommission – ein Zusammenschluss, der es sich zum Ziel gesetzt hat, bislang meist getrennt geführte Diskurse zusammenzuführen und dadurch neue interkulturelle Politik- und Arbeitsansätze zu entwickeln. Die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft und der globalisierten Welt sowie ihre Auswirkungen auf die kulturelle und künstlerische Praxis sind die Themen dieses Initiativkreises, der sich seit 2005 in lockerer Form zur Diskussion dieser Fragen zusammenfindet. Sein wichtigstes Projekt sind die Bundesfachkongresse Interkultur: 2006 in Stuttgart, 2008 in Nürnberg und im Oktober 2010 in Bochum.

„Kulturelle Vielfalt – Differenzieren statt Pauschalisieren“, das war das Motto des 1. Bundesfachkongresses Interkultur, den das Forum der Kulturen Stuttgart e.V. im Oktober 2006 im Stuttgarter Rathaus veranstaltete. Seit diesem ersten Kongress hat sich bereits viel verändert und es wurde schnell klar, dass es nicht genügt, sich ausschließlich auf die kulturellen Unterschiede zu konzentrieren. Neue Fragestel-

lungen wollten bearbeitet werden: Wie kann das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft in einer globalisierten Welt gestaltet werden? Wie findet eine längst reale Migrationsgesellschaft vom abgrenzenden „Wir“ und „Ihr“ zu einem neuen Wir zusammen? Wie ist eine an Defiziten orientierte Integrationspolitik so zu verändern, dass die Vielfalt der Kulturen als Chance und Zugewinn begriffen wird? Oder ist die inklusive vielfältige Gesellschaft in Deutschland längst gelebte Realität? Auf Fragen und Problemstellungen wie diese gab der 4. Bundesfachkongress Interkultur vom 24. bis 26.10.2012 in Hamburg eine Vielzahl an Antworten – und warf dabei neue Fragen auf.

„Neue Narrative für ein neues Deutschland“ forderte gleich zu Beginn des Kongresses Dr. Naika Foroutan in ihrem Impulsvortrag und machte klar, dass die meisten der aktuellen Diskurse rund um den Integrationsbegriff nicht geeignet sind, der deutschen Realität mit ihren komplexen Lebenswelten gerecht zu werden. Sie forderte ein neues post-migrantisches Denken für ein Land, in dem Migration zur Selbstverständlichkeit geworden ist und in dem es keine segregierende Unterscheidung mehr geben darf zwischen „echten“ und „unechten“, alteingesessenen und hinzugekommenen Deutschen. Mit diesem Postulat legte sie eine zentrale Grundlage für die weiteren Diskussionen auf dem Kongress.

Neue Maßstäbe setzte der Bundesfachkongress, in dem er einen Paradigmenwechsel forcierte, um sich von einem Integrationsbegriff zu verabschieden, der sich weitgehend an Defiziten orientiert und damit letztlich ausgrenzend wirkt. Stattdessen wurde eine Neuausrichtung hin zu einer Politik der Diversität, des ebenso notwendigen wie pragmatischen „Diversity Management“ propagiert. In zahlreichen Vorträgen, Diskussionen und in sechs Fachforen wurden Gestaltungsspielräume und Hindernisse, Realitätsdimensionen und Potenziale dieses Paradigmenwechsels vorgestellt und diskutiert. Es wurde nach Konzepten gesucht, um auf die unterschiedlichen Herausforderungen unserer kulturell vielfältigen Gesellschaft angemessen zu reagieren, mit einer Politik, die in der Lage ist, Strukturen und Räume zu schaffen, innerhalb derer sich Diversität entfalten und entwickeln kann.

Tragfähige gesellschaftliche Zukunftskonzepte, gerechte Teilhabe und interkultureller Dialog waren weitere Themen,

die für die Kongresse von Anfang an zentral waren und bis heute ihre Aktualität nicht verloren haben. Der 4. Kongress griff diese unter dem Aspekt „Diversity“ als gesamtgesellschaftliches und vielschichtiges Konzept auf.

Im Fachforum „Diversity Management“ wurde anhand von Praxisbeispielen der Umgang mit Vielfalt in Wirtschaftsunternehmen, Organisationen und Verwaltungen erörtert und im Rahmen eines „Diversity Checks“ auf Anwendbarkeit hin überprüft. Offensive Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Nationalismus sowie eine Absage an Kulturalisierungen und Ethnisierungen jeglicher Art waren weitere Themengebiete, die – wie die Ereignisse der letzten Jahre in Deutschland zeigten – nach wie vor einer intensiven Diskussion bedürfen und notwendig in die Diversity-Konzepte implementiert werden müssen. In weiteren Fachforen wurde der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantenorganisationen ebenso nachgegangen wie der Bedeutung von Gender sowie der Konstruktion und dem Wandel von Identität(en) in einer globalisierten Welt. Auch der Beitrag, den Stadtentwicklung und Städtebau für ein zeitgemäßes Diversitäts-Management leisten, war Thema eines Fachforums.

Welche zentrale Rolle Kunst und Kultur in der Vielfaltsgesellschaft schon heute spielen, zeigte das eindrucksvolle Kulturprogramm, das in den Kongress eingebettet war und von den VertreterInnen der interkulturellen Kulturszene Hamburgs in Form des Interkulturellen Forums Hamburg und der W3 – Werkstatt für Internationale Kultur und Politik e.V. maßgeblich inhaltlich wie auch organisatorisch mitgestaltet wurde. Dazu gehörten Beiträge aus dem Programm des interkulturellen Festivals „eigenarten“ ebenso wie Aufführungen im Deutschen Schauspielhaus und im Thalia Theater.

Neben dem Kulturprogramm kamen weitere Formate zum Einsatz, wie z.B. die „Hamburger Teegespräche“, in denen Kulturschaffende und gesellschaftliche Akteure im Gespräch mit NDR-Moderatorin Julia-Niharika Sen über ihre unterschiedlichen kulturellen Hintergründe und Erfahrungen in Deutschland berichteten, oder die Gesprächsrunde zwischen jungen migrantisch geprägten Autorinnen über ihre Befindlichkeiten beim Schreiben. Deutlich wurde dabei, wie sich auch die kulturelle Praxis im Zeichen von Diversity verändert und wie darüber künstlerisch reflektiert wird.

Vielleicht machte genau dies das Besondere an dem 4. Kongress aus. Denn neben der auf Vielfalt gebauten Organisationsstruktur war es allen Beteiligten ein besonderes Anliegen, die theoretischen Ansätze mit praktischen Beispielen zu untermauern, was sich auch in dem begleitenden Kulturprogramm niederschlug. Die gelungene Umsetzung dieser Kombination sowie die bunte und vielfältige Zusammensetzung der Teilnehmerschaft wurden von den Medien und dem Kongresspublikum anerkannt und gewürdigt.

Zum Abschluss zog der Kulturphilosoph und Soziologe Prof. Dr. Mohamed Turki eine erste Bilanz des Kongresses und betonte, dass das Konzept für eine „Wir-Gemeinschaft“ bzw. „Wir-Identität“ philosophisch nicht neu sei. Um dies zu bekräftigen, hob er die Rolle der Humanität als verbindende Klammer für eine interkulturelle Gesellschaft hervor: „In Rahmen der Humanität können die Perspektiven von Interkulturalität neu bewertet werden: Der Andere wird dann nicht mehr als Fremder, sondern als ein Spiegelbild des ei-

genen Selbst gesehen.“ Turki schloss seinen Vortrag mit der Empfehlung, sich bei dem kommenden Bundesfachkongress dem Thema des Humanismus bzw. dem post-humanistischen Diskurs im Zusammenhang mit der Entfaltung der Interkulturalität zu nähern, denn ohne die Auseinandersetzung mit dieser wichtigen Qualität unseres Menschseins könnten viele Ansätze der interkulturellen Kulturarbeit wirkungslos bleiben.

Jetzt geht es darum, die praxisnahen Anregungen für das weitere Arbeiten festzuhalten. Am Ende des 1. Bundesfachkongresses Interkultur wurden die „Stuttgarter Impulse“ mit Leitlinien und Handlungsempfehlungen formuliert. Nun soll es ein „Hamburger Update“ geben, an dem der Initiativkreis derzeit noch feilt. Nach Fertigstellung wird man diese Aktualisierung dann von der Kongress-Website (www.bundesfachkongress-interkultur-2012.de) herunterladen können. Sicherlich werden darin auch wichtige Hinweise enthalten sein, welchen Herausforderungen sich der nächste Bundesfachkongress stellen muss, der im Herbst 2014 stattfinden wird.



Natascha Tomchuk



Anja Turner



Rolf Graser

Vielfalt gestalten. Zur Geschichte der Bundesfachkongresse Interkultur von 2006 bis 2012

Dr. phil. Rüdiger Sareika
Beauftragter für Kunst und Kultur
der Evangelischen Kirche von
Westfalen (EkvW)

Die Vorgeschichte der seit 2006 stattfindenden Bundesfachkongresse Interkultur reicht bis in die 1980er Jahre zurück. Damals hatten sich die Deutsche UNESCO Kommission, die Kulturpolitische Gesellschaft und die Evangelische Akademie Villigst (vormals Iserlohn) zusammengetan, um vor dem Hintergrund der Ziele ihrer jeweiligen Institutionen den sich abzeichnenden Diskurs zu Kultur, internationalem Austausch, Migration und Entwicklungspolitik zu verfolgen und mitzugestalten. In erster Linie ging es den Beteiligten darum, in einen konstruktiven Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren der interkulturellen und internationalen Kulturarbeit zu treten.

Anlass war die Erklärung von Mexiko als Ergebnis der UNESCO Weltkonferenz über Kulturpolitik von 1982. In Mexiko proklamierten die Vertreter von 126 Nationen auf der Basis des „erweiterten“ Kulturbegriffs, dass kulturelle Identität, Kreativität und kultureller Austausch sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft maßgebend für die Entwicklung einer humanen Gesellschaft waren und sind.

Den vielen unterschiedlichen Kulturen käme in der Zukunft eine besondere Bedeutung zu, ihren Wert und ihre Eigenständigkeit gälte es gerade in einer Welt der globalen Zusammenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Damit standen bereits die Eckpunkte für die 2005 verabschiedete UNESCO Konvention zur kulturellen Vielfalt fest. Bis dahin war es aber für alle Beteiligten noch ein weiter Weg.

Aus der Fülle der Kontakte der Tagungen zur „kulturellen Vielfalt“ in Villigst entstand ein eigenes Netzwerk, das einer eigenen Entwicklung bedurfte. Dazu wurde 2004 zum ersten Mal auf breiter Basis zu einem Strategietreffen in das Haus der Kulturpolitischen Gesellschaft nach Bonn eingeladen. Zielsetzung war es, vorliegende Erkenntnisse in politisches Handeln und in die Schaffung tragfähiger Strukturen umzusetzen. Wegweisende Ansätze sollten vernetzt, verstetigt und weiterentwickelt werden. Dazu schienen ein Bundesweiter Ratschlag und ein Kongress zum Thema Interkultur die geeigneten Mittel zu sein. Eine Serie von Kongressen war zunächst nicht geplant. Aber der bisherige Erfolg zeigt, dass das Konzept weiterhin trägt und zur Qualifizierung von kultureller Vielfalt vor allem auf der Ebene der Akteure beitragen kann.

Der Kongress 2006 in Stuttgart, maßgeblich vorbereitet vom Forum der Kulturen Stuttgart e.V., stand ganz im Zeichen der gerade ein Jahr zuvor verabschiedeten UNESCO Konvention zur kulturellen Vielfalt. Hinzu kam der interkulturelle Charme einer Stadt, in der man alles kann, „außer Hochdeutsch“. Hier schwäbeln auch die „Ausländer“. Neben Politikern wie Dr. Rita Süßmuth, Dr. Maria Böhmer oder Cem Özdemir brachte Dr. Mark Terkessidis das Anliegen dieses Kongresses auf den Punkt: Die kulturelle Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland bedarf der offiziellen Anerkennung und der institutionellen Verankerung. In einem anschließenden Beratungsprozess formulierte der Bundesweite Ratschlag auf der Basis der Kongressergebnisse die „Impulse zur kulturellen Vielfalt“ mit Leitlinien und Handlungsempfehlungen für EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft. Die insgesamt 17 Punkte des Papiers haben auch die Inhalte der folgenden Kongresse mitbestimmt.

In Nürnberg nahm 2008 das Inter-Kultur-Büro des Amts für Kultur und Freizeit das Titelthema „Kulturelle Vielfalt und Teilhabe“ auf, um Strategien zur Anerkennung von Diversität vorzustellen. Dabei zeigte sich, dass die bisherigen Integrationsmodelle häufig dem Prinzip des Nürnberger Trichters folgten und den Umgang mit „dem Fremden“ zu mechanistisch auf Formalia reduzierten, die möglichst schnell und „reibungslos“ zu einer „Aufnahme“ im Sinne der „Einverleibung“ führen sollten. Die Anerkennung von Vielfalt bedeutet aber auch immer, so machte dieser Kongress deutlich, ein Aushalten „des Anderen“ und ein ständig neues Ausloten der Grenzen und Untiefen des interkulturellen Dialogs. Ilija Trojanow machte diesen Perspektivwechsel in seinem Eingangsbeitrag deutlich nachvollziehbar: „Das Zusammenfließen von Eigenem und Fremdem basiert keineswegs auf gegenseitigem Verständnis. Viele Errungenschaften entstanden aus Irrtümern und Missverständnissen.“ – Damit wurde deutlich: Für „Kulturelle Vielfalt und Teilhabe“ gibt es keine Kursbücher. Deswegen kommt den Kongressen die Aufgabe zu, aus Irrwegen und Erfolgen im Bereich Interkultur eine Richtung

für gesellschaftliches Handeln abzuleiten.

Wenn man in Deutschland eine „Salatschüssel“ der Kulturen und Nationen mit langer Tradition sucht, dann kommt man am Ruhrgebiet nicht vorbei. Im Zeichen des Strukturwandels und globaler Migration setzt die Region verstärkt auf Kultur und Kreativwirtschaft, um den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden. Schon deswegen war Bochum der richtige Ort, um 2010 das Thema „Offen für Vielfalt – Zukunft der Kultur“ aufzunehmen. Veranstalter vor Ort waren in Abstimmung mit der Stadt Bochum und der Staatskanzlei NRW das Düsseldorfer Institut für soziale Dialoge und die EXILE-Kulturkoordination. Hinzu kam, dass das Ruhrgebiet in diesem Jahr auch Kulturhauptstadt Europas war, sodass die europäischen Aspekte des Themas Interkultur kongenial aufgenommen werden konnten. „Audience Development“ (Prof. Dr. Birgit Mandel, Hildesheim) und „Diversity Puzzle“ als innovative Strategien für kulturelle Vielfalt (Dr. Dragan Klaić, Budapest) konnten vor Ort anschaulich gemacht werden. Feridun Zaimoglu brachte die Geschichte und die Zukunft dieses Prozesses mit dem Titel seines poetischen Beitrags auf den Punkt: „Zwischen Kanak Sprak und dem Wunsch nach dem Schönen.“ Die „traditionellen“ Kulturinstitutionen müssen sich, wenn sie denn zukunftsfähig bleiben wollen, auf diesen Spagat einstellen.

Je stärker wir die Globalisierung erleben, desto deutlicher werden die Herausforderungen der Diversität. Hamburg als Deutschlands Tor zur Welt war 2012 der richtige Ort, um mit dem Wortspiel „DiverCity“ die Realitäten, Konzepte und Visionen zur Interkultur zu präsentieren. Das Referat für Interkulturelle Projekte der Kulturbehörde der Stadt Hamburg hatte das Thema in enger Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Forum Hamburg und der W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. aufbereitet. So war Diversität an allen Veranstaltungsorten, in allen Programmbeiträgen und im heterogen zusammengesetzten Publikum zum Greifen nah. Im Deutschen Schauspielhaus umriss dann die Autorin Nino Haratischvili das Konzept ihrer „Elektra“-Inszenierung mit den Worten: „Ich nehme fremde Geschichten, um meine zu finden.“ Das war eine poetische Umschreibung für das, was Dr. Naika Foroutan als die „neue Narrative“ der Interkultur beschrieben hatte: Es sind Deutungsmuster einer Realität, in der das Fremde zum Eigenen werden kann. Um Diversität anzuerkennen und aushalten zu können, bedarf es einer ständigen „Selbstvergewisserung“. Die Künste können erheblich dazu beitragen, um die „DiverCity“ zu beschreiben und lebenswert zu machen. 2014 geht der Bundesfachkongress in die 5. Runde. Bis dahin hat der Initiativkreis Bundesweiter Ratschlag Interkultur die „Impulse zur kulturellen Vielfalt“ unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse aus den Kongressen überarbeitet. Es wird weiterhin darum gehen, die Irrtümer und Missverständnisse, aber auch die Erfolge und Errungenschaften des interkulturellen Zusammenlebens deutlich zu machen. Dazu laden die Veranstalter schon jetzt ein.



Dr. phil. Rüdiger Sareika



1. Kongresstag

Mittwoch, 26. Oktober 2012 / Kampnagel Hamburg

„Nacht der langen Tafel“ am 1. Kongresstag auf Kampnagel

Grußwort

Olaf Scholz / Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Sehr geehrte Frau Deuffhard, sehr geehrtes Veranstalter-Team, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Bundesfachkongress Interkultur 2012 begrüße ich Sie herzlich in Hamburg. Ich glaube, Sie haben einen guten Veranstaltungsort gewählt.

Mehr als 500.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Migrationshintergrund. Auch und ganz besonders ihnen ist es zu verdanken, dass Hamburg eine internationale, eine polyglotte Stadt ist. Dass sie ihren guten, vielleicht manchmal überstrapazierten, zu häufig beschworenen Ruf, liberal und weltoffen zu sein, bestätigen und weiter an ihm arbeiten kann. Denn dergleichen ist als bloße Floskel nicht viel wert. Wir müssen uns den Ruf immer wieder neu verdienen.

Ebenfalls ist es nicht nur, aber auch den Eingewanderten zu verdanken, dass Hamburg erfreulicherweise wächst. Im Moment sind wir schon wieder bei 1,8 Millionen Einwohnern, bald werden es 1,9 Millionen oder noch mehr sein. Die Metropolregion hat fünf Millionen – jeder hundertste EU-Bürger lebt und arbeitet entlang unserer beiden Elbufer.

Als große Stadt in einer großen Metropolregion haben wir die Chance, den Hamburgerinnen und Hamburgern große Möglichkeiten zu bieten: Wohnen, arbeiten, mobil sein, sich etwas aufbauen, selbstbestimmt leben, inmitten urbaner Infrastruktur, Kultur und Natur, und dasselbe auch seinen Kindern zu ermöglichen: durch gute Bildung und Ausbildung von der Kita bis zum Europäischen Filmpreis. Oder zum Hamburger Meisterbrief.

Das alles können wir in Hamburg, und wir können es, weil wir so viele unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen in unserer Stadt versammeln. Weil wir keinen ausgrenzen und keinen zurücklassen. Darauf setzen wir.

Meine Damen und Herren, zu den 1,8 Millionen Hamburgern gehören viele gläubige Musliminnen und Muslime. Den hier anwesenden Gläubigen möchte ich von Herzen ein gutes Opferfest wünschen, das morgen beginnt. Wir bedanken uns bei Ihnen, dass Sie trotz dieses hohen islamischen Festes hier mit uns gemeinsam über die weitere Gestaltung unserer Gesellschaft nachdenken wollen.

Auch für einen erfolgreichen Kongress gilt schließlich: Je vielfältiger die kulturellen Hintergründe der Teilnehmer aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Medien, Schule, Kunst und Kultur sind, desto konkreter und zielorientierter wird wahrscheinlich diskutiert.

Wenn mehr als 180 Nationen in Hamburg vertreten sind, bedeutet das unter anderem, dass wir uns einer der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich annehmen müssen: der Integration. Ich verwende diesen Begriff in einer – wie es im Englischen so schön heißt – zurückgelehnten Weise, wohl wissend, dass man schon darüber lange diskutieren kann. Wer integriert wen, wer muss sich wem wie anpassen, ab welchem Punkt gerät kulturelle Identität in Gefahr, oder ab welchem Punkt wird das Beharren auf tradierten Werten zur Gefahr für das Zusammenleben in einer Zivilgesellschaft?

Auf solche Fragen habe ich keine patentierten Antworten, so wie es auch dieser Kongress ja nicht anstrebt. Aber zweierlei ist sicher: Erstens bringt einen der Streit um Worte selten voran. Zweitens ist Integration dann gelungen, wenn Zuwanderer gleichberechtigt an allen Bereichen unseres öffentlichen Lebens teilhaben. Genauer: wenn sie es können und tun.

Von selbst, das wissen wir alle, fällt das von keinem morgen- oder abendländischen Himmel. Integration kann nur

gemeinsam gelingen. Unsere Stadt stützt sich dabei wesentlich auf die sachkundige Mitarbeit des Hamburger Integrationsbeirates, dessen Mitglieder über ein unverzichtbares Erfahrungswissen in allen wichtigen Bereichen der Integration verfügen.

Das Herzstück der Integrationspolitik des Senats ist die neue Einbürgerungskampagne, die sehr ermutigende Ergebnisse zeigt. Bereits die Kampagne „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause“ war ein wichtiger Schritt, um diejenigen, die seit vielen Jahren bei uns leben, davon zu überzeugen, sich auch durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu diesem Staat und zu dieser Gesellschaft zu bekennen. Wir haben den nächsten Schritt getan und begonnen, potenzielle Einwanderungswillige aktiv anzusprechen.

Die Frage drängte sich ja auf: Wenn 500.000 Bewohner unserer Stadt Zuwanderer sind oder deren Kinder, warum hat dann die Hälfte von ihnen bisher keinen deutschen Pass? Obwohl doch 137.000 schon so lange in Deutschland leben, dass sie die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen? Vielleicht, so der Gedanke, ist ein Grund der, dass wir zu wenig informieren und dafür werben. Also entstand die Einbürgerungsinitiative. Unter anderem habe ich begonnen, nach und nach alle selbst anzuschreiben.

Alein in diesem Jahr werden voraussichtlich mehr als 7.000 Hamburgerinnen und Hamburger unserer Einladung folgen, einen Einbürgerungsantrag zu stellen; 3.565 waren es bis Ende Juni. Das wird ein erfreulicher neuer Rekord nach jeweils mehr als 5.000 Anträgen, und tatsächlichen Einbürgerungen, 2011.

Zu verdanken haben wir dieses sehr gute Ergebnis natürlich auch der Geduld und Entschlossenheit der Einbürgerungswilligen selbst. Und große Anerkennung gebührt den engagierten Einbürgerungslotsen, die – auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen – mit ihnen gemeinsam den Einbürgerungsprozess gestaltet haben.

Die Bundesrepublik Deutschland, das sollte nicht kleingeredet werden, ist ein Land mit einem liberalen Zuwanderungsrecht, das sich dennoch weiterhin verbessern lässt. Zuwanderung stellt den einzigen beeinflussbaren Positivfaktor für die künftige demografische Entwicklung dar, denn auf die Geburtenquote hat die Politik auch mit größten familienpolitischen Anstrengungen nur sehr begrenzt Einfluss.

Meine Damen und Herren, „Kulturelle Vielfalt – Differenzieren statt Pauschalisieren“, das war das Motto des ersten Bundesfachkongresses Interkultur, den das Forum der Kulturen Stuttgart e.V. im Oktober 2006 im Stuttgarter Rathaus veranstaltet hat. In diesem Zusammenhang wurden die „Stuttgarter Impulse“ mit Leitlinien und Handlungsempfehlungen formuliert.

Eine dieser Handlungsempfehlungen riet, Zitat, „den Dialog zwischen den Religionen weiterzuentwickeln und dabei Geltungsansprüche anderer Denk- und Glaubenssysteme einzubeziehen“. Auf Hamburg bezogen sagte ich eingangs: Wir müssen uns den Ruf gemeinsam neu verdienen, immer wieder. Vor einigen Wochen haben wir, glaube ich, gemeinsam etwas dafür getan.

Der Senat hat Verträge mit den Muslimen und Aleviten Hamburgs vorgelegt, in denen grundlegende Regelungen über das Verhältnis der Stadt zu den drei islamischen Ver-

bänden DITIB, Schura und VIKZ sowie der Alevitischen Gemeinde getroffen sind.

Es geht darin um eine Selbstverständlichkeit, eigentlich, und viele Regelungen der Verträge bekräftigen auch lediglich das geltende Recht. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Islam und das Alevitentum in unserer Gesellschaft als gelebte Religionen anwesend sind. Mit der Bestätigung ihrer Rechte und Pflichten erkennen wir den Gemeinden den Platz in der Mitte unserer Gesellschaft zu.

Meine Damen und Herren, in einer immer stärker globalisierten Welt ist weltweite Vernetzung von großem Vorteil. Das zeigt schon ein Besuch des Hamburger Hafens – ich hoffe sehr, dass Ihnen das Kongressprogramm hinreichend Zeit dafür lässt. Wir sind eine große Handelsmetropole und Industriestadt und wollen das weiterhin sein.

Schon deshalb dürfen wir im Interesse Aller die Fähigkeiten und Talente von Migrantinnen und Migranten nicht brach liegen lassen. Wir brauchen jeden Einzelnen und deshalb müssen wir jedem die Chancen geben, die nötig sind, um Potenziale bestmöglich zu entwickeln.

Trotzdem ist das nur der Hintergrund, nicht der eigentliche Grund, warum wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse forciert haben und es weiterhin tun. Dies ist ein nach wie vor sehr wichtiges Gesetzesvorhaben. Schon in den Jahren 2008/09 ist sehr sorgfältig über ein solches Gesetz gesprochen worden und in diesem Jahr stand erneut ein Gesetz zur Beratung an. Herausgekommen ist – auch auf Drängen Hamburgs – mit dem Bundesanerkennungsgesetz ein Fortschritt.

Aber: Die Erwartungshaltung vieler war mit Recht höher. Wir werden im Bund weiter an dem arbeiten müssen, was heute notwendig ist und was wir auf Landesebene, wo es rechtlich möglich war, bereits umgesetzt haben – beispielsweise der gesetzliche Beratungsanspruch der Anerkennungssuchenden. Entscheidend ist: Wir haben ein Landes-anerkennungsgesetz gemacht. Damit geht Hamburg über die Anerkennungsgesetze aller anderen Bundesländer hinaus.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen... nein, wie Sie besser als alle anderen wissen, gibt es auf dem Weg zum interkulturellen Zusammenleben noch viele Baustellen. Heute freue ich mich, dass wir den 4. Bundesfachkongress Interkultur dieses Jahr hier in Hamburg ausrichten können, und die Senatskanzlei hat sich gern an der Ausrichtung des Kongresses mit Mitteln aus dem Integrationsfonds beteiligt. Sie haben sich ein sehr beeindruckendes Programm vorgenommen und ich bin gespannt: auf die Ergebnisse der sechs Fachforen, die morgen im Bürgerhaus Wilhelmsburg arbeiten werden, und auf die Handlungsempfehlungen, die sie uns vorlegen werden. Dazu wünsche ich Ihnen allen gutes Gelingen und viele anregende Gespräche.



Olaf Scholz

Grußwort Dr. Manfred Schmidt / Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

2008 fand der 2. Bundesfachkongress Interkultur in Nürnberg statt – dem Sitz der Zentrale des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge – damals unter dem Motto „kulturelle Vielfalt und Teilhabe“. Warum wird der Präsident einer Behörde gebeten, einen Kongress zum Thema „Diversity - Realitäten_Konzepte_Visionen“ mit zu eröffnen? Was hat eine Verwaltungsbehörde mit Visionen zu tun? Wer die Arbeit meiner Behörde im Bereich Integration in den letzten Jahren verfolgt hat, mag eine Vorstellung davon haben. Für die anderen unter Ihnen möchte ich mir ein paar Minuten Zeit nehmen, um es zu verdeutlichen.

Das Programm der Veranstaltung betont, dass kulturelle Vielfalt in Deutschland nicht nur Realität und Alltag ist, sondern „für unsere Gesellschaft enorme Potenziale und Chancen“ mit sich bringt. Und in der Tat haben fast 20 Prozent der Menschen in Deutschland Migrationserfahrung – selbst oder über ihre Eltern. Unsere Gesellschaft ist vielfältig geworden – nicht nur in den Großstädten und Ballungsräumen. Auch die Zuwanderung selbst verändert sich stets. Das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen läuft zum ganz überwiegenden Teil sehr gut. Vor Ort zeigen sich die Dinge häufig ganz anders, als aufgelegte Medienberichte oder das ein oder andere Buch suggerieren. Über das, was gut läuft, müssen wir mehr und lauter reden.

Vielfalt ist ein Gewinn – Beispiele aus der Wirtschaft zeigen uns das und auch unsere eigenen Erfahrungen: In meiner Behörde arbeiten 16 Prozent Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationserfahrung, bei den Auszubildenden sind es sogar 31 Prozent. Alle Mitarbeiter nehmen an interkulturellen Trainings teil, dafür wurden 16 Kolleginnen und Kollegen ausgebildet. Das machen wir nicht, weil es gut aussieht und sich schickt für eine Integrationsbehörde, sondern weil eine vielfältige Mitarbeiterschaft auch eine Vielfalt an Perspektiven auf die Themen bietet, die wir bearbeiten und welche schließlich unseren Blick erweitern.

Aber Vielfalt macht es uns nicht immer einfach. Sie fordert uns heraus – Politik und Verwaltung ebenso wie die Gesellschaft. Jede moderne Gesellschaft muss Einigkeit darüber herstellen, wie verschieden sie sein will, sagte der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg vor Kurzem mit Blick auf den in der Stadt schwelenden Konflikt über den Bau einer Moschee mit Minarett.

Vielfalt bringt Reibungen mit sich. Zum Umgang mit Vielfalt gehört auch, Probleme zu benennen – es kann nicht darum gehen, eine Wohlfühlkultur zu entwickeln. Aber damit Integration gelingt, müssen wir eine Gesellschaft schaffen, in der sich jeder, der hier auf Dauer lebt, auch zu Hause fühlt. Schlüsselbegriffe sind dabei die Willkommens- und Anerkennungskultur.

Was genau kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bewirken? Neben Angeboten für Migrantinnen und Migranten wie Integrationskurse, Migrationsberatung oder Projektförderung richten wir in den letzten Jahren den Fokus zunehmend auch auf die Gesellschaft als Ganze: Wie können wir gesellschaftliche Veränderungsprozesse unter-

stützen? Wir können das, indem wir z.B. den Dialog fördern sowie Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und anderen Akteuren stärken. Wir können das auch, indem wir Informationen vermitteln und Diskussionen versachlichen, z.B. durch die Publikationen unserer Forschungsgruppe. Und wir können gemeinsam mit Expertinnen und Experten konkrete Vorschläge zur Umsetzung einer Willkommens- und Anerkennungskultur entwickeln. Dazu haben wir 2012 einen Runden Tisch zum Thema Aufnahmegesellschaft eingerichtet, an dem unter anderem auch das Welcome Center Hamburg beteiligt war. Anfang 2013 werden die Empfehlungen der Arbeitsgruppe vorliegen.

Bei all dem steht die Frage im Zentrum, was unsere gemeinsame Idee von der Gesellschaft in Deutschland ist und wie wir sicherstellen können, dass alle, die hier leben, sie mitgestalten können. Integrationsangebote allein können eine solche Identifikationsebene nicht schaffen. Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Kulturarbeit – das wissen Sie, die Sie aus der Kulturarbeit kommen, besser als ich – bietet ganz viele Ansätze, um gemeinsame Identifikationspunkte zu finden. Auch wenn das Thema „Kultur“ nicht zu unseren Förderschwerpunkten zählt, ist die kulturelle Bildung häufig ein wichtiger Aspekt in den von uns geförderten Projekten. So wird mit Jugendlichen gemeinsam musiziert, Theater gespielt oder es werden Museen besucht, um Fragen nach Tradition und Identität, Herkunft, Gegenwart und Zukunft zu erörtern.

Wenn wir Integration gestalten und ermöglichen wollen, müssen wir – auch Politik und Verwaltung – in einen Dialog eintreten darüber, was die Gesellschaft ausmacht, die im Zentrum der Integrationsbemühungen steht. Dazu gehört es für das Bundesamt als der Integrationsbehörde auf Bundesebene auch, sich neben der Finanzierung von Angeboten und Maßnahmen auseinanderzusetzen mit den Begrifflichkeiten, die wir verwenden. Sind Begriffe wie „Migrationshintergrund“ und „Integration“ noch adäquate Begriffe? Reden wir nicht vielmehr über gesellschaftliche Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt? Zu diesen Fragen sind wir mit vielen Akteuren im Gespräch, 2013 werden wir hierzu etwa mit den Neuen Deutschen Medienmachern einen Workshop veranstalten.

Und was heißt das für unsere Förderpraxis? Nicht immer muss Integration draufstehen, wenn wir Integration fördern. In Hamburg etwa unterstützen wir eine Bürgerplattform. In ihr arbeiten Bürger der Stadtteile Hamm und Horn daran, ihr Lebensumfeld gemeinsam zu verbessern. Sie engagieren sich für die Umsetzung gemeinsamer Interessen und Projekte, unabhängig davon, ob sie Migrationserfahrung haben oder nicht. Engagement wie dieses schafft Identifikationspunkte und Gemeinschaft. Wir brauchen beides: konkrete, pragmatische Angebote und Maßnahmen einerseits und den Dialog darüber, wie wir unsere Vielfalt in Deutschland künftig gemeinsam gestalten wollen.

Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Antrittsrede die Frage gestellt, wie es aussehen soll, das Land, „zu dem unsere Kinder und Enkel 'unser Land' sagen?“ Ich bin gespannt, was die Diskussionen der nächsten Tage zu dieser Frage, zur Realität und zu den Visionen des Umgangs mit Vielfalt in unserer Gesellschaft ergeben werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Veranstaltung und viele zukunftsweisende Impulse und Diskussionen.

Neue Narrative für ein neues Deutschland?

Dr. Naika Foroutan

Sozialwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin

Im Folgenden möchte ich darstellen, welche Narrative die Vorstellungen über MigrantInnen in Deutschland prägen und ob sich diese wissenschaftlich begründen lassen. Da die Narrative über Migration in Deutschland sowie der Integrationsdiskussion stark an den Islam und die Muslime geknüpft sind, benutze ich in meinem Vortrag Daten und Studien zu Muslimen in Deutschland, die u.a. in meinem Forschungsprojekt „Heymat“ entstanden sind. Anschließend möchte ich aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, auf der Grundlage von historischen und wissenschaftlichen Daten neue Narrative zu bilden.

Anteil der Muslime in der deutschen Bevölkerung

In Deutschland haben fast 16 Millionen Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 82 Millionen einen sogenannten Migrationshintergrund. Davon können im wissenschaftlichen Wortsinn nur 10,6 Millionen als Migranten bezeichnet werden, die selbst aktiv nach Deutschland zugewandert sind. Die verbleibenden 5,24 Millionen besitzen keine eigene Migrationserfahrung mehr und sind bereits in Deutschland geboren. Sie gelten in der öffentlichen Meinung dennoch häufig als Migranten. Etwas mehr als die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund hat die deutsche Staatsangehörigkeit (Destatis 2011: PM 355). Insofern widerspricht die Wahrnehmung von Personen als Ausländer in ca. der Hälfte der Fälle dem Fakt, dass diese Personen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit Deutsche sind. Nur etwa ein Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland gilt als muslimisch: Dies sind ca. 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime bei ca. 16 Millionen Personen mit Migrationshintergrund (Haug et al. 2009: 80), also etwa 5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Obwohl die öffentliche Narration Zuwanderung oft mit Muslimen und der Türkei verbindet, kommen die wenigsten Zuwanderer aus muslimischen Nationen.

Kopplung von ökonomisch schwachen Regionen mit Muslimen

Die meisten Muslime leben in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, den drei Geberländern im Länderfinanzausgleich. Erst danach folgt Berlin an fünfter Stelle, Kopf an Kopf mit Niedersachsen, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2009 zusammentrug. Keineswegs leben Muslime also vorrangig in strukturschwachen Gebieten Deutschlands. Vielmehr leben sie vorrangig in Regionen, in denen sie an Industriestandorten arbeiten können. Auch hier scheint die öffentliche Meinung von einer anderen Wahrnehmung geprägt zu sein, als es die statistische Datenlage erhebt: So verorten viele Menschen intuitiv das Zentrum der Muslime in Berlin und verbinden somit das sozio-demografische und ökonomische Scheitern von einzelnen Stadtteilen oder Bundesländern gleichsam mit einer kulturellen Zurückgebliebenheit des Islam (Sarrazin 2010). Interessant ist hierbei, dass Städte wie Augsburg, Stuttgart oder Nürnberg nicht im öffentlichen Diskurs, ergo auch nicht im kollektiven Bewusstsein mit Migration verbunden werden, weil sie als

funktionierende Städte wahrgenommen werden. Dabei haben diese Städte besonders hohe Anteile an Personen mit Migrationshintergrund und sogar einen prozentual höheren Anteil türkeistämmiger Personen als im Bundesdurchschnitt – sprich einen besonders hohen Anteil an Personen mit muslimischem Migrationshintergrund, wenn wir davon ausgehen, dass die Gruppe der Türkeistämmigen zwei Drittel der Muslime abbildet (vgl. Beiträge zur Stadtentwicklung... Augsburg 2011; Haußmann et al. 2010; Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg 2011).

Fehlende positive Assoziationen in Deutschland

Eine Studie der Universität Münster aus dem Jahr 2010, welche die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu religiöser Vielfalt erhob, kam zu dem Schluss, dass die deutsche Bevölkerung im Vergleich zu ihren Nachbarländern Frankreich, Dänemark und den Niederlanden wesentlich ablehnender gegenüber religiöser Vielfalt eingestellt ist. Und dies in bedeutendem Maße gegenüber dem Islam.

62,2 Prozent der Befragten in Ostdeutschland und 57,7 Prozent in Westdeutschland äußern, ihre Haltung gegenüber Muslimen sei „eher negativ bis sehr negativ“ (Pollack 2010: 5). Diese Aussage ist in allen Schichten und Parteien vorzufinden, ist also kein Resultat von Sozialstatus oder Bildungsabschluss. Vergleicht man diese Einstellung z.B. mit den Angaben der Niederländer, so fällt auf, dass diese, obwohl sie seit Jahren eine dezidiert antimuslimische Partei in ihrem Parlament vertreten haben, welche sogar zeitweise in Regierungsbeteiligung war, deutlich weniger negative Einstellungen gegenüber Muslimen hegen (35,9 Prozent) als die Deutschen. Da es sich hierbei um eine Repräsentativumfrage handelt, kann tatsächlich von einem solchen nationalen Meinungszustand ausgegangen werden. Auch kann das Argument, Deutsche seien generell religionskritischer, weder im Vergleich zu den säkularisierten Niederländern noch im Vergleich zu den befragten laizistischen Franzosen Bestand haben. Des Weiteren wurde in dieser Umfrage auch nicht nach der Haltung gegenüber der Religion des Islam gefragt, sondern konkret: „Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen?“ Die Antworten wurden auf einer Negativskala in Prozent dargestellt.

Was in der Münsteraner Studie auch zum Vorschein kam, war, dass die Positivassoziationen in Deutschland gegenüber dem Islam wesentlich geringer sind als in den europäischen Vergleichsländern. Während 32,6 Prozent der Niederländer mit dem Islam Friedfertigkeit assoziieren und 44,9 Prozent Solidarität, liegen die positiven Assoziationen mit dem Thema Islam in Deutschland im Schnitt bei 6,4 Prozent (Pollack 2010: 6).

Nicht nur die Münsteraner Studie zu religiöser Vielfalt in Deutschland hält fest, dass die islamfeindlichen Neigungen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern besonders stark ausgeprägt sind. In ihrer Studie „Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbe-

› Negative Haltungen gegenüber Muslimen, Hinduisten, Buddhisten und Juden

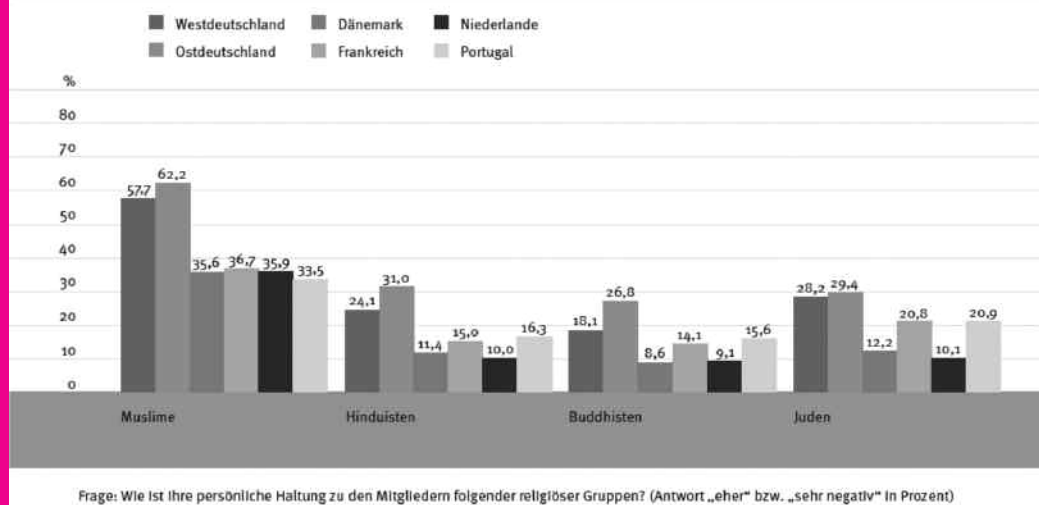


Abb. 1 (Quelle: Pollak, Detlef 2010:5)

› Woran denken Sie beim Stichwort Islam?

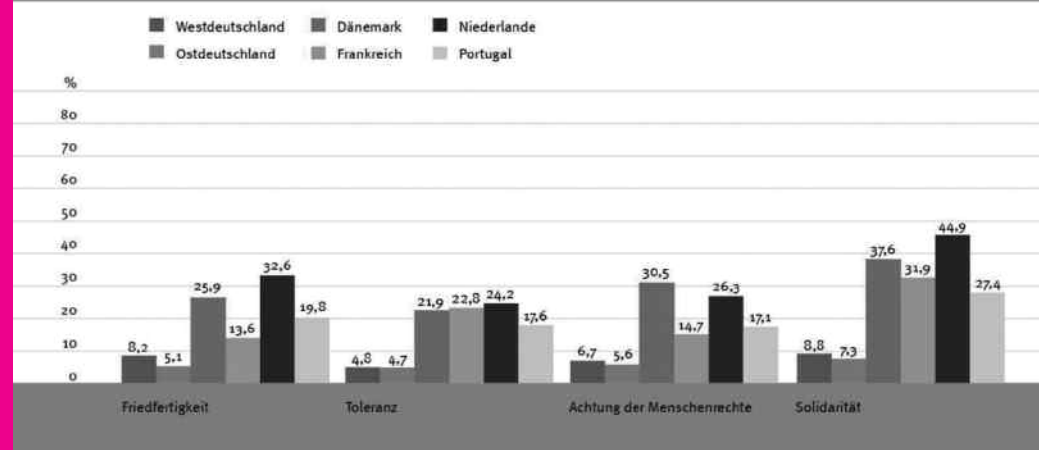


Abb. 2 (Quelle: Pollak, Detlef 2010:5)

schreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“ schreiben Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann: „Die Dimension islamfeindlicher Haltungen in Deutschland, Italien, Ungarn und Polen ist ähnlich stark ausgeprägt und signifikant am höchsten.“ (Zick et al. 2011: 71) Abbildung 2 verdeutlicht die Einstellung der Bevölkerung in diesen europäischen Ländern gegenüber Muslimen und „dem“ Islam.

Allein in Deutschland finden 46,1 Prozent der Bevölkerung, es gäbe zu viele Muslime in diesem Land, bei einem Anteil von fünf Prozent Muslimen an der Gesamtbevölkerung. Und 54,1 Prozent sind der Meinung, Muslime würden zu viele Forderungen stellen. Über die Hälfte der Deutschen sehen den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz an.

Mediale Narrative

Die medialen Narrative in Deutschland werden über Jahrzehnte hinweg von den gleichen Leitbegriffen begleitet. Es sind die Begriff des Gastes oder der Islamisierung, die im Geheimen passiert, der muslimischen Paralleljustiz oder das Narrativ des Dienens zweier Herren. Bei dem letzteren wird von den Muslimen eine Entscheidung für eine Partei abverlangt, denn im Zweifelsfall werden sie als illoyal angesehen. Ihre interkulturelle Kompetenz und die Fähigkeit zur Ambiguität finden dagegen kaum Beachtung.

Ein anderes repräsentatives Beispiel bezieht sich auf die Zusammenfassung der Studie „Muslimisches Leben in NRW“ bei „Welt Online“ (16.2.12). Ein zentrales Ergebnis dieser Studie war, dass 40 Prozent der Muslime in NRW Abitur ma-

Tab. 7: Islamfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
18	Es gibt zu viele Muslime in (Jew. Land).	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
19	Muslime in (Jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
20	Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3*	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
Zusätzliche Items in der gesamten Stichprobe:									
22	Die muslimische Kultur passt gut nach (Jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
23	Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
24	Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
25	Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3*	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

Abb. 3 (Quelle: Zick et al. 2011:70)

chen. Das zweite Ergebnis war, dass Muslime trotzdem schlechter in besseren Berufen repräsentiert und häufiger von der Transferleistung abhängig sind, weil sie bei gleicher Qualifikation seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden. In den Medien fand lediglich das dritte Ergebnis Platz, in dem die Zahl – zudem eine überzogene Zahl – der Transferleistung beziehenden MigrantInnen genannt wurde.

Des Weiteren möchte ich drei zentrale Narrative in den Medienberichterstattungen vorstellen. Das erste bezieht sich auf die Ängste vor der Islamisierung, worin die Vorstellungen mitschwingen, der Islam würde Deutschland durch höhere Geburtenrate und Zuwanderung nach und nach überrollen. Auch hier spricht die Datenlage gegen diese Wahrnehmungen. Die Demographin Nadja Milewski von der Universität Rostock untersuchte in ihren Forschungen das Fertilitätsverhalten in der Migration und zeigte auf, dass sich die Geburtenraten, sowohl konkret in Bezug auf Türkinnen und Türkeistämmige in Deutschland als auch allgemeiner in Bezug auf Musliminnen in Deutschland zunehmend der Geburtenrate autochthoner deutscher Frauen annähern. Die öffentliche Wahrnehmung, es wanderten ständig mehr Personen aus der Türkei nach Deutschland ein, ist statistisch ebenso nicht haltbar. Die neuesten

Daten des Ausländerzentralregisters gehen von einer kontinuierlichen Abnahme der Zahl der Türkeistämmigen in Deutschland aus, was teilweise mit Einbürgerungen und Sterberaten zusammenhängt, größtenteils aber mit Auswanderungen.

Das zweite Narrativ betrifft die Schlagwörter wie Terrorismus, Gewalt sowie Gefahr. Im jährlichen Verfassungsschutzbericht wird für das Jahr 2011 ein Anstieg des radikalen Islamismuspotenzials auf 38.080 Personen beziffert (von zuvor 37.470 im Jahr 2010) (BfV 2012: 191). Der Präsident des Verfassungsschutzes schätzt die Zahl der Salafisten in dieser Gruppe auf 3.800. Setzt man diese Zahlen allerdings in Relation mit der Gesamtzahl der Muslime in Deutschland, die zwischen 3,8 und 4,3 Millionen liegt, so ist ihr Anteil minimal. Rechnet man zudem die Zahl der Salafisten auf die Gesamtgruppe um, so bleibt festzuhalten, dass ca. 0,1 Prozent der Muslime in Deutschland salafistische Einstellungen hat. Festzuhalten bleibt, dass weder die Befürchtung, Deutschland könne von Muslimen überrannt oder islamisiert werden, noch die Furcht vor einer Radikalisierung der Muslime mit dem empirisch vorfindbaren Datenmaterial korrespondieren.

Das dritte Narrativ umfasst die Erzählungen über Integrationsverweigerung. Die Integration wird sozialwissenschaft-

lich auf vier Ebenen gemessen: auf der strukturellen Ebene, die aus Bildungs-, Arbeitsmarktdaten und weiteren Fakten besteht; der kulturellen Ebene, auf der sog. Signifikante wie etwa Kopftuch oder Sprache Bedeutung erhalten; der sozialen Ebene, die sich durch Anzahl der Freundschaften und weiteren sozialen Kontakte bemessen lässt; und schließlich der identitären Ebene, auf der die emotionale Verbundenheit mit einem Land bewertet wird. Jedes Jahr werden auf diesen Feldern mit Ausnahme der emotionalen Verbundenheit statistisch Fortschritte und Erfolge verzeichnet, welche wiederum als ein positives Narrativ gelten könnten. Doch die Hartnäckigkeit der unterliegenden Narrative, die Integration würde stagnieren oder gar zurückgehen, belegen die These, dass es bei der Integrationsdebatte nicht allein um Integration geht, sondern auch um gängige Narrative, die dazu dienen, den Eindruck zu erwecken, die türkeistämmigen MigrantInnen gehörten nicht zu Deutschland.

Zukunfts narrationen

Die Narrationen Deutschlands sind stark geprägt vom 2. Weltkrieg, dem Wiederaufbau (als Leistungsanspruch, der sich bis heute durchträgt), dem Holocaust (der sich als nationale Verantwortung im schulischen Unterricht gegenüber Muslimen nur schwierig vermitteln lässt), die Ost-West-Spaltung und der europäischen Identität. Gerade in Bezug auf die neu gefundene europäische Identität vollzog sich in Deutschland ein interessanter Narrationswechsel. Wenn sich früher das Deutsche über Sekundärtugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Sauberkeit definierte, war das Fremde meist genau das Gegenteil: faul, unpünktlich und dreckig. Nachdem sich die deutsche Identität immer mehr in Richtung eines aufgeklärten, europäischen Ethos verschob, gerieten nun Werte wie Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in den Vordergrund. Heute beobachten wir, dass das Fremde mit den Attributen undemokratisch, intolerant und in geschlossenen Systemen lebend betitelt wird. Und das Wichtigste ist: Muslimische MigrantInnen haben die Aufklärung nicht mitgenommen. Als ob das ein hierarchisches Qualifikationsmerkmal wäre.

Als letztes Narrativ ist die Wiedervereinigung zu nennen. Und tatsächlich ist es so, dass gerade in den 90er Jahren die Tendenz zu offenen, fremdenfeindlichen Äußerungen stark zugenommen hat. In dieser Phase des Zusammenwachsens zweier Systeme, die in Werten, Normen, Politik und Alltag über zwei Generationen lang so verschieden waren, brauchte es ein neues, starkes Wir-Gefühl.

In der Soziologie ist es üblich davon zu sprechen, dass ein „Ich“ auch ein „Du“ braucht. Und ein „Wir“ auch ein „Ihr“. In dieser Zeit des Umbruchs und Zusammenkommens war es konstituierend, in einer anderen Gruppe das Fremde, das Abgrenzende zu suchen.

Für die Zukunft brauchen wir Narrative, die gemeinsam funktionieren können und dabei nicht künstlich wirken. Der Brückenschlag gelingt am einfachsten beim Wiederaufbau. Natürlich sind die Gastarbeiter zum Wiederaufbau nach Deutschland gekommen. Natürlich haben die Gastarbeiter das Wirtschaftswunder mit geschaffen und natürlich sind die Kinder der Gastarbeiter in diesem Land mit aufgewachsen. Dort funktioniert eine Verbindung ganz leicht, zumindest in Westdeutschland.

Ein anderes Narrativ wurde schon während der Fußball-

Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland und dann auch während der Weltmeisterschaft in Südafrika ausprobiert. Hier wurden über die Fußballmannschaft die Attribute „hip, sexy, pluralistisch, fröhlich und bunt“ auf das Deutsche übertragen – und bis zum Start der Sarrazin-Debatte auch medial gespiegelt.

Das zeigt, es braucht keine PR-Agentur, um neue Narrative zu entwickeln. Es braucht vielleicht ein bestimmtes emotionales Event oder eine politische Debatte. Aber das Nachdenken über neue Narrative können wir selbst forcieren. Über allem ist es wichtig, den Integrationsbegriff nicht als Assimilation oder Aufgabe einer sozialen Gruppe zu betrachten, sondern als ein offenes Puzzle, das beliebig erweiterbar ist und zu dem jeder sein eigenes Teil hinzufügt. Ich plädiere für eine postmigrantische Perspektive und dafür, Diversity als ein Programm zu denken, das etwas Neues entstehen lässt, das wir alle noch nicht erahnen können.

Überarbeitet von Natascha Tomchuk



Dr. Naika Foroutan

Literatur

- Beiträge zur Stadtentwicklung, Stadtforschung und Statistik: Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in der Stadt Augsburg. Basisbericht zur demographischen Berichterstattung 2011, S. 29: http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/01au/statistik/Demogr._Wandel_Beitraege/Bericht_zur_Bevoeelkerungsstruktur_und_entwicklung_2011.pdf. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) 2012: Verfassungsschutzbericht 2011 – Vorabversion, online: http://www.verfassungsschutz.de/download/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2011_vorabfassung/vsbericht_2011_vorabfassung.pdf [29.9.2012].
- Destatis 2011: F204, Mikrozensus 2010, gewichtet, Wiesbaden.
- Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja 2009: Muslimisches Leben in Deutschland, Nürnberg.
- Haußmann, Michael; Schmitz-Veltin, Ansgar 2010: Die Stuttgarter Einwohner mit Migrationshintergrund im demographischen Wandel, online: http://www.staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/Muenchen2010/Vor-traege/M0512_DGD_Haussmann_Schmitz-Veltin_.pdf [11.10.2012].
- Milewski, Nadja 2011: Transition to a First Birth among Turkish Second-generation Migrants in Western Europe, in: Advances in Life Course Research, Jhrg. 16, Nr. 4, S. 178-189.
- Pollack, Detlef 2010: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt, online: http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf [11.10.2012].
- Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Kulturbeitrag: Die Internationalisierung des Thalia-Theaters

Prof. Dr. Carl Hegemann / Thalia Theater / Hamburg

Das Internationale ist ein Kernmerkmal des Thalia Theaters. Es spiegelt sich in vielen seiner Facetten wider. Mit dem Theaterfestival „Lessingtage“, die dieses Jahr einen europäischen Fokus setzten, gehen wir alljährlich mit vielen internationalen Gastspielen der Frage nach, wie die Verständigung von Kulturen und Religionen im Großen und Kleinen möglich sein kann. Der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Liao Yiwu, hat mit seiner eindrucksvollen Eröffnungsrede 2013 für bundesweites Aufsehen gesorgt. 2010 wagten der vielfach ausgezeichnete, aus Bulgarien stammende Schriftsteller Ilija Trojanow und 2012 der im Iran geborene Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani einen Antwortversuch auf jene großen Fragen. Mit beiden Autoren haben wir künstlerisch zusammengearbeitet und Trojanows Roman „Die Welt ist groß und Rettung lauert überall“ und Kermanis Roman „Dein Name“ zum Ausgangspunkt eigener Theaterereignisse gemacht. Diese waren bei den diesjährigen „Lessingtagen“ zu sehen. Der Verständigung der Religionen widmen wir eine eigene Veranstaltung und zwar die „Lange Nacht der Weltreligionen“, mit der wir tatsächlich die Vielfalt der Stadtgesellschaft im Theater abzubilden vermögen. Daneben bemühen wir uns mit den Formaten „Thalia Migration“ und „Abolnternational“, explizit ein interkulturelles und international interessiertes Publikum zu gewinnen und einen weltoffenen Austausch anzuregen.

Aber wir versuchen nicht nur, die Welt ins Thalia Theater zu holen, sondern mit dem Thalia Theater in die Welt hinauszugehen. Unsere Gastspiele haben uns bereits unter anderem nach Peking und Shanghai in China und Avignon und Paris in Frankreich geführt und kürzlich kamen wir vom

„Shakespearefestival“ in Danzig und Gastspielen in St. Petersburg und Moskau zurück. Interesse an wiederholter Zusammenarbeit und neuen Kooperationen besteht bei vielen Theaterstätten, die jedoch wie wir mit knappen Finanzmitteln zu kämpfen haben.

Obwohl wir bereits in zahlreichen Facetten die Internationalisierung des Thalia Theaters vorantreiben und damit auch zur Weltoffenheit der Stadt Hamburg beitragen, gibt es noch Ausbaumöglichkeiten: Eigenproduktionen können die Vielsprachigkeit und Interkulturalität der Gesellschaft direkt auf die Bühne holen, wenn mehr Mitglieder des Ensembles einen Migrationshintergrund aufweisen und Theaterschaffende etwa aus Afrika, Amerika, dem Nahen und Fernen Osten in internationale Koproduktionen eingespannt werden würden. Hier gilt es, entgegen den eingefahrenen Mechanismen des ansonsten sehr bewährten Ensembletheaters, eine größere Durchlässigkeit zu erlangen.

Kulturaustausch und Interkulturalität können keine Einbahnstraßen und Marketinginstrumente sein, auch wenn sie in unserem Theater weitgehend von der Marketingabteilung forciert werden. Sie dürfen keiner ökonomischen Instrumentalisierung folgen, denn dann sind sie nur Teil der vom Markt gesteuerten Globalisierung und können der von ihr bewirkten kulturellen Nivellierung nichts entgegensetzen. Gleichzeitig bedarf es materieller Voraussetzungen, damit sich interkulturelle Potenziale entwickeln können und keine reinen Pflichtübungen oder Lippenbekenntnisse bleiben. Der 2013 erstmalig aufgelegte Afrika Fond der Bundeskulturstiftung ist ein positives Beispiel dafür und sollte Nachklang in Hamburg finden.

Überarbeitet von Claudia Niemeyer

Lesung und Gespräch: Carl Hegemann und Navid Kermani über den Roman „Dein Name“

Ausgehend von dem Roman „Dein Name“ führte Carl Hegemann mit dem Autor Navid Kermani ein Gespräch darüber, wie in multikulturellen Gesellschaften mit Konflikten und der Wahrnehmung von Differenz umzugehen sei, und kam zu dem Schluss, dass hierzu Alternativen zum problematischen Konzept der Nationalstaaten nötig seien.

Kermani liest zunächst zwei Passagen seines Romans „Dein Name“ vor, in denen er seine Sicht auf Interkultur in modernen Großstädten deutlich machte. Für ihn besteht diese vor allem in dem Nebeneinander unzähliger Lebenswelten, die im dichten Gedränge heutiger Großstädte immer noch einander berührungslos bleiben. Dies gilt für Kairos Teeläden wie den Kölner Hauptbahnhof, in dessen Umfeld der Erzähler Call-Shops, Billig-Hotels und Massageläden wie eigenständige Kulturkomplexe erkundet. Prostituierte, die in Kairo auf geschmacklosen wie typischen Plastikstühlen den Feierabend mit Kola begießen und in Köln hoch professionell ihrem Geschäft neben denen der türkischen Gemüsehändler nachgehen, verbinden die Szenerien. In ihnen

scheinen sich die prekäre gesellschaftliche Grundsituation und der nüchterne Unterton Kermanis zu verdichten. Die Sehnsucht nach Heimat verstärkt sich beim Leser, die der Erzähler entgegen seiner Befürchtung dennoch auf jeder Rückreise nach Ägypten aufs Neue findet und zwar in dem bedingungslos das Leben bejahende Lachen von Kairos Teeläden.

Hegemann leitet zum Gespräch über und greift die Selbstverständlichkeit auf, mit der Kermani den Leser in fremde Kulturen einführt. Dem Leser werde eine Alltagsrealität nahe gebracht, die sich jeder Exotisierung verwehre und deren zugrunde liegenden Erfahrungen überraschend vertraut seien. Kermani und Hegemann berichten von ihren eigenen Erfahrungen in multikulturellen Stadtteilen wie Eigelstein in Köln, dem Wohnort Kermanis. Sie stimmen darin überein, dass das „Durcheinander“ oftmals gut funktioniert und eine attraktive Atmosphäre der Authentizität besitze.



Navid Kermani (l.), Carl Hegemann (r.)

Kermani gibt zu bedenken, dass multikulturelle Stadtteile heute zwar Ausdruck eines modernen und großstädtischen Lebensstils seien, aber historisch kein neues Phänomen darstellen. „Reine“ Kulturräume seien eine erfundene Tradition, die jedoch als politisches Konzept eine problematische Bedeutung gewinnen können. Vielfalt werde natürlicherweise von Konflikten begleitet, die erst den Fortschritt einer Kultur und Gesellschaft ermöglichen.

Kermani beobachtet in Deutschland eine starke Abneigung und Hysterie gegenüber Konflikten, die er auf ein unrealistisches Ideal einer konfliktfreien Gesellschaft zurückführt. Die Migration der letzten 40 Jahre stelle seiner Meinung nach die ursprünglich vorhandene Vielfalt in Deutschland wieder her und verlaufe in Anbetracht ihres Ausmaßes relativ konfliktarm.

Hegemann bringt seine persönliche Erfahrung ein, dass sich in den frühen 1960er in seiner Heimatstadt Paderborn teils sehr gewaltsame Auseinandersetzung zwischen italienischen Gastarbeitern und der „deutschen“ Bevölkerung anhäufte. Diese wurden aber nicht wie heute medial sensationalisiert, sondern als pubertäre Streitereien über – so Hegemann – „Mädchen und Geld“ erklärt.

Hegemann geht zu der Kritik einer nationalen Wir-Definition über und beschreibt die Integrationsstrategie der Bundesrepublik, die sich an der Kategorie des Deutschen und des Migranten festhält, als Anachronismus. Er fragt, ob für Intellektuelle wie Kermani die nationale Integration noch eine Rolle spiele. Kermani spricht sich vehement dagegen aus und sieht die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft nicht als erstrebenswert an. Für ihn stellen Nationalstaaten eine relativ rezente Erfindung des 19. Jahrhunderts dar. Obwohl er unterschiedliche Traditionen und Kulturen anerkenne, lassen sich diese nicht territorial eingrenzen, sondern bereicherten sich gegenseitig. Wie „Dein Name“ zeige, gehöre zur deutschen Tradition beispielsweise der jüdische Kafka.

Kermani spricht sich für die Aufhebung von Nationalstaaten zu Gunsten größerer Verbände wie der Europäischen Union aus. Nationale Gemeinschaften, die von einer ethnischen und religiösen Homogenität ausgingen, seien per Definition ausschließlich gegenüber Menschen, die sich ihrem Land nicht so eindeutig zurechnen könnten. Hegemann geht wei-

ter und schlug die globale inklusive Gemeinschaft als einzig möglichen Rahmen vor, in der Unterschiedlichkeit kein Ausschlusskriterium ist und selbst die Natur möglicherweise zugerechnet werden könne. Kermani gibt zu bedenken, dass Loyalität gegenüber der Sprache, dem Wohnort und den Umständen, in denen man lebe, wünschenswert sei und dass die Wahrnehmung von Differenz der menschlichen Kognition entspreche.

Hegemann greift den Aspekt der Globalisierung auf und hält es für widersinnig, dass Nationalstaaten nicht der Tendenz des globalisierten Marktes folgen, der nationale Grenzen aufzusprengen versuche. Kermani sieht die ambivalente Folge der Globalisierung, dass die partielle Auflösung kultureller Identitäten einen „Roll-Back-Effekt“ besitze und fundamentalistische Bewegungen begünstigen könne. Überraschenderweise seien diese kein Armuts-, sondern ein Mittelschichtenphänomen wie der Salafismus in Deutschland. Gründe dafür seien wirtschaftliche Umwälzungen und soziale Diskrepanzen, die bürgerliche Milieus am stärksten spüren.

Kermani führt den Aspekt der Kulturalisierung sozialer Konflikte weiter aus und kritisiert, dass durch den Diskurs der kulturellen Vielfalt die politische Verantwortung für soziale Gleichheit verschleiert werde. Hegemann ergänzt, dass die paradoxe Aufgabe der Demokratie darin bestünde, gleichzeitig die Einzigartigkeit und die Gleichheit jeden Bürgers zu gewährleisten. In beide Richtungen könne sie jedoch dieses Ideal nicht erreichen und produziere widersprüchliche Ergebnisse, wie sie Kermani in „Dein Name“ beschreibe. Kermani warnt davor, soziale und politische Konflikte in einen religiösen oder kulturellen Kontext zu stellen und somit politische Verantwortung abzusprechen. Dies werde zum Teil bewusst gefördert und ignoriere Entwicklungen wie die wachsende Schere zwischen Arm und Reich und die Verstärkung, die die eigentlichen Probleme der Bundesrepublik seien.

Kermani und Hegemann bedanken sich abschließend über die zumindest konfliktfreie künstlerische Zusammenarbeit bei der Inszenierung von „Dein Name“ am Thalia Theater, die sie in einer langjährigen Perspektive fortsetzen wollen.

Zusammenfassender Bericht von Claudia Niemeyer

Gespräch: Eine Generation ohne Grenzen und Heimat?

**Die Autorinnen Olga Grjasnowa / Jagoda Marinić / Lena Gorelik
im Gespräch mit ZEIT-Journalistin Alice Bota**

Was heißt es, Teil einer Generation zu sein, die sich durch interessante, aber komplizierte Lebens- und Herkunftsgeschichten auszeichnet? Wie beeinflussen die verschiedenen kulturellen Prägungen die eigene Identität und das künstlerische Schaffen? Brauchen wir überhaupt noch kulturelle Abgrenzungen? Die ZEIT-Journalistin Alice Bota, selbst Schriftstellerin (Wir neuen Deutschen) hat sich diesen Fragen im Gespräch mit den drei Autorinnen Olga Grjasnowa (Der Russe ist einer, der Birken liebt), Jagoda Marinić (Die Namenlose) und Lena Gorelik (Lieber Mischa...) am ersten Kongresstag gewidmet.

Alle drei Autorinnen bearbeiten auf sehr unterschiedliche Art und Weise das Fremdsein, das Dazugehören, das Ausgegrenzt-Werden. Sie gehören zur Generation der um die 30jährigen. Und sie sind nicht allein: In dem von Nicol Ljubic 2012 herausgegebenen Band „Schluss mit der Deutschenfeindlichkeit“ meldeten sich viele Autorinnen und Autoren zu diesem Thema zu Wort – mit Namen, die nicht nach Müller oder Meier klingen. Dabei sind Sie sich einig: „Wir sind keine Migranten-Autoren. Wir sind deutsche Autoren!“, bekräftigt Jagoda Marinić. Der Zeitpunkt dieser Veröffentlichungen scheint kein Zufall zu sein. Das Thema sei momentan präsent, weil die Gesellschaft endlich bereit sei, darüber zu reden. Uneinig scheint man sich hingegen zu sein, „ob es immer so glücklich ist, dass Menschen, die eigentlich Kunst und Literatur machen möchten, permanent so politisiert werden“, so Marinić weiter.

Seit der Sarrazin-Debatte hat die „Marke Migrationsliteratur“ einen gewissen Aufwind und Politisierungs-Schub erfahren – für die Autorinnen bedeutet das eine Gratwanderung: zwischen dem Sich-äußern-Wollen, dem Wunsch, einfach nur Romane zu schreiben und der wertvollen Chance, ungewöhnliche und sehr interessante Biografien sichtbar zu machen. Häufig verstehen sich die Autorinnen gar nicht selbst als Migrantinnen, sondern sie werden von außen so definiert. Bei Publikumsfragen sind „der Dreistigkeit eigentlich keinerlei Grenzen gesetzt“, betont Olga Grjasnowa. Kommentare und Fragen wie „Sie können aber gut Deutsch!“ oder „Können Sie auch kyrillische Buchstaben lesen?“ sind keine Ausnahmen.

Lena Gorelik macht dies noch deutlicher: „Natürlich schreibe ich über einen Hintergrund, den man kennt, selbstverständlich auch in meinen Romanen schreibe ich über dieses Thema. Aber die Grenze verläuft für mich da, wo jemand nach einer Lesung aufsteht und fragt: 'Ich bin Lehrer, ich hab viele Integrationsunwillige, russische Schüler in der Klasse. Können Sie mir bitte sagen, was ich mit ihnen machen soll?'. Da wird eine Grenze überschritten und zwar bei meinen Lesungen regelmäßig, das kann ich nicht akzeptieren.“ Viele würden sich dann eben doch für den aktiveren Weg entscheiden. Sie äußern sich lieber selber zu ihrer Herkunft und zu ihren Biografien, bevor es andere für sie tun.

Auch wenn in den letzten zwei Jahren vermehrt über Werke migrantischer Autorinnen und Autoren gesprochen wurde, benennt Jagoda Marinić in ihrem Plädoyer „Die Namenlo-

sen“ eher eine Leerstelle im deutschen Diskurs: „Diese Leerstelle hätte gefüllt werden müssen, mit Erzählungen und Geschichten von Gastarbeitern, von den Kindern der Gastarbeiter, von all denjenigen, die sich irgendwann in diesem Land ihre Heimat gesucht haben.“ Marinić betont, dass es in diesem Diskurs nicht nur um einzelne Biografien gehen kann, sondern um die Stimmung in der Gesellschaft und um die Frage, wie sie sich definiert. Diese Stimmung sei mit dafür verantwortlich, dass etwa Lehrer bei Lesungen aufstehen und sich Rat für den Umgang mit „integrationsunwilligen Schülern“ wünschen.

Jagoda Marinić hat für dieses Dilemma eine eigene Lösung gefunden und appelliert an ihre Kolleginnen, mehr Selbstbewusstsein zu zeigen: „Ich finde es ärgerlich, dass Leute wie Buschkowski oder Sarrazin daherkommen, über Migranten in Deutschland sprechen und mit ihren Büchern ohne Probleme in die TopTen der Bestsellerliste schießen. Und wir können befänglich sein, jammern und schimpfen, zum Beispiel über den Zuhörer auf der Lesung. Dieses Schimpfen ist eigentlich die Position, die ich nicht mehr möchte“, betont Marinić. „Stattdessen schreibe ich jetzt ein Plädoyer in eigener Sache und nehme mir als Autorin das Recht auf einen eigenen poetischen Realismus. Ich schreibe über das, was ich will. Und das sind nicht immer politische Themen, auch wenn sie implizit immer mit enthalten sind.“ Bei vielen Autorinnen und Autoren dieser Generation erwacht auch ein Bedürfnis, die Geschichten der Eltern zu erforschen und aufzuschreiben. Und damit vielleicht zu bewirken, dass sich die Gesellschaft langsam daran gewöhnt, dass ehemalige Gastarbeiter eben nicht wieder nach Hause gehen, sondern stattdessen lieber in Deutschland alt werden wollen. „Viele sind noch immer überrascht, wenn Menschen mit Einwanderer-Eltern das deutsche Bildungssystem durchlaufen und sich die humanistische, deutsche Erziehung aneignen. Es kommt darauf an, was gesellschaftlich vermittelt wird und was die Erwartungshaltung ist“, ergänzt Olga Grjasnowa. Debatten um Buschkowski und Sarrazin brächten da nicht weiter, da sich ein ganz anderes Bild des Migranten manifestieren würde.

Alice Bota fasst zusammen, dass alle drei Autorinnen auf sehr unterschiedliche Art dem deutschen Staat Versagen vorwerfen und fragt: „Was müsste der Staat denn besser tun?“ Jagoda Marinić antwortet verärgert: „Dieser permanente Gestus, wenn jemand etwas Gutes tut, dann muss man ihm auch bitte dabei zusehen, das stört mich. Man hat nie das Gefühl, dass das von Innen heraus kommt. Ich wünsche mir, dass Menschen einfach so, ohne mediale Aufmerksamkeit, für eine Gesellschaft kämpfen, die Pluralität verspricht.“ Lena Gorelik fordert mehr staatliche Kontrolle und appelliert an die Medien, plakativ abwertende Begriffe wie etwa „Dönermorde“ nach Angriffen auf türkische Mitbürgerinnen in Zukunft zu vermeiden. „Weniger reden und planen, sondern konkret handeln!“

Grjasnowa ergänzt elementare politische Forderungen, wie zum Beispiel die Erleichterung der Staatsbürgerschaft oder



Lena Gorelik



Alice Bota



Olga Grjasnowa



Jagoda Marinić

der Doppelstaatsbürgerschaft für die im Land Geborenen oder später Dazugekommenen. Auch der Zugang zu Bildung müsse verbessert werden. „Das hat gar nicht soviel mit dem Herkunftsland zu tun, sondern viel eher mit der sozialen Stellung der Eltern. Ist das Schulsystem noch aktuell? Wer schafft den Sprung aufs Gymnasium? Wer darf studieren? Es ist noch viel zu tun. Allein die Beamten in den Ausländerämtern besitzen sehr viel Macht, viele agieren damit sehr rassistisch. Sie sind sich darüber im Klaren und nutzen ihre Macht bewusst aus.“

Marinić fordert „eine Integrationspolitik, die auch inklusiv ist. Beispielsweise die Erfindung des Migrationshintergrunds. Hätte man da nicht besser genau das Gegenteil erfinden müssen, das Verschwinden des Migrationshintergrundes? Weil gerade zu diesem Zeitpunkt eine Generation herangewachsen ist, die sich zunehmend deutsch fühlt? Einfach zu sagen, das ist Deutschland, das ist der Wandel. Die Menschen, die hier leben, sind einfach dieses Land. Diesen Identitätsdiskurs zu führen, das wäre meine Forderung.“

Eine Schärfung der politischen Diskussion sei notwendig, sodass Begriffe und damit verbundene Maßnahmen zielgerechter werden, meint Lena Gorelik „Die Politik muss anfangen genauer zu differenzieren in diesem großen Topf von Menschen, die alle angeblich Migrationshintergrund haben. Selbst meine Kinder, die hier geboren wurden und einen deutschen Ausweis haben, bekommen dieses Label. Ich empfinde das nicht als etwas Positives, man wehrt sich deshalb dagegen, weil man darauf reduziert wird. Der Zuwanderer beispielsweise, der heute nach Deutschland kommt und kein Wort Deutsch kann, wird mit meinen Kindern in einen Topf gesteckt. Beide haben Migrationshintergründe, aber nichts miteinander zu tun. Wir brauchen eine Differenzierung von konkreten Maßnahmen. Was machen wir mit Leuten, die hier gerade ankommen? Was machen wir mit Kindern, die kein Deutsch können? Die Vermischung dieser

Fragestellungen, das ist problematisch.“

Neben diesen politischen Forderungen sei auch Veränderung von unten möglich, direkt aus der Gesellschaft, etwa indem die Geschichten der ersten Generation von Zuwanderern zur Sprache kommen. „Viele unserer Eltern schweigen, sie sind einfach verstummt“, erzählt Jagoda Marinić. Sie trägt dieses stumme Erbe ihrer Eltern sehr offensiv in die Gesellschaft: „Ich möchte ihre Geschichte mit in dieses Land tragen, sodass dieses Land sich damit auseinandersetzt. Ich glaube persönlich diesen Spagat zu schaffen zwischen der Vermittlung der Geschichten der ersten Generation und meiner eigenen Geschichte, die auch Migration beinhaltet. Ich will dieses Label auch haben. Ich bin nicht hier groß geworden. Ich hab da noch irgendein Plus. Und ich möchte das auch nicht weggekürzt sehen. Ich fühle mich auch beschnitten, wenn jemand zu mir sagt, du bist Deutsche. Meine Eltern verstehen das überhaupt nicht. Sie sind nur dankbar. Sie kommen aus der Armut. Und Deutschland hat ihnen Geld gegeben. Auf der anderen Seite gibt es einen ganz tiefen Hass. Sie haben ihr Leben hierher verpflanzt und dem Land ihre ganze Kraft gegeben, aber gleichzeitig hat das Land sie nie so angenommen. Meine Eltern verstehen dieses Land letztlich nicht wirklich. Man muss sich ihre Welt einmal vorstellen: Das waren oft sehr einfache Menschen. Die kamen hierher und fanden sich in Kontrollen wieder, in denen sie gesundheitlich untersucht wurden. Die hatten so eine Angst vor Deutschland, mit der sie sukzessive älter wurden. Und sie gewinnen nur ganz langsam an Selbstbewusstsein. Das passiert dann eher auf dem Level, dass sie sagen: 'Ich habe heute mal dem Krankenkassen-Menschen gesagt, dass ich das nicht bezahlen werde. Ich habe mich gewehrt'. Ich glaube, dass es für uns ganz wichtig ist, dass wir sagen: 'Wir leben hier, wir gehören hierhin und wir richten etwas aus.'“

Verfasst von Anja Turner und Marius Koniarczyk

Die Grenzen kultureller Diversitätspolitik. Britische Museen im Spannungsfeld nationaler Repräsentationspolitik

Dr. Victoria Walsh / Kuratorin und Kunsthistorikerin / London

Museen sollten als kulturelle Einrichtungen in der Lage sein, einen breiten Querschnitt der Bevölkerung anzusprechen. Als Vermittler universeller Wahrheiten leisten sie einen großen Beitrag bei der Selbstfindung. Wo früher nationale Identität über Landesgrenzen definiert war, ist heute das internationale Publikum mehr und mehr in der Lage, eine auf eigene Erfahrungen beruhende, selbstgesteuerte Identität zu entwickeln. Folglich ist Inklusion, also die Einbeziehung möglichst aller sozialen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, ein bedeutender Faktor im Verhältnis zwischen Museum und Publikum.

In dem Forschungsprojekt Tate Encounters untersuchte Dr. Victoria Walsh, welchen Mechanismen die Ansprache des Publikums in der Tate Britain unterworfen ist. Die Tate Britain ist ein Museum in London, in dem die weltweit größte Sammlung britischer Kunst vom 16. bis zum 21. Jahrhundert gezeigt wird. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie ein äußerst spezielles Publikum („black, ethnic and minority“) einheitlich in die Rhetorik des Museums einbezogen werden kann.

Im Vorfeld konnte attestiert werden, dass trotz vielfältiger Bestrebungen eine Diversifizierung des Museumspublikums nicht erreicht werden konnte. Zehn Jahre mit speziellen Fördermaßnahmen hatten lediglich enttäuschende oder gar kontraproduktive Ergebnisse produziert. Bei den Besucherzahlen sozialer Randgruppen waren keine nennenswerten Anstiege zu verzeichnen. Von diesem Sachstand ausgehend, versuchte Tate Encounters, zeitgemäße und effektivere Wege für eine universelle Ansprache von Museumsbesuchern zu ermitteln.

Das auf drei Jahre angelegte Projekt fußte auf einer Partnerschaft zwischen der London Southbank University und der Tate Britain. Für Tate Encounters wurden Studenten mit Migrationshintergrund auf freiwilliger Basis zur Mitarbeit eingeladen. Eine Besonderheit des Projektes war die Form: Die Forscher lebten und forschten im Museum. Der Alltag war geprägt von Interaktionen mit jeder Abteilung des Museums. Viele so gewonnene Eindrücke wurden auf einer speziellen Website veröffentlicht. Auf diese Weise entstand neben dem eigentlichen Projekt eine Sammlung an Audioaufnahmen, mit denen Interviews oder persönliche Eindrücke über die gesamte Laufzeit des Projekts archiviert werden konnten. Die empirisch gewonnenen Daten wurden somit auf innovative Art und Weise ergänzt.

Tate Encounters zeigte einige Rahmenbedingungen auf, nach denen die Publikumsansprache einer Vielzahl komplexer und teils neuartiger Faktoren unterliegt. Durch globale Migration verändert sich auch die soziale und kulturelle Demografie der MuseumsbesucherInnen. Der hieraus resultierende Transnationalismus wurde zuvor zwar erkannt, aber in Bezug auf die soziale Verschiedenheit falsch angegangen. Für Museen bieten sich hier völlig neue Herausforderungen: Ausstellungsstücke müssen in einer Art und Weise ausgewählt und aufbereitet werden, die es BesucherInnen aus

einer Vielzahl kultureller Hintergründe ermöglicht, sie angemessen rezipieren zu können.

Neben der Herkunft der MuseumsbesucherInnen spielt auch die Vertriebsweise kultureller Güter eine Rolle. Kultur begünstigt zunehmend neue, nicht-institutionalisierte Formen des Austausches, die über die historischen hinausgehen und sich über nationale Grenzen ausdehnen. Diese Grenzüberschreitungen bewirken eine Transkulturalität, die von Mobilität und Übergang gekennzeichnet ist und dabei das Räumliche, Materielle und Virtuelle mit einbezieht.

Diese Transmediation, die Auflösung klassischer Mediengrenzen, stellt Kuratoren und Museen bei der Präsentation visueller Kunstwerke zudem vor neue Aufgaben. Die Bildende Kunst wird zu einem visuellen Eindruck unter vielen. Im Zusammenspiel mit Transvisualität können Ausstellungsstücke auf diese Weise von BesucherInnen in neue, nicht erwartete Kontexte gerückt werden: Einzelne Aspekte werden so aus dem ursprünglichen Zusammenhang gerissen und können im Verbund mit anderen neu interpretiert werden. Dabei bilden sich mitunter Wechselwirkungen zwischen der Interpretation von Kunstwerken und deren weiterer Präsentation, die das Museum direkt tangieren können.

Die bisherige vorherrschende britische Cultural Diversity Policy (CDP) war im Zusammenspiel mit der Museumspraxis nicht in der Lage, die veränderten Rahmenbedingungen für eine neue Diversity-Politik produktiv zu nutzen. Zudem tut sich hier ein Spannungsfeld mit gängigen kulturwissenschaftlichen Praktiken auf. Modernismus sowie der Diskurs über eine sogenannte „Britishness“ geraten zunehmend in Konflikt, was sich bereits an der Aufteilung zwischen der Tate Britain und dessen Zweigstelle für moderne Kunst, Tate Modern, bemerkbar macht. Eine universelle Herangehensweise ist hier nicht direkt erkennbar.

Die bei Tate Encounters erkannten Problematiken bei der Ansprache eines modernen Museumspublikums legen die Grundlage für eine neue Art der Präsentation von Kunstwerken im musealen Raum. Das Museum an sich wird hier als Netzwerk verstanden, in dem Menschen, Ideen und Objekte interagieren und gemeinsam neue kulturelle Werte kreieren. Dabei muss der heterogene Hintergrund des Publikums eine wichtige Rolle spielen und gezielt in die kuratorische Arbeit eingebunden werden.

Zusammenfassender Bericht von Anja Turner und Marius Koniarczyk



Dr. Victoria Walsh

Foto: Arne Thaysen



Hajusom e.V. und transnationale Kunst in Hamburg

Hajusom ist ein transnationales Kunstprojekt in Hamburg, das seit 1999 als ein Ensemble aus jungen MigrantInnen und Flüchtlingen mit renommierten GastkünstlerInnen verschiedener Genres kooperiert. Es widmet sich dabei dem Thema der Globalisierung und ihren Folgen in unterschiedlichen Performance-Formaten. Die mehrfach ausgezeichneten Arbeiten verstehen sich als künstlerische Stellungnahmen, die im Konfliktfeld aktueller Migrationspolitik zu intervenieren versuchen. Alle Performances sind Koproduktionen mit Kampnagel Hamburg und erreichen dort und auf bundesweiten Gastspielen ein großes, heterogen zusammengesetztes Publikum.

Als kontinuierlich arbeitendes Projekt ist Hajusom mit seiner ganzheitlichen künstlerisch-sozialen Ausrichtung ein bundesweit einzigartiges Modell der Entwicklung neuer Kunst- und Kommunikationsformen. Die letzte Produktion „Hajusom in Bollyland“ erhielt Einladungen unter anderem zum Festival „Politik Im Freien Theater“ und wurde mit dem Innovationspreis des Fonds Soziokultur 2011 ausgezeichnet.

Paradise Mastaz. Eine Musik-Performance mit Puppen

Nach dem großartigen Erfolg von „Hajusom in Bollyland“ hat die transnationale Performancegruppe für „Paradise Mastaz“ ihr Personal um besondere Experten erweitert. Die Performer schicken schräge Schaumstoffpuppen als europäische Touristen und hölzerne Marionetten in westafrikanischer Bauart als Migranten auf den Weg.

Auf ungleichen Reiserouten sind sie alle auf der Suche nach einem ominösen „Paradies“ und verheddern sich dabei nicht nur im Kampf um wechselseitige Klischees und Projektionen. Hajusom nimmt die Fäden in die Hand und zeigt lustvoll, wer die wahren Meister des Paradieses sind und wie Strippenzieher im globalen Machtspiel aufgebaut und demontiert werden.

Die Puppen sind in Zusammenarbeit mit den legendären Puppenspielkünstlern Niklas Loycke (Das Helmi) aus Berlin und Yaya Coulibaly (Companie Sogolon) aus Bamako/ Mali entstanden. Viktor Marek & Knarf Rellöm lassen mit ihren Live-Beats Puppen und Performer tanzen.

Text verfasst von Julia zur Lippe / Projektkoordinatorin Hajusom e.V.
Paradise Mastaz ist eine Koproduktion von Hajusom e.V. mit Kampnagel Hamburg, Theater im Pumpenhaus Münster und FFT Düsseldorf und wird gefördert von der Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburgischen Kulturstiftung, Fonds Darstellende Künste, Aktion Mensch und der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

VON UND MIT Hajusom KONZEPT, KÜNSTLERISCHE LEITUNG Ella Huck, Dorothea Reinicke KÜNSTLERISCHE MITARBEIT Katharina Oberlik PUPPENBAULEITUNG Niklas Loycke (Das Helmi/ Berlin), Yaya Coulibaly/Bamako LIVE-MUSIK Viktor Marek mit Voices of the Undead & Knarf Rellöm CHOREOGRAFIE Can Gülec, Franklyn Kakyire SCHWAN-CHOEREO Friederike Lampert AUSSTATTUNG Markus Lohmann, Jelka Plate VIDEO Farzad Fadaei ASSISTENZ Arman Marzak, Esther Brandt, Lore Hofmann

Eröffnungsrede zum Interkulturellen Festival eigenarten

Dr. Nikolas Hill / Staatsrat der Kulturbehörde Hamburg

Sehr geehrte Frau Dr. Madubuko, sehr geehrte Frau Salviac, sehr geehrte Frau Engelhard, sehr geehrter Herr Peters, sehr geehrte Kongressteilnehmer, sehr geehrte Künstlerinnen und Künstler, liebe Gäste des eigenarten Festivals 2012, ich begrüße Sie alle herzlich zur diesjährigen Eröffnung des eigenarten Festivals. Dieses Jahr schon zum 13. Mal und in großer Runde!

Ich freue mich, dass ich diesen schönen Termin von Frau Senatorin Kisseler, von der ich hiermit herzlich grüßen möchte und die leider aufgrund einer dringenden Terminkollision nicht hier sein kann, übernehmen konnte.

Ganz besonders begrüßen möchte ich die eben eingetroffenen Gäste, die extra wegen eigenarten nun dazugekommen sind und natürlich auch die Teilnehmer des 4. Bundesfachkongresses Interkultur, die bereits seit Mittag hier auf Kampnagel sind und schon viele Vorträge und kulturelle Beiträge gehört und gesehen haben. Ich hoffe sie können noch! Keine Sorge – jetzt können Sie sich zurücklehnen und die weiteren „Eigenarten“ dieser Stadt genießen.

Das eigenarten Festival heißt nicht nur so, sondern steht tatsächlich für die „Eigenarten“ unserer Stadt. Für die vielen Facetten und unterschiedlichen Formen der kulturellen Vielfalt in Hamburg. Und für die Entwicklung dieser ganz speziellen Art! Einige dieser wunderbaren Eigenarten konnten Sie heute bereits während des Kongresses sehen. Für das aus der Bundesrepublik angereiste Publikum waren die Beiträge vielleicht noch unbekannt, für uns Hamburger waren das fast schon liebgewordene „Eigenartler“ der ersten Stunden.

Evgeni Mestetschkin ist so einer, er ist bereits seit Anfang an mit dabei. Im Jahre 2001 mit einer Produktion, die der Frage nachging, ob Gogol Puschkin erschossen hat, 2004 mit einer Auseinandersetzung zu Cechovs Drei Schwestern, 2005 bekam Rosalind, die in Shakespears Romeo und Julia im ersten Akt der fünften Szene auf einer Party nur ganz kurz vorkommt, endlich ihren verdienten Auftritt, in 2006 lässt Mestetschkin in Zusammenarbeit mit Hamburger Schülern dann Hitchcocks Vögel von Bingöl, einer Provinz in Ostanatolien, bis nach Hamburg fliegen, in 2007 entdecken zwei Russen an einer der ungemütlichsten Orte in Hamburg, der Stresemannstraße, die Stadt und schaffen es, alltägliche Dinge des Lebens, Anwohner, Obdachlose, Polizisten, Hunde und Busse miteinander freundschaftlich zu verbinden. Heute Mittag haben sie dann einen Auszug aus der Produktion „Lady, Lady on the Seashore“ gesehen, wo es um die Verflechtung der eigenen Identität mit den Biografien der Verwandten und Eltern geht.

Eine ähnliche Auflistung des künstlerischen Schaffens im Rahmen des eigenarten Festivals, wie der des Regisseurs Evgeni Mestetschkin, hätte ich Ihnen auch über die Arbeit von Hajusom oder von Dario Aguirre oder von der magpai production group, der Tanzbrücke Hamburg e.V., dem Ensemble des MUT Theaters oder oder oder erzählen können. Aber warum tue ich das hier heute eigentlich?

Weil es die Entwicklungen, die Veränderungen, den Werdegang und das Werden der einzelnen Künstlerinnen und

Künstler und auch des eigenarten Festivals der letzten Jahre aufzeigt und damit auch das Dazulernen und den veränderten Umgang mit der kulturellen Vielfalt in unserer Gesellschaft darlegt.

Beschäftigt sich Mestetschkin in seiner Regiearbeit von 2001 noch mit der russischen Literaturszene des 19. Jahrhunderts, also mit der Kulturgeschichte seiner eigenen Herkunft, kommen in seinen weiteren Produktionen immer mehr kulturelle Einflüsse dazu, mal aus dem britischen Kulturkreis der Shakespeare Zeit oder der amerikanischen Klassiker. Man hat das Gefühl, dass hier jemand durch die Kulturen wandert, viele Dinge aufnimmt, miteinander in Bezug setzt, sie verbindet und immer wieder auch auf die eigene Herkunft hin reflektiert.

Und dies ist eine Eigenschaft, die ich bei vielen interkulturellen Künstlerinnen und Künstlern so bewundere: das Neugierig-Sein für andere Kulturen, das Offensein für andere und vielleicht fremde Einflüsse, das Sich-Auseinandersetzen mit der eigenen Herkunft und Identität und das „Sich-Herausziehen“ dessen, was für sie am wertvollsten scheint, um daraus etwas Neues, ganz Eigenes zu entwickeln.

Auch der bundesweite Diskurs zum Themenfeld Interkultur hat sich in den letzten Jahren verändert und weiterentwickelt. Heute reden wir über „Diversity Management“ und darüber, wie wir gesamtgesellschaftliche Veränderungen vorantreiben können. Wir sind quasi auch aus unserem eigenen Kulturkreis herausgekommen, haben uns von den vielen anderen Kulturkreisen unserer migrantischen Mitbürgerinnen und Mitbürger inspirieren lassen und diskutieren jetzt gemeinsam über Interkultur.

Bei uns in der Kulturbehörde fördern wir seit 1989 interkulturelle Projekte mit 300 Tsd. EUR jährlich. Das wird in den nächsten Jahren auch so bleiben! Darunter fallen unter anderem Projekte von kulturell engagierten Migrantenvereinen und -initiativen und eben Festivals, wie zum Beispiel das eigenarten Festival. Dazu gehören aber auch viele kleinere Formate von migrantischen Einzelkünstlern.

Darüber hinaus bemühen wir uns um ein ständiges Verstehen, um ein „Dazu-Lernen“ und stellen uns Fragen:

- Wo liegen eigentlich die kulturellen Interessen einzelner Zielgruppen und Milieus?
- Wo gibt es spannende Netzwerke und wen können wir miteinander vernetzen?
- Welche Kooperationsmöglichkeiten zwischen den einzelnen, kulturell engagierten Migrantenvereinen und -initiativen und verschiedenen klassischen Kulturinstitutionen können wir ermöglichen?

Mit der Realisierung des 4. Bundesfachkongresses „Interkultur“ erhoffen wir uns deshalb auch für Hamburg weitere Anregungen für die interkulturelle Kulturarbeit und schauen gespannt auf die entstehenden Handlungsempfehlungen, das hat der Bürgermeister heute Morgen ja, glaube ich, auch schon betont.

Das eigenarten Festival ist für uns in den letzten Jahren ein



„Nacht der langen Tafel“ am 1. Kongresstag auf Kampnagel

starker und wichtiger Kooperationspartner geworden. Denn neben den vielen alten Bekannten bietet das eigenartige Festival natürlich jedes Jahr auch immer wieder viele neue interessante Programmpunkte an und bindet neue Künstler, die vielleicht noch nicht so lange in der Stadt sind, in das Festival mit ein.

In dem diesjährigen Programm ist mir besonders das Tanztheaterstück „Mare nostrum?“ der Regisseurin Marina Siena im Hamburger Sprechwerk oder das Theaterstück im Goldbekhaus über „einen gewissen Plüm“ aufgefallen. Aber schauen Sie selbst ins Programmheft. Ich bin mir sicher, dass Sie einiges finden werden, was auch Ihre Aufmerksamkeit erregt.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle natürlich auch bei den vielen Kooperationspartnern, die mit dem eigenartigen Festival zusammenarbeiten und ihre Häuser und Türen öffnen.

Liebe Frau Engelhard, liebe Frau Salviac, lieber Herr Peters, ich wünsche Ihnen für das diesjährige Festival nun gutes

Gelingen und Ihnen, liebe Gäste, viele interessante und unterhaltsame Veranstaltungen, insbesondere gleich mit dem Kako Weiss Ensemble, das sie mit einer Mischung aus europäischem Sinti Swing über amerikanischen Jazz bis zu Astor Piazzollas Tango Nuevo erfrischen wird. Um 21.00 Uhr geht es dann weiter mit einem Creole-Beitrag von Triologue und Cyrus Ashrafi.

Bevor ich das Wort jetzt an Julie Salviac und Kai Peters übergebe, möchte ich mit einem Zitat von Yoko Tawada schließen, welches das eigenartige Festival schon so lange begleitet und sich ausnahmsweise mal nicht verändert hat: „Das Interessante liegt im Zwischen...zwischen den Worten, zwischen den Menschen, zwischen den Kulturen.“



Dr. Nikolas Hill
Foto: Fritz Brinkmann

eigenarten Interkulturelles Festival Hamburg

Judy Engelhard / Julie Salviac / Kai Peters

eigenarten – das interkulturelle Festival Hamburg (www.festival-eigenarten.de) – findet seit 2000 alljährlich im Herbst statt und präsentiert aktuelle interkulturelle Produktionen von Hamburgischen KünstlerInnen aus der ganzen Welt. Die Produktionen kommen dabei in manchen Teilen ernst und in anderen humorvoll daher, können ebenso kritisch wie leichtfüßig sein und das Publikum mit Intellektualität genau wie mit Poesie überraschen. KünstlerInnen unterschiedlicher kultureller Hintergründe haben das Bedürfnis, ihre Geschichten, ihre Themen und ihre Sicht auf die Gesellschaft, in der sie leben, in eigenen Inszenierungen auf der Bühne zu (re-)präsentieren. Mit diesem Ansatz arbeitet unter anderem das interkulturelle Theater, durch das Interkulturalität erlebbar und sinnlich erfahrbar gemacht werden kann.

Mit jedem Festival wurde ein thematischer Schwerpunkt gesetzt, der mal den Diskurs in der Szene selbst beförderte, mal darüber hinaus wirkte und Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung setzte. Gerade deswegen war es ein Anliegen, den Kongress in Beziehung zu dem Festival zu stellen. KünstlerInnen, die über mehrere Jahre an eigenarten beteiligt waren, steuerten Kulturbeiträge zu der Kongresseröffnung bei. Gleichzeitig fand die Eröffnung des diesjährigen Festivals selbst auf dem ersten Kongresstag statt.

Evgeni Mestetschkin inszenierte dazu in „Lady, Lady on the Seashore“ mit Töchtern und Söhnen Geschichten von Müttern und Vätern, von nahen und fernen Verwandten, vom Anfang bis zum Ende der Welt. Der Auszug zeigte ein Flechtwerk aus verschiedenen Biographien über mehrere Generationen hinweg.

In „Paradise Mastsaz“ brachten die PerformerInnen schräge Schaumstoffpuppen als Sinnbild für europäische Touristen und hölzerne Marionetten in westafrikanischer Bauart als Protagonisten der Migration auf den Weg. Auf ungleichen Reiserouten waren sie alle auf der Suche nach einem ominösen „Paradies“ und verhedderten sich dabei nicht nur im Kampf der wechselseitigen Klischees und Projektionen. Das Stück wurde erarbeitet von KünstlerInnen des transnationalen Kunstprojektes Hajusom. Zunächst als temporäre Sommerbeschäftigung für junge, unbegleitete Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Ländern sowie aus Afghanistan und Iran angelegt, ist Hajusom mittlerweile zu einer festen Institution geworden.

Mit Darío Aguirre und seinem Kurzdokumentarfilm „Mein letzter Tag als fiktiver Mensch“ holten wir einem Filmemacher, der sich „zwischen den Welten“ bewegt, dazu. Sind Integrationsversuche in unseren Zeiten noch möglich? Wie würdest du reagieren, wenn du eine „Fiktionsbescheinigung“ bekommen würdest? Der Film war durchzogen von Fragen wie diesen und gab nachdenklich stimmende Antworten.

Das KaKo Weiss Ensemble bereicherte das Eröffnungsprogramm mit einem musikalischen Beitrag. Dabei schlug das Ensemble eine Brücke vom europäischen Sinti-Swing über amerikanischen Jazz bis hin zum Astor Piazzollas Tango Nuevo. Der Saxofonist Kako gehört zur Hamburger Linie der

berühmten Musikerfamilie Weiss, die seit 160 Jahren an der Elbe wohnt. Als „Hamburger Jung“ hat Kako Weiss seine eigene Band zusammengestellt und mit Größen der lokalen Jazzszene die lange Familientradition um ein ganz neues, leidenschaftliches und modernes Kapitel ergänzt.

Den Ausklang des ersten Kongresstages bestritt creole Hamburg mit der virtuoson Lübecker Formation Triologue und dem Wilhelmsburger Songpoeten Cyrus Ashrafi, der in einer Mischung aus Ambient und Pop „elektronische Klangteppiche mit Seele“ webte. Creole ist seit 2006 nicht nur ein bundesweiter Wettbewerb, sondern ist auch zu einer wichtigen Plattform für Weltmusik und einem bedeutendem Netzwerk geworden.

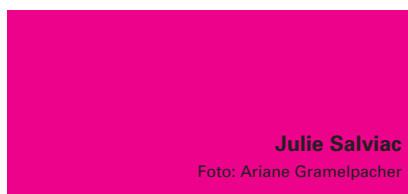
In den wenigsten Kulturstätten Hamburgs ist es bislang geliebte Realität, dass interkulturelle KünstlerInnen Recht auf ihre eigenen Themen haben. Die spannenden Kulturbeiträge des Tages machten nicht nur die gesellschaftliche Relevanz dieser Themen deutlich. Sie zeigten auch ihre künstlerische Qualität und Begeisterungsfähigkeit für ein breites Publikum. Kulturstätten sollten sich diesem Potenzial nicht verschließen, nicht zuletzt auch deshalb, um auf dem Weg in eine transkulturelle Gesellschaft mithalten und diesen mitgestalten zu können.

Verfasst von Judy Engelhard, Julie Salviac und Kai Peters, überarbeitet von Claudia Niemeyer



Judy Engelhard

Foto: Steffen Gottschling



Julie Salviac

Foto: Ariane Gramelspacher



Kai Peters

Foto: Ariane Gramelspacher



2. Kongresstag

Donnerstag, 25. Oktober 2012 / Bürgerhaus Wilhelmsburg

Grußwort Prof. Dr. Christoph Wulf / Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission

Die Deutsche UNESCO-Kommission hat sich gerne als Mitveranstalter an diesem vierten Bundesfachkongress beteiligt. Der Kongress bietet eine wichtige Chance, mit vielfältiger Beteiligung praktikable Vorschläge zu erarbeiten, wie der im Kongresskonzept angesprochene Paradigmenwechsel von der Integration hin zu einem Diversitätsmanagement vollzogen werden kann.

Leitlinie des Bundesfachkongresses Interkultur ist seit der ersten Edition 2006 in Stuttgart die UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen – so auch dieses Jahr hier in Hamburg. So war der Bundesfachkongress immer auch Beobachter und Begleiter der Entwicklungen dieser Konvention: Warteten wir 2006 in Stuttgart alle noch gespannt auf das Inkrafttreten dieses völkerrechtlichen Instruments, konnten wir 2008 in Nürnberg schon in den Umsetzungsprozess einsteigen. 2010 in Bochum schauten wir dann speziell auf das Thema „Kultur und Entwicklung“, einen Aspekt, dem in der Konvention ein besonderer Platz eingeräumt wird.

In diesem Jahr bietet der Kongress die besondere Gelegenheit, die ersten Praxisjahre des UNESCO-Übereinkommens zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005 zu evaluieren. Anlass dazu bieten die ersten Umsetzungsberichte der Vertragsstaaten. Seit April diesen Jahres liegen der UNESCO über 50 Berichte vor, in denen die Staaten, die sich zur Umsetzung der Konvention verpflichtet haben, informieren, wie sie die Konvention in den letzten Jahren für sich genutzt haben.

UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen: Ziele, Chancen, Möglichkeiten und Gebrauch im Alltag

Das Übereinkommen bildet den völkerrechtlichen Rahmen für eine Politik, die nachhaltige Strukturen, Maßnahmen, Projekte und Programme schafft und es möglich macht, kulturelle Vielfalt auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu fördern.

Mit der Verabschiedung des Übereinkommens wurde 2005 ein neuer Horizont eröffnet: Ordnungspolitisch soll die Welt nicht nur nach Wirtschafts- und Handelsgesichtspunkten, sondern auch nach kulturellen Aspekten gestaltet sein. Dabei werden künstlerisches Schaffen und die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen als Ausgangspunkt gewählt – nicht der Kulturkonsum oder die Nutzung kultureller Angebote. Kreativität und Produktivität und eine nachhaltige Zukunftsperspektive sind dementsprechend zentrale Begriffe im Vertragstext. Wichtig ist, dass sein Titel eine doppelte Aufgabe formuliert: Es geht sowohl um Schutz als auch um Förderung. Damit ist ein demokratisches Programm angelegt, das den Blick in die Zukunft richtet.

Kernstück des Übereinkommens ist das Recht jedes Staates, regulatorische und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, die darauf zielen, die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen auf seinem Staatsgebiet zu schützen und zu fördern und das Bewusstsein für den Wert dieser Vielfalt auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu schärfen. Zugleich soll der weltweite Austausch von künstlerischen Ideen und kul-

turellen Erzeugnissen maximal befördert werden. Das Abkommen enthält somit auch ein umfassendes Solidaritätsprinzip in der internationalen Zusammenarbeit.

Die Konvention geht von dem „Grundsatz der gleichen Würde und der Achtung aller Kulturen“ aus, einschließlich der Kulturen von Personen, die Minderheiten oder indigenen Völkern angehören. Der Schutz, die Förderung und der Erhalt der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sind eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung zugunsten gegenwärtiger und künftiger Generationen. Kulturelle Vielfalt stellt somit einen großen Reichtum und ein großes Potenzial für Einzelpersonen und Gesellschaften dar (Art.6).

Deutschland hat diese Übereinkommen 2007 ratifiziert und sich somit selbstverpflichtet, die Ziele der Konvention umzusetzen. Dies gilt für Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen. Daher ist diese Konvention auch für das diesjährige Kongressmotto „DiverCity“ und den dahinterstehenden Beitrag von Stadtentwicklung und Städtebau zur kulturellen Vielfalt besonders interessant.

Staatenberichte

Die Vertragsstaaten der UNESCO-Konvention haben sich verpflichtet, alle vier Jahre Berichte zur Umsetzung der Konvention auf nationaler und internationaler Ebene vorzulegen. Diese Staatenberichte sollen relevante Informationen zu nationalen und internationalen Programmen und Maßnahmen der Vertragsparteien zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen liefern. Die darin zusammengestellten Daten und Informationen sollen den Austausch von Erfahrungen und Gute-Praxis-Beispielen erleichtern und so zur Umsetzung der Konvention beitragen. Das Format für diese Berichterstattung wurde vorab von den Vertragsstaaten vereinbart. Somit sind die gewonnenen Informationen auch international vergleichbar.

Deutscher Umsetzungsbericht

Deutschland hat seinen ersten Bericht im April dieses Jahres eingereicht – gemeinsam mit über 50 weiteren Vertragsstaaten. In der Zusammenfassung heißt es: „Neben der Sicherstellung günstiger rechtlicher Rahmenbedingungen für Kunst, Kultur und Medien gibt es eine Vielzahl von Förderprogrammen und -angeboten für das breite Spektrum kultureller Ausdrucksformen vom künstlerischen Schaffen, zur Verbreitung, zur kulturellen Teilhabe. Kulturförderung wird dabei sowohl als Förderung als auch als Investition in die Zukunft verstanden.“

Der Staatenbericht führt vor Augen, dass die öffentlichen Ausgaben für Kunst- und Kulturpflege 2007 eine Höhe von ca. 8,5 Milliarden Euro erreichten, was 1,67 Prozent der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand entspricht. 44,4 Prozent davon entfielen auf die Kommunen, 43 Prozent auf die Länder und 12,6 Prozent auf den Bund. Exemplarisch für die vielfältigen Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die in besonderem Maße die kulturelle Vielfalt fördern, nennt der Staatenbericht aus dem Bereich Musik den seit 2006 existierenden „Creole“ Wettbewerb, das Netzwerk Neue Musik (2008 bis 2011) sowie die seit 2007 bestehende „Initiative Musik“ für Rock, Pop und Jazz. Diese Projekte fördern die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ebenso wie das individuelle Schaffen von Künstlerinnen und Künstlern, heißt es weiter.

Es wird ebenso deutlich, dass Deutschland weltweit eines der Länder mit der größten Anzahl von Übersetzungen aus anderen Sprachen ist. 2008 wurde TRADUKI, ein Netzwerk für Bücher und Literatur im südosteuropäischen Raum, mit dem Ziel gegründet, den europäischen und interregionalen Informationsaustausch insbesondere durch ein Übersetzungsprogramm zu stärken. Neben der seit 1979 bestehenden Filmförderung der Länder stehen seit 2007 mit dem Deutschen Filmförderfonds pro Jahr zusätzlich 60 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Um die Vielfalt der deutschen Kinolandschaft zu erhalten, fördern Bund und Länder seit 2011 die Umrüstung kleinerer, umsatzschwächerer Kinos auf digitale Technik. Der Berlinale Talent Campus ist ein Nachwuchsforum für junge Filmschaffende, aus dem seit 2003 ein weltweites, mit Leben gefülltes Netzwerk entstanden ist.

Wie Sie sehen, ist der Text deskriptiv gehalten, zusammengesetzt aus Teilberichten der beitragenden Ressorts (AA, BKM, BMWi), der KMK, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Kulturrates und der Deutschen UNESCO-Kommission als nationale Kontaktstelle – mit jeweils integrierten Kommentaren der Zivilgesellschaft. Es ist deswegen im Konkreten nicht immer qualitativ und quantitativ abzuschätzen, was die beschriebenen Maßnahmen im Sinne der Ziele der Konvention wirklich bewirken.

Folgende Beispiele sind besonders beachtenswert. Hier gilt es, in der Zeit bis zum zweiten Staatenbericht 2016 ein besonderes Augenmerk darauf zu werfen – nicht nur seitens der Bundesregierung und der Länder, sondern auch seitens der Zivilgesellschaft:

1. Der Beitrag von Kultur zur Entwicklung und die Stärkung des Kunst- und Kultursektors in Schwellen- und Entwicklungsländern sind Schlüsselziele der Konvention. Es gibt derzeit weder solide Daten, aus denen sich abschätzen lässt, wie viele ausländische Künstler und Kulturschaffende pro Jahr aus Deutschland in die Welt, noch, wie viele aus der Welt nach Deutschland kommen. Auch lässt sich nicht feststellen, welcher Prozentsatz der Entwicklungskooperationsgelder (ODA-Mittel) im Sinne von Kunst und Kultur eingesetzt wird.

2. Der Artikel 16, in dem Vorzugsbehandlungen für Künstler und Kulturschaffende aus Entwicklungsländern vorgesehen sind, ist ein verpflichtender Artikel. Visa-Erteilung für Künstler ist ein chronisches und ungelöstes Thema.

3. Die massiven Veränderungen von Kunst und auch von Kulturwirtschaft im digitalen Kontext haben Auswirkungen auf die Wertschöpfungskette von kulturellen Ausdrucksformen (und somit auf deren Vielfalt): siehe die ACTA-Debatten (Debatten zum Handelsabkommen „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“) in diesem Jahr.

Alle Vertragsstaaten hatten sich im Vorfeld selbst verpflichtet, bei der Erstellung der Berichte auch die Zivilgesellschaft zu konsultieren, so auch Deutschland: Der erste Entwurf des deutschen Staatenberichts stand im März zur Kommentierung seitens der Zivilgesellschaft auf unserer Website online. Der Entwurf wurde dann auf Basis der Kommentare bis Ende April 2012 von der Bundesregierung finalisiert, vom Bundeskabinett verabschiedet und an die UNESCO übermittelt.

Die Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt – eine von der Deutschen UNESCO-Kommission 2004 initiierte und koordinierte zivilgesellschaftliche Plattform von Kulturexperten und Vertretern von Verbänden, Parteien, Wirtschaft, Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Forschung und Publizistik, von denen einige auch heute anwesend sind – hat den Staatenbericht kritisch evaluiert und erste Impulse für einen bundesweiten Eckpunkteplan für die weitere effektive und gezielte Umsetzung der Konvention in und durch Deutschland geliefert.

Bundesweiter Eckpunkteplan

Als konkrete Ansatzpunkte für den Zeitraum 2012 bis 2016 zeichnen sich demnach folgende Möglichkeiten ab:

1. Convention watch dog: Die Konkurrenz zu wettbewerblichen Regelungen, vor allem auf EU-Ebene, ist eine konstante Herausforderung für kulturpolitische Fördermaßnahmen im Hinblick auf das UNESCO-Übereinkommen. Hierzu braucht es ressortübergreifende Kohärenz, routinemäßigen Infoaustausch und Koordination, v.a. zwischen dem BKM, der KMK, dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium sowie Selbstfortbildung in der Zivilgesellschaft.

2. Parlamentarier müssen informiert und sensibilisiert werden, z.B. durch einen parlamentarischen Abend zur Vorstellung des deutschen Berichts und Diskussion der Perspektiven mit besonderem Akzent auf Kultur und Entwicklung, Internationale Zusammenarbeit, Vorzugsbehandlung für alle interessierten Mitglieder des Bundestages.

3. Das Format der jährlichen Berichte zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amts könnte auf Basis der Konvention ergänzt werden: Die Berichte zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sollten möglichst umgehend, also ab 2013, ein Kapitel Internationale Zusammenarbeit und Vorzugsbehandlung einführen (im Sinne der 2005er Konvention).

4. Künstlermobilität: Ein machbares Datenmeldesystem könnte zumindest grobe Größenordnungen erfassen, wie viele ausländische Künstler und Kulturschaffende pro Jahr aus Deutschland in die Welt und aus der Welt nach Deutschland kommen. Für Buchübersetzungen wird dies bereits systematisch gemacht.

5. In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und sonstigen potenten Fachstellen (wie dem ARD) müssten die wichtigsten Lücken in der vorhandenen konventions-relevanten Statistik geschlossen werden, z.B. Inhaltsrubriken im Fernsehen, Nutzung der kulturellen Einrichtungen, nach Altersgruppen und Geschlecht, Nutzung des UNESCO Statistical Frameworks zur Analyse des kulturellen Beschäftigungsmarkts und des Künstlerarbeitsmarkts.

6. Darüber hinaus ist weiterhin offen, wann die Bundesregierung in den Internationalen Fonds für Kulturelle Vielfalt einzahlen wird. Dabei ergibt sich die Frage, was die Zivilgesellschaft dazu beitragen kann, z.B. durch Fundraising-Aktionen.

7. Kultur und nachhaltige Strategien müssen auch im Inland thematisiert werden, u.a. im deutschen Nachhaltigkeitsrat. (Die Arbeitsthemen des deutschen Nachhaltigkeitsrates für

2010-2013 umfassen erstmalig auch die Themen „kulturelle Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie „Konsum und Lebensstile im Zusammenhang mit nachhaltigem Wirtschaften“.)

Dies sind nur einige Aspekte, die wir, als nationale Kontaktstelle für das Übereinkommen in Deutschland, in den nächsten vier Jahren besonders intensiv begleiten und angehen werden. Durch den internationalen Vergleich der weiteren Umsetzungsberichte unserer Nachbarländer und Kooperationsländern aus aller Welt werden sicherlich weitere Anregungen entstehen. Die Berichte werden im Dezember in Paris begutachtet und an die Vertragsstaaten weitergeleitet. Im Sinne der Transparenz und des Austausches werden alle Staatenberichte dann auch öffentlich zugänglich sein.

Kaleidoskop der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

Ergänzend dazu haben wir mit Ihrer Hilfe auch einen Fachbeitrag der Zivilgesellschaft erstellt: das Kaleidoskop der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen! Ein virtuelles Mosaik aus Projekten, Initiativen und Maßnahmen, das die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen und die Umsetzung der Konvention in und durch Deutschland spiegelt.

Unter dem Motto „Monitoring beginnen – aus Erfahrungen lernen“ haben über 50 zivilgesellschaftliche Akteure, Verbände und Gruppen, öffentlich finanzierte Organisationen und Institutionen sowie politisch Verantwortliche Beispiele eingereicht. Es geht darum, das bisherige Engagement in Deutschland in Bezug auf das Übereinkommen zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen – seitens der Zivilgesellschaft – zu dokumentieren.

Die über 50 Beispiele umfassen:

- kultur- und medienpolitische, künstlerische und Bildungs-Initiativen;
- politische Maßnahmen, Strukturen und Rahmenbedingungen, die die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bedingen (z.B. auch fiskale und/oder wirtschaftliche Politiken);
- Projekte und Programme, die internationalen Austausch, Künstlermobilität, kulturelle Ausdrucksformen, Professionalisierung von Künstlern, Koproduktionen, Nord-Süd-Kooperationen, Zugang zur Kultur und Bewusstseinsbildung für kulturelle Vielfalt fördern.

Die Vielfalt kultureller Ausdrucksweisen lässt sich weder verordnen, noch herbei zwingen, noch ignorieren. Sie ist eine Tatsache, eine Chance und eine mögliche Quelle persönlichen und gesellschaftlichen Reichtums. Sie ist ein demokratisches Zukunftsprojekt, für das wir uns weiter engagieren müssen. Wir erwarten mit Interesse und Spannung die Ergebnisse dieses vierten Fachkongresses und laden Sie herzlich ein, sich weiterhin an der Umsetzung der Konvention aktiv zu beteiligen und „ownership“ zu ergreifen!



Prof. Dr. Christoph Wulf

Each one Teach one - Brücken bauen, Perspektiven ändern

Olad Aden / Streetworker bei Gangway e.V. / Berlin

Gangway e.V. betreibt seit über 20 Jahren Straßensozialarbeit in Berlin. Nach dem Mauerfall traten in den Ostteilen der Stadt rechtsradikale Gruppen ins öffentliche Bewusstsein – es gab diverse Übergriffe auf MigrantInnen, bei denen einige der Opfer ums Leben kamen. Die Zahl neuer Gangs explodierte. Im Westteil der Stadt waren Gangs zu diesem Zeitpunkt nichts Neues. Die Jugendbanden gaben sich Namen aus amerikanischen Filmen wie The Black Panthers, 36 Boys etc. An manchen Straßenecken diverser Bezirke standen plötzlich bis zu 150 Jugendliche, die durch lautes und manchmal aggressives Verhalten auf sich aufmerksam machten. Es dauerte nicht lange, bis die Erwartungshaltung der Gesellschaft formuliert wurde, „jemand müsse sich um dieses Problem kümmern“.

Traditionelle Sozialarbeit hatte zu diesem Zeitpunkt keine nachhaltigen Konzepte für den Zugang zu diesen Gruppen gefunden. Die einzigen Erwachsenen, die mit den Jugendlichen in Kontakt traten, waren Polizeibeamte, deren Strategien allerdings häufig zu eskalierenden Situationen führten. Nach dem Motto "wenn sie nicht zu uns kommen, gehen wir eben zu ihnen" taten sich führende Köpfe aus Sozialarbeit und Politik zusammen, um das neue Konzept der damals in Amerika entstandenen Streetwork in Berlin zu etablieren.

Was vor über 20 Jahren mit einem dreiköpfigen Team begann, wird heute in der ganzen Stadt umgesetzt, in Ost- ebenso wie in West-Bezirken: 70 Kollegen sind in multikulturell und gemischtgeschlechtlich besetzten Dreier- oder Vierer-Teams auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Parks unterwegs – überall dort, wo junge Menschen sich aufhalten. Der Fokus unserer Arbeit ist vielschichtig: Zum einen helfen wir Jugendlichen, die einer rohen Lebensrealität ausgesetzt sind und oft keinen oder kaum Kontakt zur Erwachsenenwelt haben, bei der Bewältigung ihrer Alltagsproblematik – egal, wie diese aussieht.

Wir besuchen sie im Knast, begleiten sie auf dem Weg in die Freiheit, zur Ausländerbehörde oder zum Gericht. Wir sind ihre persönlichen Ansprechpartner und verstehen uns als Lobby für die Jugendlichen. Dabei kooperieren wir in keiner Weise mit der Polizei oder anderen Personen, sammeln weder Daten, noch würden wir solche an Dritte weitergeben, es sei denn, dies ist der Wunsch der Jugendlichen.

Ein weiterer wesentlicher Teil unserer Arbeit liegt in der Beziehungsarbeit. Wir wollen Vertrauensebenen schaffen und Denkprozesse anregen für junge Menschen, die sich in hohem Maße als unerwünscht und nicht dazu gehörig fühlen. Viele von ihnen haben Fehler gemacht – die Schule geschmissen, Gesetze gebrochen etc. – und sind heute mit den Konsequenzen dieser Fehler konfrontiert.

Projektarbeit macht einen immer wichtiger werdenden Teil unserer Arbeit aus. Gerade im Wedding ist besonders gut zu sehen, dass an Orten, wo gestern noch ein Jugendklub war, heute nur noch Schischa-Bars, Spielhöhlen, Türkische-Männer-Cafés und vielleicht noch die ein oder andere Moschee zu finden sind. Angebote für Jugendliche werden immer weiter reduziert, die Lücken werden größer. Und immer da, wo Lücken entstehen, sind Dritte diejenigen, die

diese Lücken füllen. Dabei ist es nicht relevant, ob wir von organisiertem Verbrechen (oder auch Gangs) oder von Rechtsradikalen sprechen, die in anderen Stadtteilen dieselben Strategien benutzen. Die Methoden sind die gleichen. So finden wir uns heute in seltsamen Konkurrenzsituationen wieder bei dem Versuch, die Aufmerksamkeit der Jugendlichen zu wecken. Wir setzen diesen, für viele sehr attraktiven Trends klare Alternativen – wie Hip Hop – entgegen und knüpfen dabei an den Interessen der Jugendlichen an.

Hip Hop ist die bei weitem populärste Jugendkultur der Welt. Sie ist ein globales Phänomen, das vor allem dort zu finden ist, wo soziale Missverhältnisse auftreten. Gleichzeitig ist Hip Hop die wohl am meisten missverstandene Kultur der Welt: Wo kommt Hip Hop her? Was hat dieser Musikstil mit sozialer Ungerechtigkeit und mit Ausgrenzung zu tun? Wo sind die Verbindungen zum Jazz, zum Blues, zur Bürgerrechtsbewegung etc.?

Als Reaktion auf klischeebehaftete Aussagen von Hip Hop-affinen Jugendlichen im Rahmen der Straßensozialarbeit konnten wir dem spontanen Reflex widerstehen, den Mittelfinger zu heben. Stattdessen dachten wir uns ein Programm aus, das an den Interessen der Jugendlichen ansetzt. Dabei verfolgen wir das Ziel, sie zu bilden und ihnen eine Alternative zu Dingen zu bieten, die oftmals negativ besetzt waren und schlechte Auswirkungen auf ihr Leben hatten. Für manche ist unser Angebot endlich eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, für andere bietet es echte Möglichkeiten, neue Informationen und Fähigkeiten zu erlernen.

Das Projekt nennt sich GangwayBeatz und wird in Berlin seit 2008 umgesetzt. Die Idee war, mit Jugendgruppen aus der ganzen Stadt einen Tonträger zu produzieren, der ihre Geschichten erzählt – authentisch und jenseits von Marketing-Strategien der Massenmedien – über einen Zeitraum von einem Jahr. Das Projekt umfasst verschiedene Workshop-Reihen zu folgenden Themen:

- Knapp 40 Jahre Hip Hop-Geschichte: „Was ist Hip Hop wirklich?“
- Gemeinsame Themenfindung für Texte und Geschichten, die Jugendliche erzählen wollen
- Vorbereitung auf die Aufnahme
- Produktionsphase, Aufnahmen in einem professionellen Tonstudio
- Postproduktion, gleichzeitige Arbeit an Bühnenpräsenz
- Release des Albums, Rekord Release Feier, bei der Jugendliche ihre Songs auf der Bühne präsentieren
- Fortsetzung des Projektes durch regelmäßige Möglichkeiten für Jugendliche, bei Kiezfesten, politischen Veranstaltungen oder Festen jeglicher Art aufzutreten

GangwayBeatz will niemanden zensieren, legt aber Wert auf Authentizität. So ist Überzeugungsarbeit am Anfang auch immer ein wichtiger Teil der Workshop-Phase. Wir animieren Jugendliche, Phrasen und Füllwörter auszulassen und lieber echte, persönliche Aussagen zu treffen. Ein Unterfangen, das von Anfang an unerwartet leicht fiel. Dabei haben wir die Erfahrung sammeln können, dass unser pädagogisches Konzept funktioniert: Wir ermöglichen Jugendlichen

ein Erfolgserlebnis, den so genannten Aha-Effekt und sie wechseln ihr Perspektive: „Ich kann auch echte Dinge vermitteln und erzählen!“ Dokumentiert sind die Projekte auf Samplern, die in den Jahren 2008 und 2010 erschienen sind: GangwayBeatzBerlin und GangwayBeatz Vol. 2 „Metropolitans“. Beide Sampler stehen im Handel sowie auf allen Online-Plattformen zur Verfügung.

Zusätzlich haben wir seit Beginn der Projektlaufzeit zwei auf Hip Hop basierende Jugendaustausch-Plattformen etabliert. Zum einen die BronxBerlinConnection: Jugendliche aus New York und Berlin besuchen sich seit 2008 regelmäßig in ihren Städten – in immer neu besetzten Gruppen von 15 Personen, um mit und voneinander zu lernen und natürlich um zusammen Musik zu machen. Und zum andern besuchen sich Jugendliche aus Paris und Berlin seit 2011 über die Street Embassy ebenfalls gegenseitig und musizieren gemeinsam. Die Jugendlichen aus New York sind auf dem in Berlin in 2010 zuletzt erschienen Album GangwayBeatz Vol. 2 „Metropolitans“ ebenso vertreten wie die Jugendlichen aus Berlin auf dem Album All City Vol. 1, das 2011 zum ersten Mal in New York herauskam.

Daraus ist ein mittlerweile sehr gutes internationales Netzwerk entstanden – mit immer mehr Anfragen auf Zusammenarbeit aus verschiedenen Ländern. So haben wir 2011 mit einer Jugenddelegation die Stadt Prag besucht, um dort mit Jugendlichen aus der Sinti- und Roma-Gemeinschaft zusammen Musik aufzunehmen. 2012 fuhren wir zum ersten Mal nach Barcelona, um zum Tag der Deutschen Einheit zusammen mit lokalen Jugendlichen im Deutschen Konsulat und dem Goethe-Institut aufzutreten. 2010 haben wir Jugendgruppen nach Kairo und St. Petersburg geschickt. Zusätzlich sind wir auf einem guten Weg, auch London in unsere Jugendaustausch-Plattform (2013) zu integrieren. Außerdem stehen wir in regem Kontakt mit Jugendeinrichtungen und Institutionen in Holland, Russland, Ungarn, Istanbul und Los Angeles. Schließlich fuhren wir im November 2012 mit einer neuen Jugenddelegation wieder nach New York, um unsere BronxBerlinConnection fortzuführen. Eine New Yorker Jugendgruppe besuchte zuletzt im April 2012 Berlin.

Derzeit arbeiten wir mit knapp 60 Jugendlichen aus ganz Berlin am dritten Album der GangwayBeatz-Reihe. Dabei sind wir besonders erfreut über die Zusammenarbeit, die wir im letzten Jahr mit der Jugendstrafanstalt Plötzensee beginnen konnten. Seit geraumer Zeit gehen wir in regelmäßigen Abständen in die Strafanstalt, um zusammen mit Kollegen dort Workshops mit inhaftierten Jugendlichen umzusetzen. Die „Freigänger“ kommen zu uns in das Studio, um ihrem Interesse an Hip Hop und Musik nachzugehen. Und wir sind froh darüber, denn so können wir ihre jeweiligen Lebenssituationen besser kennenlernen und bewerten. GangwayBeatz Vol. 3 wird voraussichtlich im Sommer 2013 veröffentlicht. Neben Jugendlichen aus verschiedenen Berliner Bezirken sind daran auch Jugendliche aus der Haftanstalt und aus verschiedenen Ländern und Kontinenten beteiligt.

Wie geht's weiter? Nach Herausgabe des dritten GangwayBeatz-Albums im Sommer 2013 sieht das Projekt einer ungewissen Zukunft entgegen, da es allein von Gangway e.V. getragen wurde und bisher keinerlei öffentliche Förderung erhielt. Internationale Vernetzungen sind soweit gewachsen,

dass wir künftig Tonträger-Projekte weit über die Grenzen Berlins hinaus realisieren können. Gleichzeitig setzen wir auf unsere bereits etablierten Jugendaustausch-Netzwerke BronxBerlinConnection und Street Embassy. Zusätzlich orientieren wir uns an ergänzenden Fördermodulen, die einen Austausch mit Jugendlichen aus anderen Partnerstädten von GangwayBeatz möglich werden lassen.

Das Projekt bringt Jugendliche aus verschiedenen Bezirken Berlins (inklusive der Jugendlichen aus der Jugendstrafanstalt Plötzensee) mit Gleichaltrigen aus verschiedenen Städten anderer Länder zusammen. Die gemeinsame Plattform wird die Produktion zukünftiger Tonträger sein. Um dies zu ermöglichen, treffen Jugendliche sich in Berlin und den jeweiligen Partnerstädten in regelmäßigen Abständen und bereiten gemeinsam Workshop-Settings vor. Darüber hinaus nutzen wir Telekonferenz-Software, über die der Austausch und das gemeinsame Musizieren auch virtuell möglich ist. Ein Unterfangen, das wir Cyber Cyphers nennen und mit dem wir schon tolle Ergebnisse erzielen konnten.

In Berlin haben wir ein eigenes Studio, in den Partnerländern werden Studioräumlichkeiten gefunden, die es uns erlauben, gemeinsam an der Produktion der Musik zu arbeiten. Alle Songs werden von Jugendlichen verschiedener Städte in ihren jeweiligen Sprachen und in verschiedenen Konstellationen geschrieben und aufgenommen. Dazu müssen Jugendliche eigene Themen finden, Texte übersetzen und miteinander kommunizieren, damit etwas Gemeinsames entstehen kann. Neben den regelmäßigen Telekonferenzen werden wir hierfür vor allem soziale Netzwerke wie Facebook nutzen. Jegliche Produktion von Musik, Videos oder anderen Dingen, die im Rahmen des Projektes entstehen, werden durch Jugendliche unter Anleitung und Hilfe von Profis selbst erschaffen. Beteiligt ist eine Reihe von Produzenten, die aber keine Beats für die Jugendlichen produzieren, sondern ihnen zeigen, wie sie selbst einen Beat produzieren können.

Projektpartner sind Gangway e.V., Verein für Straßensozialarbeit, die Jugendstrafanstalt Plötzensee (JSA) und Witness e.V., Verein zur Förderung von Jugendlichen durch Kunst und Kultur, alle ansässig in Berlin.



Olad Aden

Fachforum 1

Umgang mit Vielfalt - Definition, Konzepte, Maßnahmen des Diversity Managements

Es referierten und diskutierten: **Dr. Corinna Mandler Gayer** (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin), **Dr. Petra Köppel** (Synergy Consult, Köln), **Dr. Ursula Struppe** (Dienststellenleiterin Integration und Diversität, Stadt Wien)

Veranstaltungsspaten: **Tina Jerman, Ana María Jurisch, Steph Klinkenborg, Jürgen Markwirth**

Einführung in und Überblick über die historische Entwicklung des Umgangs und der Wertschätzung von Vielfalt

Ana María Jurisch / freiberufliche Referentin, Publizistin und Trainerin

Tina Jerman / Geschäftsführerin von EXILE-Kulturkoordination e.V.

Ana María Jurisch und Tina Jerman gingen in ihrem Vortrag der Frage nach, durch welche historischen Entwicklungen das heutige Konzept des Diversity und des Diversity Managements geprägt ist. Diversity bedeutet für sie die Wahrnehmung und Wertschätzung von Vielfalt mit dem Ziel, Ungerechtigkeiten zu überwinden. Sie sprachen sich damit gegen die Kritik aus, Diversity Management als rein unternehmerisches Konzept und Instrument zu verstehen.

Jurisch verortete im Kolonialismus die erstmalige reflektierte Thematisierung von Vielfalt und dem Umgang mit dem „Anderen“. Unter Vorbehalt einer hegemonialen europäischen Überlegenheit hat daraufhin die Aufklärung die Gleichheit aller Menschen und ihrer Würde als moralische Handlungsmaximen festgelegt. Politisch umgesetzt wurde dies zuerst und in unterschiedlichen Prägungen in der US-amerikanischen und der französischen Verfassung.

Der Humanismus beeinflusste laut Jurisch im 18. und 19. Jahrhundert die Vorstellungen von Vielfalt, indem Persönlichkeit und Kultur als integraler Bestandteil der menschlichen Natur anerkannt und ihre Entwicklung und Förderung als gesellschaftliche Aufgabe formuliert wurden. Klassen- und Schichtansätze des 19. und 20. Jahrhunderts rückten zudem das soziale Milieu und den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen als zentrale Determinante individueller Biografien in den Fokus. Sie konzeptualisierten damit gesellschaftliche Ausdifferenzierung und politische Ungleichheit als wichtige Faktoren, die im Zuge von Migration und Globalisierung in heutiger Zeit an Bedeutung gewonnen haben.

Jerman konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die Entwicklungen des sozio-politischen Umganges mit Vielfalt in Deutschland seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie unterschied dazu acht aufeinanderfolgende Phasen, mit denen sich der Begriff von Vielfalt zunehmend von seiner ursprünglichen Gleichsetzung mit Migration löste.

Die erste Phase bezeichnete Jerman als die der Nicht-Politik, in der kein politisches Konzept zum Umgang mit Migration entwickelt wurde. Dies passierte erstmalig in der Phase der Gastarbeiter-Politik. In dieser Phase wurde Migration als ein temporäres Phänomen angesehen, dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft durch kurzfristige Lösungen zu mini-

mieren waren. Die Realität zwang jedoch, Migration als dauerhaftes Phänomen anzuerkennen, wie es in der dritten Phase der Assimilationspolitik auch passierte. Diese forderte jedoch eine reibungslose Anpassung von MigrantInnen und sanktionierte Abweichungen von der kulturellen Norm als Bedrohung der staatlichen Integrität. Heute ist der Begriff der Assimilation tabuisiert und durch den der Integration abgelöst.

Die Multikultur-Phase der 1980er lobte stattdessen kulturelle Abweichungen und stellte sie im Rahmen von Antirassismus-Maßnahmen unter institutionellen Schutz. Die folgende Phase der Integrationspolitik ist mit ihrer Frage: „Wer integriert sich in was?“ bis heute einflussreich und stieß eine breite Diskussion darüber an, ob und inwiefern der Gedanke einer Leitkultur zulässig sei. Ihr ist es außerdem zu verdanken, dass der Erfolg von Vielfalt an dem Grad der gesellschaftlichen Teilhabe bemessen wird, der durch migrationsunabhängige Faktoren wie Mobilität und Gender gedacht wird.

Der folgende Diversity-Ansatz löste schließlich den Vielfaltsbegriff endgültig vom Kontext der Migration ab und rückte Kategorien wie Alter, Geschlecht, Behinderung und sexuelle Orientierung in den Fokus. Gleichzeitig verstärkte er einen ressourcenorientierten Blick auf Vielfalt, der vor allen für Organisationen interessant wurde. Steven Vertovec arbeitete dazu das Konzept der Super-Diversity aus und warb für einen systematischen und zielgerichteten Umgang, der notwendigerweise Vielfalt auch zu begrenzen versuche.

Mit der letzten Phase der Interkultur-Politik schlug Jerman den Bogen zum Kongress und zur Gegenwart. Teilweise identisch mit dem Diversity-Ansatz betont die Interkultur-Politik insbesondere Räume der gegenseitigen Verständigung und Empathie. Zivilgesellschaftlichen und kommunalen Initiativen und Netzwerken komme dabei eine besondere Rolle zu. Sie stehen heutzutage in einem politischen Referenzrahmen, der auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene die Wertschätzung von Vielfalt als explizite Aufgabe formuliert. Damit stehen wirksame Durchsetzungsinstrumente zur Verfügung, die es zu nutzen gilt.

Zusammenfassender Bericht von Claudia Niemeyer

Status quo des Diversity Managements in der deutschen Wirtschaft

Dr. Petra Köppel /

Inhaberin des Beratungsunternehmen Synergy Consult / Köln

Synergy Consult wurde gezielt dafür gegründet, um Unternehmen eine Hilfestellung bei allen Fragen rund um Diversity Management und Unternehmenskultur zu bieten. Wir beraten Unternehmen, analysieren gemeinsam die spezifischen Ziele, Bedürfnisse und Handlungsfelder des einzelnen Unternehmens, erarbeiten gemeinsam Konzepte sowie Strategien und begleiten die Unternehmen über einen längeren Zeitraum.

Um die Chancen für sich nutzen zu können, stellen sich Unternehmen international auf – in Strukturen, Prozessen und Kompetenzen –, denn die Globalisierung birgt Chancen und Risiken gleichermaßen. Der Schlüssel dafür ist eine Unternehmenskultur, die eine Balance zwischen globalen Standards und lokalen Besonderheiten bietet. Diese Unternehmenskultur muss einen „global mindset“ beinhalten – also die Fähigkeit, internationale Zusammenhänge zu verstehen und zu leben. Dies gilt für die Organisation ebenso wie für die MitarbeiterInnen, welche die neuen Denk- und Arbeitsweisen verinnerlichen und umsetzen müssen.

Jede Belegschaft setzt sich aus Menschen verschiedener Hintergründe zusammen. Die Diversity-Dimensionen Geschlecht, Alter und Kultur bezeichnen die am häufigsten thematisierten Unterschiede. Auch Behinderung, sexuelle Orientierung, Religion und noch viele weitere sichtbare und unsichtbare Merkmale spielen eine Rolle am Arbeitsplatz. Diversity Management hilft, dass Unterschiede sinnvoll genutzt werden, und dass sich die MitarbeiterInnen mit ihren individuellen Stärken respektiert und gefördert fühlen.

Diversity Management stellt damit einen strategischen Ansatz bereit, um Kundenorientierung zu erhöhen, Märkte zu erschließen, Innovation zu fördern, die Attraktivität als Arbeitgeber zu stärken und nicht zuletzt den Umsatz zu steigern.

Theoretische Basis des Diversity Management (DM)

Eine wichtige theoretische Grundlage für DM liefert die Erkenntnis darüber, dass Menschen sich unterscheiden oder ähneln nach ihren sichtbaren und unsichtbaren Merkmalen. Treffend visualisiert diese Vorstellung eine Darstellung vom Eisberg, dessen sichtbare Spitze lediglich 15 Prozent der Hauptmasse des Eisbergs beträgt. So ähnlich verhält es sich auch mit den Proportionen der sichtbaren und unsichtbaren Merkmale einer Persönlichkeit. Die sichtbaren Merkmale wie Hautfarbe, Alter, Geschlecht, Sprache, Familienstand oder ethnische Zugehörigkeit sagen sehr wenig über eine Person aus. Die unsichtbaren Merkmale, die sie im Wesentlichen als ein Individuum definieren, überwiegen dagegen beachtlich. Es sind Ausbildung, Arbeitsstile, Erfahrungen, Einstellungen, soziale Herkunft, Werte usw.

Der Ansatz des DM basiert auf dieser Erkenntnis und sucht Lösungswege für eine Balance von Gleichheit in der Differenz und umgekehrt Differenz in der Gleichheit. Das bedeutet, dass ein Ziel von DM, Gleichstellung zu erreichen, nicht nach dem Prinzip realisiert werden kann, dass jede Person die gleichen Aufgaben unter gleichen Bedingungen bewältigt. Im Gegenteil werden differenzierte Lösungswege für

verschiedene Zielgruppen und Aufgaben gesucht, damit die Gleichberechtigung gewährleistet werden kann und das Unternehmen davon profitiert.

Vielfalt ist kein Wert an sich

Erst die gezielte Nutzung mithilfe von DM bringt Vorteile. DM ist ein Managementinstrument, das einen zielgerichteten und konstruktiven Einsatz von Vielfalt bzw. deren Förderung ermöglicht. Dabei soll geschaut werden, wie aus der Vielfalt eine Ressource gemacht werden kann und wie die Potenziale der MitarbeiterInnen mobilisiert werden können. Auf diese Weise wird eine am Defizit orientierten Beurteilung der Arbeitnehmer reduziert zugunsten von mehr Wertschätzung der Angestellten. Wenn diese Ressourcen der Vielfalt genutzt werden – zum Beispiel, um Fachkräfte zu gewinnen oder das besondere Wissen und die Erfahrungen aller Angestellten einzubeziehen –, entsteht nicht nur ein gutes Betriebsklima durch Anerkennung und Wertschätzung, sondern es entstehen auch messbare wirtschaftliche Vorteile. Inklusion-Ansätze werden häufig als Ergänzung zu Diversity gesehen. Sie sollen die gezielte Einbeziehung aller MitarbeiterInnen fördern, um Unterschieden eine Klammer und ein gemeinsames Ziel zu geben.

Diversity Management in der Praxis

DM ist ein Programm für das ganze Unternehmen und sollte sich durch verschiedene Ebenen sowie Bereiche des Unternehmens hindurchziehen. Somit gehört es in die Unternehmensstrategie, um diese wiederum zu stärken. Als Aufgabe eines einzelnen Bereiches oder eines gesonderten Programms kann DM erfahrungsgemäß wenig bewirken und nicht effektiv umgesetzt werden. Das Involvieren des gesamten Unternehmens beinhaltet eine umfassende Überzeugungsarbeit. Denn nur wenn ein ganzer Betrieb sich vom Nutzen des Programms überzeugen lässt, wird jede/r Einzelne/r aktiv ihren/seinen eigenen Beitrag dazu leisten.

Entsprechend werden die Ziele auf allen Ebenen festgelegt. Sie müssen eindeutig sein und – neben der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung – wirtschaftliche Vorteile beinhalten. Die Ziele werden systematisch nach einer Ist-Analyse definiert, um daraus Handlungsfelder unternehmens- und ggf. bereichsspezifisch abzuleiten. Darauf abgestimmt werden konkrete Maßnahmen erstellt und umgesetzt.

Wesentlich für den Erfolg ist die Unterstützung des DM-Programms durch die Führungskräfte, die mehrere Funktionen erfüllen: Sie übernehmen Verantwortung und treten zugleich als Multiplikatoren auf. Zum einen erteilen sie die Aufgaben an die Bereichsverantwortlichen und kümmern sich um das Einsetzen der Kontrollinstrumente. Zum anderen können motivierte Führungskräfte ihren MitarbeiterInnen die Überzeugungen vorleben und als Beispiel für die Orientierung der Angestellten dienen.

Für die Umsetzung des DM reicht eine strategische Verankerung nicht aus. Ein/e zentrale/r AnsprechpartnerIn ist notwendig, der/die für die konzeptionelle Gestaltung und als

Treibern verantwortlich ist. Genauso wichtig sind dezentrale Verantwortliche, zum Beispiel BereichsleiterInnen, die für die Umsetzung in ihrer Abteilung die Verantwortung tragen.

Top-down-Aspekte sind mit Bottom-up-Aktivitäten zu ergänzen. Es sollen möglichst alle MitarbeiterInnen in den Prozess einbezogen werden. Häufig können dazu Netzwerke (Väter- u. Mütter-, Teilzeitnetzwerke etc.) genutzt werden, um anschließend mit einer bestimmten Gruppe Bedarfe zu analysieren und Ideen zu entwickeln.

Entsprechend dem Intersektionalitäts-Ansatz werden auf der horizontalen Ebene sämtliche Dimensionen wie Gender, Alter, Kultur etc. in ihrer gegenseitigen Verzahnung berücksichtigt. Denn eine isolierte Fokussierung auf eine bestimmte Zielgruppe würde eine ausgrenzende, feindliche und auf Rivalitäten basierende Stimmung in den Betrieb bringen. Darüber hinaus kann die Fokussierung auf eine Gruppe auch deswegen nicht funktionieren, weil die Gruppen in sich eben heterogen sind. Sollte es im Betrieb um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen, so werden zunehmend genauso Väter wie Mütter – und nicht nur die Mütter oder Frauen – angesprochen und von den Umstrukturierungen begünstigt.

Der Veränderungsprozess wird langfristig angelegt und mit ggf. anderen Initiativen zur Gestaltung von Unternehmenskultur verzahnt, um neben Strukturen auch Denk- und Verhaltensmuster zu verändern. Es geht dabei häufig nicht um eine Quartalsplanung, sondern um langfristige Planung für ein, zwei oder sogar mehrere Jahre. Die Wirkung muss regelmäßig überprüft werden (Diversity Controlling), um ggf. Folgemaßnahmen oder eine Anpassung der vorhandenen Ziele und Maßnahmen vorzunehmen.

Benchmark 2012: DM in DAX 30-Unternehmen

2012 setzt sich der Trend der Institutionalisierung von Diversity Management fort – bereits 25 der DAX 30-Unternehmen können als diversity-aktiv angesehen werden, da sie einen/eine Diversity ManagerIn installiert haben (zum Vergleich: Im Vorjahr waren es 23). Nach wie vor genießt Gender höchste Priorität – auch wenn sich die Bemühungen noch nicht in tiefgreifenden Veränderungen niederschlagen. Im folgenden Benchmark wird geprüft, inwieweit Diversity Management in der Unternehmenskultur verankert worden ist, um tatsächlich Denkweisen und Praktiken zu verändern. In den meisten Unternehmen ist eine Diversity-Strategie entwickelt worden; ebenso wurden Instrumente entwickelt, um Veränderungen nachhaltig zu verankern. Allerdings werden Werte und die offizielle Unternehmenskultur noch wenig in Bezug auf Diversity definiert. Vielmehr fokussiert die Kommunikation von Unternehmenskultur nach außen eher auf Nachhaltigkeit und Corporate Responsibility.

In unserem jährlichen Benchmark untersuchen wir den Status quo des DM in den DAX 30-Unternehmen, um ein Spiegelbild der deutschen Wirtschaft zu erhalten. 2011 hatten wir mit dem Schwerpunkt Frauenförderung festgestellt, dass Gender mit Abstand die wichtigste Diversity-Dimension ist. Doch DM muss, wie wir damals postulierten, über Frauenförderung hinaus ganzheitlich begriffen werden.

Seitdem entwickelte sich das Konzept des DM in der Praxis weiter, und die Umsetzung erzielte klare Fortschritte. Deswegen wagen wir 2012 die These, dass wir uns in der Post-Quote-Phase befinden. Es wird weitläufig erkannt, dass es

um mehr geht als um die Frauenquote oder um Hauruck-Aktionen zur Förderung einer einzelnen Gruppe – nämlich um den Wandel der gesamten Unternehmenskultur im Sinne eines Change-Prozesses. Dies sehen auch viele TopmanagerInnen so und fordern – wie zum Beispiel Allianz-Vorstandsmitglied Werner Zedelius: „Vielfalt muss selbstverständlicher Bestandteil unserer Unternehmenskultur sein.“ Traditionelle Denkweisen müssen sich ändern. Ein leuchtendes Beispiel: Es muss für Mütter und Väter gleichermaßen selbstverständlich sein, sich um den Nachwuchs zu kümmern – auch in Führungsetagen!

Jedes Unternehmen hat eine Unternehmenskultur, die zumindest zum Teil von den ManagerInnen gestaltet werden kann. Diese Kultur legt fest, was die Unternehmensangehörigen für richtig und wichtig erachten; sie gibt Orientierung, wie gearbeitet und wie miteinander umgegangen wird. Natürlich ist Unternehmenskultur keine leicht und eindeutig zu qualifizierende Größe – sie ist ein Gewebe aus Zeichen, das sich stets verändert und doch Fixpunkte bietet.

Auch wir gehen davon aus, dass die Unternehmenskultur den Geschäftserfolg beeinflusst: Eine ansprechende Unternehmenskultur führt dazu, dass sich MitarbeiterInnen mit ihrem Arbeitgeber und ihren Aufgaben identifizieren und sich engagieren. In einer mitarbeiterorientierten Unternehmenskultur gelten die MitarbeiterInnen als Ressource und werden wertschätzend behandelt. Eine diversity-orientierte Kultur schließlich bedeutet, dass Vielfalt als Ressource gilt und unterschiedliche Stärken identifiziert, aktiviert und genutzt werden.

Traditionell wurde Vielfalt nicht unbedingt als Chance, sondern eher als Störung einheitlicher Abläufe verstanden. Im früheren Verständnis beruhte eine „starke“ Unternehmenskultur auf Gemeinsamkeiten, nach denen rekrutiert, agiert und geführt wurde. In der komplexen, dynamischen und internationalen Umwelt von heute aber braucht man Andersdenkende – um die Bedürfnisse des Kunden zu erkennen, innovative Produkte hervorzubringen und sich wettbewerbsfähig aufzustellen.

Unsere These lautet daher: Damit DM Früchte trägt, ist Vielfalt in der Unternehmenskultur zu verankern. Leere Worthülsen allein, etwa dass Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund, Schwule oder Behinderte ein wichtiger Teil der Belegschaft sind, reichen nicht aus. Stattdessen sind Vorurteile abzubauen, Prozesse auf die jeweiligen Bedürfnisse und Stärken anzupassen und Führungsaufgaben neu zu denken.

Verfasst von Natascha Tomchuk

Vgl. Köppel, Petra: Diversity Management in Deutschland 2012: Ein Benchmark unter den DAX 30-Unternehmen. Schwerpunkt: Unternehmenskultur, in: <http://www.synergyconsult.de/index.php?language=de&category=030100>



Dr. Petra Köppel

Indikatoren und Reflexionsfragen für ein Diversity Check in Kultureinrichtungen

Dr. Ursula Struppe /

Leiterin der Dienststelle Integration und Diversität der Stadt Wien

Ausgehend von einem Diversity Check der Stadt Wien hat Ursula Struppe eine Übersicht über die Indikatoren und Reflexionsfragen zusammengestellt, anhand derer der Umgang mit Vielfalt innerhalb einer Kultureinrichtung überprüft werden kann. Sie unterscheidet dabei die Bereiche der Einrichtungspolitik, des Publikums sowie des Personals. Die Indikatoren und Reflexionsfragen sind hier zusammengetragen:

Einrichtungspolitik / Strategie und Leitbild

Erster Hauptindikator: Organisationskultur, Führung und Diversitätsverständnis

1. Gibt es ein einrichtungsspezifisches, gemeinsames Diversitätsverständnis und wie sieht dieses aus?
2. Wie ist das Diversitätsverständnis im Haus verankert (Leitbild, Kontrakt, Strategie etc.) und wie wird es umgesetzt?
3. In welchem Ausmaß unterstützen die Führungskräfte den Diversitätsansatz und wie wird dies an die MitarbeiterInnen kommuniziert bzw. im Programm umgesetzt?
4. Gibt es eine Zuständigkeit(-struktur) für Diversitätsmanagement?
5. Wie offen und wertschätzend ist die Einrichtung und welche Fehlerkultur hat sie?
6. Gibt es „Räume“ zum diversitätsrelevanten Austausch und zur Reflexion (z.B. Supervision, Nachbesprechungen, Netzwerktreffen, etc.)?
7. Gibt es einen diversitätsspezifischen Dialog und Austausch mit anderen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und weiteren Bereichen oder Netzwerken?

Zweiter Hauptindikator: Qualitätssicherung, Controlling und Evaluation

1. Wird eine BesucherInnenenerhebung oder -befragung unter diversitätsrelevanten Aspekten durchgeführt?
2. Sind diversitätsrelevante Aspekte in Controlling und Qualitätsmanagement integriert?
3. Gibt es Ressourcen (Personal, Sachmittel) für das Diversitätsmanagement?
4. Werden diversitätsbezogene Aktivitäten und Maßnahmen evaluiert und wie werden die Ergebnisse für die Weiterentwicklung genutzt?

Publikum / Programm

Erster Hauptindikator: Wissen um die Zusammensetzung des Publikums

1. Wer sind die Zielgruppen und wen erreicht die Einrichtung tatsächlich?
2. Wie ist das Publikum zusammengesetzt?
3. Mit welchen Erwartungen kommt das Publikum in die Einrichtung und welche Bilder haben sie von der Einrichtung?
4. Welche Kenntnisse, Fähigkeiten und Bedürfnisse hat das Publikum?

Zweiter Hauptindikator: Inanspruchnahme, Entwicklung und Adaption der Programme, Dienstleistungen und Services

1. Welche Produkte und Dienstleistungen werden angeboten? In welchem Ausmaß werden sie von wem genutzt?
2. Spiegelt sich die diverse Bevölkerungszusammensetzung in den Angeboten der Einrichtung?
3. Wird bei der Angebotserstellung auf die Zusammensetzung und Bedürfnisse des Publikums Rücksicht genommen?
4. In welcher Weise werden Produktinnovationen und -adaptionen in der Einrichtung durchgeführt?
5. Werden das relevante Wissen und die Fähigkeiten des Publikums und relevanter Partner oder Netzwerke bei der Gestaltung, Entwicklung und Verbesserung der Produkte und Dienstleistungen mit einbezogen?
6. Entsprechen Räumlichkeiten, Öffnungszeiten und Ablaufprozesse den Bedarfslagen eines vielfältigen und heterogenen Publikums?

Dritter Hauptindikator: Zielgruppenorientierte Information und Kommunikation

1. Entspricht die Kommunikation hinsichtlich benutzter Sprachen, Bilder, Inhalte und Kommunikationskanäle (z.B. Medienarten) diversen Publikumsgruppen?
2. Sind im Beschwerdemanagement diversitätsspezifische Aspekte berücksichtigt?
3. Wird ein diversitätsbejahendes Image der Einrichtung gefördert?

Personal / MitarbeiterInnen

Erster Hauptindikator: Wissen um die soziokulturelle Zusammensetzung der MitarbeiterInnen

1. Wie vielfältig ist die Zusammensetzung der MitarbeiterInnen in verschiedenen Funktionsbereichen und hierarchischen Ebenen?
2. Gibt es eine systematische Erfassung, Analyse und wertschätzende Sichtbarmachung der Kompetenzen und Qualifikationen der MitarbeiterInnen?
3. Wie werden diese diversitätsrelevanten Kompetenzen für die Organisation genutzt?

Zweiter Hauptindikator: Personalpolitik

1. In welchen Bereichen gibt es besonderen Bedarf an MitarbeiterInnen mit Diversitätskompetenz?
2. Sind Einstellungsverfahren und -prozesse chancengerecht gestaltet?
3. Werden diversitätsrelevantes Wissen, Kompetenzen und Erfahrungen bei Einstellung und bei Einsatz der MitarbeiterInnen berücksichtigt?
4. Ist die Einrichtung für Wertschätzung und Förderung personeller Vielfalt bekannt? Ist dies nach innen und außen sichtbar?
5. Wird sowohl in der Einarbeitungsphase als auch bei Prozessen der Teamfindung und -entwicklung auf Diversitätsaspekte Rücksicht genommen?

Dritter Hauptindikator: Personalentwicklung

1. Wird in der Personalentwicklung auf diversitätsspezifische Aspekte und unterschiedliche Bedarfslagen der MitarbeiterInnen Rücksicht genommen?
2. Werden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen nach diversitätsrelevanten Aspekten evaluiert? Werden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Steigerung der Kompetenzen angeboten?
3. Welche Maßnahmen werden zur Sicherstellung der Chancengleichheit bei Förderungen und beim Aufstieg in höherwertige Funktionen, Dienstklassen und in Leitungsfunktionen ungeachtet der Herkunft der Person ergriffen?

4. Wer verlässt die Einrichtung und warum? Sind Fluktuationsentwicklung und -gründe in verschiedenen Einrichtungsbereichen erhoben?



Dr. Ursula Struppe

Chancengleich(heit) prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen Dr. Corinna Mandler Gayer **Antidiskriminierungsstelle des Bundes / Berlin**

Das Projekt „Chancen gleich(heit) prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“ hat sich zum Ziel gesetzt, exemplarisch Erfahrungen mit Maßnahmen zur Chancengleichheit in und durch Verwaltungen zu untersuchen und Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung im Sinne eines Diversity Mainstreaming sowie der optimalen Umsetzung von Diskriminierungsschutz zu suchen. Die Projektidee wurde konzipiert von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) gemeinsam mit der Landesstelle für Chancengleichheit in Brandenburg und der damaligen Arbeitsstelle für Vielfalt der Senatsverwaltung Hamburg. Weitere Partnerverwaltungen waren die Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern des Oberbürgermeisters in Stuttgart und das Personalamt in Nürnberg. Finanziell gefördert wurde das Projekt im Rahmen des europäischen Gemeinschaftsprogramms „PROGRESS“ (2011).

Ein zentrales Produkt des Projektes ist die Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte „Diversity-Prozesse in und durch Verwaltungen anstoßen“. Dieses und weitere Produkte wie Expertisen zur good practice von Diversity in europäischen Ländern und zur Qualitätssicherung sowie der Projektbericht, Arbeitspapiere zur Workshop-Reihe und eine ausgewählte Literaturliste sind auf der Website der ADS zu finden. Außerdem wird die ADS im Jahre 2014 eine auf der Handreichung aufbauende Broschüre veröffentlichen, die zum einen der Sensibilisierung für Diversity dient und zum anderen eine praxisnahe Anleitung zur Umsetzung von Diversity in Verwaltungen enthält.

Das Projekt bestand aus mehreren Bausteinen. Zunächst sollte ermittelt werden, welche Erfahrungen mit der Initiierung, Umsetzung und Verankerung von Chancengleichheit in den Verwaltungen bereits vorhanden sind. Dafür wurden bestehende Maßnahmen und Rahmenbedingungen analysiert und Expertinnen- und Fokusgruppeninterviews mit über 100 Verwaltungsbeschäftigten durchgeführt. Um diese Erfahrungen mit Chancengleichheit oder Diversity zu reflektieren, wurde zudem eine zweiteilige Workshop-Reihe entwickelt.

Die Ergebnisse und Fragestellungen aus diesem Projekt werden im Folgenden vorgestellt.

Verwaltungen setzen bereits viele Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit um. Ein umfassendes Diversity Mainstreaming steht allerdings noch als Zukunftsprojekt aus. Die exemplarischen Analysen der Maßnahmen in den vier Partnerverwaltungen zeigten, dass Diskriminierungsschutz und Chancengleichheit in der Praxis oftmals einzelne Diskriminierungsmerkmale in getrennten Zuständigkeiten fokussieren. Die Mehrheit der Maßnahmen in den untersuchten Verwaltungen bezog sich auf die Merkmale Geschlecht, ethnische Herkunft, Behinderung und Alter. Zielgruppenübergreifende Maßnahmen im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) waren kaum existent. Ebenso konnten wenige Anhaltspunkte bezüglich der Qualität und des Erfolges der Maßnahmen gefunden werden. Ein verbindliches Qualitätsmanagement für Diversity-Maßnahmen sollte in Zukunft daher noch verstärkt Einzug in den Verwaltungsalltag halten.

Die Relevanz von Diversity war indes für viele Verwaltungsbeschäftigte klar ersichtlich. Dies wurde zunächst auf die formellen und rechtlichen Grundlagen auf europäischer und nationaler Ebene, wie den europäischen Verträgen (Art. 10), dem Grundgesetz (Art. 3, Abs. 3) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), aber auch auf verbindliche rechtliche Vorgaben in den Ländern und Kommunen zurückgeführt (wie etwa den Landesgleichstellungsgesetzen oder Dienstvereinbarungen).

Außerdem wurden die potenziellen Vorteile von Diversity in der Arbeitsorganisation erkannt. Als eine Antwort auf den demografischen Wandel und die Nachwuchsprobleme innerhalb der Verwaltung wurde Diversity als eine Möglichkeit gesehen, Nachwuchskräfte für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst zu begeistern.

Zudem waren viele Verwaltungsbeschäftigte von den möglichen positiven Synergieeffekten innerhalb von Arbeitsteams angetan. Divers zusammengesetzte Arbeitsgruppen, Referate und Abteilungen können dank unterschiedlicher Lebenserfahrungen und Qualifikationen der Beteiligten zu innovativeren Ideen und kreativeren Problemlösungsstrategien, aber auch höherer Motivation führen. In einer gezielten und gesteuerten Umsetzung eines Diversity-Prozesses

liegt zudem die Chance, Planungsfehler und Doppelarbeiten zu vermeiden und dadurch Kosten einzusparen und Ressourcen für weitere Maßnahmen frei zu machen.

Und schließlich befürworteten viele Verwaltungsbeschäftigte den menschenrechtlichen Aspekt und den Diskriminierungsschutz von Diversity. So wurde ein grundsätzlicher ethischer Auftrag von Verwaltungen darin gesehen, nach innen und außen als Spiegel der Gesellschaft zu fungieren und deren Vielfalt auch entsprechend durch Personalpolitiken und im Umgang mit Bürger_innen zu berücksichtigen. Eine weitere zentrale Frage des Projektes war, wie Vielfalt in und durch Verwaltungen gefördert werden kann. Verwaltungen können dies auf drei Ebenen tun: als Arbeitgeberin, als Auftraggeberin und als Dienstleisterin.

Verwaltung als Arbeitgeberin: Der Aufbau einer diversen Beschäftigtenstruktur fördert einen produktiven Umgang mit Vielfalt – zum Beispiel durch die gezielte Anwerbung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, durch die Einstellung von Menschen mit Behinderungen oder durch Maßnahmen, die Frauen und Männern auch in Teilzeit erlauben, Führungsverantwortung zu übernehmen. Allerdings sollte es dabei nicht um das bloße Erreichen der Zielquoten gehen. Eine Arbeitsatmosphäre, in der sich die Beschäftigten gleichermaßen wertgeschätzt fühlen und in der sie ihre individuellen Potenziale entfalten können, sollte als übergreifendes Ziel gestellt werden.

Verwaltung als Auftragsgeberin und Vertragspartnerin kann Chancengleichheit ebenso außerhalb der Verwaltung fördern – zum Beispiel durch die Berücksichtigung der AGG-Kriterien im Vergaberecht und -verfahren.

Verwaltung als Dienstleisterin: Eine vielfältige Beschäftigtenstruktur hilft dabei, Beratungs- und Serviceangebote an den Bedürfnissen unserer Gesellschaft auszurichten, die trotz normierter Vorstellungen nicht nur männlich, christlich geprägt und heterosexuell ist. Dabei ist zu beachten, dass jede Zielgruppe aus vielen Menschen mit unterschiedlicher individueller Vielfalt besteht: So setzt sich die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ aus Frauen und Männern, trans- und intergeschlechtlichen Menschen unterschiedlichen Alters, mit unterschiedlicher körperlicher sowie geistiger Befähigung, mit verschiedenen Wertprägungen und Religionszugehörigkeiten sowie unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und vielem mehr zusammen.

Weiterhin waren die Diskussionen und Auseinandersetzungen zu Herausforderungen und Widerständen bei der Umsetzung von Chancengleichheits- oder Diversity-Maßnahmen von zentraler Bedeutung für die interviewten Verwaltungsbeschäftigten. Herausforderungen und Widerstände zeigten sich zum einen auf der politisch-rechtlichen Ebene aufgrund bestimmter rechtlicher Rahmenbedingungen, Haushaltskürzungen oder politischer Wechsel. Zum anderen wurden viele Widerstände auf der Ebene der Organisationsstruktur und -kultur lokalisiert. Diese spiegeln sich z.B. in der Personalrekrutierung und -beförderung. Informelle Karrierenetzwerke, Stromlinienförmigkeit oder eine althergebrachte Präsenzkultur scheinen noch immer uniforme Beschäftigungsstrukturen – insbesondere auf der Führungsebene – zu begünstigen.

Und schließlich wurden zahlreiche Herausforderungen bei der konkreten Umsetzung von Diversity-Maßnahmen thematisiert. Dazu gehört die Angst vor Überlastung nach dem

Motto „die neunte Dimension von Diversity arbeiten wir jetzt auch noch erfolgreich ab“. Schulungen werden als „Zwangsbeglückung“ abgewertet und entweder aus Angst vor einer Preisgabe persönlicher Informationen oder einem vermeintlich inhärenten Diskriminierungsvorwurf nicht besucht. Zudem führt die oft mangelnde innere Überzeugung von Mitarbeiter_innen und Führungskräften, deren Lippenbekenntnisse oft ohne Folgen bleiben, zur reaktiven Umsetzung von Maßnahmen. Und nicht zuletzt wird durch die zeitliche Befristung vieler Maßnahmen eine nachhaltige Verankerung von Diversity verhindert.

Schließlich beschäftigte sich das Projekt auch mit der notwendigen Frage, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann. In der Praxis haben sich verschiedene Vorgehensweisen als erfolgreich für den Umgang mit Widerständen und das Gelingen von Diversity-Maßnahmen bewährt. Dazu gehören u.a. die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen, der Verweis auf Vorbild-Figuren und Projekte, die Vernetzung mit anderen Interessenvertreter_innen und Schlüsselpersonen sowie die Kombination von Top-down- und Bottom-up-Strategien und eine konsequente Einbeziehung und Aktivierung der Zivilgesellschaft. Entscheidend sind darüber hinaus der Ausbau von Diversity-Kompetenzen bei den Beschäftigten, die nachhaltige Verankerung von langfristigen Maßnahmen im Regelbetrieb und eine effektive Überzeugungsarbeit der Führungskräfte. Diversity kann auf bereits bestehenden Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit aufbauen. Diese – oft auf eine oder wenige Merkmale beschränkten – Diversity-Maßnahmen können durch eine Diversity-Strategie miteinander verbunden werden, um einen übergreifenden Diversity-Prozess anzustoßen.

Insgesamt hat das Projekt gezeigt, dass das Thema Diversity im deutschen Verwaltungskontext noch recht neu ist. Es besteht zum Teil ein sehr unterschiedliches Wissen über Chancengleichheit, Diversity und Diskriminierungsschutz, die Rolle und Handlungsmöglichkeiten von Verwaltungen und über die Lebenslagen, Benachteiligungen und Bedarfe so genannter Zielgruppen. Verwaltungen haben daher aktuell Bedarf, sich näher mit Diversity zu befassen.

Dabei sollten sie sich erstens noch stärker als bisher auf den Menschenrechts- und Antidiskriminierungsgedanken von Diversity beziehen. Zweitens sollten Einstellungen und Verhaltensmuster zur vorherrschenden Dominanzkultur umfangreicher durch gezielte Schulungen, Fortbildungen und Maßnahmen thematisiert werden. Und drittens muss die Qualität und der Erfolg von Maßnahmen durch die Einführung eines verbindlichen Qualitätsmanagements gesichert werden.

Verfasst von Natascha Tomchuk



Dr. Corinna Mandler Gayer

Fachforum 1: Zusammenfassung

Jürgen Markwirth / Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg

Tina Jerman / EXILE e.V. / Essen

Ana María Jurisch und Tina Jerman (Exile e.V.) stellten die aktuelle Diskussion um Diversity in ihrem Einstiegsreferat zunächst in einen historischen Zusammenhang der Wertschätzung von Diversität von der Aufklärung bis zu den sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts. Dabei ordneten sie Diversity in die Entwicklung der bundesdeutschen Diskussion über den Umgang mit Zuwanderung ein. Diversity Management (DM) steht für einen Paradigmenwechsel, weil es die Potentiale des Individuums und der gesellschaftlichen Vielfalt fokussiert und die Notwendigkeit der Veränderung der Institutionen betont, um der Vielfalt gerecht werden zu können. DM stellt gleichzeitig den Migrationshintergrund in den Zusammenhang verschiedener Diversitätsvariablen.

„Vielfalt bringt erst Nutzen, wenn sie erkannt, wertgeschätzt und genutzt wird“, war die These von Dr. Petra Köppel (Synergy Consult), die im zweiten Referat den Stellenwert von DM in der Wirtschaft erläuterte. DM bezwecke einen langfristig angelegten und nachhaltigen Bewusstseinswandel und sei eine grundsätzliche Haltung im Umgang mit Vielfalt: „Um Vielfalt erfolgreich zu leben, muss die Unternehmenskultur entsprechend entwickelt werden.“ DM sei zu 80 Prozent Überzeugungsarbeit sowie Kommunikation nach innen und außen. In den großen deutschen DAX-Unternehmen ist DM „angekommen“: 23 von 30 Unternehmen haben die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet; 25 von 30 haben eine zentrale Ansprechperson für DM. Die Unterstützung der Leitungsebene und eine zentrale KoordinatorIn sind für Köppel grundlegende Voraussetzungen für das Gelingen von DM. Die Verankerung von DM in der Verwaltung war Thema des dritten Referats von Dr. Corinna Mandler Gayer (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, ADS). Sie stellte die Erkenntnisse des ADS-Projekts „Chancen gleich(heit) prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“ vor. Anders als in der Wirtschaft steht die Verbreitung von DM in Verwaltungen noch am Anfang. Bezugspunkte der ADS sind die Diskriminierungsdimensionen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG): Alter, ethnische Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Religion oder Weltanschauung und sexuelle Identität. Kennzeichnend sei bisher die Fokussierung auf (nur) einzelne Diskriminierungsmerkmale und getrennte Zuständigkeiten. Generell soll die Debatte um Diversity aus Sicht der ADS noch stärker als bisher den Menschenrechts- und Antidiskriminierungsgedanken einbeziehen. „Diversity meint nicht, tolerant gegenüber vermeintlich ‘anderen’ Menschen zu sein. Vielmehr geht es darum, eigene Vorstellungen von ‘Normalität’ kritisch zu hinterfragen, obsoletere Verhaltens- und Denkmuster zu revidieren und die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft nicht zu hierarchisieren.“ Wie auch die Vorrednerin wies Mandler Gayer darauf hin, dass es nicht ausreicht, einzelne Diversity-Maßnahmen anzustoßen. Notwendig sei ein zusammenhängendes Konzept, das aufgrund differenzierter Analysen zu Zielvorgaben und Maßnahmen kommt, die dann auch entsprechend evaluiert werden.

Ein zusammenhängendes Diversity-Konzept besitzt die Stadt Wien, das die Leiterin der Magistratsabteilung Integration und Diversity der Stadt Wien, Dr. Ursula Struppe, präsentierte. Das veränderte Selbstverständnis ihrer Institution skizzierte Struppe mit dem Satz: „Sieh der Realität ins Auge – Deine Stadt hat sich geändert. Und richte Dein Denken und Handeln daran aus!“ Mit einem „Diversity Check“ werden die diesbezüglichen Bemühungen der Wiener Verwaltung überprüft anhand eines umfangreichen Katalogs von Indikatoren und Reflexionsfragen zu den Dimensionen „Organisation und Strategie“, „Dienstleistungen und KundInnen“ sowie „Personal und Kompetenz“. Vier Arbeitsgruppen erprobten diesen Diversity Check anschließend beispielhaft an vier Hamburger Kultureinrichtungen. Struppes Empfehlung: „Vermeide Zuschreibung von Unterschieden – hab aber auch keine Angst vor ihnen!“ beschreibt einen inhaltlichen Spagat des DM. Dabei thematisiert sie das Dilemma, Stereotype und ethnisierende Zuschreibungen vermeiden zu wollen, und zugleich begriffliche Gruppenbildungen im Kontext eines DM vornehmen zu müssen. Zusammenfassend bestätigten die Vorträge und Diskussionen des Fachforums die Eignung des Diversity Managements als gesellschaftspolitische Perspektive für den Umgang mit Vielfalt. Festzuhalten bleibt:

- Diversity Management zielt auf die Etablierung einer dauerhaften Kultur der Wertschätzung von Vielfalt.
- Die Dimension „Migrationshintergrund“/ethnische Herkunft bzw. Abstammung ist dabei eine Kategorie der Vielfalt.
- DM bedarf eines zusammenhängenden Konzepts, das die Strategie und Organisationspolitik einer Einrichtung/Organisation ebenso betrifft wie ihre Angebote, Zielgruppen und ihr Personal.
- DM formuliert auf Basis differenzierter Analysen Ziele und Maßnahmen, die regelmäßig evaluiert werden.
- Neben den Merkmalen des AGG sollte im Kontext eines DM auch die soziale Lage betrachtet werden.
- DM muss von der Leitungsebene gelebt und unterstützt werden und braucht die entsprechende Sensibilisierung und Qualifizierung der MitarbeiterInnen. Dazu müssen verstärkt Fortbildungsangebote und Instrumente wie der „Diversity Check“ entwickelt werden.
- DM verlangt entsprechende politische Rahmenbedingungen. Dazu gehört in Bezug auf ZuwandererInnen auch die Möglichkeit politischer Partizipation, wie z.B. die Gewährung eines kommunalen Wahlrechts.
- Die begonnene Diskussion um DM im Kontext interkultureller Öffnung und Interkulturlpolitik braucht auch weiterhin Foren des Erfahrungsaustausches.



Jürgen Markwirth
Tina Jerman



Fachforum 1: Zusammenfassung

Mozhgan Rabbany Bitaraf / Pfadfinderin Thalia Theater / Hamburg

(...) In der ersten Präsentation stellten uns Ana María Jurisch und Tina Jerman die historische Entwicklung der Wertschätzung von Diversität dar: Der Gedanke und das Postulat der Gleichheit aller Menschen haben sich in der westlichen Kultur zur Zeit der Aufklärung entfaltet und in den Verfassungen von US-Amerika und Frankreich verfestigt. In der Epoche des Humanismus entstanden erste Gedanken gegen den Sklavenhandel und für eine kulturelle Vielfalt. Im 20. Jahrhundert wurden diese Grundideen von Gleichheit und Gerechtigkeit von verschiedenen politischen Bewegungen aufgegriffen und gesellschaftlich verankert, wie z.B. von der Frauenbewegung, der Arbeiterbewegung, den Unabhängigkeitskämpfern in den afrikanischen Kolonien, von der Friedensbewegung, der Schwulen-Bewegung und der Menschenrechtsbewegung etc. An diesem historischen Verlauf wird deutlich, dass Diversity Management keine „Ausgeburt der bösen und ausbeuterischen“ Wirtschaft sei, sondern eine universelle gesellschaftliche Entwicklung, ausgelöst durch globale Wanderungsprozesse und weltweite Migration.

In der zweiten Präsentation „Von der Wirtschaft lernen? – Diversity Management in Unternehmen: Strategien und Maßnahmen“ stellte Dr. Petra Köppel (Synergy Consult) Konzeption und Maßnahmen von Diversity Management (DM) in Unternehmen vor. Diversität verdeutlichte sie zunächst am Bild des Eisbergs: Ähnlich sei es beim Menschen, dessen weniger sichtbare Merkmale wie etwa Charakter, Erfahrungen, Werte und vieles mehr das Wesentliche seiner Persönlichkeit ausmachen. Sie warnte davor, Vielfalt als Wert an sich anzusehen und plädierte für einen gezielten Einsatz von DM, um Stärken zu entwickeln, die Vielfalt zu erkennen und wertzuschätzen und dem Unternehmen Vorteile zu erbringen. Dazu gehört auch der Begriff der Inklusion im Sinne einer Einbeziehung aller MitarbeiterInnen. Um ein ganzheitliches DM zu erreichen, muss dieser Ansatz in die Strategie des Unternehmens eingebaut werden. Und da die Strategie eines Unternehmens Chefsache ist, braucht DM die Unterstützung der Leitungsebene und einen zentralen Koordinator. Darüber hinaus sind Langfristigkeit und Nachhaltigkeit von großer Bedeutung, denn das Managing fruchtet nicht innerhalb eines Quartals, sondern entsteht durch einen Bewusstseinswandel und braucht Zeit. Anhand klar definierter Kriterien verdeutlichte Köppel, dass eine neue oder erweiterte Unternehmenskultur entwickelt werden muss, um die Vielfalt erfolgreich leben zu können.

In der Präsentation „Chancen gleich(heit) prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“ referierte Dr. Corinna Mandler Gayer von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über das gleichnamige Projekt. Partnerverwaltungen waren Brandenburg (Landesstelle für Chancengleichheit), Hamburg (Abteilung für Gleichstellung in der Justizbehörde), Stuttgart (Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern des Oberbürgermeisters) und Nürnberg (Personalamt). Den Ergebnissen des Projekts zufolge ist das Thema Diversity Mainstreaming im deutschen Verwaltungskontext noch recht neu. Es bestehe ein sehr un-

terschiedliches Wissen über Chancengleichheit und Diversity, über Handlungsmöglichkeiten der Verwaltungen sowie über Lebenslagen, Benachteiligungen und Bedarfe von Zielgruppen. Diversity sei ein erstrebenswertes Ziel für Verwaltungen, weil diese nach Artikel 10 der europäischen Verträge, nach Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes und nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz dazu angehalten werden, Diskriminierung von Beschäftigten wie KundInnen aufgrund von Alter, Behinderung, ethnischer Herkunft/rassistischer Zuschreibung, Geschlecht, Religion/Weltanschauung und/oder sexueller Identität zu verhindern bzw. zu beseitigen. Es gehe aber auch um die Stärkung der Gleichwertigkeit aller Menschen, um Abbau und Vermeidung von Diskriminierung und darum, dass Verwaltungen als Spiegel der Gesellschaft gelten und das Bild der Gesellschaft auch nach innen repräsentieren sollten. Dabei gehe es nicht um die Erfüllung von Zielquoten, sondern um die Pflege eines wertschätzenden Arbeitsklimas. Die Debatte um Diversity sollte stärker als bisher den Menschenrechts- und Antidiskriminierungsgedanken miteinbeziehen.

Das Projekt hat die beteiligten Verwaltungen über Diversity informiert und dafür sensibilisiert. Handlungsbedarfe und -möglichkeiten wurden deutlich und es fand ein positiver Austausch statt. Beschäftigte wurden gestärkt und ihre Mitwirkung führte zu einer verstärkten Öffentlichkeit. Diversity zielt nicht primär auf eine Toleranzhaltung gegenüber vermeintlich „anderen“ Menschen, sondern darauf, eigene Vorstellungen von Normalität kritisch zu hinterfragen, obsoletere Verhaltens- und Denkmuster zu revidieren und die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft nicht zu hierarchisieren. Außerdem reiche es nicht aus, verschiedene Diversity-Maßnahmen anzustoßen, ihre Qualität und Wirkung müssen genau geprüft werden. Dabei sind Verwaltungen gefordert, sich in Zukunft viel stärker um eine angemessene Evaluation zu bemühen.

Die letzte Präsentation „Umgang mit Vielfalt in einer Stadtverwaltung – der ‚Diversity Check‘ der Stadt Wien“ stellte Dr. Ursula Struppe, Dienstleiterin der Abteilung Integration und Diversität der Stadt Wien, vor. Am Fallbeispiel der Stadt zeigte sie, wie Diversity auch in einer Stadtverwaltung aufgebaut werden kann. Wien wachse, Wien verändere sich und das sei eine Realität, die den BürgerInnen ein verändertes Denken und Handeln abverlange. Daher sei es sehr von Bedeutung, den Gedanken vom „echten Wiener“ oder „sie“/„wir“ zu vermeiden und den Diversitätsgedanken als etwas Selbstverständliches in der Stadt zu etablieren. Durch den Diversity Check wurde der Versuch angestrebt, den Diversitätsgedanken systematisch in unterschiedlichen Bereichen zu implementieren. Die drei Kernbereiche waren Kundschaft und Dienstleistung, MitarbeiterInnen und Kompetenzen sowie Organisation und Strategie. Bei dieser Studie war es wichtig, einen Reflexionsgedanken zu erarbeiten und sich mit Diversity auseinanderzusetzen, um zu kontrollieren, was sich innerhalb von zwei bis drei Jahren verändere.

Überarbeitet von Natascha Tomchuk



Leitempfehlungen der Referentinnen

Dr. Petra Köppel, Synergy Consult

- Vielfalt bringt erst Nutzen, wenn sie erkannt, wertgeschätzt und genutzt wird.
- Diversity Management braucht Unterstützung der Leitungsebene und eine/einen zentralen/e KoordinatorIn.
- Um Vielfalt erfolgreich zu leben, muss die Unternehmenskultur entsprechend entwickelt werden.

Dr. Corinna Mandler Gayer, Antidiskriminierungsstelle des Bundes

- Diversity ist auch – aber nicht nur – ein Organisations- und Personalentwicklungsinstrument zur Steigerung von Effizienz und Kreativität. Die Debatte um Diversity sollte jedoch stärker als bisher den Menschenrechts- und Antidiskriminierungsgedanken mit einbeziehen.
- Diversity meint nicht, tolerant gegenüber vermeintlich „anderen“ Menschen zu sein. Vielmehr geht es darum, eigene Vorstellungen von „Normalität“ kritisch zu hinterfragen, obsolekte Verhaltens- und Denkmuster zu revidieren und die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft nicht zu hierarchisieren.
- Es reicht nicht aus, verschiedene Diversity-Maßnahmen anzustoßen. Die Qualität der Maßnahmen und ihrer Wirkung muss geprüft werden. Verwaltungen sollten sich in Zukunft viel stärker um eine angemessene Evaluierung bemühen.

Dr. Ursula Struppe, Dienststelle Integration und Diversität der Stadt Wien

- Sieh der Realität ins Auge - Deine Stadt hat sich geändert. Und richte dein Denken und Handeln daran aus!
- Vermeide "sie" und "wir"!
- Vermeide Zuschreibung von Unterschieden - hab aber auch keine Angst vor ihnen!
- Sei neugierig und offen!

Moderation des 1. Kongresstages:
Dr. Nkechi Madubuko



Das Projekt „Crossroads“ sorgte am 3. Kongresstag für Verpflegung.

Crossroads. Kunst. Menschen. Geschichten.

Johanna Dyckerhoff / Crossroads / kulturkaviar für alle e. V.

Seit 2009 gibt es das Projekt Crossroads in der Flüchtlings- und Wohnungslosenunterkunft Mattkamp im Hamburger Stadtteil Billstedt. Am Mattkamp leben ca. 360 Menschen unterschiedlichsten Alters und aus über 50 verschiedenen Ländern zusammen. Sie teilen traumatische Lebenserfahrungen von Verlust und Flucht und ungewisse Zukunftsperspektiven. In diesem Zustand wird eine positive Lebenshaltung zur Kunst. Und genau diese, nämlich die künstlerische Arbeit im sozialen Raum, steht im Zentrum der vielfältigen Projekte, die sich unter dem Dach von Crossroads versammeln.

Dazu gehören Workshops verschiedener künstlerischer Bereiche wie Theater, Tanz und Bildende Kunst, die für die Bewohner entwickelt und mit ihnen umgesetzt werden. In Kooperation mit dem Jungen Schauspielhaus wurde 2012 im Rahmen des Projekts „Die Kunst zu leben“ die Kunststätte Mattkamp erstmals für ein breites Publikum geöffnet. Die Bewohner luden zu einer begehbaren Kunst-Installation ein und begaben sich selbst auf einer anschließenden Tour in die Hamburger Öffentlichkeit hinein.

Ausgehend von unserer Auffassung, Kunst als soziale Praxis zu begreifen, stellt das gemeinsame Kochen die zweite Komponente unserer Arbeit dar. „Essen muss man!“, hat ein Bewohner einmal gesagt und damit ausgedrückt, dass Essen elementares Grundbedürfnis des Menschen ist. Kochen ermöglicht Begegnung und die Erfahrung von Gemeinschaft jenseits kultureller Grenzen. Deswegen freuten wir uns besonders, als 2012 aus den Fördermitteln des Hamburger Spendenparlaments ein Steinofen gebaut werden konnte. Tobias Großer und Stephan Lorenz haben den

außergewöhnlichen Ofen, der auf einen Anhänger montiert und damit mobil ist, gemeinsam mit den Bewohnern gebaut. Seitdem ist er fester Bestandteil unserer (mobilen) Projekte und unterstreicht unser neues Motto „Kunst und Kulinarisches“.

Dieses Motto präsentierten wir auf dem Bundesfachkongress: Mit dem Utopia-Bus des Jungen Schauspielhauses brachten wir einen Teil unserer Installation aus „Die Kunst zu Leben“ - bestehend aus Originaltönen der Bewohner und ihrer Koffer - vor Ort. Gleichzeitig verköstigten wir die Kongressteilnehmer mit internationalen Delikatessen aus dem Steinofen und einer äthiopischen Kaffeezeremonie.

Mobile Aktionen machen als lohnenswerte Herausforderungen einen Fokus unserer Arbeit aus. Sich und seine Kultur durch das Medium der Kunst auszudrücken und einem interessierten Publikum zu zeigen, ermöglicht positive Erfahrungen der Anerkennung und der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Kochen und Anbieten von Essen, das uns der Steinofen nun auch „unterwegs“ erlaubt, geben den Bewohnern am Mattkamp und dem jeweiligen Publikum einen geeigneten Anlass, sich weiter auszutauschen und kennenzulernen.

Wir kooperieren mit fördern und wohnen AöR, dem Jungen Schauspielhaus Hamburg, dem Kunstverein Hamburg und dem Kultur Palast Hamburg. Gefördert wird Crossroads vom Hamburger Spendenparlament, der Hamburgischen Kulturstiftung, der Kulturbehörde Hamburg, der Capital Intermodal, der Körber-Stiftung und den Verfügungsfonds Billstedt-Horn. Aktuelle Informationen über das Projekt können über www.kulturkaviar.de bezogen werden.

Fachforum 2

Die Ethnisierung von Konflikten – Ursachen und Gegenstrategien

Es referierten und diskutierten: **Kemal Bozay** (Politik- und Sozialwissenschaftler, Bochum, Autor von „Ich bin stolz ein Türke zu sein“), **Yilmaz Kahraman** (Alevitische Gemeinde Deutschland), **Oliver Kontny** (freier Regisseur und Autor, Berlin), **Mareike Schemmerling** (Institut für Medienpädagogik, München), **Konstantina Vassiliou-Enz** (Vorstand „Neue Deutsche Medienmacher“), **Mario Wessolowski** (Regiestelle des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“), **Roland Wylezol** (Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin)
Moderation: **Nuray Ateş** Veranstaltungspate: **Rolf Graser**

„Ethnisierung von Konflikten“ – Ursachen und Gegenstrategien

Dr. Kemal Bozay / Geschäftsführer von IFAK e.V. - Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe / Bochum

Oft klagen im Alltag PolitikerInnen, LehrerInnen, PädagogInnen und SozialarbeiterInnen darüber, dass sich Migrationsjugendliche nicht als „Deutsche“, sondern mehr als „Türken“, „Araber“, „Albaner“ oder „Russen“ definieren. Dabei versucht nicht zuletzt die hiesige Mehrheitsgesellschaft selbst, sich ihrer eigenen Identität zu vergewissern, indem sie sich von der sogenannten Tradition und Kultur der Einwanderergesellschaft verstärkt abgrenzt. Diese Selbstvergewisserung der Mehrheitsgesellschaft begünstigt unter vielen Menschen mit Migrationshintergrund eine Tendenz zur Selbst-Ethnisierung, das heißt, zur Abgrenzung von der deutschen und zur stärkeren Identifikation mit der jeweiligen Herkunftsgesellschaft. Das gilt auch für Migrationsjugendliche, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Ihre alltäglichen Begegnungen und Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus befördern eine (Rück-)Besinnung auf tatsächlich oder vermeintlich geteilte Werte und Normen der Herkunftsgesellschaft. Gerade Jugendliche erfahren über diese Selbst-Ethnisierung als „Türke“, „Araber“, „Albaner“ oder „Russe“ ein neu konstruiertes Wir-Gefühl.

Damit sind wir bei unserem heutigen Thema „Ethnisierung von Konflikten – Ursachen und Gegenstrategien“. Gerade dieses Phänomen stellt eine neue Herausforderung für die Einwanderungsgesellschaft dar und wird in den nächsten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Hinzu kommt, dass der Globalisierungsprozess in den vergangenen Jahren weltweit Problembereiche in Ethnisierungszusammenhängen weiter ausgebreitet und forciert hat. Nicht zuletzt zeigten die vielseitigen Diskussionen um den sogenannten Karikaturenstreit, um Moscheebauten, Jugendkriminalität oder die Auseinandersetzungen mit den Salafisten, in welchem Maße ethnisch-kulturelle Probleme auch Konfliktmomente annehmen können. Obwohl immer wieder behauptet wird, dass durch die Globalisierung „nationale Grenzen“ überwunden und ethnisch-nationale Konflikte abgebaut werden, sehen wir eine klare Kehrtwende. Hier kommen vor allem die „Schattenseiten“ der Globalisierung reproduziert zum Vorschein. Nicht ausblenden dürfen wir hierbei die gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Die gegenwärtigen Realitäten und Diskurse um das Thema Ethnisierung zeigen, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse die Reproduk-

tion von Feindbildern forcieren und zunehmend eine gesellschaftliche Polarisierung erzeugen.

Zum Begriff der Ethnisierung von Konflikten

Zunächst stellt sich hier die zentrale Frage, was gegenwärtig unter dem Begriff der Ethnisierung von Konflikten zu verstehen ist. Wenn wir vom Terminus Ethnizität ausgehen, können wir sagen, dass er ursprünglich ein Begriff der Ethnologie ist, der kulturelle Unterschiede zwischen Gruppen in traditionellen Gesellschaften beschreibt. In der kritischen Wissenschaft wird er sogar als ein soziales Konstrukt gedeutet, dessen Realitätsgehalt auf historische Prozesse zurückzuführen ist (gemeinsame Sprache, kulturelle Praktiken). Innerhalb der Ethnisierungsdiskussion kristallisiert sich vermehrt die Auffassung heraus, dass ethnische Gruppen nicht von alleine entstehen, sondern durch bestimmte Zuschreibungs- und Definitionsprozesse, etwa durch Berufung auf Abstammung, erzeugt werden und als Instrumente dienen können, Ansprüche auf Ressourcen einer Gesellschaft geltend zu machen.

Nach dem Soziologen Max Weber (1922/2005), der sich schon Anfang des 20. Jahrhunderts mit diesem Phänomen auseinandergesetzt hat, ist Ethnizität ein Relikt feudaler Gesellschaften. Sie entspricht dem irrationalen und subjektiven Glauben einer Gruppe von Menschen an gemeinsame Herkunft, Geschichte und Sitten und dient damit zur Bildung einer Gruppenidentität. Die gemeinsame Herkunft einer Gruppe wird durch eine gemeinsame Sprache und den Glauben an eine gemeinsame Kultur konstruiert (Blutsprinzip im Sinne einer Völkerschaft). Nach Max Weber werden Kulturen dadurch charakterisiert, dass

- sie sich durch Annahmen über eine gemeinsame Geschichte ihrer Angehörigen definieren (und nicht wie Klassen und Jugendkulturen durch Annahme über Gemeinsamkeiten der aktuellen Lebenssituation);
- in dieser gemeinsamen Geschichte vermeintlich begründete und als bewahrenswert erklärte kulturelle Muster der Lebensführung für sich als Unterscheidungsmerkmale beansprucht werden (und nicht, wie in Hochreligionen, als universell und zeitlos gültig verstandene Gewissheiten des Glaubens anerkannt werden);

- die Zugehörigkeit von Individuen an Kriterien der Abstammung gebunden bzw. des langfristig bindenden Bekenntnisses zur beanspruchten Tradition ausgemacht (und nicht als jederzeit frei wählbar betrachtet) wird;
- sie sich von den jeweiligen nationalstaatlichen Hochkulturen abgrenzen und deren Hegemonie in Frage stellen. Anlehnend an diesen Diskurs führte schon die Chicago School of Sociology Anfang des 20. Jahrhunderts den Ethnizitätsbegriff als soziale Konstruktion in die Debatte um Rassismus in den USA ein. Sie betonte seinen Einsatz bei der Herstellung von sozialer Ungleichheit aufgrund von Hautfarbe und geographischer Herkunft.

Die gesellschaftliche Zuschreibungsformel von Ethnizität verweist gegenwärtig – so Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein – auch auf eine Form von Neo-Rassismus. Balibar und Wallerstein (1992) verstehen unter Neo-Rassismus die neue Konfiguration von Rassismus in den westeuropäischen Nationalstaaten. Der aktuelle Rassismus bediene sich eines kulturalisierenden und ethnisierenden Diskurses, um letztendlich auf subtile Weise Ausschlussmechanismen zu naturalisieren. Demnach bezeichnet Ethnisierung einen Prozess, in dem Menschen mittels „ethnisierter“ Merkmale erst zu einer homogenen Gruppe konstruiert werden.

In diesem Diskurskontext stellt auch Fredrik Barth (1989) pointiert dar, dass gerade ethnische Zugehörigkeiten interpretationsoffene Kategorien sozialer Zuschreibung sind, an denen sowohl ethnische Gruppen selbst (Selbstzuschreibung) als auch Dritte (Fremdzuschreibung) je nach Stärke ihrer Definitionsmacht beteiligt sind. Hieraus kristallisiert sich die Tatsache, dass der reaktive Prozess der Selbst- und Fremdenethnisierung in einer dynamisch-wechselhaften Interaktion stattfindet. Deshalb sind ethnische Zugehörigkeiten – so Barth – Gegenstand von interaktiven Deutungskämpfen.

Zweifelsohne hat mit dem Phänomen der weltweiten Migration die Ethnizitäts-Diskussion eine neue Qualität gewonnen. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sprachlicher und kultureller Gruppen umfasst inzwischen alle gesellschaftlichen Bereiche. Probleme, die daraus entstehen, werden in öffentlich-politischen Diskussionen häufig instrumentalisiert. Hierbei geht es vor allem auch um eine klare Politisierung des Ethnizitäts-Begriffs. Ihre Hochkonjunktur erlebten die Diskussionen um die Ethnisierung von sozialen Konflikten durch das Werk „The Clash of Civilisations“ (1996) von Samuel P. Huntington. Huntington hat darin hauptsächlich ein Bedrohungsszenario entworfen und betonte, dass ethnisch-kulturelle Differenzen im Extremfall in bewaffnete Konflikte münden würden. Dabei wird der Islam zur Zielscheibe, um zweifelsfrei Hass gegenüber Fremden zu schüren. Schließlich erreichten diese Diskussionen mit dem 11. September-Syndrom weltweit eine neue Dimension, deren Auswirkungen sich heute in Deutschland und weltweit zeigen.

Ethnisierung als sozialer Ausgrenzungsprozess

In Deutschland hat sich die Ethnisierung als ein sozialer Ausgrenzungsmechanismus ausgeprägt, der Minderheiten konstruiert, diese negativ etikettiert und dadurch Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Vor allem bedeutet Deutsch-Sein unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse, den eigenen Wohlstand zu verteidigen, Ansprüche anderer Gruppen zurückzudrängen und sie zu

de-legitimieren: Je mehr die Konkurrenz ins Zentrum zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter lässt sich die ethnische Kulturdivergenz politisch aufladen.

Insbesondere im Rahmen der Globalisierungsdiskussionen rückte in den letzten Jahren die Problematik kultureller und politischer Identitäten in das Blickfeld der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Diskutiert wird vor allem die Frage, welche Auswirkungen ethnisch-kulturelle und nationale Differenzen auf die gesellschaftlichen Beziehungen haben.

So bedient sich gerade Thilo Sarrazin (2010) in „Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen!“ sowohl aktueller Vorstellungen von Sozialrassismus und kultureller Differenz als auch alter Denkmuster des Biologismus. Dem „unerwünschten“ Anderen werden hierbei negative kulturelle und ethnischierende Merkmale zugeschrieben, um seine Ausgrenzung zu legitimieren. Sarrazin schürt mit seinen Äußerungen Hass auf Fremde und schafft damit einen Nährboden für die Reproduktion von Feindbildern und für Rassismus, der zweifelsohne auch in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt ist.

Insbesondere in Krisenphasen einer Gesellschaft wird das Spannungsfeld interkultureller Kontraste weiter verschärft. Zunehmende Tendenzen von Fremdenhass und brutaler Angriffe auf Zuwanderer zeigen, dass der Prozess der Ausgrenzung, Stigmatisierung und „Feindbildproduktion“ weiter zunimmt.

Im Rahmen der Kulturalisierung der Ethnizitätsdiskussion konstatiert Ursula Apitzsch (1990), dass über das Signal Kultur homogene Einheiten von Menschen konstruiert werden, die sich auf hegemoniale nationalstaatliche Normen und Werte stützen. Folkloristische Elemente werden ins Zentrum von Kultur gestellt und diese wird nicht als prozessuales und sozial konstruiertes Gebilde verstanden. Dabei werden die sozialen Implikationen der Konstruktion des ethnisierten kulturellen „Anderen“ nicht hinterfragt. Ausgehend davon wird eine ethnische Grenzziehung zwischen „Ausländer“ und „Inländer“ auf kultureller Ebene durchgeführt. Die kulturelle Differenz ist dabei nicht Effekt eines politischen Aushandlungsfeldes, sondern „Ausländer“ werden erst so zu „Fremden“ und zu „kulturellen Differenzen“ gemacht. Gerade mit dem Fokus auf unterschiedliche kulturelle Mentalitäten wird deren Fremdheit und Andersartigkeit betont und häufig auch als Ursache für sogenannte Integrationsprobleme und Konflikte dargestellt.

Darin kommt ebenso zum Vorschein, dass die als ethnisch und kulturell homogen konstruierten nationalen Gruppen in der Dynamik der Ethnisierung die ihnen von der Dominanzgesellschaft zugeschriebenen „sozialen Räume“ produzieren und reproduzieren.

Hier nimmt im Alltagsprozess insbesondere die Folklorisierung des Sozialen einen bedeutenden Platz ein. Annita Kalpaka (2003) spricht in diesem Kontext sogar von der pädagogischen Professionalität in der „Kulturalisierungsfälle“. Dabei werden regionale Praktiken aus den Herkunftsländern als nationales Kulturgut verallgemeinert. Zum Beispiel sehen sich dann die türkeistämmigen Staatsbürger im Ausland – so auch in Deutschland – mit dem Bild der Türkei als Urlaubsland, Sieger der WM-Spiele und auch als Hit für die Eurovisions-Nominierung konfrontiert. So kommt es in der Migration zu einem Revival dieser Komponenten und diese kulturellen Elemente dienen als Instrument zur Her-

stellung eines Gemeinschafts- bzw. Zugehörigkeitsgefühls. Dieses ist zugleich eine Reaktion auf den Anpassungs- und Assimilationsdruck im Aufnahmeland.

Ethnisierung durch Zuschreibung

Die Migrationsforscherin Annette Treibel (2003) weist zu Recht darauf hin, „(...) dass es nicht nur das Zugehörigkeitsgefühl oder das Festhalten an kulturellen, sprachlichen, religiösen Gewohnheiten der Gruppenmitglieder selbst ist, die eine ethnische Gruppe ausmachen. Die ethnische Identifikation wird durch die Zuschreibung zu einer ethnischen Gruppe oder Minderheit, die andere vornehmen, mit konstituiert (...).“ (Treibel 2003: 199).

In der bundesdeutschen Ethnizitätsforschung bemerken Wolf-Dietrich Bukow und Roberto Llaryora (1988) kritisch zum Zuschreibungsprozess, dass bei kulturell oder ethnisch „abweichenden“ Migranten der sogenannte Eingewöhnungs-Prozess unter negativem Einfluss stünde und die Aufnahmegesellschaft nur ein minimales Maß an Akzeptanz zeige. In diesem Etikettierungs-Ansatz (labeling approach) ist die ethnische Re-Definition der Migranten eine Reaktion auf die Ethnisierung der Eingesessenen und führe zu einer verstärkten Minoritätenbildung. Zweifelsohne wird hier die Ethnisierung als ein wechselseitiger Prozess betrachtet, der nicht von der ethnischen Herkunft als solcher abhängt, sondern auch von der Politik dominiert wird. So führen insbesondere restriktive Maßnahmen (z.B. Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz) zu Ausgrenzung und Diskriminierung von ethnischen Minoritäten.

Selbstethnisierung als Reaktion auf Diskriminierungen und Zuschreibungen

Das Resultat dieser Verflechtung und Diffamierung ist in diesem Kontext immer eine Negativspirale: Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Zuwanderern abschotten, desto mehr verstärkt sich auch der Rückzug der Zuwanderer aus den Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft. Gegenüber der Fremdethnisierung der Mehrheitsgesellschaft ist ein Rückzug von Migranten in die eigenen ethnischen „Nischen“ zu verzeichnen. Dieser Prozess ist in erster Linie als eine Reaktion auf Zuschreibungen zu verstehen. Dies drückt sich unter anderem in Form von Ausgrenzung und Rassismus seitens der Mehrheitsgesellschaft sowie in Polarisierungen verschiedener Migrantengruppen untereinander aus. Wo die „deutsche Identität“ an Profil gewinnt, nehmen vorhandene Tendenzen der Selbstethnisierung unter MigrantInnen weiter zu.

Die Ethnisierung ist also eine Strategie der Interessenartikulation und -durchsetzung, die im Falle der Migration vor allem dazu dient, die Privilegien der Eingesessenen gegen die der Zugewanderten zu verteidigen. Diese Re-Ethnisierung ist bei den Eingesessenen weitaus größer als bei den MigrantInnen. Gerade für die MigrantInnen kann Selbstethnisierung viele Funktionen besitzen: Sie dient als Instrument zur Selbstorganisation im Kampf um kollektive Güter, aber auch als Schutzreaktion auf Diskriminierung und Ausgrenzung. Zweifelsfrei ist davon auszugehen, dass gerade in solch einem „feindlichen Klima“ Fremd- und Selbstethnisierung sich gegenseitig bedingen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Zuwanderer in Deutschland – abgesehen von kleineren kommunalpolitischen Regelungen – nicht das Recht haben, im politischen Sinne zu partizipieren.

All diese Merkmale verfestigen sich im öffentlichen Bewusstsein zu negativen Fremdbildern und werden erst als Klischees wahrnehmungs- und handlungsleitend. Dies findet sich dann in der Diskussion über das Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft“, in der Debatte um Jugendkriminalität oder nicht zuletzt in der Islam-Diskussion wieder. Insofern ist Ethnisierung ein risikoreicher Prozess, der gesellschaftliche Spannungen forciert und zur Ablenkung von desolaten sozialen Zuständen instrumentalisiert werden kann.

Die Auseinandersetzung von Migrationsjugendlichen mit dem Ethnisierungs-Thema

Die Kehrseite der Ethnisierungs-Diskussionen zeigt sich insbesondere in der subjektiven Auseinandersetzung von Migrationsjugendlichen mit diesem Thema. Der 25-jährige Mehmet aus Duisburg zieht für sich folgendes Resultat: „In Deutschland haben sie uns immer daran erinnert, dass wir Türken sind. (...) Ich habe dann stärker mein Türkisch-Sein erkannt und betont, dass ich anders als die Deutschen bin. Jetzt fühle ich mich in meiner türkischen Gruppe wohl und bin nur noch mit türkischen Freunden unterwegs.“ Auch weil er arbeitslos und ohne Ausbildungsplatz ist, sieht Mehmet sich nicht als anerkannter Teil der Gesellschaft. Ähnliche Erfahrungen machte die 17-jährige Marokkanerin Meryem aus Köln, die als Kind im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland kam: „Als ich in Deutschland zur Schule ging, habe ich erst richtig erfahren, dass ich Marokkanerin bin. Viele kamen zu mir und fragten, wie das in Marokko wäre. Auch meine Lehrer. Erst dann habe ich meinen Unterschied zu ihnen erkannt und das hat sich bis heute nicht geändert. Man wird hier zu richtigen Ausländern gemacht.“ Diese beiden Interviewaussagen zeigen, dass gerade durch ethnische Zuschreibungen die Re-Definition als „Türke“ oder „Marokkaner“ erst möglich gemacht wird. Neben der Herkunftsregion ist die Religion bei vielen Jugendlichen ein wichtiger Bezugspunkt bei der Suche nach Zugehörigkeit und Identität. Dahinter steht nicht selten die Wahrnehmung, als Migrant nicht akzeptiert zu werden. Der starke Bezug auf die religiöse oder ethnische Herkunft ist häufig auch ein Versuch von Jugendlichen, die aus verschiedenen Gründen als fragil erfahrene eigene Person zu stärken, indem sie sich auf eine kollektive Identität beziehen. Negative Stigmata werden dabei positiv umgedeutet und die Mehrheitsgesellschaft im Gegenzug abgewertet: „Schweinefleischfresser“ heißt es dann mitunter abfällig oder einfach nur „Deutsche“.

Die Herstellung ethnischer Differenz im Schul- und Bildungswesen

Die Frankfurter Erziehungswissenschaftler Mechthild Gommola und Frank-Olaf Radtke (2002) haben sich in einer Studie mit der institutionellen Diskriminierung im Schul- und Bildungswesen auseinandergesetzt und Antworten auf die Frage nach der Ethnisierung von Migrationskindern und -jugendlichen im staatlichen Schulsystem gesucht. Sie haben in ihrer Studie den Zusammenhang zwischen Bildungsteilnahme und Zugangschancen für Migrationskinder sowie -jugendliche analysiert und herausgestellt, wie der Erfolg oder Misserfolg in der Schule mit einem Ethnisierungsprozess einhergeht. Die Ethnisierung im Schulalltag von Kindern mit einem Diaspora-, Exil- und Migrationshintergrund

findet nicht nur durch die Lehrinhalte statt, sondern insbesondere auch durch die Interaktion zwischen Lehrpersonal und Schülern.

Der Topos der Fremdheit als Gegenpol zum Eigenen konstruiert Kinder mit einem nicht-deutschen Hintergrund als andersartig und veranlasst damit eine ethnische Markierung. Während bei den deutschen Schulkindern ihr geografischer Hintergrund keine wesentliche Rolle im Schulalltag spielt, werden Migrationskinder immer wieder auf ihren geografischen Hintergrund hin reduziert und als Mitglieder eines homogenen, ethnisierten Kollektivs betrachtet. Resultat ist, dass nur ein kleiner Anteil von Migrationskindern die institutionelle Diskriminierung der Ethnisierung durchbrechen kann.

Gerade am Beispiel des Mediums Schulbuch wird die Ethnisierung von Konflikten als Erklärungs- und Deutungskategorie anschaulicher zugrunde gelegt. Hier werden die ethnische Differenzierung in den Schulbüchern und damit die Differenzierung zwischen dem Eigenem und dem Fremdem verfestigt. Untersucht wird hierbei insbesondere die Herstellung ethnischer Differenz im Medium Schulbuch. Am Beispiel der hessischen Schulbücher der Sekundarstufe 1 wurden die Migrationskinder und -jugendliche als „hilfsbedürftige Opfer“ bloßgestellt. Geklemmt zwischen zwei Stühlen, belastet mit vielseitigen Problemen der türkischen und deutschen Gesellschaft wurden das türkische Mädchen „Fatma“ mit Kopftuch oder auch Namen wie Mehmet und Ali zum charakteristischen Merkmal der Hilfsbedürftigkeit gemacht. Das alles nach dem Prinzip der „christlichen Nächstenliebe“. Aufgaben forderten außerdem die gesamte Schulklasse auf, diesen aus der „Unmoderne“ stammenden ausländischen Mitschülern zu helfen und ihnen ein bisschen „Moderne“ aus der Mehrheitsgesellschaft weiter zu vermitteln. Dabei werden sie in den Spalten dieser Gesellschaftskundebücher entweder als Problem dargestellt oder zum Problem gemacht. „Wir“ und „Sie“ hießen die Zauberworte, dieser Opferkonstellation: „Wir“, das hier die Moderne und die hoch entwickelte und hoch kultivierte Mehrheitsgesellschaft präsentiert, sollte schließlich der Spalte „Sie“ helfen, die repräsentativ für Unmoderne, Unterentwicklung und zurückgeschrittene Kultur steht.

Bewusst oder unbewusst wird durch das Bild des „Ausländers“ in dem Medium Schulbuch eine diskriminierende und ausgrenzende Haltung eingenommen. So werden gerade türkeistämmige Kinder und Jugendliche als hilfsbedürftige Opfer abgestempelt. Das Resultat ist aus bildungspolitischer Sicht die Reproduktion von Chancenungleichheit gegenüber Zuwandererjugendlichen.

Wenn sich in Klassenzimmern und Quartieren mit hohem Migrantenanteil verschiedene Probleme zeigen, sind erfahrungsgemäß nicht kulturelle, sondern eher soziale Faktoren ausschlaggebend. Noch immer ist insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte die gemeinsam geteilte Erfahrung des „Ausländer“-Seins in Deutschland zentral – unabhängig davon, ob sie einen deutschen Pass besitzen oder nicht. Es ist die Erfahrung, nicht richtig dazuzugehören und anerkannt zu werden. In vielen Schulen, Jugendzentren und Quartieren gibt es eine Kluft zwischen „deutschen“ und „nicht-deutschen“ Jugendlichen, die sich in der Freizeit noch weiter vertieft. Von vielen Jugendlichen wird sie als soziale Trennlinie wahrgenommen: Es geht hierbei um gute und schlechte Wohnviertel, um unterschiedliche Bildungs-

und Karrierechancen, um Stigmatisierungserfahrungen in Beruf und Ausbildung, um den Genuss selbstverständlicher Freiheiten auf der einen Seite und die Erfahrung von Alltagsrassismus und Diskriminierung auf der anderen Seite. In der Institution Schule schafft auch die Vorstellung von Homogenität eine Legitimation für die Benachteiligung und Stigmatisierung gerade von Migrationsjugendlichen: „Persönliches Scheitern wird nicht mehr individuell, sondern kollektiv begründet, und zwar mit kulturellen oder psychosozialen Eigenschaften, die der jeweiligen Herkunftsgruppe zugeschrieben werden und die offenbar in einer Weise unzureichend sind, dass sie zu einem Scheitern in der Schule führen.“ (Leiprecht/Lutz 2005: 218).

Gegenstrategien und Handlungsmöglichkeiten

Die Problematisierung und Thematisierung von sozialer Heterogenität und Ethnisierung von Konflikten bilden gegenwärtig eine wichtige Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund sollten gerade in der Arbeit mit MigrantInnen kulturelle Eigen- und Besonderheiten weniger als Problem, denn als Kompetenz und Bereicherung anerkannt werden. Dies geht nur in einem Dialog, in dem kulturell konnotierte Konflikte offen, auf gleicher Augenhöhe und im Bemühen darum behandelt werden, unterschiedliche Perspektiven wahrzunehmen und zu respektieren. Auf diese Weise können pauschale Abgrenzungen von Migrationsgruppen in homogene Gruppen („Wir“ und „Sie“) infrage gestellt und gegenseitige Abwertungen vermieden werden. Zudem sollten pädagogische Maßnahmen darauf zielen, dass insbesondere jüngere Generationen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit machen. Diese stärkt das Individuum unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Diesen Balanceakt herzustellen unter Zunahme des Blickwinkels von existierenden gesellschaftlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozessen von Menschen mit Migrationshintergrund, erfordert von Politik und Gesellschaft ein hohes Maß an interkultureller Sensibilität und Kompetenz. So dürfen die Integrationsdiskussionen nicht nur einseitig auf die Migrantengemeinde bezogen werden, sondern müssen auch einen grundlegenden Änderungsbedarf in der Aufnahmegesellschaft ansprechen. Gerade in diesem Kontext müssen auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse grundlegend kritisiert werden!

Bisher wurde die Einwanderungsgesellschaft nicht als eine Gesellschaft von Individuen, sondern vielmehr als eine Gesellschaft ethnischer Gemeinschaften dargestellt (zu ethnischen Gruppen definierte soziale Wesen). Das muss sich im Politik- und Gesellschaftsverständnis grundlegend verändern. Die Einwanderungsgesellschaft ist keineswegs eine homogene Gemeinschaft. Im Gegenteil: Sie ist in ihrer Gesamtheit bunt, lebendig und vielfältig.

Darüber hinaus geht es aber auch um politische Signale: Die bisherige Praxis stellte „Deutsche“ und „Migranten“ meist einander gegenüber und war vor allem darauf ausgerichtet, Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Gefordert ist aber vielmehr die Bereitschaft, ernst zu machen mit der „Einwanderungsgesellschaft“. Und dabei eröffnet gerade die Arbeit mit migrantischen Zielgruppen, die sich unterschiedlichen Herkunftskulturen verbunden fühlen, die Chance, wechselseitigen Zuschreibungen vorzubeugen und miteinander zu agieren, statt nur übereinander zu sprechen.

Zur Ethnisierung von Konflikten: Die Rolle der Medien

Konstantina Vassiliou-Enz

Vorstand Neue Deutsche Medienmacher e.V. / Berlin

Als Vertreterin des Vereins Neue Deutsche Medienmacher möchte ich zunächst kurz die Ziele unseres Vereines vorstellen. Wir sind ein bundesweiter Zusammenschluss von Journalisten mit und ohne Migrationshintergrund. Als unabhängiger, Nationalität und Konfession übergreifender Zusammenschluss haben wir unterschiedliche kulturelle und sprachliche Kompetenzen und Wurzeln.

Der Leitgedanke unserer Gründung war die Beobachtung, dass die Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft sich weder in der Berichterstattung noch in den Redaktionsräumen wiederfindet. Jeder/jede fünfte EinwohnerIn im Land besitzt einen sogenannten Migrationshintergrund, aber nur jeder/jede fünfzigste JournalistIn hat einen solchen Background. In den Medien fehlen oftmals Perspektiven von MigrantInnen und hinreichende Kompetenz für die Darstellung gesellschaftlicher Vielfalt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund nicht nur vor und hinter der Kamera, dem Mikrofon oder an den Redaktionstischen tätig sind, sondern auch in den Planungstäben, Führungsetagen und Aufsichtsgremien.

Außerdem setzen wir uns für eine realistische, differenzierte und sorgfältig recherchierte Darstellung von MigrantInnen in Deutschland ein. Im Folgenden möchte ich an einigen exemplarischen Beispielen unsere inhaltliche Kritik an der Berichterstattung aufzeigen und anschließend ein paar unserer Projekte vorstellen.

Meine Fragestellung bezieht sich im Wesentlichen darauf, wie bestimmte Neuigkeiten und Berichte über MigrantInnen durch die Medien an die Öffentlichkeit transportiert und dabei verändert oder verzerrt werden. Wie und welches Vokabular wird dabei benutzt? Und nicht zuletzt wie wird die pointierte und stereotypisierte Berichterstattung rezipiert? Mein erstes Beispiel sind Berichte über die Publikationen von Heinz Buschkowsky „Neukölln ist überall“ (2012). Sätze wie „Verwahrlosung der Sitten gehört zur kulturellen Identität“ oder „Wir erziehen unsere Kinder zur Gewaltlosigkeit. Andere bringen ihren Jungs bei, stark, tapfer und kampfesmutig zu sein“ zirkulieren in nahezu allen Medien und schreiben sich ins kollektive Gedächtnis ein. Beunruhigend sind die Folgen von solchen zugespitzten Berichterstattungen: Wenn die Berichte einen Raum einnehmen und sich allmählich als „Wahrheit“ etablieren, werden viele LeserInnen unbewusst aufgefordert, parteiisch zu werden und sich mit einer Seite zu solidarisieren. So im Falle eines kritischen Intellektuellen und renommierten deutschen Journalisten, der u.a. für den Tagesspiegel, Die Zeit und die Münchener Abendzeitung schreibt, Harald Martenstein. Im Tagesspiegel vom 1.10.2012, also wenige Tage nach der Veröffentlichung von Buschkowskys fremdenfeindlicher Publikation, war folgende Aussage von ihm zu lesen: „Die Rassismus-Vorwürfe gegen Heinz Buschkowsky kotzen mich an. (...) Wieso fühlen sich eigentlich manche Menschen mit Migrationshintergrund persönlich angegriffen, wenn man Geschichten aus dem Leben erzählt? Für mich ist das so, als fühle sich ein

Deutscher persönlich angegriffen, wenn man etwas gegen Neonazis sagt.“

Im Pressekodex, Ziffer 12./Diskriminierungen, ist in der Richtlinie 12.1. zur Berichterstattung über Straftaten festgehalten, dass die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderer Minderheiten nur dann erwähnt werden sollte, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.

Dieser Kodex wird in der Presse selten eingehalten. Dafür möchte ich das Beispiel aus der Berichterstattung zu dem Vorfall des von Jugendlichen angegriffenen Rabbiners und seiner Tochter anführen. Im Stern vom 29.8.2012 war folgende Passage zu lesen: „Vermutlich [Hervorhebung K. V-E.] arabischstämmige Jugendliche haben in Berlin einen Rabbiner der Jüdischen Gemeinde vor den Augen seiner Tochter zusammengeschlagen und antisemitisch beleidigt. (...) Der Polizei zufolge hatte einer der jungen Männer vermutlich arabischer Herkunft den Rabbiner mit der Frage „Bist du Jude?“ angesprochen. (...) Drei weitere Jugendliche, vermutlich Landsleute des ersten, kamen hinzu.“

Obwohl bis heute die Täter nicht gefasst sind und es nicht bewiesen werden konnte, ob die Täter tatsächlich einen arabischen Hintergrund haben, wandelte sich die Vermutung in „Wahrheit“ um, wie das Beispiel aus dem Berliner Kurier vom 29.8.2012 bestätigt: „Sie waren zu viert und voller Hass! Ein Berliner Rabbiner ist von arabischen Jugendlichen überfallen und zusammengeschlagen worden – vor den Augen seiner Tochter.“

Ein positives Beispiel für differenzierte Berichterstattung bietet hingegen die Reportage von Annette Miersch zu dem angeführten Vorfall. Die Reporterin versuchte nicht nur die Perspektive des Rabbiners und der jüdischen Gemeinde darzustellen, sondern interviewte die Jugendlichen, die der Beschreibung der Verdächtigen entsprachen und aus dem Viertel des Geschehens kamen sowie den dort tätigen Streetworker. Das Interview ergab, dass auch Jugendliche in dem Viertel sich oft diskriminiert fühlen und sich gegen diese stetig erlebte Ungerechtigkeit zu wehren versuchen. Das Besondere an dieser Reportage ist, dass Miersch verschiedene Parteien zu Wort kommen lässt und eben nicht – wie andere Reportagen – ausschließlich der Opferseite oder polizeilichen VertreterInnen Achtung schenkt.

Als Verein bieten wir Weiterbildungen und Training zur differenzierten Berichterstattung für JournalistInnen an. Unsere Erfahrung damit ist, dass es sehr wohl schwierig ist, für die JournalistInnen eigene Texte kritisch zu hinterfragen. Verständlicherweise könnte es mit dem beruflichen Spezifikum verbunden sein, demnach JournalistInnen eine gewisse Überzeugung darin benötigen, dass ihre Berichte objektive und gründliche Berichterstattung sind. Eben diese Eigenschaft zeichnet ihre Arbeit aus und wird mit der Zeit von JournalistInnen verinnerlicht. Viele lassen sich nur schwer davon überzeugen, dass die meisten Menschen –

wie auch sie – von Vorurteilen und Stereotypen behaftet und voreingenommen sind. Somit orientieren sich unsere Weiterbildungsseminare an Methoden aus den Diversity-Trainings, um den Teilnehmenden das Thema sensibel nahezubringen. Als hilfreich und überzeugend erwies sich oft die Diskussion der eigenen Texte. Neben der Diskussion über persönliche Einstellungen bieten wir auch einen Überblick über die vorherrschenden Diskurse sowie Übungen zur Erkennung von Klischees und Stereotypen und nicht zuletzt Methoden zur Abbildung vielfältiger Meinungen, Menschen und Perspektiven. Wir versuchen die Teilnehmenden zu sensibilisieren, wie bestimmte Bilder, O-Töne, Sounds im Beitrag wirken, wo und wann die Nennung von Herkunft oder Ethnie notwendig ist und mit welchen Begriffen in welchen Kontexten operiert wird.

Verblüffend in diesem Zusammenhang ist, dass die LeserInnen und ZuschauerInnen, laut einer neuen Studie von RTL, viel kritischer der Berichterstattung gegenüber eingestellt sind als die JournalistInnen selbst. So beurteilt die Hälfte der befragten BundesbürgerInnen die Darstellung von „Menschen mit ausländischer Herkunft“ in den Medien als klischeehaft. 22 Prozent aller Befragten finden, dass die deutschen Medien ein zu negatives Bild von „Menschen ausländischer Herkunft“ vermitteln. Das zeigt uns, dass die Erwartungen an den Journalismus steigen und dass eine differenzierte Berichterstattung sehr wohl gefragt ist.

Darüber hinaus beschäftigen sich unsere Weiterbildungen mit sprachlichen Ausdrücken, ihren Auswirkungen und der Performativität der Sprache. Geläufig ist die unreflektierte Übernahme der Tätersicht und Argumentation in die eigene Darstellung der Fakten. Das wird deutlich am Beispiel der Berichte über die sogenannten „Döner-Morde“. Die Benennung der Tätermotive als fremdenfeindlich ist schlichtweg falsch, denn die Angegriffenen waren nicht nur „türkischstämmige“ Personen – wie viele Berichte suggerieren und damit die Opfer homogenisieren –, sondern vor allem Kleinunternehmer, die lange vor Ort ansässig und u.a. deutscher oder griechischer Herkunft waren. In diesem Fall können die Motive als offensichtlich rassistisch treffend bezeichnet werden. Auch die Bezeichnung „Döner-Mordserie“ ist höchst problematisch, denn sie bringt unberechtigt Menschen mit Migrationshintergrund mit negativen Taten in Verbindung und schreibt sie als Kriminelle in das kollektive Gedächtnis ein, während an dieser Stelle von einer „Neonazi-Mordserie“ die Rede sein sollte.

Viele Begriffe erfahren ihren Höhepunkt und Niedergang, werden eine Zeitlang verpönt und wieder rehabilitiert. So wechselten Bezeichnungen für „Andere“ von „Gastarbeiter“ oder „Ausländer“ über „Migranten“ hin zu „Menschen mit Migrationshintergrund“. Eine Konjunktur erlebt zurzeit das Comeback des Wortes „Ausländer“. Oft hat es mit der erwähnten sprachlichen Übernahme aus den Tätermotiven und Beschreibungen zu tun, aber auch mit der Kritik an dem zu langen und verkopften Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“. So war in der FAZ vom 29.1.2012 wieder von Ausländern mit deutschen Pass die Rede: „Offenbach ist die Stadt in Deutschland mit den meisten Ausländern (...). Mit und ohne deutschen Pass machen sie etwa 45 Prozent der Bevölkerung aus.“

Aus diesem Grund initiiert unser Verein ein Projekt namens Wording, um Menschen aufzurufen, gemeinsam über neue

Begriffe nachzudenken, die eben nicht verletzend und mehr der Realität entsprechend sind. Darüber hinaus sollen häufig gebrauchte Begriffe kritisch hinterfragt werden: Wo ist der Unterschied zwischen Eifersuchtsmord eines deutschstämmigen und einem ähnlich motivierten Mord eines türkischstämmigen, der eher als „Ehrenmord“ bezeichnet wird? Wo ist der Unterschied zwischen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus? Wann und von welchen Migranten ist die Rede? Bedeuten Muslim und Moslem das gleiche? Wo ist der Unterschied zwischen Burka und Tschador?

Ein weiteres Projekt des Vereines ist ein Mentoringprogramm für JournalistInnen mit Migrationshintergrund. Ein Jahr lang werden die Teilnehmenden von hochkarätigen MentorInnen mit und ohne Migrationshintergrund unterstützt und begleitet. Wie auch andere Mentoringprogramme zielt es vor allem darauf, den angehenden JournalistInnen zu einem Netzwerk zu verhelfen und Ihnen die Möglichkeit zu bieten, Erfahrungen aus erster Hand zu sammeln.

Das Recherche-Tool Vielfaltfinder ist das letzte Projekt, das hier vorgestellt werden soll. Unser Verein hat eine professionelle Online-Datenbank eingerichtet, in der JournalistInnen, Institutionen, VeranstalterInnen sowie verschiedenste ExpertInnen mit und ohne Migrationshintergrund zu finden sind. Expertenwissen ist häufig ein Weg im Journalismus, um die Argumentationslinie von Berichten möglichst fachkundig mit Experten als Quelle zu belegen. Unser Hintergrundgedanke war dabei, ExpertInnen mit migrantischen Namen durch das Zitieren oder Vorstellen mehr in Verbindung mit Bildung im Bewusstsein der RezipientInnen zu verankern und somit ein positives Bild der MigrantInnen in Deutschland aufzubauen. In der Datenbank sollen alle Fachbereiche, Wissensgebiete und Professionen vertreten sein.



Konstantina Vassiliou-Enz



Fahrradtour zu den Projekten der Internationalen Bauausstellung Hamburg am 2. Kongresstag

Fachforum 2: Handlungsempfehlungen

Nuray Ateş / IFAK e.V. / Bochum

Grundlage der Diskussion im Fachforum 2 waren die theoretisch-wissenschaftlichen Ausführungen von Dr. Kemal Bozay zum „reziproken Prozess der Selbst- und Fremd-Ethnisierung“ sowie die bildkräftigen Darstellungen von Oliver Kontny zur „Funktion und Reichweite des (interkulturellen) Theaters“ und die mit aktuellen Bezügen veranschaulichte Präsentation zu „Methoden und Dimensionen der Medienwelt“ von Konstantina Vassiliou-Enz.

Alle drei Impulsreferate kamen zum Ergebnis, dass sich hierzulande der Ethnisierungsbegriff gegenwärtig als sozialer Ausgrenzungsprozess herausprägt, der „Minderheiten“ schafft, sie negativ etikettiert und dadurch Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Dahinter verbergen sich häufig auch Konflikte um knappe gesellschaftliche Ressourcen: Je mehr die Konkurrenz ins Zentrum zwischenstaatlicher und menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter lässt sich die ethnische Kulturdivergenz politisch aufladen.

Im Anschluss an kommunale und regionale Praxisbeispiele haben die TeilnehmerInnen die im Folgenden aufgeführten Handlungsempfehlungen als Gegenstrategien zu konfliktgeladenen Ethnisierungsprozessen festgehalten:

I. Jugend muss verstärkt unterstützt und gefördert werden!

Die reflexive Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Problem- und Konfliktlagen der Einwanderungsgesellschaft verdeutlicht eine unerwünschte Tendenz: Gerade Jugendliche werden in Sozialisationskontexten mit ihrem „Anders-, Fremd- und Ausländersein“ verstärkt konfrontiert. Diese Erfahrung veranlasst wieder einen reziproken Prozess, das „Anders-, Fremd und Ausländersein“ bewusst in das Selbstbild zu integrieren.

Gerade im Hinblick auf diese gesellschaftliche Entwicklung zeigen einzelne kommunale und regionale Maßnahmen und Projekte für Jugendliche mit (und ohne) Migrationshintergrund, wie lebendig, unkompliziert und innovativ die Suche nach dem „Gemeinsamen“ sein kann. Das Ziel ist dabei immer eine Verständnis-, Verständigungs- und Akzeptanzkultur zwischen Altersgleichen, die sich in Zukunft gemeinsam über die Entwicklung dieses Landes austauschen müssen. Darum lautet der Appell an die Bundespolitik deutlich: Jugendbildungs- und Förderungsprojekte als Regelfinanzierung!

II. Theater als Labor zum Experimentieren – offene Türen für alle!

An die Förderung der Jugendlichen schließt sich die Frage nach den Möglichkeiten des Theaters als Teil der Interkultur-Arbeit und als sinnvolles Medium zur Sensibilisierung für das „Andere“ an. Erstaunlich ist der beispielhaft aufgezeigte Einfluss des (interkulturellen) Theaters für eine Auseinandersetzung mit dem Realen, Gelebten und Erlebten. Hier zeigen sich (Vor-)Urteile als revidierbar. Einer möglichen Suggestion, dass gerade das Theater als aristokratische Anstalt „unfähig“ ist, Zielgruppen mit Migrationshintergrund für sich zu gewinnen, sprechen viele Erfahrungen

in der alltäglichen Jugend- und Familienarbeit entgegen. Theater kann Menschen aus unterschiedlichen sozialen Lagen und Perspektiven zusammenbringen: Der Schlüssel dafür liegt in der interkulturellen Öffnung des Theaters für diese Menschen, sei es durch interkulturelle Stücke oder einfach in der Begleitung und Hinführung zum Ort des „Experimentierlabors“.

III. Netzwerke schaffen – Erfahrungen nutzen!

Das Wissen um die Potentiale, Ressourcen und Möglichkeiten der interkulturellen Gesellschaft ist leider noch zu wenig verbreitet, um eine dynamische Veränderungskultur zu fördern. Erfolge in einzelnen Maßnahmen, Projekten und Kooperationen mit MigrantInnen und ihren Selbstorganisationen bleiben auf der Strecke, wenn sie nicht zeitnah evaluiert, langfristig angelegt und öffentlich verbreitet werden. Ebenso ist die Diskussion über Misserfolge eine der wichtigsten Schritte für Erneuerungen. Praxiserfahrungen und -berichte legen unmissverständlich dar, wie sehr es an Austauschprozessen zwischen Fachkräften, MultiplikatorInnen und sonstigen Akteuren mangelt, um auf ausgewiesenes Wissen und bewährte Methoden zurückgreifen zu können. Erwägenswert wäre dafür u.a. eine zentrale Stelle, z.B. ein Dachverband für interkulturelle Projekte, die derartige Informationen, Maßnahmen und Handlungsstrategien sammelt und einen optimalen Zugang gewährleistet. Besonders wünschenswert ist ein Verfahren, das eine kommunen- und länderübergreifende Praxis ermöglicht.

IV. Ethnisierungsprozesse im Zuge der aktuellen Debatten erkennen!

Gerade im Hinblick auf die aktuell geführten Debatten um Religion und Säkularisierung, die im Zuge der medialen Verbreitung auch das Bewusstsein der breiten Gesellschaft für notwendige (politische) Maßnahmen wecken, stellt sich die Frage, ob diese brisante Facette in einem Forum über „Ethnisierung von Konflikten“ ausgeblendet bleiben sollte. Die zwiespältigen Meinungen der Teilnehmer verdeutlichten dabei im Laufe des Gesprächs: Nicht thematisiert sollte diese Problematik bleiben, solange sie als bewusste Gegenstrategie zur Ethnisierung verstanden wird. Denn eine tiefergehende Auseinandersetzung läuft Gefahr, gerade die religiöse Einstellung der Menschen ihrer Ethnie zuzuschreiben. Das Ansprechen der Problematik unterliegt vielmehr einer notwendigen Bedingung: Erst wenn eine „Vermengung“ von Ethnie und Religion ausgeschlossen werden kann, ist eine sachliche Diskussion möglich!

V. Macht der Sprache nicht verkennen!

Öffentliche Diskurse über aktuelle Realitäten in der Einwanderungsgesellschaft vergegenwärtigen teilweise unbewusst auch immer die Bedeutung und die Macht der Sprache: Das Telos der Verständigung wird nur erreicht, wenn Grundlagen und Definitionen klar und deutlich für alle sind. Jeder eingesetzten und verallgemeinerten Begrifflichkeit steht damit eine Prüfung entgegen, ob das Zugrundegelegte auch einem allgemeinen Geltungsanspruch gerecht wird. Es kam

dabei u.a. zum Ausdruck, dass nicht nur das Zugehörigkeitsgefühl oder Festhalten an kulturellen, sprachlichen und religiösen Gewohnheiten der Gruppenmitglieder eine ethnische Gruppe ausmachen. Die ethnische Identifikation wird ebenso durch begriffliche Zuschreibung zu einer ethnischen Gruppe erst mit konstruiert. Damit lässt sich zusammenfassend mehr als Appell statt als Handlungsempfehlung festhalten, dass abstrakte Begrifflichkeiten notwendig sind, um überhaupt darüber sprechen zu können, die Macht der Sprache jedoch nicht verkannt werden sollte, wenn es um die Steuerung unserer Gedanken geht!



Nuray Ates

Fachforum 2: Zusammenfassung

Mustafa Pamirsad / Pfadfinder Thalia Theater / Hamburg

„Botschafter“ des 4. Bundesfachkongresses Interkultur DIVERCITY – das ist ja ein netter Titel den ich mir eingefangen habe. Vielleicht gewinne ich einen Friedensnobelpreis für meine außerordentlich hochkarätigen diplomatischen Ansätze im Nahostkonflikt? Vielleicht.

Vielleicht berichte ich auch vorerst „nur“ über ein Thema, dass zwar weniger weltbewegend, aber auf lokaler Ebene nicht weniger wichtig ist und ebenso viel Fingerspitzengefühl verlangt.

Diplomatie ist das Stichwort an diesem heutigen Tag, denn das zweite Fachforum befasst sich mit der Ethnisierung von Konflikten. Ethnie – was ist das eigentlich? Inmitten des charakteristischen 90er/2000er Backsteinbaus – den die Wilhelmsburger auch liebevoll Büwi (Bürgerhaus Wilhelmsburg) nennen – startet der Tag genau mit dieser Frage.

Es beginnt ein ungemein informativer Vortrag von Dr. Bozay, der uns über Schlüsselemente von sozialen Exklusionsmechanismen aufklärt und die Kulturalisierung und seine Machtverhältnisse erklärt. Bei dem ausgrenzenden „Ihr (Ausländer)“ und dem trennenden „Wir (Deutschen)“ handelt es sich nicht um einen Diskurs am Rande der Gesellschaft, sondern um ein hochaktuelles, brisantes Thema der „Mitte“, dem man sich als Bundesbürger stellen muss, gerade wegen herrschender Globalisierungsprozesse. Besonders hervorzuheben ist die These von Dr. Bozay, dass für die „Aufnahmegesellschaft“ ein großer Änderungsbedarf besteht, da die jetzige Integrationspolitik ausschließlich einseitig verlaufe – zu Lasten des „Migranten“. Abschließend betonte der Sozialwissenschaftler, dass Ethnisierung als Instrument der Ausgrenzung dem Erschaffen von Feindbildern diene und dies unmittelbar Rassismus und Distanz zwischen den Parteien fördere.

Mit diesem theoretischen Input im Hinterkopf ging das „Wort“ direkt weiter an den Regisseur und Autor Oliver Kontny. Er stellte das Theater als Medium vor, in dem es möglich sei, Missstände der Gesellschaft aufzuzeigen und Menschen dafür zu sensibilisieren. Dabei nannte er viele bekannte Stücke, die bereits die aktuelle Thematik – Ethnisierung von Konflikten – umsetzten, wie etwa „Verrücktes Blut“ von Nurkan Erpulat und Jens Hillje (Erfahrungsbericht zu diesem Stück finden Sie hier: <http://dy.cx/eWRa>).

Konstantina Vassiliou-Enz vom Vorstand der Neuen Deutschen Medienmacher erklärte, welche enorme Wirkung das

geschriebene Wort hat. Viele Journalisten sind sich dieser Verantwortung nicht bewusst. Nicht angemessene Verallgemeinerungen oder fehler- und lückenhafte Recherchen bilden einen idealen Nährboden für Ethnisierungsprozesse und Vorurteile. Dies sei häufig der Grund dafür, dass Wörter einen negativen Beigeschmack erleiden: „Wenn ein frustrierter Deutscher seine geschiedene Frau und seine Kinder umbringt, wird das nicht etikettiert – wenn ein Türke das macht, dann heißt es Ehrenmord.“ Besonders sprachlos wurde das Forum, als Frau Vassiliou-Enz implizierten „Rassismus“ durch falsche Wortwahl in der Berichterstattung aufzeigte. Hier ein Zitat aus der FAZ 29.1.2012: „Offenbach ist die Stadt in Deutschland mit den meisten Ausländern(..). Mit und ohne deutschen Pass machen sie etwa 45 Prozent der Bevölkerung aus.“

Zeitgenössisch konstruktiv und unterstützenswert waren ihre Strategien zur Diversität und zur Bekämpfung „stereotyp-fütternder“ Berichte ebenso wie die vorgestellten Projekte, wie z.B. ein Mentoring-Programm für Journalisten mit migrantischem Hintergrund. Auch sie betonte, dass die Verantwortung zur Aufhebung interkultureller Distanz bei der Mehrheitsgesellschaft liegt und dass man es „bitte nicht als „Good-Will-Act“ vor der Kamera“ ausführen sollte, sondern hinter der Kamera. Als Beispiel verwies sie auf ein Missverhältnis: Nur 2,5 Prozent der Journalisten haben einen Migrationshintergrund, in Führungspositionen seien es noch weniger.

Alle drei Referenten boten authentische Expertise in ihrem Thema und begutachteten stets den Kern der Problematik, was den Beobachter intensiv zuhören und mitreißen ließ. Im Anschluss der drei Referate wurden diverse kreative Projekte vorgestellt, die sich für ein diskriminierungsfreies und etikettenloses Miteinander auszeichnen: Visuell besonders gut dargestellt und erwähnenswert ist ein Plakat aus dem Hause Kajuto, auf dem deutsche Pässe mit ihrem charakteristischen Bordeauxrot aufgereiht sind. Sie sind mit Namensschildern versehen, jedoch sind nur Namen mit „Migrationshintergrund“ zu erkennen. Im Vordergrund steht: „Anders – ist nicht giftig“. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf (www.kajuto.de).

Fachforum 3

Bildung, Rassismus und Diskriminierung: Wenn sich Erfahrungen überschneiden

Es referierten und diskutierten: **Prof. Dr. Ann Phoenix** (Institute of Education, University of London, Forschungsschwerpunkt: Psychosoziale Entwicklung und soziale, ethnische und geschlechtliche Identitäten von Jugendlichen), **Prof. Dr. Nora Räthzel** (Soziologin, Universität Umeå/Schweden, Forschungsschwerpunkt: Formen von Rassismus im Alltag)

Beteiligte Projektpartner: **Dr. Ali Fatih**, **Ines Fögen**, **Anh Ngo** (NeRaS – Netzwerk Rassismus an Schulen), **Marcin Michalski** (Ethnologe, Filmemacher), **Irinell Ruf** (Hamburg academie crearTaT)

Moderation: **Dr. Andreas Hieronymus** (Geschäftsführer des Instituts für Migrations- und Rassismusforschung Hamburg, Vorstand des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus, Arbeitsschwerpunkte Sozialpädagogik, Diversity-education, Rassismusprävention)

Veranstaltungsspat: **Dr. Andreas Hieronymus**, **Dr. phil. Rüdiger Sareika**

WIR-Projekt Projektbeschreibung: „Endlich mal was für uns“

Irinell Ruf / academie crearTaT / Hamburg

academie crearTaT tritt auf im Ernst Deutsch Theater, im Bürgerhaus Wilhelmsburg, in der Universität Hamburg, auf den Lessingtagen 2010 im Thalia Theater Gausstraße und in Marrakesch. Tanz, Theater, Sprachen, Musik, Foto, Video werden in den Gestaltungsprozess einbezogen. „Wir, das ist das, womit ich lebe“ verbindet die sieben Säulen der academie crearTaT.

TanzTheater mit Jugendlichen aus Wilhelmsburg

Gemeinsam mit 14- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schülern aus Deutschland mit biographischen Bezügen zu Afghanistan, Iran, Kurdistan, Albanien und zur Türkei sind die Theaterpädagogen in Hamburg auf Spurensuche gegangen. Das Ergebnis war eine sensible Inszenierung von 60 Minuten aus der Realität des Ensembles zwischen Adoleszenz, Gott, Religion und der Welt – eine Hommage an das menschliche Sein im „Hier und Jetzt“. Die Impressionen und Texte der jungen Menschen fließen in die Inszenierung mit ein. In persönlichen Geschichten entdeckten sie ihre eigene Poesie. Die Inszenierung führte durch vier Bilder à 15 Minuten. Im Hintergrund ertönte eine ernste Stimme zum Respekt für die Gegenwart. Weit entfernt von Vorurteilen forderte sie: „Sieh und höre das menschliche Antlitz!“ Im Anschluss diskutierten wir mit unserem Publikum. Im April 2009 erhielt die Gruppe auf dem "Internationalen Universitären Theaterfestival" in Marrakesch den Sonderpreis der Jury „für die poetische Komposition und die Synthese aller Künste“.

Der Anfang der Geschichte

2007: academie crearTaT erhielt den 1. Preis für „Innovative Bildungskonzepte“ im Rahmen der IBA - Internationalen Bauausstellung in Hamburg. Der Preis diente als Gründungsbeitrag für die academie crearTaT auf den Elbinseln, denn das Projekt stach besonders durch die Verknüpfung

verschiedener Kunstformen und Kunschtchaffenden unter anderen Bewerbern heraus. Überzeugend für die Jury waren ebenfalls das Initialprojekt „wir, das ist, womit ich lebe“ und die engagierte Arbeit der Soziologin und Tanztheater-Pädagogin Irinell Ruf an Schulen und Jugendeinrichtungen im Bereich interkultureller Gewaltprävention durch Tanztheater.

2008: „wir, das ist das, womit ich lebe“ beginnt nach unserem Erlebnis auf Kampnagel. Wir sahen "Der feurige Engel" von David Marton, die Opernfassung eines Romans. Zwischen Kaufen und Fühlen sind wir im Fluss zwischen den Flüssen. Wir folgen den Klängen unserer Geschichte. Wir sehen "Ich lebe und höre meine Zukunft".

... und dann kam der Prozess ...

„wir im Hier und Jetzt“

Die pädagogische Anleiterin gibt dem Ensemble Zitate aus Filmen und von Künstlern sowie Sprichwörter als künstlerische Impulse. Die "WIR-Kids" wählen folgende aus, um sie zu übersetzen und zu bearbeiten:

„Das Leben hat Sehnsucht nach sich selbst.“

„Da, wo die Erinnerung stirbt, liegt der Tod.“

„Angst isst Seele auf.“

„Welcher Vogel bringt mir meine Sehnsucht zurück?“

„Wenn wir keine Sehnsucht mehr haben, sterben wir.“

„Über den Krieg habe ich Gott verloren.“

„Stirbt die Erinnerung, stirbt der Tod.“

„Die Freiheit der Frau liegt in der Distanz des Mannes.“

Intensive Gespräche bilden die Basis und den philosophischen Hintergrund für die Improvisationen der szenischen Arbeit. Die Jugendlichen zeigen sich in ihrer unterschiedlichen Subjektivität mit differenzierten Dialogen. Sie thematisieren ihre kollektive Erfahrung der Diskriminierung als „Ausländer und Muslim“. Diese Gruppe wird gesellschaftlich - von außen insbesondere medial - als einheitlich gese-



hen, bewertet und verurteilt. Die persönlichen Erfahrungen, die Wut und Ohnmacht der Jugendlichen über die generalen, ja generalisierten Zuschreibungen ergeben folgende Szene:

„Warum werden wir gefragt, wo wir herkommen?“

„Weil wir nicht hierher gehören.“

„Warum ist es schlimm, ein Türke zu sein?“

„Weil sie denken, wir sind alle brutal.“

„Und weil sie denken, wir sind alle gleich.“

„Und weil sie denken, wir sind alle kriminell.“

„Und weil sie denken, wir haben keine Gefühle“

„Und weil sie denken, wir sind alle Machos.“

„Warum ist es schlimm, ein Muslim zu sein?“

„Weil sie denken, dass wir alle schwarze Bärte tragen!“

Keiner hat einen Bart.

„Und wenn was explodiert, dann denken sie:

Wir waren es.“

Szene aus dem 1. Tableau

„wir vor 500 Jahren“

Isfahan, Kabul, Tirana, Istanbul, Djabakir, Hamburg: Welche Musik? Welche Architektur? Welche Kleidung? Welche politischen Verhältnisse? Welch ein Unterschied zu heute? Die Form des Tanztheaters ergibt sich aus dem Forschungsmaterial der Jugendlichen, und kann nicht vorbestimmt werden. Teppiche aus Marrakesh werden zum Symbol für das Mittelalter, daraus entsteht eine Teppich-Choreographie. Wir philosophierten zu Sufi-Weisheiten, die spiegeln, was wir fühlen und denken:

R.: Und Abu Said sprach „Denken ohne Handeln führt nicht auf die Reise.“

E.: Und Sufian Thauri sprach „Das Urteil über Sünder ist Gottes Sache.“

D.: Und El Ghazali sprach „Glaube an Gott und binde deinen Esel trotzdem an.“

T.: Und Sayed Iman Shah sprach „Wundert Euch nicht über den Freund, den ich rühmte,

dass er mich ohne Vergehen und Grund tadelt! Nein, vielmehr bewundert seine Verstandesschärfe! Woher wusste er, dass ich gelogen hatte? Gepriesen sei der Geber der Geheimnisse.“

Szene aus dem 2. Tableau

„wir in 500 Jahren“

Die Gruppe begibt sich auf eine Zeitreise zwischen Vergangenheit und Zukunft – auf dem historischen Schnittpunkt des Gaza-Kriegs im Januar 2009. Auf die Frage der Tanzleiterin nach den Utopien der Kinder reagieren sie mit Ablehnung. Sinngemäß sprechen sie: „Solange es Kriege und Hunger gibt, gibt es keine Utopie. Man muss sehen, dass man klar kommt. Ich habe hier ein Dach über dem Kopf, das ist mehr als die Menschen in meiner Heimat haben.“ Die Gruppe philosophierte wieder, dabei entstehen politische Raps: „Willkommen in der Stadt, die ihre Kinder verkackt ...“ Interessant war die Umsetzung der Jugendlichen hinsichtlich ihrer architektonischen Entwürfe. Wie gehen sie mit den verschiedenen Medien um? Wie lassen sie dies in ihr Kunstwerk einfließen? Durch die ersten Projektionen von Hafen und Moschee haben sie erfahren, wie Spurensuche und Inszenierung ineinander greifen, wie die Künste zu einem Gesamtkunstwerk wachsen.

„wir unerhört – ungehört“

Die Gruppe sammelt Ideen. Sprichwörter in verschiedenen Sprachen treffen auf aktuelle öffentliche Diskurse, werden in Beziehung gesetzt und auf ihre unterschiedlichen Bedeutungsweisen hin untersucht. Einer kommentiert die Sprichwörter mit seiner Flöte, wie aus einer anderen Zeit. Die Töne und Wörter fallen in den Raum, wie von einem anderen Planeten, und treffen auf Menschen, die auf der Suche sind, was sie aktuell bedeuten könnten. Die Kinder untersuchen Worthülsen, alltägliche Redewendungen des „Nichts-Sagens“, begutachten öffentliche Reden aus 2008/2009 von Politikern und setzen sie in eine Collage zwischen Flöte und





Bildausschnitten aus dem Internet. Die Gruppe baut mit den drei Freunden aus Kurdistan, Afghanistan und der Türkei, H. und E. und R. das vierte Tableau. Die Kinder inszenieren ihren Charme, Witz und Sprachgeist. „Unerhört – ungehört“ lässt einem das Lachen im Halse stecken. Es berührt das Publikum mit seiner Logik und erinnert an Humor à la Beckett. Drei Männer in schwarzen Anzügen und roten Hemden treten auf. Sie wählen Elemente aus der Parodie, dem Kabarett, mit großer Körpersprache und Mimik. Sie kreieren selbstbewusst die künstlerische Form und haben durch die Arbeit an „wir, das ist das, womit ich lebe“ eine eigene Vorstellung von theatraler Gestaltung im Raum. Sie haben einen Sinn für Dramaturgie entwickelt. Sie sind sehr präsent und zeigen den ihnen eigenen Humor.

Wann kommt die Logik

Das Besondere an dieser Produktion war, dass die Kinder das Komödiantische auszuspielen gewusst haben:

Chor: Und du wartest ... und wo ist die Logik?

A.: Wie teuer ist die Logik?

E.: Warte ... „In schnelle Taten ... wickelt sich ... der Teufel ein.“ Das sieht man ja ... an der letzten Bundestagswahl. Der Teufel ... zeigt nun ... sein wahres Gesicht. Nein ... es geht um die Reichen ... es geht um ihre Steuern. Ihre Entlastung ist unsere Last. In schnelle Taten wickelt sich der Teufel ein.

Chor: Also Leute beim nächsten Mal wählt ... langsa-aaaaaaam.

Agit: „Gutes Sprechen lockt sogar die Schlange aus dem Loch“

Angela Merkel wird ausgeblendet.

Fotos – unerhört weitere

Exemplarisch sei hier gezeigt, wie die sieben Säulen ineinander greifen. Die Projekte im Kreis der sieben Säulen bieten Kindern und Jugendlichen die selbstverständliche Be-

wegung zwischen kultureller und ästhetischer Bildung. Ihre künstlerischen Aktivitäten wirken sich positiv auf ihre Schulansichten aus und verändern Schulen atmosphärisch von innen. Sie werden motiviert, Verantwortung für sich zu übernehmen und respektvoll die Zukunft aller zu gestalten.

Mitglieder des „wir“-Ensembles 2008 haben 2002 „Wohin mit meiner Wut?“ erlebt und waren 2003 und 2004 in den Inszenierungen der „TuSch-Projekte“ mit Ballett und Oper zu sehen. Die Jugendlichen wurden qualifiziert und interessiert für Bühnenberufe. Sie wurden durch das Projekt motiviert, ihre Abschlüsse ernstzunehmen. Sie erhielten Zertifikate. Die Lehrer fanden Impulse für ihre Unterrichtsgestaltung.

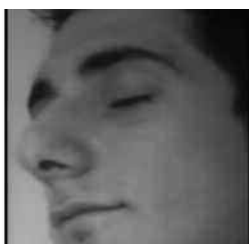
Das Ensemble „wir, das ist das, womit ich lebe“

- reflektiert internationale Kontexte in verschiedene Zeiten,
- diskutiert aktuelle politische Themen,
- initiiert Kunst im Prozess.

Das Ensemble hat das Ziel, auf internationalen Festivals eigene Produktionen zu präsentieren. Forschende Tätigkeit der Jugendlichen als Basis der Inszenierung zeichnet die Produktionen des Ensembles aus und trägt zu ihrer inhaltlichen Qualität bei.



Irinell Ruf





Aufführung „Haram“ im Jungen Schauspielhaus (s. S. 95)



Fachforum 3: Zusammenfassung

Dr. Andreas Hieronymus

iMiR – Institut für Migrations- und Rassismusforschung / Hamburg

Die auswärtigen Gäste, Ann Phoenix (Universität London) und Nora Räthzel (Universität Umea, Schweden), haben am Ende der Veranstaltung ihre Eindrücke vom Verlauf des Fachforums vorgestellt. Diese Eindrücke sind durch ihren soziologischen, außerhalb Deutschlands stehenden Blick auf das Thema Bildung, Rassismus und Diskriminierung gekennzeichnet. Ann Phoenix' Perspektive kann als die einer afro-karibischen Professorin und Rassismusforscherin in einem anglo-amerikanischen Forschungskontext beschrieben werden. Nora Räthzel ist eine in Kolumbien aufgewachsene, in Deutschland akademisch sozialisierte und seit 15 Jahren in Schweden wirkende Soziologin. Beiden ist aufgefallen, dass das Thema Rassismus als individuelles Problem und als eine Frage von Haltungen im Fachforum diskutiert wurde. Sie führten dies darauf zurück, dass strukturelle Formen des Rassismus weniger in den Blick kommen, denn in Deutschland sei es kaum gelungen sei – im Gegensatz zu Ländern wie Großbritannien etwa –, anti-rassistische Praktiken institutionell zu verankern. So müssen neue Generationen aufgrund des Fehlens ausgebildeten institutionellen Gedächtnisses immer wieder das „Rad neu erfinden“ und beginnen bei der Kritik individueller Haltungen.

Obwohl diese Einschätzung etwas zu allgemein wirken mag und jeweils für spezifische Kontexte genauer untersucht werden müsste, beschreiben beide eine durchaus zutreffende Erfahrung aus der Perspektive anti-rassistischer Arbeit, die gerade vor dem Hintergrund der über zehn Jahre andauernden Mordserie durch nationalsozialistische Terroristen und dem institutionellen Versagen der Sicherheitskräfte aktuelle Relevanz erhält.

Der vorliegende Text möchte den roten Faden des Fachforums aus der Perspektive eines der Paten, der auch gleichzeitig das Forum moderierte, herausarbeiten und reflektieren. Am theorieorientierten Vormittag erkundeten Nora Räthzel und Ann Phoenix zunächst in einer interaktiven, moderierten „Fishbowl“-Diskussion eigene Rassismuserfahrungen und arbeiteten die strukturellen Kontexte heraus, die diese Erfahrungen rahmten. Diese Kerngedanken wurden dann am Nachmittag durch verschiedene praktische Projekte veranschaulicht.

Rassismen sind psycho-soziale Erfahrungen, die sich mit der Zeit entfalten und oft erst im Rückblick aus bestimmten gesellschaftlichen Positionen erkannt werden können.

Beide Forscherinnen haben dargestellt, wie das Wissen über die Vergangenheit sich im Laufe des Lebensprozesses verändert. Ausgrenzungserfahrungen verdichten sich zu einem Muster von Erfahrungen und können als Rassismuserfahrungen erst mit zunehmenden Alter gefasst werden. In der alltäglichen (körperlichen) Inszenierung von gesellschaftlichen Machtbeziehungen, in der Form von körperlicher Distanzierung oder körperlicher Grenzüberschreitung wird die soziale Ausgrenzung rituell vollzogen. Menschen, die unter den Bedingungen ritueller Erniedrigung heranwachsen, müssen den Sinn dieser psycho-sozialen Erfah-

rung entschlüsseln. Dass es sich dabei um immer wieder herstellenden Rassismus handelt, wird nur in bestimmten sozialen Positionen wahrnehmbar.

Ann Phoenix formulierte die Aufgabe der Bildung als eine, die dabei hilft den eigenen Status und Position zu verstehen und sie letztlich zu verändern. Sie zog eine Verbindungslinie zwischen ihren individuellen Erfahrungen von Rassismus als Kind, ihren Erfahrungen auf dem Weg zur Professorin und ihren Forschungen zur psycho-sozialen Entwicklung ethnischer und geschlechtlicher Identitäten von Jugendlichen. In ihrer aktuellen Arbeit analysiert sie die Beziehungen zwischen Jungen und Männlichkeit, wie auch die zwischen Jugendlichen und Konsumverhalten. Sie spricht dabei von nicht-normativer 'Kindheit' in Einwandererfamilien oder ethnisch gemischten Haushalten und analysiert die Prozesse der Sprachvermittlung in transnationalen Familien. Rassismen reproduzieren Machtbeziehungen, die sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergeben, auf globaler Ebene.

Auch Nora Räthzel hat diesen strukturellen Blick durch die Schilderung und Analyse von Rassismuserfahrungen demonstriert. Sie beschäftigt sich heute mit Umweltpolitik in Gewerkschaften und der Reproduktion von Machtbeziehungen zwischen Nord und Süd, die auch weiterhin die Grundlage für Rassismus als koloniale Praxis darstellen. Dabei stellt sie fest, dass die Entkolonisierung noch nicht vollendet sei und dass die Grenzen des (Neo-)Kolonialismus zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ sich lediglich verschoben hätten. Die Wissenschaftlerin spricht von der Verschiebung hin zu den „Zentren in der Peripherie“ und „Peripherien innerhalb der Zentren“.

Nora Räthzel hat mit Anita Kalpaka in den 1990ern „Die Schwierigkeiten nicht rassistisch zu sein“, einen der ersten Beiträge zur Rassismusforschung in Deutschland, veröffentlicht. Sie forscht seit einigen Jahren zu Umwelt und Gewerkschaften und analysiert die Überschneidung verschiedener Kategorien – wie etwa Geschlecht, Alter, soziale und ethnische Herkunft – am Beispiel von Gewerkschaftsaktivisten im globalen Norden und Süden. Sie reflektiert dabei den Zusammenhang von Rassismus, (neo-)kolonialen Verhältnissen und der Nachhaltigkeit von gewerkschaftlichen Interventionen auf die jeweilige Umweltpolitik und entwickelt somit Rassismustheorien aus alltäglichen Verhältnissen heraus. Die Theoriebildung ist für die profunde Kennerin der Rassismustheorien, der feministischen Forschung und des kritischen Marxismus nicht das vordergründige Ziel ihrer Forschung, lässt sich aber dennoch aus ihren Studien deutlich erschließen. Besonders spürbar wird sie in ihren Arbeiten zu den Produktionsstätten von Volvo in Schweden, Indien, Südafrika und Brasilien.

Intersektionalität ist ein heuristisches Werkzeug, um die vielfältige und komplexe gesellschaftliche Positionierung zu verstehen und binäre Konstruktionen zu erkennen.

Ann Phoenix und Nora Räthzel wiesen darauf hin, dass die

Forschung zu Überschneidungen verschiedener Identitätsmerkmale - wie etwa Rasse, Klasse, Alter und Geschlecht - zum Teil älter sei als der Begriff der „Intersektion“ dies suggeriere. Mit einem suchenden (heuristischen) Forschungsansatz können die sehr komplexen Überschneidungen zum Vorschein gebracht und der Analyse im Hinblick auf vielfältige Positionierungen zugänglich gemacht werden. Das Ziel ist das Dezentrieren der eigenen fließenden und sich je nach Machtbeziehung verändernden Identität. Eine alleinige Fokussierung auf die Geschlechteridentität macht zum Beispiel Machtbeziehungen innerhalb der Geschlechter unsichtbar, denn nicht alle Männer herrschen und nicht alle Frauen sind Unterworfenen, wie vor allem Männer und Frauen, die sich eben nicht der „weißen“ Norm zugehörig fühlen, berichten. Dies gilt natürlich auch umgekehrt: Die alleinige Fokussierung auf eine Identität als „People of Colour“ blendet die komplexen Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern aus.

Im Bildungsbereich fehlen klare institutionalisierte Antidiskriminierungsregelungen. Die nicht umgesetzten strukturellen Lösungen führen stets zur Individualisierung des Antirassismus.

Ann Phoenix spricht von einer „Mikro-Analyse“, die den Kontext der Situation im Handlungsgeschehen in den Blick nimmt, und von einer „Makro-Analyse“, welche polarisierende Beziehungen zwischen Benachteiligten und Privilegierten fokussiert. Beide Perspektiven müssen letztlich in einer „Analyse der Narrative“ zusammengeführt werden. Wie die im Forum aufgeführten Projektbeispiele darstellten, eignet sich Kunst dabei außerordentlich gut, um diese Reflexivität herzustellen.

In einem Weltcafé zum Thema „Die anderen Deutschen“ wurden Thesen zu Kultur, Rassismus und Schule erarbeitet und durch praktische Beispiele ergänzt. Die Hauptergeb-

nisse der Weltcafé-Tische führten zu den vier Handlungsempfehlungen:

1. NeRaS – Netzwerk Rassismus an Schulen: Beschwerdestellen bzgl. Diskriminierung in Schulen müssen eingerichtet werden. Durch die institutionelle Verankerung des Themas Alltagsrassismus im Schulsystem müssen alle Akteure im Prozess dauerhaft involviert sein und regelmäßig nach außen und innen sichtbar werden.
2. Tanzprojekt *academie crearTaT* an Hamburger Schulen: Projekte und neue Methoden, die bewusst Rassismus thematisieren, müssen entwickelt werden. Durch diese Projekte muss herausgestellt werden, wo und wie die Veränderungen umgesetzt werden können.
3. Marcin Michalski (Kurzfilm zur Wahrnehmung von Erwachsenen durch Jugendliche in einer Schule): Erwachsene können von Jugendlichen lernen, dass Probleme klar erkannt und benannt werden müssen, wie man aus der Opferhaltung herauskommt, wie man gemeinschaftlich, solidarisch und emanzipatorisch handelt und dabei humorvoll ist und Jugendliche ernst nimmt.
4. Yes - young mentors for equality at school (Verikom): Selbstreflexions- und Diversity-Trainings als Qualitätsstandard verpflichtend, dauerhaft und frühzeitig in der Ausbildung der LehrerInnen und ErzieherInnen verankern.



Dr. Andreas Hieronymus

Ein subjektiver Erfahrungsbericht

Viktoria Bauer / Pfadfinderin Thalia Theater / Hamburg

Das Bürgerhaus Wilhelmsburg - über eine Brücke zu erreichen und damit symbolisch für die Idee eines Brückenschlags zwischen Kulturen - bot dem Bundesfachkongress Interkultur Raum für fachliche Diskussionen, persönlichen Austausch und viele Einblicke in laufende Projekte, die sich mit der Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksmöglichkeiten befassen.

Das Fachforum 3 stellte sich der Frage: „Wie können wir heute über Rassismen sprechen angesichts von Intersektionalität – der Verflechtung und Überschneidung von Identitätsdiskursen?“ In kreisförmig angelegten Sitzreihen kamen Menschen aus Kunst und Kultur sowie Pädagogik, Sozialarbeit und Politik aus ganz Deutschland und aus dem Ausland zusammen, um über aktuelle und seit Langem geführte Debatten rund um Rassismus und Intersektionalität zu diskutieren. Die Diskussion hatte einen internationalen Charakter, da sie zweisprachig, auf Englisch und Deutsch, geführt

wurde. Dieser Umstand brachte mich persönlich in eine Doppelrolle: Ich war sowohl flüsternde Simultan-Übersetzerin als auch Notizen schreibende Beobachterin des Geschehens, das für mich ein sehr intensives und forderndes Erlebnis wurde.

Einen inhaltlichen Zugang zum Thema Rassismus gewährten uns die ganz persönlichen und berührenden Episoden aus dem Leben der beiden Referentinnen. Prof. Dr. Nora Räthzel, Soziologin an einer schwedischen Universität, erzählte von ihren Erfahrungen als zehnjähriges Mädchen, das aus Kolumbien ins Deutschland der 1960er Jahre kam. In einer äußerst homogenen deutschen Schulklasse fühlte sie sich als fremde Exotin: Schon an der Kleidung sah man ihr an, dass sie aus einem lateinamerikanischen Land kam, was sie als Ausgrenzung erlebte. Noch aufwühlender waren die Erzählungen von Prof. Dr. Ann Phoenix, einer Sozialpsychologin der University of London, die von „three symbolic ex-

periences“ berichtete. Das waren Erlebnisse, die sie bis heute nicht losgelassen haben und die ihre wissenschaftliche Beschäftigung mit dem aus ihrer Sicht psycho-sozialen Thema des Rassismus stark prägten.

Zum einen ist dies eine Szene aus ihrer frühesten Kindheit als Mädchen karibischen Ursprungs in Großbritannien der 1960er Jahre, die ich sinngemäß wiedergeben möchte: „Ich war sechs Jahre alt und ging nach vorn ans Pult meiner Lehrerin. Als ich bereits mehrere Minuten vor ihr stand und sie mir keinen Blick gewidmet hatte, tippte ich auf ihre Schulter. Plötzlich sprang sie auf und schrie mir ins Gesicht, dass ich sie auf keinen Fall jemals wieder berühren dürfe und dass sie nicht von schwarzen Kindern berührt werden wolle: ‘Don’t you ever touch me again!’ Zum anderen schildert sie alltägliche Erfahrungen als Erwachsene, die auf subtilen Rassismus hindeuten. So begegnet sie immer wieder Menschen, die ihr nicht zutrauen, dass sie als Schwarze und dazu als Frau eine solch hohe Position in der Gesellschaft erreicht hat. Dabei fallen Sätze wie „Is Dr. Phoenix not here today?“ oder „I thought she was a cleaner“, die ihr die eigene Position aberkennen.

Im Anschluss an diese Schilderungen diskutierten die Forumsteilnehmer über die heutige Reproduktion von Strukturen des Kolonialismus, über die Ausbeutung von Menschen und ihren Ressourcen sowie über Machtverhältnisse in globalen Handelsabkommen zwischen Ländern der Nord- und Süd-Halbkugel. Es wurde schnell deutlich, welche komplexen Beziehungen und Verflechtungen diese Thematik aufzeigt, sobald man deren Mikro- und Makrosichtweisen beleuchtet. Insbesondere der Einblick in die Forschungsschwerpunkte der beiden Wissenschaftlerinnen zeigte, dass eine Definition des Begriffs „Intersektionalität“, der sich überschneidende Identitätsdiskurse zum Ausdruck bringt, alles andere als klar auf den Punkt zu bringen ist. Abzulehnen ist in jedem Fall eine künstliche Trennung von Identitätsmerkmalen wie Alter, Geschlecht, Generation, Klasse und sexuelle Orientierung. Wer sie isoliert voneinander betrachtet und erforscht, reproduziert nur erneut alte und längst überwundene Machtstrukturen. Vor allem das implizite Wissen von Institutionen, das im Alltag durch ihre Akteure hervorgebracht wird, muss sowohl auf Mikro- als auch auf Makroebene untersucht und in einen Kontext gebracht werden. Zum Schluss des ersten Blocks dieses Fachforums präzisierten die beiden Paten Dr. Andreas Hieronymus und Dr. phil. Rüdiger Sareika die zentralen Fragen: Welche Dinge müssen sich heute verändern, nachdem wir in Deutschland schon mindestens seit 30 Jahre über Rassismus debattieren? Führen wir immer noch die gleichen Kämpfe im Bildungsbereich oder haben sich mittlerweile neue Praktiken und Rahmenbedingungen ergeben?

Diesen Fragen widmete sich der zweite Teil des Fachforums: Künstler wie Irinell Ruf gaben Einblicke in ihre Projekte, in denen sie mit betroffenen Menschen arbeiteten. Ruf ist Leiterin von Tanztheater-Projekten mit Jugendlichen. Sie begreift Kunst als ein Scharnier, das zwischen den Strukturen innerhalb und außerhalb von uns Menschen funktioniert: Als Ausdrucksform ermöglicht sie ein Sichtbarwerden dessen, was von außen in uns hineintritt, und zeigt auf, welche emotionale Resonanz es erzeugt und in welcher Form es

dann wieder aus uns heraustritt. Kunst, egal welcher Form, sei damit ein zentrales Moment für die Identitätsentwicklung.

An vier interaktiven Tischen beschäftigten sich die TeilnehmerInnen des Fachforums mit den vorgestellten Projekten und wechselten damit von der abstrakten, fachlichen Diskussion des Vormittags in eine praxisorientierte Austauschrunde über Fragen der praktischen Umsetzung von Leitideen des Anti-Rassismus im Kontext Schule. Der Einstieg erfolgte über zwei Videos, in denen Jugendliche und ihr Alltag in der Schule im Vordergrund standen. Gerade die Schule wurde dabei erkennbar als Ort, an dem die Welt der Erwachsenen auf die Welt der Jugendlichen prallt und für viele Spannungen sorgt. Zentral waren dabei Themen wie Mobbing, Religion, Gewalt, Rollensuche, Identität und Pubertät, aber auch das Tabuisieren und Schweigen als Strategien des Umgangs mit Konflikten, die die Erwachsenen ihnen vormachen. Aus der Arbeit der vier Gruppen ergaben sich Thesen, die am Ende als Handlungsimplicationen festgehalten wurden:

- Anti-Diskriminierungsinitiativen sollten so früh wie möglich institutionalisiert werden.
- Schulen dürfen sich dem Thema Rassismus gegenüber nicht verschließen.
- Die Bereitschaft zur Selbstreflexion sollte es auf individueller und institutioneller Ebene geben.
- Akteure in Bildungseinrichtungen brauchen ein Vokabular mit Kategorien und Kriterien, die es ihnen ermöglichen, im Alltag sensibel mit dem Thema Rassismus umzugehen.
- Erwachsene sollten Kindern und Jugendlichen mit mehr Wertschätzung und Bereitschaft zu Perspektivenwechsel gegenüberstehen, ihre Bedürfnisse wahrnehmen und zum Dialog miteinander anregen, der keinesfalls auf Humor verzichten sollte.
- Es muss noch mehr Projekte geben, in denen Rassismus bewusst thematisiert wird und in denen neue Konzepte zur Bewusstmachung von Rassismus geschaffen werden. (Kunst wird als eine wichtige Form dessen verstanden.)
- Es müssen Institutionen geschaffen werden, die sich Anti-Diskriminierung zur Pflicht machen und die daran arbeiten, das negative Image loszuwerden. Sonst verkommt der Kampf gegen Rassismus zur reinen Sisyphusarbeit, bei der man immer wieder vom Punkt Null anfangen muss.

Diese Zusammenfassung ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was wir TeilnehmerInnen dieses Fachforums mitgenommen haben, mit auf den Weg aus dem Bürgerhaus Wilhelmsburg, mit auf den Weg über die Brücke und darüber hinaus. Etwas, das unseren Blick auf die Welt zumindest im Zusammenhang mit Rassismus verändert und das uns als food for thought lange beschäftigen wird.

Fachforum 4

Migrantenorganisationen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Selbstethnisierung

Es referierten und diskutierten: **Svend Clausen** (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Nürnberg), **Meyem D. Çelikkol** (Türkische Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V.), **Bora Ergin** (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), Referat Erziehung und Bildung der Stadt Gelsenkirchen), **Alfonso Fernández** (Bund der Spanischen Elternvereine in der BRD e.V.), **Dr. Birgit Jagusch** (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz), **Zuzanna Krzysztofik** (Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e.V. Berlin), **Jama Magsudi** (Deutsch-Afghanischer Flüchtlingshilfeverein e.V.), **Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato** (Nowenga e.V.)
Veranstaltungsspatte und Moderator: **Rolf Graser**

Förderung von Migrantenorganisationen

Svend Clausen / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Migrantenorganisationen (MO) spielen eine zunehmend wichtige Rolle im Integrationsprozess. Sie bündeln nicht nur Engagement, Migrationserfahrung und Kompetenzen in der Integrationsarbeit vor Ort, sondern können Menschen mit Migrationshintergrund häufig besser erreichen. Die Integrationsarbeit von MO wurde seitens des Bundes deshalb in eine breite Integrationsstrategie eingebettet. Auf dieser Grundlage hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den letzten Jahren seine Anstrengungen auf unterschiedlichen Ebenen verstärkt, um die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen zu intensivieren und deren Rolle als Akteur in der Integrationsförderung zu professionalisieren. Das Bundesamt betrachtet MO dabei als Partner und Experten in der Integrationsarbeit vor Ort und setzt sich für eine verstärkte Teilhabe und Mitgestaltung von MO ein. Denn diese Organisationen haben eine Brückenfunktion in die Community hinein und ihre oftmals ehrenamtlich Tätigen sind Brückenmenschen und Multiplikatoren.

Um integrativ arbeitende MO dabei zu unterstützen, ihr Know-how in die Integrationsförderung einzubringen, hat das Bundesamt deshalb seit 2008/2009 die Unterstützung von MO verstärkt und sie in Diskussions- und Entwicklungsprozesse eingebunden. Ein Beispiel hierfür ist ihr beratendes Mitwirken bei der Erarbeitung des bundesweiten Integrationsprogramms. Darin sind verschiedene Empfehlungen zur Förderung von MO enthalten. Die wichtigsten betreffen:

- den Auf- und Ausbau tragfähiger Strukturen für die Integrationsarbeit vor Ort,
- die Professionalisierung ihrer Vereinsarbeit,
- die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in und durch MO
- sowie positive Effekte der interkulturellen Öffnung der Gesellschaft durch MO.

Die Empfehlungen des bundesweiten Integrationsprogramms (IP) sowie des Nationalen Integrationsplans (NIP) und des Nationalen Aktionsplans für Integration (NAPI) wurden vom Bundesamt im Rahmen der Projektförderung durch folgende Schritte umgesetzt:

- Die gemeinsamen Förderrichtlinien vom Bundesministe-

rium des Inneren und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die die Grundlage unserer Projektförderung bilden, nennen MO als mögliche Träger und fordern andere Träger zur Kooperation mit ihnen auf. Kooperationen zwischen MO und anderen Trägern werden daher gezielt gefördert.

- Das Bundesamt hat die Beratung von MO im Rahmen der Projektförderung verstärkt, um ihnen die Antragstellung zu erleichtern. Dies geschieht zum einen durch die Mitarbeiter in Nürnberg, zum anderen durch die Kolleginnen in den über 20 Regionalstellen, die die in ihrem Umfeld tätigen MO unterstützen. Sie bieten Beratung zu Förderangeboten, Integrationskursen und Projektförderung, geben Hilfestellung bei der Formulierung von Anträgen etc.
- MO – und andere ehrenamtlich arbeitende Vereine – können für den erforderlichen finanziellen Eigenanteil bürgerschaftliches Engagement in Anrechnung bringen.

Um MO verstärkt in die Integrationsförderung einzubeziehen, hat das Bundesamt 2008, 2010 und 2011 mit großem Erfolg drei vielbeachtete Fachtagungen durchgeführt; die 4. Fachtagung findet am 25. und 26. Januar 2013 statt. Die Tagungen richten sich speziell an MO und haben das Ziel der verstärkten Partizipation von MO an der Integrationsförderung. Dementsprechend sind sie ganz nach den Bedarfen der MO ausgerichtet und bieten diesen die Möglichkeit, sich über Fördermöglichkeiten zu informieren, Fachfragen zu diskutieren und Professionalisierungs- bzw. Qualifizierungsbedarfe zu formulieren. Um Ehrenamtlichen die Teilnahme zu ermöglichen, werden die Tagungen seit 2011 freitags und samstags durchgeführt. Zudem werden ehrenamtlichen Vertretern von MO Reisekosten zu der Veranstaltung erstattet.

In der Folge all dieser Maßnahmen ist die Zahl der qualitativ guten Projektanträge von MO gewachsen und der Anteil der von oder in Kooperation mit MO durchgeführten Projekte hat sich mehr als verdreifacht.

Um Formen der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen MO und anderen Trägern zu erproben, haben wir in der Zeit vom Dezember 2009 bis Dezember 2011 für zwei

Jahre 15 Modellprojekte zur verstärkten Partizipation von MO gefördert. Ziel dieser Projekte war die modellhafte Erprobung von verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten zwischen MO und anderen Trägern. Dabei unterstützten etablierte Träger MO durch ihre vielfältigen Erfahrungen und ihre Professionalität, aber auch durch ihre Kontakte vor Ort. Ein weiteres Ziel war die Verbesserung der Integrationsarbeit vor Ort, da durch die Zusammenarbeit mit MO Zielgruppen erreicht werden können, die ohne ihre Beteiligung nicht erreicht worden wären. Um Erkenntnisse im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Integrationsförderung zu erhalten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wurden die Modellprojekte durch zwei Experten fachlich und wissenschaftlich begleitet und durch gemeinsame Fachveranstaltungen und Schulungsangebote flankiert. Die Erfahrungen aus den Modellprojekten werden in die Weiterentwicklung der Projektförderung des Bundesamtes einfließen. Dazu gehören:

1. Verbesserung des Zugangs zu Informationen über Förderprogramme, wissenschaftliche Diskussionen etc., da dies eine wichtig Voraussetzung für Partizipation ist.
2. Förderung der Weiterbildung und Professionalisierung von MO, da sich diese als wichtige Elemente einer bedarfsgerechten und wissenschaftlichen Integrationsarbeit erwiesen haben.
3. Besondere Unterstützung von Tandem- und anderen Kooperationsformen zwischen Trägern der Aufnahmegesellschaft und MO, da sich diese Modelle als ausgesprochen förderlich erwiesen haben.

Mit dem Ende der Förderung der Modellprojekte haben wir unsere Förderung von MO nicht beendet, sondern vielmehr noch verstärkt. MO sind willkommen Träger in folgenden Förderbereichen des Bundesamtes:

1. Gemeinwesenorientierte Projektförderung

Dabei handelt es sich um die Förderung von Projekten zur sozialen und gesellschaftlichen Integration, die die gesetzlichen Integrationsangebote des Bundes (Integrationskurse, MBE, JMD) flankieren und ergänzen. Grundlage sind die gemeinsamen Förderrichtlinien von BMI und BMFSFJ. Zielgruppen der Projekte sind bleibeberechtigte Zuwanderer und die Aufnahmegesellschaft.

Ziele der Projektförderung sind insbesondere aktive Partizipation der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben, die Stärkung der Persönlichkeit und der Kompetenzen der Zuwanderer, die Heranführung an örtliche Einrichtungen und Angebote sowie die Förderung und der Ausbau einer wechselseitigen Akzeptanz von Zuwanderern und Einheimischen. Gefördert werden Projekte bis zur Dauer von drei Jahren mit bis zu 50.000 EUR pro Jahr, wobei keine Vollfinanzierung möglich ist. Die Ausschreibung erfolgt jeweils für das nächste Jahr, sie wird spätestens Mitte des Jahres auf der Homepage des Bundesamtes veröffentlicht. Anträge können dann bis zum 31.10. gestellt werden (Ausschlussfrist).

In den jährlichen Ausschreibungen werden gezielt MO angesprochen, Förderanträge zu stellen. Besonders gerne fördern wir aufgrund der guten Erfahrungen aus den Modellprojekten Kooperationsprojekte zwischen Migrantenorganisationen und den „etablierten“ Trägern.

2. Multiplikatorenschulungen

MO sollen die Möglichkeit zur Professionalisierung und Weiterqualifizierung erhalten. Die Schulungen richten sich nach dem Bedarf und den finanziellen Möglichkeiten der MO.

Die Inhalte können sein:

- Schulung zum Vereinsmanagement,
- Vernetzung und Kooperation,
- Aktivierung engagierter Mitglieder,
- Personalentwicklung für das Ehrenamt,
- Schulung zum Projektmanagement,
- Schulung zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und
- Schulung zu Fundraising.

Die Ausschreibung für Multiplikatorenschulungen 2013 wird spätestens Anfang 2013 auf der Homepage des Bundesamtes veröffentlicht.

3. Europäischer Integrationsfonds (EIF)

Die Projektförderungen richten sich an Drittstaatsangehörige, die ein auf Dauer angelegtes Aufenthaltsrecht haben. Ziel der Projekte soll sein, durch spezifische Maßnahmen die Integration von Drittstaatsangehörigen in die europäischen Gesellschaften zu erleichtern. Förderfähig sind u.a. Maßnahmen zur Vorintegration, zur Zusammenarbeit verschiedener Akteure und zur Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft. Die Höhe der EIF-Förderung beträgt höchstens 75 Prozent, in der Regel 50 Prozent, wobei die Kofinanzierung notwendig ist.

4. Spezielle Seminarmaßnahmen für ausländische Frauen (Frauenkurse)

Geplant ist ein niederschwelliges Kursangebot für ausländische Frauen und Mädchen mit besonderem Integrationsbedarf durch praktische und sprachliche Handlungshilfen für Alltag und Lebensplanung. Gerade (muslimische) MO sind ideale Partner für die Durchführung dieser Maßnahmen, da sie über den direkten Zugang zu diesen Frauen verfügen, deren Interessen kennen und auf gleicher Weise mit ihnen kommunizieren.

5. Projekte zur Integration von Muslimen

Um die religiöse und gesellschaftliche Integration von Muslimen zu unterstützen, sollen ausgewählte Maßnahmen gefördert werden, die die Tendenzen zur Selbstisolierung zurückdrängen, Radikalisierungsprozesse verhindern und das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen verbessern. Unterstützt werden insbesondere Maßnahmen, die sich aus dem Fortsetzungsprozess der Deutschen Islamkonferenz ergeben.

Zur Erprobung von Empfehlungen zum Thema Grundausschüttungsförderung / projektunabhängige Förderung von MO förderte das Bundesamt von September 2010 bis Dezember 2012 das Modellprojekt „Erarbeitung einer Konzeption für eine strukturelle Förderung von – insbesondere bundesweit tätigen – Migrantenorganisationen“ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (Forum der Migrantinnen und Migranten). Projektpartner sind neben der Parität folgende MO: Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantinnenverbände in Deutschland, Verband Griechischer Gemeinden, Kroatischer Weltkongress, Föderation Türkischer Elternvereine, Türkischen Gemeinde in Deutschland, Alevitische Gemeinde und der Bundesverband Deutsch-Arabischer Vereine. Im Rahmen des Projekts entwickeln die

beteiligten MO Vorschläge für eine langfristige Förderung von bundesweit tätigen MO sowie für eine stärkere Beteiligung von MO an bestehenden Förderprogrammen. Hierbei geht es insbesondere auch darum, den spezifischen Beitrag von MO zu einer gelingenden Integration noch klarer herauszuarbeiten und zu präzisieren. Das Projekt wird durch ein Gremium aus Vertretern des Projekts, des BMI, des BMFSFJ, der Integrationsbeauftragten des Bundes und des Bundesamts begleitet.

Auch Haushaltstöpfe anderer Fördergeber bieten kaum eine strukturelle Förderung von MO an. Neben den Bundes- und Landesförderungen gibt es verschiedene andere Organisationen, insbesondere Stiftungen oder Förderfonds, die Integrationsmaßnahmen fördern, die sich auch an MO richten. Dazu gehören:

- Aktion Mensch
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Robert Bosch Stiftung

- Freudenbergstiftung
- Stiftung Mercator
- Stiftung Mitarbeit
- Stiftung Deutsche Jugendmarke
- Bürgerstiftungen

Häufig wird hier ein kleineres Fördervolumen vergeben, aber gerade die Stiftung Mitarbeit nennt für ihr Förderprogramm „Integration junger Migrantinnen und Migranten“ MO explizit als Antragsberechtigte (s. Homepage des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen).



Svend Clausen

MigrantInnenorganisationen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Selbstethnisierung

Dr. Birgit Jagusch / Sozialwissenschaftlerin am Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism) und Lehrbeauftragte an der Universität Mainz

Der folgende Beitrag bündelt die im Rahmen des Vortrags benannten Aspekte und soll einen Einblick in die aktuelle Situation von MigrantInnenorganisationen (MO) in Deutschland und deren Positionierungen innerhalb der verschiedenen Arenen zivilgesellschaftlichen Engagements geben.

Begriffsbestimmung

MO haben in Deutschland eine relativ lange Tradition und werden auch zunehmend von Institutionen der Dominanzgesellschaft als Akteure entdeckt. So widmete sich in den 1990er Jahren eine Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Thematik der Selbstorganisation, Tagungen wurden abgehalten und verschiedene Fördermaßnahmen für die MO implementiert.

Insgesamt besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Migrationsgeschichte in Deutschland und der Entwicklung von MO. So wurden etwa die ersten MO von Personen gegründet, die im Kontext der Anwerbeabkommen als Arbeitskräfte nach Deutschland migrierten. Seit dem Ende der 1980er Jahre entstanden zunehmend Organisationen, die von SpätaussiedlerInnen bzw. Personen aus osteuropäischen Ländern gegründet wurden. Auch MO von Personen aus afrikanischen oder südostasiatischen Herkunftsländern entstehen seit geraumer Zeit. Gleichmaßen gibt es geografisch-historische Aspekte, die für MO relevant sind. In Gegenden, in denen sich viele MigrantInnen niedergelassen haben, existieren auch zahlreiche MO. Insbesondere in urbanen Ballungsgebieten ist die Zahl der MO sehr hoch, wohingegen im ländlichen Raum nur wenige MO vorhanden sind. Weiterhin lassen sich intergenerationelle Effekte bei den MO beobachten, die sich u. a. darin zeigen, dass seit ca. 15-20 Jahren junge Menschen mit Migrationshintergrund eigenständige Vereine, sog. Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (VJM), gründen (vgl. Jagusch 2011).

In den 1980er und auch 1990er Jahren war der Blick auf MO ein eher skeptischer, der durch die Debatte charakterisiert wurde, ob MO ein Zeichen für Integration oder Segregation seien. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Wahrnehmung auf MO und deren Potential jedoch deutlich verändert. Das zivilgesellschaftliche Potential und die Leistungen der MO stehen aktuell nicht mehr zur Disposition. Das äußert sich u. a. darin, dass MO als Dialog- und Diskussionspartner einbezogen werden in wichtige integrationspolitische Schlüsselprozesse, wie etwa die Entwicklung des Nationalen Integrationsplans (NIP) bzw. des bundesweiten Integrationsprogramms oder der Islamkonferenz. Die gestiegene Anerkennung korrespondiert auch mit einem wachsenden Selbstbewusstsein und der Einforderung von Teilhaberechten seitens der MO sowie mit einer zunehmenden Professionalisierung der Vereinsstrukturen. So ist es mittlerweile einigen MO gelungen, auch hauptamtliches Personal – meist über Projektanträge – einzustellen und damit den zahlreichen und zunehmenden Aufgaben und Anforderungen gerecht zu werden (Hunger/Metzger 2011). Allerdings darf nicht der Eindruck entstehen, die Landschaft der MO wäre eine homogene. Das Spektrum der MO ist äußerst plural und unterscheidet sich in Bezug auf sehr unterschiedliche Kriterien, darunter

- Themenschwerpunkte und inhaltliche Ausrichtung der MO (dabei u. a. Freizeitvereine, Kulturvereine, Sportvereine, religiöse Vereine, gesellschaftspolitische Vereine, arbeitsmarktbezogene Vereine etc.),
- Zielgruppen (hier u. a. Jugendliche, Senioren, Frauen, Muslime und Muslimas, UnternehmerInnen etc.),
- Herkunftshomogene oder herkunftsheterogene Vereine und
- Reichweite der MO (kommunal, landes- oder bundesweit).

Ferner können verschiedene Rollen und Funktionen von MO differenziert werden, die diese für ihre Mitglieder bereitstellen. Dazu gehören u. a.

- Dienstleistungsfunktion (Bereitstellung von Angeboten)
- Orientierungs- und Unterstützungsfunktion (Hilfe insb. für neuzugewanderte Personen)
- Traditionserhalt und deren Weiterentwicklung (durch unterschiedliche Aktivitäten und Angebote)
- geschützte Räume
- Vernetzung und transnationale Lebenswelten
- (politische) Teilhabe und Repräsentation
- zivilgesellschaftliches Engagement

MO und deren aktuelle Situation bieten insofern kein einheitliches Bild und machen es schwer, Aussagen über „die“ MO zu treffen (vgl. zu den verschiedenen MO auf Bundesebene, z.B. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011). So zeigen auch die im Rahmen des Workshops vertretenen MO und VJM, wie vielfältig die Ausrichtung der Vereine ist und mit welcher unterschiedlichen Zielgruppen und auf welchen Ebenen die MO tätig sind.

Selbstethnisierung

Wenngleich das zivilgesellschaftliche Potential von MO, ihre Beiträge und wichtige Rolle auch in diesem Workshop im Vordergrund stehen, existieren innerhalb des pluralen Spektrums der MO auch Vereine, die ihrer Ausrichtung oder Ideologie nach selbstethnisierend oder auch rechte Tendenzen bergen. Insofern soll im Folgenden kurz auf die Frage eingegangen werden, was unter Selbstethnisierung verstanden werden kann und wie AkteurlInnen, die eine Kooperation mit MO anstreben, beurteilen können, welche Charakteristika bei der MO vorherrschen. Im Titel des Fachforums werden die zwei Pole „zivilgesellschaftliches Engagement“ und „Selbstethnisierung“ aufgespannt, um unterschiedliche Facetten der MO zu charakterisieren. Wenn über Selbstethnisierungs-Tendenzen gesprochen wird, so kann dieser Terminus verstanden werden als „(...) die Selbstbeschreibung [einer Gruppe] auf Grundlage ‚ethnischer‘ Kategorien (...) [die] der Durchsetzung eigener Interessen oder einer Identitätspolitik dienen [kann]. Fremdethnisierung ist ein sozialer Ausschließungsprozess, der Minderheiten schafft, diese negativ bewertet und die Privilegien der Mehrheit sichert.“ (<http://www.ida-nrw.de/glossar.htm>) Im Kontext mit MO werden diese Prozesse insbesondere dann problematisch, wenn innerhalb der MO exklusive, nationalistische, rassistische, fundamentalistische oder gewaltförmerige Tendenzen entstehen. Es gibt kein Patentrezept zur Einschätzung von MO. Grundsätzlich gilt die Maxime, zunächst den Dialog zu suchen und mit den einzelnen MO in Kontakt zu treten, um beurteilen zu können, ob und wenn ja, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte. Einige Fragestellungen, die im Vorfeld und während eines solchen Dialogprozesses hilfreich sein können, sind im Folgenden aufgeführt:

- Welche Funktion hat der Bezug auf Herkunft/Religion/Nation für die MO? Dient er dem Empowerment oder beinhaltet er hierarchisch-exklusive Wertungen?
- Welches Selbst- und Weltverständnis hat die MO?
- Wo verläuft die Grenze zwischen positiv-affirmativer Identitäts-/ Identifikationspolitik (Empowerment, Konzept

der geschützten Räume) und exklusiven Tendenzen?

- In welchem Verhältnis steht die MO zu anderen MO (kooperativ oder abgrenzend)?
- Wie ist die MO in der Community verankert/vernetzt/ angesehen?

Spannungsfelder

Nachdem auf den vorangegangenen Seiten kurz die plurale Landschaft der MO, deren Entwicklung sowie die Problematik selbstethnisierender Tendenzen skizziert wurden, sollen im Folgenden einige Spannungsfelder aufgezeigt werden, die aus Sicht der Autorin charakteristisch für die aktuelle Situation von MO innerhalb der zivilgesellschaftlichen Diskursfelder sind und die auf mögliche Schwierigkeiten innerhalb der MO, auch in Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen MO und anderen Akteuren hinweisen.

Transparenz versus Vorbehalte

Auf der einen Seite wird an die MO stets die Forderung größtmöglicher Transparenz gerichtet. Diese bezieht sich insbesondere auf Aspekte der inneren Verfasstheit, der inhaltlichen Ausrichtung, dem Verhältnis zu Demokratie und dem Wertekanon des Grundgesetzes oder auch den finanziellen Verhältnissen. So richtig und wichtig Transparenz grundsätzlich für die Zusammenarbeit zwischen PartnerInnen auch ist und natürlich nicht ausschließlich für die Kooperation mit MO gilt, so problematisch wird diese Forderung dann, wenn implizit der Gestus des Vorbehalts und der Skepsis mitschwingt. Anders gesprochen: Der Ruf nach Transparenz wird häufig ausschließlich an die Seite der MO gerichtet, bei anderen AkteurInnen wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass diese den Kriterien der Demokratie und des Vereinsrechts entsprechen. Warum also wird MO häufig noch mit Skepsis begegnet? Liegt dies nur daran, dass es sich manchmal um neue Akteure handelt, zu denen es zuvor noch keine Kooperationsbeziehungen gab, oder spielen auch – wenn auch auf einer unbewussten Ebene – bestimmte Vorannahmen und Vorbehalte eine Rolle? Diese Fragen können vor Beginn einer Zusammenarbeit bzw. vor der Formulierung bestimmter Forderungen hilfreich sein, um sich selbst zu vergegenwärtigen, mit welcherlei Maß gemessen wird. Andernfalls besteht zumindest die Gefahr, dass der Beginn der Zusammenarbeit durch Misstrauen gekennzeichnet ist.

Konkurrenz versus Kooperation

Seit einigen Jahren werden MO zunehmend als Partner im Kontext zivilgesellschaftlichen Engagements bzw. gesellschaftlicher Teilhabe anerkannt. Insbesondere in den verschiedenen Bereichen der Integrationspolitik und -praxis werden einzelne MO als Partner des Dialogs anerkannt und sie erhalten eine Stimme. So waren beispielsweise bei der Entwicklung des Nationalen Integrationsprogramms (NIP) oder des bundesweiten Integrationsprogramms stets auch MO beteiligt. Auch in Hinblick auf die Durchführung von Projekten und Maßnahmen geraten MO immer mehr in den Blick, etwa wenn es um die Durchführung von „Tandemprojekten“ geht. Die Förderrichtlinien beispielsweise des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) weisen der Kooperation mit MO einen wachsenden Stellenwert zu. Gleichzeitig lassen sich in diesem Kontext auch Formen der Konkurrenz identifizieren, die in engem Zusammenhang mit

der verstärkten Forderung nach Kooperation mit MO stehen. Hier sind es zum einen Konkurrenzen zwischen „etablierten“ AkteurInnen und MO (um Zielgruppen, Projekte, aber auch um finanzielle Mittel), die einem „Dialog auf Augenhöhe“ manchmal im Wege stehen. Zum anderen aber entstehen auch Konkurrenzen zwischen MO, etwa zwischen denen, die in Kooperationszusammenhänge eingebunden werden und sich dadurch Gehör verschaffen können, und denjenigen, denen dies bislang (noch) nicht gelungen ist. Damit die Forderung nach Teilhabe und Kooperation nicht zu Konkurrenzen und damit Reifizierung exkludierender Tendenzen führt, müssen Wege gesucht werden, um mit diesem Spannungsfeld umzugehen.

Kooperation versus Überforderung

Die Forderung nach Kooperation ist mit einem weiteren Spannungsfeld verbunden. So richtig und wichtig die Zusammenarbeit und die neu entstehenden Kooperationsprojekte auch sind und so notwendig die Einbeziehung der MO im Sinne der Anerkennung der „Pluralität in der Einwanderungsgesellschaft“ ist, so zeigt sich in der Praxis an manchen Stellen, dass die – meist ehrenamtlich agierenden – MO an einigen Stellen mit den Anfragen und der zunehmenden Einbeziehung stellenweise überfordert sind. Kooperation kann auf Augenhöhe nur gelingen, wenn es sich um die Zusammenarbeit zwischen egalitären Partnern handelt oder wenn die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass sie die Barrieren für Egalität beseitigen. Dies gelingt in der Realität jedoch noch nicht immer und manifestiert ein Spannungspotential in Bezug etwa auf Faktoren wie Zeit (finden Veranstaltungen am Wochenende statt oder unter der Woche?), Strukturen oder Personal.

Um sich in den komplexen Förderlogiken zurechtzufinden, Anträge zu schreiben und abzuwickeln, die Strukturen des jeweiligen Projektgebiets (etwa der Kinder- und Jugendhilfe, der kulturellen Bildung etc.) zu durchschauen oder Vernetzung erfolgreich und nachhaltig zu implementieren, bedarf es eines hohen Maßes an Fachkenntnissen, die bei ehrenamtlich agierenden Vereinen (unabhängig davon, ob es sich um MO handelt oder nicht) nicht immer vorausgesetzt werden können. Weiterhin stellt die zunehmende Einbeziehung der MO in die verschiedenen Gremien, Dialogforen und Strukturen die MO vor die Frage, an welchen dieser Gremien sie sich auf ehrenamtlicher Basis tatsächlich beteiligen können, ohne gleichzeitig ihre genuine Vereinsarbeit zu vernachlässigen. Häufig finden Veranstaltungen unter der Woche statt, was es ehrenamtlich Engagierten schwer macht, teilzunehmen. Wenn eine MO auf eine Anfrage ablehnend reagiert, kann dies auch damit zu tun haben, dass die Teilnahme aufgrund externer Bedingungen nicht möglich ist. Das muss nichts mit einem generellen Desinteresse zu tun haben. Hier gilt es bei Anfragen und Kooperationen sensibel für die (strukturellen, zeitlichen, personalen) Rahmenbedingungen der MO zu sein und nach Wegen zu suchen, um dieses Spannungsfeld zu beheben.

Tandems versus Eigenständigkeit

Die Förderung von sogenannten Tandemprojekten, bei denen eine „etablierte“ Institution zusammen mit einer MO eine Maßnahme bzw. ein Projekt durchführt, stellt in den vergangenen Jahren ein immer häufigeres Modell der Förderung bzw. Projektdurchführung dar. Ein implizit mit den

Tandemprojekten verbundenes Ziel liegt in der Qualifizierung und „Professionalisierung“ der kooperierenden MO durch die Kooperation (auch um die im vorherigen Spannungsfeld „Kooperation versus Überforderung“ benannten Schwierigkeiten zu beseitigen). Gerade dann, wenn MO beispielsweise aufgrund der Förderrichtlinien nicht selber antragsberechtigt sind, scheinen Tandemprojekte eine gute Möglichkeit, um ihnen dennoch Zugang zu Fördermitteln bzw. den Arenen des Diskurses zu eröffnen. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr, dass MO durch die Kooperation nicht als eigenständige Institutionen wahrgenommen werden und paternalistische Effekte entstehen. Anhand der Bildmetapher des Tandems kann dieses Spannungsfeld gut identifiziert werden, wenn die Frage gestellt wird, wer die Institution ist, die vorne sitzt und damit das Tandem steuert und wer die Institution ist, die hinten sitzt und in die Pedale tritt. Um innerhalb einer Kooperation Eigenständigkeit und Autonomie zu gewinnen, wären stattdessen „Tretbootprojekte“, bei denen die beiden Partner nebeneinander sitzen und gemeinsam Ziel, Richtung und Geschwindigkeit festlegen, sinnvoll.

Zivilgesellschaftliches Engagement versus Finanzierung

Ein weiteres aktuelles Spannungsfeld ergibt sich im Kontext der Diskussionen um zivilgesellschaftliches Engagement. So richtig und wichtig dieses Engagement für die gelebte Demokratie und für eine partizipative Gesellschaft auch ist – und so begrüßenswert es ist, dass MO als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft anerkannt werden –, so darf doch nicht vergessen werden, dass Engagement nicht ohne ausreichende finanzielle Ausstattung möglich ist: Zivilgesellschaftliches Engagement darf nicht zum Substitut für reduzierte Fördermittel werden. Ehrenamtliche Arbeit ist zwar ein unverzichtbares Element für die Zivilgesellschaft. Sie gerät jedoch bei steigenden Anforderungen an Grenzen und muss durch angemessene hauptamtliche Förderung sowie Finanzierung für Projekte und Maßnahmen ergänzt werden. Auch dies ist ein Aspekt, der nicht ausschließlich für MO, sondern für alle zivilgesellschaftlich engagierten Vereine und Initiativen gilt. Im Unterschied zu vielen anderen Organisationen jedoch, die aufgrund ihrer Tradition bzw. Zugehörigkeit etwa zu Wohlfahrtsverbänden etc. zumindest über ein gewisses Maß an Hauptamtlichkeit und struktureller Förderung verfügen, stellen MO in der Landschaft der Zivilgesellschaft noch eine relativ gesehen junge AkteurInnengruppe dar, die noch nicht ausreichend Zugang zu finanziellen Fördermitteln gefunden hat. Hier gilt es zukünftig, weiterhin die jeweiligen Förderkriterien so zu modifizieren, dass auch MO an den finanziellen Mitteln partizipieren können, und nach Wegen zu suchen, um MO Zugang zu struktureller Förderung zu ermöglichen.

Repräsentation versus Heterogenität

Wie schon erwähnt, werden MO zunehmend als wichtige Partner anerkannt. Sie finden Gehör in den verschiedenen Gremien der Zivilgesellschaft, politischen Bildung und Integrationspolitik. Allerdings besteht hier die Gefahr, dass einzelne MO als RepräsentantInnen für alle MO angesehen werden und dabei Heterogenität und Pluralität des Spektrums der MO aus dem Blick geraten. Die Landschaft der MO ist äußerst breit und heterogen – sowohl hinsichtlich

der Zielgruppen und Herkunftskontexte als auch der inhaltlichen Ausrichtung und der Themenschwerpunkte (s.o.). Die Vorstellung, dass die Einbeziehung einzelner MO eine adäquate Repräsentation der vielfältigen Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet, ist ein Trugschluss und führt zu verkürzten Simplifikationen. So ist es zum einen notwendig, sich dieser Verkürzung stets bewusst zu sein. Zum anderen sollten die Arenen des zivilgesellschaftlichen Diskurses nicht nur einigen wenigen MO vorbehalten bleiben. Vielmehr sollte im Einzelfall auch danach gefragt werden, ob es weitere Vereine oder Interessenszusammenschlüsse gibt, die durch eine Einbeziehung zur Erweiterung der Perspektiven dienen würden.

Handlungsempfehlungen

Basierend auf diesen Überlegungen lassen sich aus Sicht der Autorin für den Bundesfachkongress Interkultur 2012 folgende Handlungsempfehlungen für unterschiedliche AdressatInnengruppen formulieren:

Übergreifend für alle AkteurInnen:

- Es sollte eine nachhaltige Kultur der Anerkennung und Wertschätzung der Potentiale und Leistungen der MO entwickelt werden, die sich auf allen Ebenen und Bereichen manifestiert.

An die Seite der Politik:

- Eine (Struktur-)Förderung für MO müsste ermöglicht werden, um Partizipationshemmnisse zu beseitigen.

- Die Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (Coaching) sollten ausgebaut werden.
- Ein wesentliches Element ist ferner, dass politisch (und auch gesellschaftlich) Verantwortliche Praxen von Rassismus und Diskriminierung erkennen, benennen, skandalisieren und bekämpfen.

An die Seite der „etablierten/anerkannten AkteurInnen“:

- Um die Vernetzung und Teilhabe weiter zu forcieren, sollten kontinuierlich Dialoganreize geschaffen und egalitäre Kooperationen eingegangen werden.
- Notwendig ist zudem eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit Vorbehalten, Stereotypen und exkludieren den – subtilen – Mechanismen.

An die Seite der MO:

- MO dürfen sich nicht im Sinne einer verkürzten Repräsentationspolitik instrumentalisieren lassen und sollten stattdessen untereinander Allianzen bilden, um sich nachhaltig Gehör zu verschaffen.

Zitierte Literatur:

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011): Migranten(dach)organisationen in Deutschland, Berlin
Hunger, Uwe/Metzger, Stefan (2011): Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Münster
Jagusch, Birgit (2011): Praxen der Anerkennung. „Das ist unser Geschenk an die Gesellschaft“. Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Schwalbach/Ts.

Fachforum 4: Ergebnisse

Rolf Graser / Geschäftsführer des Forums der Kulturen Stuttgart e.V.

Migrantengruppen – ob als Verein, Moscheegemeinde oder Gemeinschaft – treten immer häufiger und sichtbarer als zivilgesellschaftliche Akteure in Erscheinung. Ihr Engagement wird zunehmend öffentlich wahrgenommen und diskutiert. Gleichzeitig führen u.a. Ausgrenzung, Ethnisierung und Diskriminierung bei vielen MigrantInnen und deren Organisationen zu verschiedenen Ausprägungen von Selbstethnisierung bis hin zu nationalistischen, fundamentalistischen oder rassistischen Tendenzen. Oft beschränkt sich die Auseinandersetzung mit diesem Thema auf eine Polarisierung zwischen einem „positiven“ und einem „bedrohlichen“ Engagement von Migrantorganisationen.

Stattdessen ist es geboten, sich auf das zivilgesellschaftliche Engagement von Migrantvereinen zu konzentrieren und dieses stärker zu fördern, chauvinistischen und fundamentalistischen Tendenzen zu begegnen sowie die interkulturelle Kompetenz aller engagierten Migrantorganisationen zu steigern und zu festigen.

Dies war Ausgangslage und Aufgabenstellung zugleich, mit der sich die beiden ReferentInnen, Dr. Birgit Jagusch, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz und Bora Ergin von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), Referat Erziehung und Bildung der Stadt Gelsenkirchen, und nicht zuletzt VertreterInnen

etlicher zivilgesellschaftlich aktiver Migrantorganisationen auseinandersetzten. Ergänzt wurden diese Referate und Berichte aus der Praxis durch einen Vortrag von Herrn Svend Clausen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Er stellte dar, welche Fördermöglichkeiten derzeit für Migrantorganisationen existieren.

Als Ergebnis der verschiedenen Vorträge, Berichte und Diskussionen sind folgende Aussagen und Handlungsempfehlungen festzuhalten:

Potentiale von Migrantorganisationen wahrnehmen und stärken

- Die Potentiale und Leistungen von Migrantorganisationen müssen verstärkt wahrgenommen, anerkannt und wertgeschätzt werden. Migrantorganisationen waren schon immer bedeutende Akteure im integrationspolitischen wie im kulturellen Kontext, wurden als solche allerdings oft viel zu wenig ernstgenommen. In den letzten Jahren traten Migrantorganisationen zunehmend auch als bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere in der Jugend- und Bildungsarbeit, aber auch im entwicklungspolitischen Kontext in Erscheinung.
- Viele MigrantInnen aus diesen Organisationen bzw. aus deren Umfeld verfügen über ein enormes Expertenwis-

sen (und zwar nicht nur bezüglich ihres Herkunftslandes). Dieses Wissen gilt es verstärkt wahrzunehmen, zu fördern und einzufordern.

- Migrant*innenorganisationen sollen gezielter und intensiver in Maßnahmen der Willkommenskultur, in Einbürgerungskampagnen und integrationspolitische Aktivitäten eingebunden werden.

Migrant*innenorganisationen strukturell fördern

Die meisten Migrant*innenorganisationen sind gegenüber vergleichbaren nicht-migrantischen Organisationen strukturell benachteiligt: Ihnen fehlen vielfach fest angestelltes Personal sowie Räume als die beiden größten Defizite, die eine perspektivische Weiterentwicklung bereits im Ansatz ausbremsen. Sie verfügen oft über keine Erfahrung in der Einwerbung von Fremdmitteln, ihre Kenntnisse von steuerlichen, buchhalterischen und juristischen Erfordernissen sind meist sehr lückenhaft und schließlich fehlen ihnen auch die „Seilschaften“, die langjährige Vernetzung in maßgeblichen, „hilfreichen“ einheimischen Netzwerken.

Deshalb ist – solange solche strukturellen Benachteiligungen noch die Regel sind – eine gezielte Förderung von Migrant*innenorganisationen notwendig, was niedrigschwellige, MO-kompatible und unbürokratische Antragsmodalitäten erfordert. Zur Kofinanzierung einer solchen Förderung sollte auch ehrenamtliches Engagement als Eigenmittel angerechnet werden können.

Neben einer gezielten Förderung von bürgerschaftlichen Projekten der Migrant*innenorganisationen ist es dringend notwendig, Migrant*innenorganisationen künftig auch strukturell zu fördern, denn:

- Migrant*innenorganisationen benötigen Hauptamtliche, die die vielfältigen Aufgaben und die Verantwortung als Sprecher und „Kümmerer“ ihrer Community übernehmen können („Ehrenamt braucht Hauptamt“). Ohne Hauptamtliche wird es den Migrant*innenorganisationen auch nicht möglich sein, sich an bedeutsamen Vernetzungstreffen – kommunal oder bundesweit – zu beteiligen. Ausschließlich ehrenamtliche Strukturen verhindern gleichberechtigte Partizipation und Repräsentanz.
- Migrant*innenorganisationen brauchen Räume, um Treffen, Projekte und Veranstaltungen organisieren und die Verwaltung durchführen zu können. Das Raum-Problem ist neben dem Fehlen von Hauptamtlichen eines der größten Hindernisse für eine gleichberechtigte Partizipation.
- Weiterer zentraler Förderschwerpunkt sind Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie gezieltes Coaching für ein nachhaltiges Empowerment von Migrant*innenorganisationen.

Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen eingehen und verbessern:

- Ein echter und intensiver Dialog mit Migrant*innenorganisationen wird noch viel zu wenig geführt. Gleichberechtigte Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen sind immer noch die Ausnahme. Erforderlich sind deshalb Dialoganreize, Diskussionsplattformen sowie eine gezielte Förderung von Tandems und Kooperationsprojekten. Dies fördert außerdem die

interkulturelle Öffnung der Migrant*innenorganisationen, potenziert ihr bürgerschaftliches Engagement und befördert eine gemeinschaftliche zivilgesellschaftliche Praxis.

- Bei jeder Art der Kooperationen ist zwingend auf die gleiche Herz- und Augenhöhe zu achten!
- Bei allen Kooperationen, Verabredungen und Angeboten, die sich an Migrant*innenorganisationen richten, ist zu berücksichtigen, dass die meisten Migrant*innenorganisationen ehrenamtlich arbeiten und zeitlich meist nur begrenzte Ressourcen haben.
- Von Seiten der nicht-migrantischen Partner ist eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit eigenen Vorbehalten, Stigmatisierungen und Diskriminierungen erforderlich; Rassismus in der eigenen Organisation gilt es zu erkennen, zu benennen, zu skandalisieren und zu bekämpfen.

Handlungsempfehlungen für Migrant*innenorganisationen

- Migrant*innenorganisationen sollen sich nicht im Sinne einer verkürzten Repräsentationspolitik instrumentalisieren lassen. Stattdessen ist es wichtig, Allianzen zu bilden.
- Viele Migrant*innenorganisationen sind mittlerweile wesentlich offener und stärker interkulturell ausgerichtet, als dies die Öffentlichkeit wahrnimmt. Es gilt, diese interkulturellen Öffnungsprozesse zu fördern und zu verstärken. Für Migrant*innenorganisationen ist es wichtig, die Türen offen zu halten für potentielle Mitglieder aus anderen kulturellen Zusammenhängen. Dabei gilt auch hier: Interkulturelle Öffnung ist ein freiwilliger Prozess, der nicht erzwungen werden kann.
- Migrant*innenorganisationen müssen ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken und professionalisieren, um besser wahrgenommen und ernst genommen zu werden.
- Migrant*innen und damit auch ihre Organisationen und Vereine sollen verstärkt politisch partizipieren – in Gremien, Parteien, Kampagnen und politischen Manifestationen.
- Die Erlangung bzw. Weitervermittlung von interkultureller Kompetenz und von Demokratiekompetenz innerhalb der eigenen Community ist für Migrant*innenorganisationen unerlässlich. Dabei müssen Diskriminierungen und Rassismus auch als Problem der eigenen Community gesehen, als solches benannt und entsprechend bekämpft werden.

Zum Umgang mit der sogenannten „Selbstethnisierung“

- „Selbstethnisierung“ bedeutet zunächst nichts anderes, als dass sich ein Mensch bzw. eine Organisation anhand ihres jeweiligen ethnischen Hintergrunds selbstbeschreibt und diesem Hintergrund eine wichtige, identitätsstiftende Bedeutung zukommt, was prinzipiell (noch) kein Problem und auch kein Grund für Ausgrenzungen darstellen darf.
- Für Migrant*innen sind „geschützte Räume“ sogar sehr wertvoll und wichtig. In solchen „Freiräumen“ können sie sich frei entfalten, entwickeln, aber auch selbstbe-



„Lady, Lady on the Seashore“ von Evgeni Mestetschkin präsentiert am 1. Kongresstag, Anne Wiemann (l.), Evelyn Feser (r.)

stimmt verändern, ihre Identitäten finden, aufbauen und weiterentwickeln. Sie können „Ruhe“ finden vor Stigmatisierungen und Diskriminierungen („Das Türkencafé ist der einzige Ort in der Stadt, in der ich nicht immer nur ‚der Türke‘ bin.“).

- Problematisch wird es, wenn Menschen oder Organisationen sich aufgrund ihres ethnischen Hintergrunds als „etwas Besseres“ betrachten und sich als Nation, Ethnie oder Religion über andere erheben sehen und die „Anderen“ als geringwertiger einstufen (und deshalb womöglich sogar bekämpfen). An diesem Punkt werden Haltung und Handlungen rassistisch, fundamentalistisch oder nationalistisch.
- Mit solchen Organisationen sollte es keine „blinde“ Zusammenarbeit geben. Das religiös-ideologisch-nationalistische Fundament des potentiellen Partners, die Art seiner Beziehungen zu seinem Herkunftsland oder zu anderen internationalen Netzwerken und Organisationen und seine (finanziellen) Abhängigkeiten sollten – soweit dies möglich ist – kritisch hinterfragt werden.
- Es sollte gegenüber solchen „kritischen“ Organisationen jedoch auch zu keiner prinzipiellen Verweigerung einer Zusammenarbeit bzw. eines Dialogs kommen. Vielmehr ist ein offener kritischer Dialog entlang konkreter Streit-

punkte, z. B. über unterschiedliche Demokratieverständnisse, unterschiedliche Werte und pädagogische Ziele, erforderlich. Hierzu ist es aber auch notwendig, selbst klare Standards und Kriterien zu entwickeln – nicht zuletzt in der Jugend- und Bildungsarbeit. Über diese kann dann ergebnisbringend diskutiert oder gestritten werden.

- Denn stets sollte man auch bedenken, dass sich die meisten dieser „selbstethnisierten“ Organisationen in einem Entwicklungsprozess befinden. Es sind meist keine statischen, unveränderbaren Positionen, die diese Organisationen innehaben. Je mehr sie ausgegrenzt werden, umso mehr schotten sie sich ab und umso unveränderlicher und fundamentalistischer werden ihre Positionen. Je mehr Öffnung und je mehr Dialog mit demokratischen, weltoffenen und säkularen Organisationen stattfindet, umso mehr entwickeln sich diese Vereine auch positiv weiter.
- Nicht zuletzt deshalb benötigen Migrantenorganisationen auch Räume der Begegnung, des Dialogs mit anderen, damit Neues entstehen kann. Dies ist kein Widerspruch, sondern ein fruchtbares Spannungsfeld zu den eigenen „geschützten“ Räumen.

Fachforum 4: Erfahrungsbericht

Andreas Rosenthal / Pfadfinder Thalia Theater / Hamburg

Der Pate des Fachforums Rolf Graser, Mitbegründer des Bundesfachkongresses und Geschäftsführer des Forums der Kulturen Stuttgart e.V., gibt zunächst einen Überblick über Inhalt und Ablauf des Workshops. Im Rahmen des Fachforums nimmt er eine Art Doppelrolle ein: als sachverständiger Inputgeber mit großem Erfahrungsschatz aus seiner Arbeit mit Migrantenselbstorganisationen (MSO) und gleichzeitig als Moderator und Diskussionsleiter des Fachforums. Er beschreibt kurz das Spannungsfeld zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und der Selbstethnisierung der MSO. Im zweiten Block sollen konkrete Handlungsvorschläge für betroffene Interessengruppen entwickelt werden. Zunächst starten die beiden ReferentInnen mit ihren Input-Beiträgen.

Dr. Birgit Jagusch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz und hält einen Vortrag zum Thema MSO, der in vier Teile gegliedert ist. Gleich zu Beginn stellt sie klar, dass sie die beiden Eckpfeiler des skizzierten Spannungsfeldes nicht als Pole im Sinne einer simplen Einteilung in gute und schlechte MSO verstanden wissen will. Den die Bandbreite der als MSO zu identifizierenden Organisationen sei zu divers, um einfache Klassifizierungen vornehmen zu können. Nach einem kurzen geschichtlichen Abriss über die Entstehung der MSO in Deutschland durch die ersten Gastarbeiter in den 60er Jahren bis zu Jugendorganisationen der dritten Generation heute, folgt eine Begriffsdefinition des Wortes „Migrant(en)(Selbst)Organisation“. Anhand von Kriterien, wie Funktion, Schwerpunktsetzung, Ausrichtung auf Zielgruppen und Parametern wie Reichweite und Organisationsform zeigt Jagusch Möglichkeiten auf, MSO zu identifizieren und einzuordnen.

Sodann formuliert die Referentin einige Fragestellungen: Fördern die MSO Empowerment oder sind sie nach hierarchischen Beziehungen strukturiert? Sind die Organisationen kooperativ oder abgrenzend? Sind sie mit anderen Organisationen vernetzt? Wie ist ihr Selbst- und Weltverständnis? Handeln sie exkludierend – etwa rassistisch, fundamentalistisch, gewaltförmig – oder offen und inkludierend? Auch die Frage nach den für MSO zur Verfügung stehenden Ressourcen wird gestellt. Hierbei wird vor allem erörtert, ob MSO hauptamtliche oder lediglich ehrenamtliche Strukturen aufweisen, wie die finanzielle Basis aussieht und nicht zuletzt, welche Räume bzw. Einrichtungen zur Nutzung zur Verfügung stehen.

Im Anschluss präsentiert der zweite Referent Bora Ergin gegebene Beispiele für große internationale MSO: den Verband der islamischen Kulturzentren sowie die Gülen-Bewegung. Auf diese Vorlage folgen erste kontrovers geführte Gespräche. Nach welchen Richtlinien solle man über Zusammenarbeit mit oder Förderung von MSO entscheiden? In der Gruppe besteht breiter Konsens darüber, dass MSO grundsätzlich wert zu schätzen sind und eine Förderung und Zusammenarbeit wünschenswert ist. Als Gastgeberland sei man auf die Ressourcen der MSO angewiesen, zweitens

sind MSO längst kein gesellschaftliches Randphänomen mehr. Kurz: Die Frage nach Förderung von MSO ist nicht mehr die nach ihrer Berechtigung, sondern vielmehr die Frage, wie, wo und unter welchen Voraussetzungen sie möglich ist.

Für den zweiten Teil waren weitere Inputs verschiedener MSO sowie das Referat von Svend Clausen zu Förderrichtlinien und dem Förderpraxis der BAMF geplant.

Anschließend war eine Diskussion über die Handlungsempfehlungen zur Förderung der MSO und über Erwartungen an ihre Handlungsfelder vorgesehen. Leider fehlte nach den MSO-Präsentationen die Zeit für eine gezielte Diskussion. Insgesamt stellten sich fünf MSO vor:

- Adolfo Fernández vom Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik e.V.
- Cathy Nzimbu Mpanu-Mpanu-Plato vom Ndwenga e.V. (<http://www.ndwenga-fellbach.de>)
- Jama Maqsudi vom Deutsch-Afghanischen Flüchtlingshilfverein e.V. (<http://www.dafv-stuttgart.de>)
- Zuzanna Krzysztofik vom Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e.V. (http://www.djo.de/cms/front_content.php)
- Meryem D. Çelikkol von der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V. (www.tghamburg.de)

Fachforum 5

Effekte der Globalisierung: Interkulturalität, Vielfalt der (Geschlechter-) Identitäten und Möglichkeiten für ein gemeinsames „Wir“

Es referierten und diskutierten: **Dr. Gerald Faschingeder** (Direktor des Paulo Freire Zentrums, Lektor Universität Wien), **Prof. Dr. Louis Henri Seukwa** (Fakultät Wirtschaft & Soziales der HAW-Hamburg „Interkulturalität und Globalisierung“), **Dr. Kerstin Brandes** (Institut für Kunst und visuelle Kultur, Universität Oldenburg „Kulturelle Identitäten, Gender und die Politik der Bilder“), **Leah Carola Czollek** (Gastdozentin Alice Salomon Hochschule Berlin und Mitbegründerin des Instituts „Social Justice und Diversity“, Fachhochschule Potsdam) Veranstaltungsspaten: **Naciye Demirbilek, Natascha Tomchuk**

Ungleiche Vielfalt im globalen Dorf. Überlegungen zur Zukunft der kulturellen Vielfalt in einer Welt in Schieflage

Dr. Gerald Faschingeder / Direktor des Paulo Freire Zentrums Wien

1. Die Ausgangsthese

Globalisierung erfordere den Umgang mit kultureller Vielfalt, so lautet eine These, die wir in der Beschreibung dieses Fachforums finden. Weitergedacht und weitergesponnen bedeutet dies, dass Globalisierung den eigentlichen Impuls zur Schaffung einer interkulturellen Gesellschaft darstellt. Dies ist damit eine neue Gesellschaft, in Abgrenzung zur alten Form der monokulturellen Gesellschaft. Ein neues Phänomen also.

Als Gegenthese stelle ich dem gegenüber, dass dies so neu nicht ist: Die monokulturelle Gesellschaft ist eigentlich die historische Ausnahme. Sie stellt eine vorübergehende Phase eines besonders erfolgreich durchgesetzten Konzeptes des kulturellen Nationalismus dar: Eine Nation fasst jene zusammen, die über eine gemeinsame Kultur verfügen - oder integriert die Bevölkerung entsprechend in diese vermeintlich gemeinsame Kultur, mit Mitteln der Erziehung, der Sprachpolitik oder auch der Disziplinierung, Dressur und Repression. Kultureller Nationalismus ist immer auch eine Form des Imperialismus.

Monokulturalismus als Leitidee können wir historisch ansetzen für die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich die Romantik geistesgeschichtlich durchsetzte, bis zum Ende des 20. Jahrhunderts (1989). Doch diese Idee war immer mehr Programm als Realität. Nimmt man Wien um 1900 als Beispiel, dann sieht man, dass damals ein Großteil (53,6 Prozent) der Bevölkerung nicht in Wien geboren war (darunter 24,5 Prozent aus Böhmen und Mähren). Heute haben 38,8 Prozent der Bevölkerung einen "Migrationshintergrund". (Im Übrigen sehen wir schon hier die Schwierigkeiten, die in der unterschiedlichen statistischen Erfassung der Messgrößen liegen: Die erste Zahl bezieht sich auf Menschen, die außerhalb der Stadt geboren waren und die zweite auf Menschen, die selbst oder deren Eltern außerhalb des Landes geboren wurden.)

Was ist nun das Neue, was ist wirklich anders? Neu ist weniger das empirische Phänomen als das Bewusstsein davon: Die Kategorien sind in Unordnung geraten. Identität

wird im Plural gedacht, sie wurde zur Gestaltungsfrage und Verhandlungssache. Was ist heute ein "echter Wiener"? In welche Identität sollen sich die "integrationswilligen" MigrantInnen in Hamburg hinein integrieren? Wenn ich hier an die Kategorisierung von Henry Louis Seukwa anschließen darf, der "Integration als Hybridisierung" als ein Drittes Integrations-Modell beschrieben hat, dann ist dazu anzumerken, dass Hybridität die Ausrichtung des neuen kulturellen Entwurfes offen lässt. Das hat etwas Positives, denn es ermöglicht viel Freiheit; es hat aber auch etwas Beunruhigendes, da diese Offenheit durchaus verunsichern kann.

2. Wird die Welt ein Dorf?

Wie stellt sich nun die Frage der kulturellen Globalisierung auf globaler Ebene dar? Wird die Welt ein Dorf? Es gibt zwei Antworten auf diese Frage: ja und nein. Zunächst zum Ja. Hier gibt es zum einen die These, die auch eine weit verbreitete Sicht darstellt: Kulturen werden einander immer ähnlicher. Es kommt zu einer globalen Vereinheitlichung von Kultur. Die Soziologie spricht hier von der Konvergenzthese (vgl. Kolland 2010:15). Ein illustratives Beispiel dafür ist das Sprachensterben. Von den ca. 6.000 heute gesprochenen Sprachen wird laut UNESCO-Schätzung die Hälfte bis 2100 ausgestorben sein (vgl. UNESCO 2012a). Gleichzeitig vermag sich das Englische immer stärker als globale Kommunikationssprache durchzusetzen. Medien, die Filmwelt und auch das Internet spielen eine wichtige Rolle als globale Normierungsräume.

Interkulturelles Lernen könnte in dieser Hinsicht so gedeutet werden, dass es um ein Lernen zwecks Erhöhung globaler Kommunikationsfähigkeit geht; die SchülerInnen mögen sich an die globale Angleichung anpassen und dabei auf den Durchbruch der Globalkultur warten. Tatsächlich läuft die Praxis des Mainstreams in den Bildungsinstitutionen darauf hinaus: Sprachvermittlung wie auch Curricula wollen für die globale Gesellschaft bzw. den globalen Wettbewerb "fit" machen. In Wien gibt es "Global Learning"-Schools, die nichts mit dem (alternativen) pädagogischen Konzept des

Globalen Lernens zu tun haben, sondern die GrundschülerInnen in Englisch unterrichten. Interkulturelles Lernen, so empfiehlt es sich, sollte verpflichtend das aufmerksame Konsumieren von US-Serien, die Nutzung von Markenartikeln, die Facebook-Teilnahme etc. vorsehen.

Doch zu dieser pragmatischen und hier etwas sarkastisch formulierten These gibt es eine Gegenthese: Ganz so einfach ist es nicht, der Prozess verläuft komplexer. Auch wenn die Menschen immer mehr zu ähnlichen Konsumgütern greifen, gibt es keine Konvergenz in deren Nutzung. Die Interpretation eines Konsumgutes erfolgt nicht einheitlich. Statt Konvergenz also Divergenz.

Eine bekannte Untersuchung dazu stammt aus dem Ende der 1980er Jahre. Die israelischen SozialwissenschaftlerInnen Tamar Liebes und Elihu Katz (1993) haben die Rezeption der US-Fernsehserie „Dallas“ in Israel anhand von vier Gruppen untersucht und dazu auch zwei Vergleichsgruppen in Kalifornien sowie in Japan einbezogen. Die Ergebnisse illustrieren die These, dass ein und dasselbe Angebot doch recht unterschiedlich interpretiert wird.

Arabische Israelis und marokkanische Juden sahen die TV-Serie in getrennten Frauen- und Männergruppen an und betrachteten sie als unvereinbar mit ihren Wertevorstellungen. In Kibbuzim lebende Israeli sowie die Vergleichsgruppe in den USA wahrten kritische Distanz zur Handlung und tendierten dazu, die Schachzüge der ProtagonistInnen psychoanalytisch zu interpretieren. In Israel lebende russische EmigrantInnen wussten hingegen, dass alles Propaganda sei und suchten nach den versteckten Botschaften. Die Vergleichsgruppe in Japan bestand hingegen nicht lange, da die Serie aufgrund von Erfolglosigkeit dort bald abgesetzt wurde (Breidenbach/Zukrigl 2000).

Ähnlich divergierend sind Konsum-Muster auch in anderen Bereichen. Fastfood ist nicht gleich Fastfood, trotz aller Uniformierung der Herstellung. Der Besuch bei McDonald's und Co. kann sozial sehr unterschiedlich gewertet werden. In Frankreich gibt es die Formulierung von der "Malbouffe", dem miesen Essen für Menschen mit schlechtem Wissen über gesunde Ernährung, also Angehörige der Unterschicht. Oder ist McDonald's doch Teil des Habitus einer privilegierten Klasse? In Indien ist McDonald's teuer, nicht allen zugänglich. Und auch in Wien läuft der Prozess der "McDonaldisierung" der Gesellschaft komplexer: Jugendliche verschiedener sozialer Schichten gehen ins Fastfood-Lokal und entfalten dabei eine eigenständige Jugendkultur. Mitunter werden damit Protest und Abgrenzung vom Elternhaus zum Ausdruck gebracht, und dies in ausgesprochen konformen Bahnen.

In theoretischer Hinsicht wird hier von Hybridisierung gesprochen: Kulturelle Begegnung und der permanente kulturelle Wandel führen zur Schaffung von etwas Neuem, einer globalen Mélange. So kommt es weder zu einer allmählichen Angleichung aller Kulturen in einer einheitlichen Weltkultur, noch zu einem völligen Auseinanderklaffen der Kulturen, die sich in Folge kaum mehr verständigen können, sondern zu einer Mischung, zur Hybridisierung eben.

3. Identität & Macht: Die Frage nach der Hegemonie

Kultureller Wandel - und damit die Antwortsuche auf die Identitätsfragen, um die es bei dieser Tagung ja auch geht - erfolgt nicht neutral, nicht zufällig. Vielmehr spiegeln sich in kulturellen Prozessen durchaus auch Machtverhältnisse

und Kämpfe um Hegemonie (Faschingeder/Kolland/Wimmer 2003). Wir dürfen nicht vergessen, dass Kultur kein Ding ist. Über Kultur zu reden, ist so sinnvoll, wie über Politik und Ökonomie zu sprechen: Es handelt sich hier um analytische Kategorien, die sich erst im 18. Jahrhundert herausgebildet haben, aber doch eine wichtige Hilfe sein können, die Wirklichkeit besser zu verstehen. Kultur fragt gewissermaßen nach der Form sozialer Prozesse, einerseits in deren Oberflächlichkeit, andererseits in deren tieferer Bedeutung und Sinnggebung. Kultur ist ein ausgesprochen vielgestaltiger und mehrdeutiger Begriff.

Ich möchte an dieser Stelle auf ein Beispiel verweisen: Rassismus kann als eine kulturelle Haltung verstanden werden. Sie gibt sozialen Begegnungen Form, sie verschafft Bedeutung. Aber Rassismus hat auch mit Macht und Ausgrenzung, mit Kolonialismus und mit aktuellen sozialen Schieflagen zu tun. Rassismus kann kulturell analysiert werden, aber auch politisch und/oder ökonomisch. Wir haben gestern im Vortrag von Naika Foroutan gehört, wie stark rassistische Haltungen hinter dem scheinbar so nüchternen Migrations-Diskurs stehen. Hier geht es um Fragen der Hegemonie, die in kulturellen Formen ihren Ausdruck findet. Identität und die Macht der kulturellen Konventionen werden auf globaler Ebene vor allem über die Medien verhandelt. Da gibt es freilich ein breites Spektrum an AkteurInnen und medialen Formen - von der Tagespresse über Film und Fernsehen bis zum Internet. In all diesen Bereichen besteht eine harte Konkurrenz zwischen den Beteiligten. Diese kann rein marktwirtschaftlich interpretiert - oder aber als Ringen um Hegemonie zwischen unterschiedlichen politischen Gruppen verstanden werden. In der globalen Filmwirtschaft lässt sich das Ringen um Hegemonie zwischen dem US-Kino und dem europäischen bzw. vor allem dem französischen Film beobachten. Spannend ist aber auch das Verhältnis zwischen Hollywood und Bollywood, also der US-Filmindustrie und der indischen Filmproduktion. Die UNESCO-Website listet detailliert auf, wieviele Filme in welchem Land erzeugt wurden. Die durchschnittliche Filmproduktion pro Jahr wird für die Jahre 2005 bis 2009 folgendermaßen angegeben (UNESCO 2012b):

Indien: 1.178 / Nigeria: 1.093 / USA: 554 / China: 379
Frankreich: 228 / Philippinen: 91 / Brasilien: 68
Ägypten: 42.

Die Produktion von Filmen ist weltweit höchst ungleich verteilt; es werden nicht unbedingt Filme aus jenen Ländern am stärksten rezipiert, die die meisten Filme machen. Hier kommt es auch zu einem interessanten Süd-Süd-Austausch, der im Norden wenig wahrgenommen wird, wenn etwa brasilianische Telenovelas in Saudi-Arabien oder ägyptische Serien auf den Philippinen ausgestrahlt werden.

4. Ein Projektbeispiel: Vielfalt der Kulturen - ungleiche Stadt

Das Ringen um Hegemonie auf globaler Ebene spielt sich auch auf lokaler Ebene ab. Im Sinne des oben besprochenen Prinzips der Hybridität werden die Konflikte der Makroebene nicht einfach so auf der Mikroebene reproduziert, sondern in variiert Form dort neu inszeniert. Die Auseinandersetzung mit Fragen von Sinn und Bedeutung findet im Wien des beginnenden 21. Jahrhunderts im Kontext von Migration, Diversität und der zuletzt zunehmenden sozialen Ungleichheit statt. Dies sind Effekte der Globalisierung, die

lokal verarbeitet werden.

Ich möchte nun ein Projekt vorstellen, in dem sich diese Realitäten wiederfinden und das vom Paulo Freire Zentrum in den letzten beiden Jahren durchgeführt wurde (Novy/Habersack 2010). Es handelte sich um eine Kooperation mit zwei Schulen im 18. Wiener Gemeindebezirk, bei der es darum ging, SchülerInnen an sozialwissenschaftliche Forschung heranzuführen. Thema waren die eigene Lebensrealität (im Sinne des Globalen Lernens: vom Eigenen ausgehend das größere Ganze, das Globale zu verstehen). Wissenschaftlich formuliert: Es sollten Alltagsstrategien der Mädchen und Buben aus ihren eigenen Perspektiven, als forschende Subjekte erkundet werden. Wir zielten dabei auch auf eine Erweiterung dieser Strategien ab: Ermächtigung, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung der eigenen Bildungs- und Erwerbsbiographie.

Diese beiden Schulen stellen einen sozialen Kosmos dar:

- Bundesgymnasium Wien 18 (kurz: BG 18): Diese Schule wird von Angehörigen der Mittelschicht besucht, die zum Teil aus Familien kommen, die sich als ÖsterreicherInnen seit Generationen fühlen. Dazu kommen aber einige MigrantInnen, allerdings aus gehobener sozialer Position, insbesondere Diplomatinkinder und Kinder bzw. Jugendliche aus sehr bildungsbewussten migrantischen Familien.
- Kooperative Mittelschule Wien 18 (kurz: KMS 18): Diese Schule, die einfacher als Hauptschule bezeichnet werden könnte (es gab in Wien einige Reformen des Hauptschulwesens, deren Kern im Wesentlichen aber die bloße Umbenennung des Schultyps geblieben ist), wird von SchülerInnen besucht, die zu 99 Prozent nicht-deutscher Muttersprache sind und Migrationshintergrund haben.

Die Pointe der Zusammenarbeit mit diesen beiden Schulen im Rahmen des Projektes ist, dass die beiden Schulen unmittelbar nebeneinander liegen. Es sind gerade einmal 50 Meter von einem zum anderen Eingang, und doch hatten die Schulen in der Vergangenheit so gut wie keinen Kontakt. Sie werden von Angehörigen getrennter sozialer Welten besucht. Vielleicht drängt sich hier der Begriff "Parallelgesellschaften" auf.

Die Alltagsstrategien der SchülerInnen wurden im Sinne von Pierre Bourdieus Konzept des Habitus erfasst: Es ging hier um den Ausdruck einer sozialen Position, eines klassegebundenen Habitus, den es zu erfassen galt. Insbesondere der Blick auf die eigene Bildungsbiographie sowie die Wünsche und Visionen für das eigene spätere Erwerbsleben finden sich im Habitus eingebettet.

Im Rahmen des Projektes wurden verschiedenste Aspekte der Alltagsstrategien der beteiligten Jugendlichen untersucht. Für den Endbericht haben wir das Beispiel des Freizeitverhaltens herausgegriffen, da sich daran sehr anschaulich die divergierenden Strategien der SchülerInnen der beiden Schulen aufzeigen lassen. Freizeitverhalten ist auch ein Teil der Alltagskultur, auf den das Diktum der Cultural Studies, "culture as ordinary" (Raymond Williams) zu betrachten, besonders anschaulich zutrifft: Kultur ist alltagsprägend.

Einer der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen im Projekt, Sebastian Howorka, hat dazu acht narrative Interviews qua-

litativ ausgewertet. Hier ist zu beachten, dass qualitative Sozialforschung niemals auf Repräsentativität abzielt, daher nicht aus diesen Angaben auf das Freizeitverhalten aller Jugendlichen in Wien geschlossen werden kann. Grafisch zusammengefasst hat Howorka seine Analysen in einer Tabelle (Howorka 2012:26): Im Bereich unterhalb einer strichlierten roten Linie stehen jene Aktivitäten, die von den interviewten SchülerInnen des BG 18 ausgeübt werden; im Bereich oberhalb eines durchgehenden grünen Striches jene, die von den interviewten SchülerInnen der KMS 18 betrieben werden.

Ins Auge springen dabei zwei Aspekte: Erstens üben die SchülerInnen des BG 18 schlichtweg mehr Aktivitäten aus als jene der KMS 18. Dies bedeutet eine Einschränkung für KMS-SchülerInnen. Zweitens haben nur die interviewten BG-SchülerInnen an institutionalisierten Aktivitäten teil. Hier zeigt sich, dass Angehörige benachteiligter Familien von der institutionellen Teilnahme oft ausgeschlossen sind oder zumindest Zugangsbarrieren bestehen, die eine gleichberechtigte Teilhabe erschweren. Aus diesem Grund fordert Mark Terkessidis in seinem Konzept von Interkultur, dass Institutionen im Hinblick auf Diversität barrierefrei gemacht werden sollen (Terkessidis 2010).

Mit Blick auf die in unserem Projekt beobachteten Formen des Freizeitverhaltens ist zu fragen, wer eigentlich in einer "Parallelgesellschaft" lebt. Sind es wirklich jene MigrantInnen, die sich um die Moschee-Gemeinde versammeln und sich in türkischer Sprache unterhalten? Oder sind es doch jene Sprösslinge aus der Mittelschicht, die in ihrer Freizeit die Tanzschule frequentieren und später gut geübt ihre informellen Vernetzungsaktivitäten auf den Bällen der oberen Mittelschicht betreiben können? Der Begriff Parallelgesellschaft muss relativiert werden: Er drückt eine Beziehung aus, eine Relation zu einem angenommenen Zentrum, an dem vorbei gelebt wird. Wer aber ist das Zentrum der Gesellschaft heute? Jene, die andere von der Teilhabe an ihren Netzwerken und Institutionen ausschließen?

In diesem Sinn ist die Frage zu stellen, wie die Befunde zu interpretieren sind. Wir können sie kulturell lesen: KMS-SchülerInnen mögen einfach andere Freizeitaktivitäten als BG-SchülerInnen; sie praktizieren eine andere Kultur. Das ist die Oberfläche des sozialen Daseins, und auf dieser Oberfläche werden Differenzen durch abweichende Praxen artikuliert. Ich denke aber, dass eine rein kulturelle Lektüre zu kurz greift; wir brauchen auch eine soziale, eine ökonomische und politische Interpretation: Die Freizeitkultur der BG- und der KMS-SchülerInnen unterscheidet sich deshalb, weil sie über unterschiedliche Ressourcen verfügen: die BG-SchülerInnen über mehr finanzielle Ressourcen als die KMS-SchülerInnen. Auch andere Kapitalformen, wie sie Bourdieu unterscheidet, sind ungleich verteilt: Soziales wie auch kulturelles Kapital ist bei den BG-SchülerInnen ungleich stärker vorhanden. KMS-SchülerInnen sind diesbezüglich unterausgestattet. Dies ist Ausdruck ihrer sozialen Position: benachteiligt und marginalisiert.

Im Kern geht es in all diesen Analysen um soziale Asymmetrien. Was sich als (kulturelle) Vielfalt darstellt, ist eigentlich (soziale) Ungleichheit. Diese spiegelt sich im Bildungssystem wider, sie wird aber auch von diesem organisiert. Bildung ist ein System der Allokation sozialer Positionen, denn hier finden Zuweisungen statt, hier wird über weitere Biografien entschieden. Unterschichtskinder – darunter viele

MigrantInnen – kommen in die KMS, Mittelschichtskinder – darunter deutlich weniger MigrantInnen – in das Gymnasium. So wirkt die Institution Schule an der Organisation der Klassengesellschaft mit – wiewohl Schule gleichzeitig ein bedeutender Integrationsort des Sozialen bleibt, denn noch weit größer wäre die Kluft, gäbe es die Schule nicht. Handlungsspielräume zu erweitern wird hier zum politischen Akt, weil es soziale Relationen in Frage stellt. Dies kann zu Ärger führen, weil es nicht alle gerne sehen, wenn auch Unterschichts-Kindern sozialer Aufstieg ermöglicht wird. Es kann aber auch soziale Frustration auslösen, denn die Angehörigen der Unterschicht werden sehr wirksam am Aufstieg gehindert.

Zitierte Literatur: Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt: Sonderband 2). Göttingen: Schwartz. S. 183-198.

Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (2000): Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. Faschingeder, Gerald/Kolland, Franz/Wimmer, Franz Martin (2003): Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik? Promedia/Südwind: Wien (= Historische Sozialkunde/IE 21).

Howorka, Sebastian (2012): „Die Freiheit tun zu können was ich will“. Vielfalt und Ungleichheit am Beispiel der Raum- und Zeitznutzung der SchülerInnen zweier Wiener Schulen. In: Endverwendungsnachweis zum Sparkling Science Projekt SPA / 02 – 068 / Ungleiche Stadt. Wien. S. 4-55. (Im Erscheinen als ie-Workingpaper unter <http://ie-workingpaper.univie.ac.at/>)

Kolland, Franz (2010): Grundlagen einer Soziologie der Globalisierung. In: Kolland, Franz / Dannecker, Petra / Gächter, August / Suter, Christian (2010, Hg.): Soziologie der globalen Gesellschaft. Eine Einführung. Wien: Mandelbaum. S. 13-49.

Liebes, Tamar/Katz, Elihu (1993): The export of meaning. Cross-cultural readings of Dallas. Cambridge: Polity Press.

Novy, Andreas/Habersack, Sarah (2010): Wissensallianzen für "Eine Stadt für Alle – in ihrer Verschiedenheit". In: *dérive* - Zeitschrift für Stadtforschung 40/41. S. 178-183.

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Berlin: Suhrkamp.

UNESCO (2012a): Atlas of the World's Languages in Danger. <http://www.unesco.org/culture/languages-atlas/>, 15.11.2012

UNESCO (2012b): Average national film production. <http://www.uis.unesco.org/culture/Documents/average-film-production-2009.xls>, 15.11.2012.



Dr. Gerald Faschingeder



Naciye Demirbilek

Globalisierung und Interkulturalität: Minimale Bemerkungen zur Bedeutung des Kategorienpaars für ein Solidarzusammenleben.

Prof. Dr. Louis Henri Seukwa / Fakultät Wirtschaft & Soziales der HAW Hamburg

Ich wurde gebeten in diesem Fachforum die Diskussion mit einem dreißigminütigen Input zum Thema Globalisierung und Interkulturalität anzuregen. Dieser Aufgabe möchte ich angesichts der Breite des Themas durch eine Fokussierung auf zwei damit einhergehende bedeutsame Phänomene nachgehen, nämlich dem Phänomen der Exklusion und dem der Hegemonie, also der Herrschaft. Dieser hegemoniale und exklusionsproduzierende Umgang mit kultureller Diversität lässt sich m.E. exemplarisch gut entlang der Integrationsmodelle darstellen, die in einer Migrationsgesellschaft wie die Deutschlands praktiziert werden. Dabei scheint mir insbesondere die Frage interessant, wie ein Solidarzusammenleben in kultureller Vielfalt und Differenz gelingen kann – trotz der im Zeitalter der Globalisierung immer wiederkehrenden nationalistischen Reflexe und ihren kulturellen Homogenisierungstendenzen mit exkludierenden Effekten für als „fremd“ etikettierte Kulturen. Argumentativ möchte ich mich in vier Thesen an die Beantwortung dieser Frage herantasten.

These 1: Globalisierung und Interkulturalität lassen sich historisch und phänomenologisch nicht trennen

Wenn wir von zweierlei ausgehen: erstens von einer Definition der Globalisierung als einem genuinen Prozess der menschlichen Okkupation und Aneignung unseres Globus, also als Bevölkerungsprozess unserer Erdkugel, und zwei-

tens Interkulturalität als Begegnung der Kulturen definieren, dann können folgende Evidenzen festgestellt werden:

Historisch betrachtet ist die Globalisierung kein neues Phänomen, das erst mit der Liberalisierung auf planetarer Skala der Wirtschaft und Finanzmärkte am Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts begonnen hätte. Globalisierung fängt schon mit der Entdeckung der – aus der Perspektive des Entdeckers – sogenannten Fremdkontinente und neuen Welten an, mit ihrer Eroberung und Kolonisierung. All diese Ereignisse haben zur mehr oder weniger dauerhaften Begegnung und Interaktion von Menschen geführt, die sich unterscheiden in ihrer geographischen Lokalisierung und ihrer historischen Entwicklung, also auch ökonomisch, sozial, politisch, religiös, kulturell etc.

Neu an der Globalisierung in seiner uns heute bekannten Erscheinungsform sind jedoch die Beschleunigung und Intensivierung dieser Begegnungen sowie das erhöhte Bewusstsein über die dadurch entstandene kulturelle Diversität. Sie ist einerseits Folge der Komprimierung von Raum und Zeit – dank beeindruckender Entwicklungen der Kommunikation- und Transporttechnologien. Und andererseits ist sie das Ergebnis der wachsenden Migration und der Fluchtbewegungen in Folge von globalem, strukturellem Ungleichgewicht zu Ungunsten der sog. Süd- oder Entwicklungsländer.

Interkulturalität verstanden als Begegnung der Kulturen ist

in jeder menschlichen Gesellschaft immer vorhanden, unabhängig von transnationalen Migrationsphänomenen. Denn eine überlebensfähige Gesellschaft kann prinzipiell nicht homogen, sprich monokulturell sein.

Die Vielfalt der Subkulturen, seien sie politische Kulturen, Wissenschaftskulturen, religiöse Kulturen, ökonomische Kulturen, Arbeitskulturen, künstlerische bzw. ästhetische Kulturen, Sprachkulturen, Schicht-, Milieu- oder Klassenkulturen etc., ist funktional bedeutsam. Diese Vielfalt der Kulturen drückt die Vielfalt der Lösungen aus, die die Mitglieder einer Gesellschaft entwickeln konnten, um die ebenso vielfältigen Herausforderungen ihrer natürlichen und sozialen Umgebung für eine bestimmte Zeit zu bewältigen.

Die Assimilation ist von daher nie die Assimilation in einer einheitlichen Nationalkultur (denn es gibt sie nicht) sondern sie ist die Integration einer der kulturellen Eigenschaften eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen in einem Teil oder einer Subkultur einer Gesellschaft. So ist beispielsweise die Gleichsetzung des Erwerbs der deutschen Sprache mit „Integration“ begrifflich und faktisch problematisch. Denn erstens besteht ein Individuum aus mehreren kulturellen Identitäten, die auf Sprache, Religion, sexuelle Orientierung, Schicht und Milieu, Alter etc. bezogen sein können. Zweitens ist eine Gesellschaft sprachlich nie monolingual - und dies unabhängig vom Faktor Migration. Es gibt anders formuliert nicht „die deutsche Sprache“, die alle Neuankömmlinge in Deutschland lernen müssen, um integriert zu sein. Empirisch lassen sich eine Vielfalt von deutschähnlichen Sprachen beobachten, die in verschiedenen Lebenswelten und kulturellen Milieus gesprochen werden. Ihre Beherrschung ist eine Voraussetzung, um in diesen kulturellen Milieus sprachlich kommunikativ handlungsfähig zu sein (Beispiele: Deutsch am Arbeitsplatz, in verschiedenen Familien, an Hochschulen etc.).

Es versteht sich von selbst, dass sich die Interaktion zwischen Kulturen potenziert mit der Globalisierung und der damit einhergehenden Möglichkeit einer Beschleunigung der Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft, ergo unterschiedlicher kultureller Provenienz.

Globalisierung multipliziert Vielfalt; sie addiert sie nicht, denn es gibt keinen Null-Faktor. Es gibt historisch betrachtet keine monokulturelle Gesellschaft. Diese Tatsache kann nicht genug betont werden. Was die durch die Globalisierung ausgelösten Prozesse der physischen Annäherung und Begegnung kennzeichnet, sind also die Potenzierung, das Multiplizieren dieser Vielfalt sowie ein erhöhtes Bewusstsein davon.

These 2: Kulturen unterscheiden sich nicht durch ihre Funktion, sondern durch ihren Wert.

Dieser Wert ist immer gesellschaftsabhängig, d.h. immer abhängig vom sozialen Kontext, in dem die Kultur entwickelt wurde. Die Kontextabhängigkeit des kulturellen Wertes führt dazu, dass die Aushandlung des Kurses als die Bestimmung des kulturellen Wertes in Migrationsgesellschaften mit konkurrierenden Kulturen stets Anlass von Kämpfen ist. Diese Kämpfe lassen sich im deutschen Kontext m.E. am besten durch den Umgang mit der migrationsbedingten kulturellen Vielfalt darstellen. Eine genauere Betrachtung der Praktiken, die unter den Begriff Integrationsmodelle subsumiert werden, macht die Rationalität deutlich, auf der die

Modalitäten des Einbezugs von als „fremd“ definierten Kulturen in die Funktionssysteme der deutschen Gesellschaft basieren. Sie geben uns anders formuliert Auskunft über die Deutung und die Reaktion Deutschlands auf Migrationsphänomene sowie die dadurch entstandene kulturelle Pluralität. Diese Integrationsmodelle, basierend auf der von Paul Mecheril (2004) erstellten Systematisierung, die ich jetzt darstellen möchte, sind: erstens die Integration durch Assimilation, zweitens die Integration durch Anerkennung der Differenz und drittens die Integration durch Anerkennung des Mehrwertigen.

Integration durch Assimilation: Sie besagt, dass die Integration des Migranten nur gelingt, wenn dieser sich gänzlich an die Bedingungen und Verhältnisse der Aufnahmegesellschaft angepasst und sich auch mit dieser emotional identifiziert hat. Dem Modell liegt ein defizitärer Ansatz zugrunde, denn es geht davon aus, dass die mitgebrachten sprachlichen, religiösen und kulturellen Eigenschaften der Migranten bedeutsame (wenn sie von denen Deutschlands divergieren) Hindernisse für ihre Integration bilden. Diese für die Integration des Ausländers aus seinem Herkunftsland mitgebrachten kulturellen Hindernisse müssen deshalb durch den Assimilationsprozess beseitigt werden, um seine Integration zu ermöglichen.

Harmut Esser (1980) unterscheidet in dem Assimilationsverlauf idealtypisch vier Stufen: Erstens die kognitive Assimilation. In diesem ersten Stadium übernimmt der Migrant die kulturellen Eigenschaften, Verhaltensnormen und Kommunikationscodes und verfügt vor allem über Sprachkenntnisse in der dominanten Sprache des Aufnahmelandes. Den zweiten Schritt stellt die strukturelle Assimilation dar. Hier geht es vor allem um die berufliche und arbeitsmarktbezogene Integration der Migranten, ihre Partizipation an Institutionen und Organisationen des Aufnahmelandes. Die dritte Stufe bildet die soziale Assimilation, die sich durch intensive Kontaktsuche und fleißige Beziehungsarbeit zu den sog. „Einheimischen“ kennzeichnet. Am Ende des idealtypischen assimilativen Integrationsprozesses steht die identifikative Assimilation, die zum Ausdruck bringt, dass der Einwanderer eine neue Identität entwickelt hat. Er hat eine intensive emotionale Beziehung zum Aufnahmeland aufgebaut mit der Folge, dass er sich nicht mehr als Fremder, sondern als Einheimischer versteht und fühlt.

Grundlegend für den assimilativen Integrationsprozess ist ein Verständnis von Migration als Immigration, d.h. als Kontextwechsel mit dem Ziel, sich, wenn nicht definitiv, so doch dauerhaft in einem neuen Land aufzuhalten. Assimilation sorgt also dafür, dass das neue Land auch zur neuen Heimat wird. Jenseits der zugrundeliegenden defizitären Perspektive auf Migrantenkulturen verbinden sich etliche Probleme mit dem assimilativen Integrationsansatz, von denen ich nur drei für unser Thema bedeutsame erwähnen möchte:

- Assimilation, ob als Forderung oder als Beschreibung eines unvermeidlichen Prozesses, bestätigt Dominanzstrukturen, die den Einwanderern einen hohen Aufwand disziplinierender Transformation abverlangen, und kann bei den Betroffenen kontraproduktive Effekte wie Verweigerungen etc. bewirken.
- Assimilationsansätze sind einwertige Ansätze, die Phänomene von Vermischung und Mehrfachzugehörigkeit

nicht thematisieren. Gerade solche Phänomene aber spielen in heutigen Migrationsgesellschaften eine große Rolle.

- Assimilationsansätze gehen nicht systematisch auf die rassistische Struktur von Aufnahmegesellschaften ein. Dadurch verkennen diese Ansätze, dass vollständige Eingliederung unter Bedingungen des Rassismus nur für bestimmte Zuwanderer möglich ist. Die „imaginäre“ physiognomisierte Grenze zwischen „Wir“ und „Nicht-Wir“, an der der Einbezug scheitern muss, wird vernachlässigt.

Integration durch Anerkennung der Differenz

Dieser Ansatz, der auch multikultureller Ansatz genannt wird, geht von der Feststellung einer migrationsbedingten Pluralität Deutschlands aus – jenseits der offiziellen politischen Selbstbezeichnung des Landes als Ein- bzw. Zuwanderungsland. Mit dem Begriff multikulturelle Gesellschaft, der sich in den 1980er Jahren in der deutschen Öffentlichkeit eingebürgert hat, verband sich der Versuch, die Realität einer deutschen Gesellschaft zu beschreiben, die nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft und unübersehbar aus unterschiedlichen „kulturellen“ Gruppen, aus Einwanderergruppen und der Majoritätsgruppe zusammensetzt. Hierbei war und ist der Ausdruck der multikulturellen Gesellschaft als eine Bezeichnung zu verstehen, die kulturelle und ethnische Pluralität nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern diese auch ausdrücklich bejaht.

Normativer Ausgangspunkt der Debatte war dabei die deutliche Abgrenzung von Assimilationsansätzen. Stattdessen drückte diese Debatte sich durch eine starke Affirmation der Vielfalt kultureller Lebensformen und Identitäten aus. Während es dem Assimilationismus um die Auflösung von Differenzen in einem Integrationsmodell geht, das den Vorrang der Lebensform der Nicht-Migranten bestätigt, so macht der Multikulturalismus gewissermaßen die gegenteilige Perspektive stark, nämlich die Anerkennung von kulturellen Identitäten, auch und gerade der allochthonen Minderheiten.

Die Forderung nach Sensibilität für kulturelle Differenzen, also die Position, dass es wichtig sei, unterschiedliche kulturelle Identitäten in der Integrationsarbeit zu respektieren und diese als wertvolle Ressource sowohl für den Migranten als auch für die Mehrheitsgesellschaft zu betrachten, ist eine der wichtigsten Spuren, die der Multikulturalismus in der Debatte um die gesellschaftliche Integration von Migranten in Deutschland hinterlassen hat.

Nach einer ersten Euphorie, im Zuge derer der Ausdruck „multikulturelle Gesellschaft“ eher naiv benutzt wurde, sind schnell etliche Probleme benannt worden, die sich mit dem Begriff verbinden: Zwei davon, nämlich die Kulturalisierung von Differenzen und die strukturelle Blindheit, sind in unserem Zusammenhang nennenswert.

Kulturalisierung von Differenzen: Mit dem Fokus auf „Kultur“ und „Identität“ wird der Minderheitenangehörige erstens zu jemandem, dessen „Wesen“ kulturell bestimmt ist. Es findet eine Essenzialisierung von kultureller Identität statt, die verschiedene Aspekte verkennet wie: den Umstand, dass Gruppen erst durch die Vorstellung, dass es diese Gruppen gebe, erschaffen werden; die Spielräume von Menschen, sich von Zugehörigkeiten abzusetzen; die multi-

dimensionale Beschaffenheit des gesellschaftlichen Raumes (etwa: Rasse, Klasse, Geschlecht etc.), in dem sich Einzelne verorten und in dem sie verortet werden.

Strukturelle Blindheit: Die zweite Kritik am Multikulturalismus ist, dass er durch die Fokussierung von kultureller Identität die Verschleierung von strukturell bedingter Benachteiligung bewirkt.

Integration durch Anerkennung des Mehrwertigen

Dieses Integrationsmodell geht von der Tatsache der Transmigration aus. Mit dem Ausdruck wird ein in gegenwärtigen Zeiten verbreiteter Typ von Migration bezeichnet, der sich dadurch auszeichnet, dass das faktische und symbolische Wandern eine dauerhafte „Daseinsform“ darstellt. Transmigranten sind national grenzüberschreitende Pendler. Sie leben und arbeiten auf Dauer plurilokal: mal hier, mal dort, mal anderswo innerhalb eines neuen, hybriden und in gewisser Hinsicht kosmopolitanen sozialen Raumes. Personen, die in transnationalen Räumen leben, sind gleichzeitig mehreren nationalen Kontexten verbunden. Sie entwickeln folgerichtig dadurch auch hybride Formen von kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identitäten etc., in denen Mehrfachzugehörigkeiten sich zu einem lebhaften Identitätsraum formieren. Dabei ist entscheidend, dass die wechselnden Aufenthalte nicht einfach durch „gescheiterte Immigrationsversuche zu interpretieren“ sind, sondern sie bilden das Selbstverständnis und das Handeln der Transmigranten. Die Existenz transnationaler Räume und hybrider Identitäten zeigt in gewisser Weise, dass plurale Identität durchaus ein Normalfall sein kann und zunehmend in einer globalisierten Welt angenommen werden muss. Die auch in Deutschland zwar langsam und mild, aber deutlich feststellbare Zuwendung der Integrationsakteure zu hybriden Identitätsformen und Mehrfachzugehörigkeiten ist nicht zuletzt deshalb begrüßenswert, weil die diesen Formen der Identitäten zugrundeliegende Kreuzung und Vermischung nicht nur über ein kreatives, sondern auch über ein Rassismus-kritisches Potential verfügt.

Diese Integrationsmodelle spiegeln im Endeffekt den realen und symbolischen Kampf wider um die Deutungshoheit über die Legitimität von Kulturen und ihrer Möglichkeit öffentlich zu existieren, sich zu artikulieren und sich somit auch den Zugang zu und die Verfügungsmacht über gesellschaftlich begehbare Ressourcen zu sichern. Dass dieser Kampf oft zu Ungunsten von minorisierten Kulturen ausgeht, vor allem solchen von migrantischen Minderheiten, zeigt uns die immer wiederkehrende neoassimilationistische integrationspolitische Haltung der sog. Aufnahme- oder Mehrheitsgesellschaft gegenüber diesen migrantischen Kulturen. Das zeigt uns beispielhaft die Debatte um die Insription von Deutsch als „die Sprache“ Deutschlands oder die pauschale Kriminalisierung der islamischen Religion und der Muslime.

These 3: Die Frustration der minorisierten Kulturen, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren, hindert sie daran, ihren Beitrag an die gesellschaftliche Solidarität zu leisten und kostet die Gesellschaft als Ganze an Innovations- sowie Problemlösungs-Potential.

Diese Marginalisierung stellt zugleich eine Gefahr für das friedliche Sozialzusammenleben dar.

Kulturelle Vielfalt ist der wertvollste Reichtum, der im Besitz einer Gesellschaft sein kann. Denn Kultur ist elementar definiert das, was die menschliche Gattung historisch, d.h. in Raum und Zeit entwickelt, um sich erfolgreich den Herausforderungen ihrer natürlichen und sozialen Umgebung zu stellen.

Angeichts der Komplexität der Probleme, die die ebenso immer komplexer werdende Welt u.a. dank der globalen Interdependenz zu bewältigen hat, scheint es mir irrational und dumm, aus Gründen nationalistischer Borniertheit sowie ethnozentristischer Kleinkariertheit auf eine der wichtigsten und wertvollsten Ressourcen zu verzichten, die den Gesellschaften heutzutage überhaupt zur Verfügung stehen, sprich auf die kulturelle Vielfalt.

Worum es definitiv in der Debatte um die kulturelle Vielfalt in einer globalisierten Welt geht, ist unsere Fähigkeit, in Vielfalt und Differenz friedlich zusammen zu leben. Denn wenn es unbestritten ist, dass die neuen Technologien im Zeitalter der Globalisierung Zeit und Raum komprimiert haben und somit auch zur physischen Nähe von verschiedenen Völkern und Gesellschaften geführt haben, lässt die kulturelle Annäherung in vielerlei Hinsicht immer noch zu wünschen übrig. Das zeigen uns u.a. die Spannungen um die Mohamed-Karikaturen, um das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Räumen oder um die legitime Sprache in Migrationsgesellschaften. Diese Gefahr von Konflikten, basierend auf kultureller Exklusion und Hegemonie, ist den Mitgliedern der UNESCO-Generalkonferenz sehr wohl bewusst: In

ihrer im November 2001 verabschiedeten „Allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt“ in Paris bekräftigen sie, „dass Respekt vor der Vielfalt der Kulturen, Toleranz, Dialog und Zusammenarbeit in einem Klima gegenseitigen Vertrauens und Verstehens zu den besten Garanten für internationalen Frieden und Sicherheit gehören“.

These 4: Die Frage der Interkulturalität in einer globalisierten Welt ist schließlich die des Diversity Managements.

Mit dem Begriff wird ein epistemisches, normatives und praktisches Projekt formuliert, das sich in der Fähigkeit äußert, die Unterschiede erstens zu erkennen, zweitens anzuerkennen und drittens, sie durch präzise Handlungen so zu managen, dass diese Vielfalt in einem bestimmten Lebensumfeld einen Mehrwert bildet. Aus Vielfalt wird eben mehr. Diversity Management ist anders formuliert die Grammatik des produktiven, friedlichen und solidarischen Zusammenlebens mit, trotz und dank der kulturellen Diversität.



Prof. Dr. Louis Henri Seukwa

Fachforum in den Räumen der Universität der Nachbarschaften



Kulturelle Identitäten, Gender und die Politik der Bilder

Dr. Kerstin Brandes / Universität Oldenburg

Vor einiger Zeit bekam ich einen persönlichen Brief aus meiner Herkunftsregion, dem Landkreis Peine in Niedersachsen, zugeschickt. Auf den Umschlag hatte der Absender diese Freundschaftsmarke geklebt (Abb. 1).



Abb. 1: Freundschaftsmarke, Jugendring für Stadt und Kreis Peine e.V., 2009, Archiv K.B.

Die beabsichtigte Botschaft ist offensichtlich und auf einen einzigen Blick klar erkennbar: Der Jugendring für Stadt und Kreis Peine e.V. wirbt für ein freundliches und friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, aus verschiedenen Kulturen. Alle sind in Deutschland willkommen, alle sollen dazugehören. Deutschland und so auch die Stadt und der Landkreis Peine sind bunt und vielfältig und wollen es auch sein, und vor allem die jüngere Generation, die Jugend, soll sich hier positiv angesprochen fühlen. Was diese, im Original nur zwei mal drei Zentimeter kleine Marke also signalisiert, ist ein großes Plädoyer für Gleichberechtigung, Gemeinsamkeit und kulturelle Vielfalt. Und so begrenzt sie in ihrer Breitenwirkung auch erscheinen mag, sie ist aus zwei Gründen unbedingt beachtenswert: Sie beteiligt sich mit ihrer Botschaft an einer hochaktuellen und gewichtigen Thematik; und sie tut dies auf eine Weise, die in höchstem Maße wirksam und verbreitet ist.

Der zeitgenössische Diskurs über „kulturelle Vielfalt“ als positiv besetztes und erstrebenswertes Charakteristikum gegenwärtiger Gesellschaften zeichnet sich dadurch aus, dass er zum einen unabdingbar an ein Primat und eine Politik der Sichtbarkeit gekoppelt und zum anderen identitätspolitisch ausgerichtet ist, also an eine Instanz des Subjekts und die Frage nach Herkunft und kultureller Identität gebunden wird. Hierbei spielen Bilder eine wichtige Rolle und werden ganz selbstverständlich eingesetzt; allerdings, und hier möchte ich mit diesem Beitrag einhaken, gibt es viel zu wenig Auseinandersetzung mit dieser Selbstverständlichkeit, mit den Bildern, mit den Funktionen, die sie jeweils zugewiesen bekommen, und mit ihren Wirkungsweisen. An einigen ausgewählten Beispielen soll daher die spezifische Herausforderung an eine Bilderpolitik skizziert werden, die sich für kulturelle Vielfalt engagieren, gegen Rassismus und Diskriminierung aussprechen, den Bedingungen von Migration stellen, für ein gleichberechtigtes Miteinander von Allen eintreten oder die globale Relevanz bestimmter Themen artikulieren will.

Mich interessieren drei ineinandergreifende Aspekte: a) wie kulturelle Vielfalt ins Bild gesetzt, wie sie dargestellt wird;

b) was diese Darstellungen darüber aussagen, was unter kultureller Vielfalt jeweils vorgestellt wird; und c) welche Bedeutung von kultureller Vielfalt gleichzeitig mit den Darstellungen, mit den Bildern, wiederum auch erst hergestellt wird. Es geht also darum, Bilder nicht etwa als wahre oder verzerrende Abbildungen einer Realität zu beurteilen, sondern sie als visuelle Repräsentationen Ernst zu nehmen, die das, was als Realität akzeptiert wird, immer auch schon mitgestaltet haben und mitgestalten. Sie sind Instanzen der Bedeutungsproduktion und Wirklichkeitskonstruktion. Das hat nichts mit einer gern proklamierten Macht der Bilder zu tun, sondern damit, dass Bilder immer schon innerhalb komplexer Machtverhältnisse zum Einsatz kommen. Zu fragen ist daher nach ihrem Gebrauch und den Gebrauchsweisen: Welche Bilder werden wie wo wann von wem (und für wen) eingesetzt. Eine kritische Bildwissenschaft bzw. die Studien visueller Kultur sprechen diesbezüglich von Praktiken des Zu-Sehen-Gebens¹.

In Bezug darauf werde ich an den einzelnen Beispielen thematisieren, wie „kulturelle Identität“ definiert ist, wie „Gender“ als identitätsstiftende Kategorie eingesetzt wird und wie beides einander überlagert. Und wenn ich von „Bilderpolitik“ oder einer „Politik der Bilder“ spreche, dann ist das keineswegs auf die Politik beschränkt und fängt auch nicht erst dort an, wo fertige Bildprodukte – Plakate, Anzeigen oder Werbetrailer – gezielt für bestimmte Zwecke eingesetzt werden. Eine Politik der Bilder vollzieht sich bereits dort, wo bestimmte Themen, Konzepte oder Begriffe ganz selbstverständlich und spontan immer wieder mit ganz bestimmten Bildern verknüpft werden und umgekehrt. Solchem selbstverständlichen Verknüpfen sind Machteffekte eingeschrieben, die dann als Macht der Bilder missverstanden werden. Um diesen Mechanismus plausibel zu machen, hat die kritische Bildwissenschaft das Konzept eines kollektiven Bildgedächtnisses vorgeschlagen, oder genauer: eines historisch generierten und sich beständig auch modifizierenden kulturellen Bildrepertoires, welches darüber arbeitet, dass faktische Bilder und Vorstellungsbilder stets zusammenwirken, sich gegenseitig beeinflussen und einander wechselseitig hervorbringen. Dieses kulturelle Bildrepertoire ist daran beteiligt, wie etwas gesehen und mit welchen Bedeutungen es verbunden wird, wann welche Bilder wofür eingesetzt werden oder werden können, weil sie scheinbar selbsterklärend sind². Entscheidend ist, dass in all diesen Prozessen eine Dimension des Unbewussten mitwirkt, die erst nachträglich, in der Reflexion, auf den zweiten Blick erfassbar wird. Und mit diesem zweiten Blick, so möchte ich nachvollziehbar machen, verändert sich möglicherweise auch die Bildaussage, die beim ersten Hinsehen so offensichtlich und selbstverständlich gegeben schien.

Ihre Farben – unsere Farben

Werfen wir einen zweiten Blick auf die Freundschaftsmarke des Peiner Jugendrings. Oben und unten durch Text eingefasst sind drei, aus wenigen Strichen zusammengesetzte Männchen zu sehen, die spontan gekritzelt wirken und durch Plus-Zeichen miteinander verbunden sind. Sie sind

identifizierbar als stereotypisierte Figuren eines Schwarzen oder Afrikaners, eines Indianers oder native American und eines Chinesen oder Asiaten – als solche kenntlich durch unterschiedliche Farbgebung von Kopf und Beinen, also durch einen Verweis auf unterschiedliche Hautfarben, sowie durch die Haartracht. Fortgesetzt wird die Reihe mit einem Gleichheitszeichen, gefolgt von drei leicht schräg gestellten, ebenfalls handgemalt wirkenden Balken, in deren Farben sich die jeweilige Markierung der Hautfarbe der drei Figuren wiederholt und die in ihrer direkten Nebeneinanderstellung zugleich als die Farben der bundesdeutschen Nationalflagge – als die Farben Deutschlands – entzifferbar sind.

Die bildliche Anordnung ist also die einer mathematischen Gleichung – einer einfachen Addition, die besagt: Afrikaner plus Indianer plus Chinesen ist gleich Bundesrepublik Deutschland; Schwarz plus Rot plus Gelb ist gleich Schwarz-Rot-Gold. Hautfarben werden in Nationalfarben überführt, die Hautfarben sind gleich die Farben der Nation. Diese Aussage wird scheinbar durch die untere Textzeile bekräftigt: „Ihre Farben sind unsere Farben.“ Afrikaner und Indianer und Chinesen sind also Deutschland? Sicher nicht! Denn zugleich wird signalisiert, dass die Rechnung so nicht aufgeht. In der Textzeile taucht mit dem „uns“ eine Instanz auf, die in der mathematischen Gleichung gar nicht vorkommt und über die eine klare Trennung vorgenommen wird: Sie – „ihre Farben“ – auf der einen Seite und Wir – „unsere Farben“ – auf der anderen. Zudem gibt es ein Ungleichgewicht darin, dass „Farbe“ hier und dort unterschiedliche Referenzen hat. Sie – „ihre Farben“ – sind Einzelne, die durch Verschiedenheit gekennzeichnet sind, welche in der äußeren Erscheinung und vor allem hinsichtlich der Kategorie Hautfarbe festgemacht wird. Wir – „unsere Farben“ – hingegen ist eine Gruppe, deren Identität über ein Nationalstaatssymbol bezeichnet ist, welches Homogenität und Gemeinschaftlichkeit impliziert.

Die obere Textzeile erweist sich als ähnlich widersprüchlich, und auch hier gibt es eine polarisierende Sie-Wir-Konstruktion. Der Text lautet: „Ohne Freunde sind wir allein“, wobei die Buchstaben „u“ und „n“ in „Freunde“ mit einem andersfarbigen „m“ überschrieben sind – „Ohne Fremde sind wir allein“. „Freunde“ und „Fremde“ werden mittels Typografie in ein changierendes Verhältnis gesetzt: Freunde sind Fremde sind Freunde usw. Doch sind die beiden Optionen nicht gleichwertig. „Freunde“ bleibt, auf typografischer Ebene, das erste, das ursprüngliche Wort; es unterscheidet sich nicht von den anderen Wörtern des Satzes. Anders das „m“, das darübergeschrieben ist, in variiert Schrift, in *anderer* Farbe: Das „m“ ist der *andere* Buchstabe, der auch die Fremden letztlich anders und *Andere* bleiben lässt. Denn, in der Logik dieser grafischen Gestaltung, macht das „m“ aus denen, die zuerst „Freunde“ sind, immer wieder „Fremde“.

Die stereotypisiert als Afrikaner, Indianer und Chinesen gezeichneten und gekennzeichneten Figuren stehen keineswegs stellvertretend für entsprechende Bevölkerungsanteile in Peine oder Deutschland, sondern ganz allgemein als Zeichen für „Fremde“. Sie repräsentieren das Andere, welches nicht-Wir, nicht-Uns ist. Was also auf den ersten Blick so lustig und freundlich daherkommt, so einladend erscheint, wird mit dem zweiten Blick eine Bewegung des Ausschließens, des Fremd-Machens, des *Othering*. Zugleich bleibt die Position, von der aus gesprochen wird – das Wir – in der

Rhetorik des Bildes eine Leerstelle, bleibt unsichtbar. Es ist aber dieses Wir, das die Norm setzt, das bestimmt, wer „fremd“ und wer „Freund“ ist. Und mehr noch, die Marke wird damit lesbar als ein Appell, als eine Behauptung und öffentliche Versicherung, die dieses Wir einzig an sich selbst richtet: dass es nämlich grundsätzlich und selbstverständlich fremdenfreundlich, offen und tolerant ist.

Die Unsichtbarkeit der Position, von der aus gesprochen bzw. zu sehen gegeben wird, stellt ein grundlegendes Charakteristikum auch in visuellen Repräsentationen kultureller Vielfalt dar. In der „Vielfalt“, die gewünscht und beschworen wird, kommt Wir/kommen wir aber nur scheinbar nicht vor. Denn Wir hat/wir haben die Kontrolle, es ist unser Blick, der bestimmt, wer die Anderen sind; unser Blick, der deren Sichtbarkeit, ihr Bild, bestimmt und für unser Begehren „vielfältig“ zu sein benutzt.



Abb. 2: Internationales Sommerfest 2012, Plakat des International Students Office der Universität Oldenburg, Foto K.B.

Das Ankündigungsplakat für das Internationale Sommerfest der Universität Oldenburg, welches alljährlich vom International Students Office organisiert wird, stellt diesen Blick geradezu aus (Abb. 2). Das Fest, bei dem alle Studierenden fröhlich miteinander feiern sollen, wird repräsentiert durch drei junge lächelnde dunkelhäutige Menschen. Unabhängig von der tatsächlichen Anzahl dunkelhäutiger lächelnder Studierender stehen sie hier für Internationalität. Sie werden als Bild des Internationalen zu sehen gegeben, sind Projektionsfläche, über die sich ein unsichtbares Wir – in diesem Fall eine mittelgroße Universität in der norddeutschen Provinz –, als international und kulturell vielfältig behaupten will. Dass dieses Plakat von einem Veranstalter in Umlauf gebracht wurde, der es besser wissen könnte, führt um so plakativer die Wirkmächtigkeit des Unbewussten in den Politiken des Zu-Sehen-Gebens vor Augen.

Hautfarbe und „Rasse“: kulturelle Vielfalt als Sichtbarkeit von Differenz

Bild- bzw. Fotoagenturen sind sowohl Teil eines kulturellen Bildrepertoires wie auch dessen institutionelle Analogie. Nach Motiven und Themen geordnet, steht dort eine unfassbare Quantität von Bildern zur Verfügung. Solche Stock-Fotos finden sich auch in Broschüren, Informationsblättern und auf Websites wieder, die in der einen oder anderen Weise „kulturelle Vielfalt“ thematisieren. Was für Motive sind das? Eine Schnellrecherche über Google-Bildersuche zu diesem Stichwort zeigt vor allem eine auffällige Buntheit, die mit Schrift, Figuren, Malstiften, Nationalflaggen, Erdball-

oder ähnlich runden Formen verknüpft ist; und es fallen Gesichter sowie kreisförmig angeordnete Hände und Arme auf, die Unterschiede in der Hauttönung aufweisen. In dieser Zusammenschau steht das Bunte nicht einfach für Vielfalt, sondern greift genau an der Schnittstelle von Gemaltem/Gezeichnetem und der Codierung von Farbe als Hautfarbe, mit der auch die Peiner Freundschaftsmarke gearbeitet hatte.

Kulturelle Vielfalt setzt notwendigerweise Differenz voraus, und die visuelle Repräsentation kultureller Vielfalt braucht entsprechend eine Sichtbarkeit dieser Differenz; oder genauer, die Inszenierung von Differenz als etwas, das sichtbar ist oder gemacht werden kann. Hautfarbe und physiognomische Charakteristika, auch das hat die obige Lektüre der Freundschaftsmarke nahegelegt, bieten sich dafür anscheinend geradezu an. Dies sind allerdings auch die Marker, die im Europa des 19. Jahrhunderts mit der Durchsetzung rassistischer Diskurse und der Etablierung von Anthropologie und Ethnologie als eigenständige akademische Disziplinen als „Rasse-Merkmale“ verwissenschaftlicht wurden.

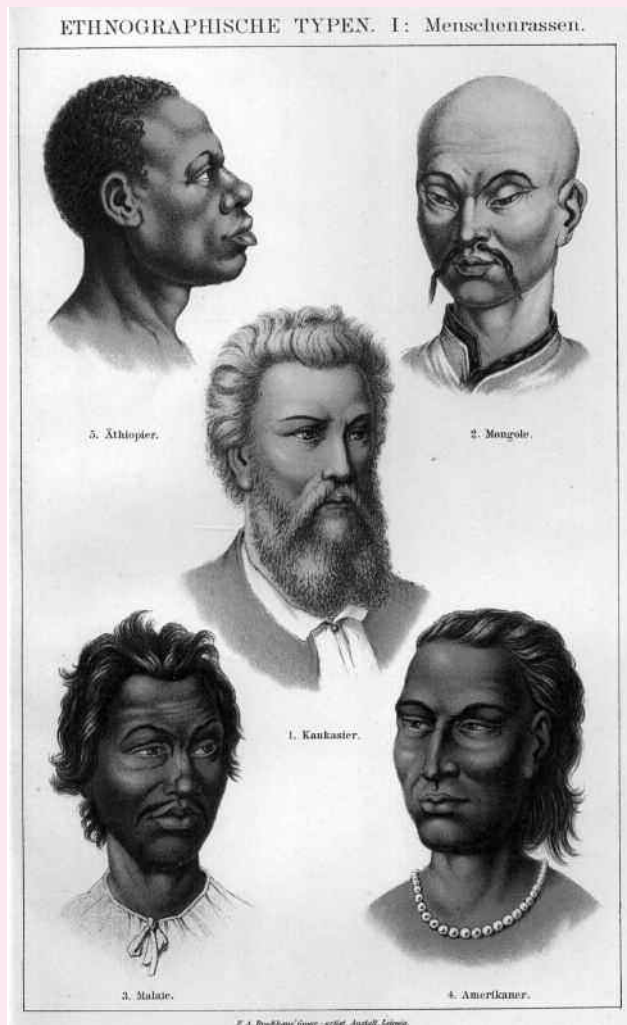


Abb. 3: Ethnografische Typen. Brockhaus' Kleines Conversations-Lexikon. Encyclopädisches Handwörterbuch. Vierte vollständig umgearbeitete Auflage, Leipzig 1886, Erster Band.

Wenngleich die zirkulierenden „Rasse“-Theorien³ und Verbildlichungen in der Zahl der aufgeführten Typen bzw. „Rassen“ und auch in deren Bezeichnung bisweilen variierten, so hatten sie doch gemeinsam, dass „Rasse“ i.d.R. durch männliche Köpfe, durch eine männlich gekennzeichnete

Physiognomie repräsentiert wurde, und dass der Europäer/der Kaukasier/der Weiße in diesen Theorien an oberster Stelle der hierarchischen Abstufungen stand und in den Typen-Bildern ebenfalls sichtbar war. Im vorliegenden Beispiel ist er ins Zentrum gerückt, um das die anderen kreisen (Abb. 3).

Wenn Hautfarbe, stereotypisiert in Schwarz, Rot, Gelb und Weiß als ein ausschlaggebendes Identitätsmerkmal ausgewiesen und mit der Zugehörigkeit zu einer „Rasse“ gleichgesetzt wurde, dann hatte und hat das wenig mit irgendeiner „tatsächlichen“ Farbe zu tun, sondern maßgeblich mit den Bezugssystemen, innerhalb derer sie Bedeutung gewinnt, beschrieben und interpretiert wird. So haben kulturhistorische Forschungen eine Geschichte der Hautfarben bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgt. Basierend auf der Säftelehre des spätantiken Arztes Galenos, die bis ins 18. Jahrhundert für die abendländische Medizin prägend gewesen ist, wurde Hautfarbe im Hochmittelalter zu einer Kategorie, um die Verschiedenheit der so genannten menschlichen Natur zu beschreiben. Sie war eine veränderliche, individuelle und relationale Disposition. Zu einer angeborenen, wesensbestimmenden Eigenschaft ist Hautfarbe erst zu Beginn der Neuzeit geworden.⁴ Mit anderen Worten: „die Chinesen“ sind nicht immer gelb gewesen, „die Juden“ waren zwischenzeitlich auch schwarz, und „weißhäutig“ bedeutete im 14. Jahrhundert zwar „tapfer“ zu sein, aber auch „träge, effeminiert und schwer von Begriff.“⁵ Zu lernen ist daraus, dass sowohl „Rasse“ als auch Hautfarbe ideologisch fundierte sozio-kulturelle Konstruktionen sind. Wenn Hautfarbe bis heute als natürliche Gegebenheit (miss-)verstanden wird, die ganz selbstverständlich Differenz indiziert, wenngleich diese nun in Kategorien des Ethnischen oder der kulturellen Herkunft gedacht wird, dann zeigt sich darin auch eine Wirksamkeit hegemonialer Bilderpolitik. Dass und wie Hautfarbe als Markierung und Sichtbarmachung kultureller Differenz gedeutet wird, ist immer auch abhängig vom Kontext der Präsentation und Rezeption. Würde beispielsweise das Bild kreisförmig angeordneter Arme und Hände, wie man es bei Google-Bildersuche findet, unter dem Thema „geometrische Formen“ erscheinen, dann hätten unterschiedliche Hauttönungen keine oder wenig Relevanz, wären quasi unsichtbar, weil der Fokus ein anderer ist.

Mit Stereotypen gegen Rassismus?

Die Anfang 2004 in der Schweiz gestartete Aktion „Gemeinsam gegen Rassismus und Antisemitismus“ setzte comicartige Bilder überzeichneter, ethnisch-kulturell bestimmter Geschlechterstereotypen ein. Die sechs Plakatmotive und drei TV- bzw. Kino-Spots umfassende Kampagne löste heftige Proteste aus, die den Produzenten genau den Rassismus vorwarfen, gegen den diese hatten Stellung beziehen wollen. Was mag das Rassistische an den Plakaten sein? In einem an die 1950er Jahre erinnernden Design zeigen sie in bunten Farben die stereotypisierten Köpfe eines Albansers, eines Juden, eines Schwarzen, eines Tamilen, einer Thailänderin und einer Türkin, jeweils vor einem entsprechenden Hintergrund. So ist etwa der Kopf des Schwarzen umgeben von stilisierten Bananenstauden, Kokosnüssen und Palmwedel (Abb. 4). Die auf den Plakaten jeweils prominent gesetzte Frage – „Was macht ein Schwarzer mit sei-

ner Frau über Mittag?“ oder „Wozu brauchen Türkinnen einen Müllsack?“ – wird im Kleingedruckten beantwortet mit: „Er isst etwas, wie andere Leute auch.“ bzw. „Um Abfall zu entsorgen, wie die meisten Schweizerinnen auch.“



Abb. 4: Aktion „Gemeinsam gegen Rassismus und Antisemitismus“, GRA/Schweiz, 2004, http://www.gra.ch/kampagnen/ggra/kampagne_sujets/lang=de.html (zuletzt gesehen 27.11.2012)

Die Plakate bedienen sich der Rhetorik des Witzes, wobei eine doppelte Bedeutungsverschiebung stattfindet. Mit der ausdrücklichen Benennung von Herkunft bzw. ethnischer Zugehörigkeit in Bild und Text werden die so Bezeichneten zunächst zu Anderen gemacht, die, so suggerieren die Fragen, auch mit alltäglichen Dingen anders umgehen. Die kleingedruckte Antwort versucht dann, dieses Othering wieder einzuebnen, indem „der Schwarze“ zum Menschen oder „die Türkin“ zur Schweizerin normalisiert werden. Die Wirkungsweise auf Betrachterinnen/Betrachter lässt sich als ein Ertappt-Werden beschreiben, mit dem sie sich nachträglich konfrontiert sehen, wenn sie der Plakat-Rhetorik auf den ersten Blick hin folgen und nach unwillkürlichen Assoziationen dazu, was Schwarze oder Türkinnen denn vielleicht anders machen könnten, mit der angebotenen Antwort auf den eigenen kulturell, erlernten Rassismus verwiesen werden; auf ein rassistisches Wissen, eine Internalisierung von Vorurteilen, Stereotypen und Bildern, die hier aktiviert werden. Der Rassismus-Vorwurf erklärt sich demnach daraus, dass selbstverständlich niemand rassistisch sein will und dies von daher kurzerhand auf die Produzenten rückprojiziert wird.

Allerdings steckt in der Kampagne gleichwohl eine rassistische Problematik, nämlich in den kleingedruckten Halbsät-

zen „wie andere Leute auch“ oder „wie die meisten Schweizerinnen auch“. Durch diesen Vergleich, durch das „auch“, werden die hier stereotypisiert plakatierten Subjekte eben doch nicht gleichgestellt, sondern ein zweites Mal als anders hervorgehoben – nun allerdings ohne eine rhetorische Auflösung oder visuelle Weiterführung.

Deutschland, Blickregime und Bilder des Weiblichen

Ich möchte jetzt die Aufmerksamkeit dahin verlagern, wie kulturelle Differenz als Geschlechterdifferenz visualisiert und wie sie vor allem im und über das Bild des Weiblichen repräsentiert wird. Die Zeitschrift *Stern* machte in ihrer 42. Ausgabe des Jahres 2006 „Muslime in Deutschland“ zum Thema; auf der Titelseite das Porträtfoto einer schönen jungen Frau, die durch das um den Kopf gelegte Tuch, welches allerdings in den Farben der deutschen Nationalflagge gehalten ist, als Muslima gekennzeichnet wird (Abb. 5). Ein an Weiblichkeit gekoppeltes Zeichen religiös-kultureller Zugehörigkeit verschmilzt mit einem Zeichen für Nation und nationale Identität. Der daruntergesetzte Titel „Muslime in Deutschland. Unbekannte Nachbarn. Wer sie sind, wie sie leben“ verspricht Information und Aufklärung, fixiert zugleich aber *die Muslime* als homogene, undifferenzierte Masse. Für ebendiese steht das weibliche Gesicht, das damit zur Projektionsfläche all der Fantasien und Vorurteile wird, die Leserinnen/Lesern zu diesen „unbekannten Nachbarn“ einfallen. Das Gesicht *fremder Weiblichkeit* ist der Platzhalter für das Unbekannte, das der Andere ist. Zugleich hat es eine beruhigende Funktion; denn die Angst, die Unbekanntes potenziell hervorrufen kann, wird gezähmt im Bild begehrenswerter Schönheit.⁶



Abb. 5: Stern Nr. 42, 2006, Titelbild, „Muslime in Deutschland – Unbekannte Nachbarn“

Dieses Bild macht sichtbar, indem es ein Changieren von „Fremdheit“ und „Vertrautheit“ mit zwei zusammenhängenden, auch historisch nachverfolgbaren Grundzügen westlicher hegemonialer Bilderpolitik überlagert. So ist Sichtbarkeit selbst grundlegend ambivalent, insofern nämlich mehr Sichtbarkeit nicht unbedingt auch ein Mehr an politischer Macht und gesellschaftlichem Einfluss bedeutet, sondern vor allem darauf verweist, dass und wie das Feld



Abb. 7: „Invest in Germany – Land of Ideas“, 2006 (http://www.s-f.com/public/files/media/s_f_group/images/Cases/Land%20der%20Ideen/DE/LDI_Invest_Boys.jpg?width=892&height=528&x=6&y=33, zuletzt gesehen 27.11.2012)

des Visuellen selbst von Machtstrukturen durchzogen ist, welche die Subjekte positionieren.⁷ Diese Ambivalenz hat sich, vor allem hinsichtlich der Kategorie „Geschlecht“, zu dem Paradox verfestigt, dass Bilder des Weiblichen systematisch eingesetzt werden, um abstrakte Begriffe, kulturelle und politische Wertvorstellungen zu veranschaulichen, dies aber mit dem Ausschluss realer Frauen von entsprechender kultureller und politischer Definitionsmacht einhergeht.⁸ Beispielsweise wurden im Zuge der europäischen Nationalstaatsgründungen im 19. Jahrhundert die monarchischen Herrscherbilder durch weibliche Figuren ersetzt, die als Allegorien die Nation repräsentierten.⁹ Das Gemälde des deutschen Malers Philipp Veit von 1848 zeigt die Germania, die hier mit all den Insignien ausgestattet ist, die für die deutsche Nation leitend sein sollten (Abb. 6), während den zeitgenössischen Frauen ein gleichberechtigter Status als Bürger nicht zuerkannt wurde.



Abb. 6: Philipp Veit: Germania, 1848 (1848. Aufbruch zur Freiheit, Ausst. Kat., hg. v. Lothar Gall, Berlin 1998, Abb. 261)

Trotz der bildpolitischen Modifikationen und realpolitischen Veränderungen, die es im historischen Verlauf selbstverständlich gegeben hat, ist diese doppelte Grundstruktur des Sichtbarmachens – nicht zuletzt hinsichtlich der Bilder „des Fremden“ – bis heute nicht ungültig geworden. Das ist etwa

an der Vergabe des World Press Photo Award der letzten Jahre, bei dem mehrfach Fotografien, die muslimische Frauen zeigen, prämiert wurden, ebenso nachvollziehbar wie an der so genannten Schleier-Debatte, wie sie im Kontext des „Krieges gegen den Terror“ nach 9/11 auch in Deutschland geführt worden ist.¹⁰ Und wenn Fotos von Musliminnen bzw. verschleierten oder Kopftuch tragenden Frauen zu den gegenwärtig in der westlichen visuellen Kultur auffallendsten Bildern gehören, dann nicht zuletzt auch, weil sie *als Bild* ganz bestimmte, auch widersprüchliche, Bedeutungen scheinbar natürlich verkörpern: Rückständigkeit, Unemanzipiertheit, Bildungsferne ebenso, wie Geheimnisvolles, Verführerisches, Sinnliches; Zuschreibungen also, die nicht zufällig denen eines europäischen Orientalismus des 19. Jahrhunderts sehr nahe sind.¹¹ In der spezifischen Verbindung von Weiblichkeit, Andersheit und Nationalem wird die Figur auf dem Stern-Cover sichtbar als eine Schwellenfigur zwischen zwei Kulturen; ihre „orientalische Fremdheit“ ist mit dem Schleier des Deutschen überzogen, und genau darüber wird eine latente Fremdheit immer wieder neu hergestellt.

Wie steht es nun um eine Sichtbarkeit „kultureller Vielfalt“ bzw. „kultureller Differenz“, wenn diese nicht explizites Anliegen ist, sondern wenn es beispielsweise um Standortpolitik geht – also um die eigene ökonomische und politische Repräsentation gegenüber anderen Nationen? So zielte die ebenfalls 2006 veranstaltete Kampagne „Deutschland – Land der Ideen“ darauf ab, „im In- und Ausland ein Bild von Deutschland als innovatives, weltoffenes und begeisterungsfähiges Land zu vermitteln“ und „in den weltweit wichtigen Finanzmetropolen auf den Investitionsstandort Deutschland aufmerksam zu machen.“¹² Dieses Deutschland-Bild wird zwar wiederum als Bild des Weiblichen zu sehen gegeben; es ist jedoch keines, das auch als Zeichen kultureller Vielfalt oder Differenz codiert wäre. Denn in die Deutschlandfahne gehüllt erscheint die hellhäutige, blonde Claudia Schiffer, noch immer das Top-Model der Nation, als Aufmerksamkeitserreger für nicht-deutsch, männlich und heterosexuell vorgestellte Investoren (Abb. 7). Das selbst erklärte innovative, weltoffene und begeisterungsfähige „Land der Ideen“ wirbt mit einer höchst traditionellen Bildstrategie. Zugleich wird hier mit dem Ideal-Bild westlich-europäischer Schönheit, für das Claudia Schiffer steht, ein Bild *deutscher Weiblichkeit* assoziierbar und kulturelle Differenz „nach außen“ verlagert.

Mehr Reflexion!

Wie bereits diese wenigen Beispiele verdeutlichen, kann es

eine enorme Diskrepanz oder Widersprüchlichkeit geben zwischen spontaner Bildwirkung und den Ergebnissen, die ein zweiter Blick, eine verweilende und reflexive Bildlektüre anbietet. Nun kann die Aufgabe aber mitnichten darin bestehen, „alles richtig“ zu machen, Rezepturen politisch korrekter Bildfindung oder Zensurmaßnahmen zur Verhinderung unerwünschter Nebenwirkungen zu entwickeln, sondern damit umzugehen, dass und wie Bilder bzw. Bild-Text-Verbindungen immer auch mehr und/oder anderes bedeuten, als beabsichtigt war oder beim ersten Hinsehen wahrgenommen wird. Dazu gehört hier die Einsicht, dass die Anderen nur in den Bildern sichtbar werden können, durch die sie bereits als diese Anderen bezeichnet sind, weswegen es nicht um ein Ersetzen „negativer“ Bilder durch vermeintlich „positive“ gehen kann, sondern darum, die Mechanismen zu stören, die solche Zuschreibungen selbstverständlich erscheinen lassen. Von daher gilt es, einen identitätspolitischen Ansatz durch eine Perspektive abzulösen, die sich auf die Strukturen der Repräsentation richtet. Das heißt zum einen immer wieder zu prüfen, wie ein politisches Wollen oder ein sozialer Anspruch visuell übersetzbar sein kann; zum anderen wären Bildformen zu entwickeln, die Stereotypisierungen irritieren und gewohnte Identifikationen verunsichern können, indem sie den betrachtenden Blick, die Position, von der aus geschaut wird, das hegemoniale Wir, selbst zum Thema und damit zum Politikum machen.¹³

Die kunstwissenschaftliche Gender-Forschung hat einen gleichsam ethnografischen Blick als Forschungsansatz vorgeschlagen: einen Blick, der das, was als das Eigene erscheint, anschaut, als wäre es ein Fremdes, und damit eine Distanz herstellt, die eine reflektierende Analyse fördert.¹⁴ Daran möchte ich mit einem Vorschlag anschließen, der auch über den Umgang mit (faktischen) Bildern hinausgeht und ebenso (real-)politische Vorstellungen von kultureller Vielfalt in Deutschland und Gestaltungspraktiken einer kulturell vielfältigen Gesellschaft betrifft. Er lautet: mehr Reflexion! – plädiert also dafür, ein zweites Mal zu lesen, ein zweites Mal hinzuschauen. Damit richtet er sich an die „Akteure“, die in den unterschiedlichen Bereichen und auf den verschiedenen Ebenen von Kultur und Politik engagiert oder beauftragt sind, Strategien zu entwickeln oder umzusetzen, um Zielen wie Integration oder Inklusion, Gleichberechtigung, Chancengleichheit oder emanzipatorische Teilhabe näher zu kommen.

„Akteure“ meint Einzelpersonen ebenso wie Institutionen, Verbände, Vereine, Initiativen und Interessengruppen; Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen und Behörden ebenso wie Migrantenorganisationen. Sie seien herausgefordert, die jeweilige Perspektive, aus der heraus Problematiken artikuliert, Lösungswege entworfen, Kampagnen initiiert oder Projekte auf den Weg gebracht werden, zu benennen und konsequent mitzudenken. Das bedeutet einen Ansatz, der die Voraussetzungen und deren Bedingungen einzuarbeiten versucht, unter denen Fragen entwickelt, Forderungen gestellt, Argumentationen konzipiert und Programme entworfen werden. Dazu gehört, über scheinbare Selbstverständlichkeiten zu stolpern und das eigene Immer-schon-verwickelt-Sein in das, was als „Problem“ oder „Wunsch“ artikuliert wird, anzuerkennen. Möglicherweise kann dann die Blickrichtung verschoben werden, weil sich die Aus-

gangsposition verändert – kann die Frage anders gestellt, das Problem anders gesehen werden, kann das, was als eigen und fremd angenommen wird, in seiner wechselseitigen Abhängigkeit genauer bestimmt werden: Was ist gemeint, wenn von „kulturelle Vielfalt“ oder „kulturelle Identität“ gesprochen wird? Welche Vorannahmen schwingen mit, ohne dass sie ausgesprochen werden? Welche Bilder werden eingesetzt, und wo kommen sie her? Welche Rolle spielen identitätsstiftende Kategorien wie Geschlecht/Gender, Sexualität, soziale Schicht, Alter u.a.? Wer ist gemeint, wenn von „wir“ die Rede ist – und wer nicht? Wer gehört dazu, wenn von „Migranten“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen wird – und wer nicht? Wer wird von wem wo wie wann und wozu adressiert – und als was?!

Quellennachweis:

- 1) Vgl. Sigrd Schade/Silke Wenk: Studien zur visuellen Kultur. Einführung in ein transdisziplinäres Forschungsfeld. Bielefeld 2011.
- 2) Vgl. Kaja Silverman: Dem Blickregime begegnen. In: Christian Kravagna (Hg.): Privileg Blick. Kritik der visuellen Kultur. Berlin 1997, S. 41-64.
- 3) Vgl. Walter Demel: Wie die Chinesen gelb wurden. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Rassentheorien. In: Historische Zeitschrift, Bd. 255, 1992, S. 625-666, hier: S. 643 ff.
- 4) Vgl. Valentin Groebner: Haben Hautfarben eine Geschichte? Personenbeschreibungen und ihre Kategorien zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert. Zeitschrift für Historische Forschung, 30. Band, 2003, S. 1-17; Demel 1992 (wie Anm. 3).
- 5) Groebner 2003 (wie Anm. 4), S. 8.
- 6) Vgl. Reina Lewis: Gendering Orientalism: race, femininity and representation. London u.a. 1996; Linda Nochlin: The imaginary Orient. In: Exotische Welten. Europäische Phantasien, Ausstellungskatalog, Stuttgart 1987, S. 172-179.
- 7) Vgl. Peggy Phelan: Unmarked: The Politics of Performance. London u.a. 1993; Johanna Schaffer: Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Arbeit an den visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld 2008.
- 8) Vgl. Sigrd Schade/Silke Wenk: Inszenierungen des Sehens: Kunst, Geschichte und Geschlechterdifferenz. In: Hadumod Bußmann/Renate Hof (Hg.): Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften. Ein Handbuch. Stuttgart 1995, S. 340-407, hier: S. 371.
- 9) Vgl. Silke Wenk: Geschlechterdifferenz und die visuelle Repräsentation des Politischen. In: Insa Härtel/Sigrd Schade (Hg.): Körper und Repräsentation. Opladen 2002, S. 223-236.
- 10) Vgl. Christina von Braun/Bettina Mathes: Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen. Berlin 2007; Tanja Maier/Stefanie Steegmann: Unter dem Schleier: Zur Instrumentalisierung von Weiblichkeit. Mediale Repräsentationen im „Krieg gegen den Terror“. In: Feministische Studien, Nr. 1/2003, S. 51-61.
- 11) Vgl. Lewis 1996; Nochlin 1987 (wie Anm. 6). Zum Orient als okzidentale Konstruktion vgl. Edward W. Said: Orientalismus. Hamburg 1981.
- 12) <http://www.land-der-ideen.de/projektarchiv/invest-germany/invest-germany-land-ideas> (zuletzt gesehen 27.11.2012).
- 13) Solche Strategien sind in der Kunst der 1980er und 1990er Jahre vielfach erprobt worden. Vgl. Kerstin Brandes: Fotografie und „Identität“. Visuelle Repräsentationspolitiken in künstlerischen Arbeiten der 1980er und 1990er Jahre. Bielefeld 2010.
- 14) Vgl. Helga Gallas: Der Blick aus der Ferne. Die mythische Ordnung der Welt und der Strukturalismus. In: Peter Kemper (Hg.): Macht des Mythos – Ohnmacht der Vernunft? Frankfurt/M. 1989, S. 267-288; Silke Wenk: Mythen von Autorschaft und Weiblichkeit. In: Kathrin Hoffmann-Curtius/Dies. (Hg.): Mythen von Autorschaft und Weiblichkeit im 20. Jahrhundert. Marburg 1996, S. 12-29.



Dr. Kerstin Brandes

Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung: Der Anti-Bias-Ansatz

Dr. Rita Panesar / BQM - Beratung Qualifizierung Migration / Hamburg

„Ungleiche Machtverhältnisse bedrohen die Menschlichkeit aller – die der Benachteiligten wie auch die der Privilegierten. Daher ist es in unser aller Interesse, unsere Gesellschaft von Rassismus und allen anderen Formen institutionalisierter Diskriminierung zu befreien.“ (Louise Derman-Sparks 2003)

Der Anti-Bias-Ansatz ist einer der reichhaltigsten und innovativsten Ansätze antidiskriminierender Bildungsarbeit und ich freue mich, Ihnen im Folgenden diesen aus Praxis stammenden Ansatz vorstellen zu können. Bias (engl.) heißt zunächst Schiefelage, aber auch Voreingenommenheit oder Vorurteil. Der Anti-Bias-Ansatz zielt darauf, eine durch Voreingenommenheit entstandene Macht-Imbalance ins Gleichgewicht zu bringen und Diskriminierungen abzubauen.

Ich werde auf Geschichte, Ziele und Grundannahmen des Ansatzes eingehen und meinen Schwerpunkt dann auf die Inhalte der Anti-Bias Arbeit legen. Anti-Bias Arbeit findet zunächst in prozess- und teilnehmerzentrierten Fortbildungen sowie Beratungsprozessen statt. Er ist aber weniger als fester Methodenkanon denn als Haltung zu verstehen, die von Personen oder Organisationen kontinuierlich eingeübt wird und sich in allen Lebenslagen auswirken kann. Meine zunächst theoretische Darstellung typischer Handlungsmuster, die Machtunterschiede vergrößern bzw. abbauen, kann selbstverständlich keine Übungen ersetzen. Sie ermöglicht ihnen jedoch, Fortbildungskonzepte aus dem interkulturellen Bereich zu reflektieren und mit dem Anti-Bias-Ansatz in Beziehung zu setzen.

Entwickelt wurde das Konzept Anfang der 1980er Jahre am Pacific Oaks College in den USA. Die Wissenschaftlerinnen, Erzieherinnen und Aktivistinnen Louise Derman-Sparks, Carol Brunson-Philips und eine Gruppe von Kleinkind-PädagogInnen grenzten sich damals von Integrationskonzepten ab, die auf Assimilierung zielten, Fremdes exotisierten oder entsprechend eines „farbenblinden“ Ansatzes Unterschiede negierten. In ihrer Kleinkindpädagogik zielten sie darauf ab, Kinder darin zu unterstützen, vorhandene Bilder und Informationen neu zu bewerten und Umgangsformen zu erlernen, die auf Gleichwertigkeit statt auf Machtunterschieden basierten. In Südafrika wurde der Ansatz nach der gesetzlichen Abschaffung der Apartheid auch für die Erwachsenenbildung weiterentwickelt. Anfang der 1990er Jahre schließlich wurde der Anti-Bias-Ansatz über einen von Inkota e.V. initiierten Fachkräfteaustausch mit Südafrika auch in Deutschland bekannt. Er wird hier sowohl im Elementarbereich und in der Schule als auch in der erwachsenenpädagogischen Weiterbildung und Organisationsentwicklung eingesetzt.

Grundannahmen

In Trainings erleben wir immer wieder, wie TeilnehmerInnen eigene Vorurteile leugnen oder danach streben, vorurteilsfrei zu urteilen. Der Anti-Bias-Ansatz geht davon aus, dass alle Menschen voreingenommen sind. Vorurteile (etwa: Frauen sind sozial, Araber patriarchal, Kinder laut und linder

arm) werden dann zum Problem, wenn sie für wahr und richtig gehalten werden, wenn sie an Handlungs- und Definitionsmacht gekoppelt sind und wenn sich das Verhalten und Handeln nach ihnen ausrichtet.

Und: Vorurteile sind keine individuelle Fehlurteile. Sie sind in der Gesellschaft als Ideologien institutionalisiert und werden von uns allen erlernt. Die Chance an dieser Sichtweise liegt darin, dass wir Vorurteile auch wieder „ver“-lernen können, dass wir institutionalisierte und unterdrückende Ideologien aufdecken und hinterfragen können. Das ist mühsam, verlangt Reflektion, trägt aber dazu bei, Ungerechtigkeit abzubauen.

Ein Ergebnis der Forschungen von Louise Derman-Sparks war, dass Kinder Unterschiede bereits ab dem ersten Lebensjahr wahrnehmen und ein Interesse für die Bedeutung von Unterschieden entwickeln. „Ab dem dritten Lebensjahr übernehmen Kinder Stereotype, falsche Informationen, Haltungen und Ängste gegenüber Menschen, die sich von ihrem gewohnten Kontext unterscheiden.“ Derman-Sparks spricht in diesem Zusammenhang von „Vor-Vorurteilen“, da sie selten aus dem direkten Kontakt mit den Menschen, sondern vielmehr aus der Begegnung mit gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellungen übernommen werden, die von den Kindern nicht einmal verstanden sein müssen.“

Welche frühen Botschaften haben Sie erlernt? Ich habe letztes meine Fibel aus der ersten Klasse wieder gefunden. Ein Gedicht zum Lesen lernen beschrieb Kinder, die mit ihren Händen im Dreck spielen und danach schwarz wie ein - Ende der 70er war das Wort noch geläufig - „Neger“ waren. Ich habe als Sechsjährige wider Willen ein verletzendes und falsches Vorurteil gelernt, nämlich dass eine dunkle Hautfarbe vermeintlich mit Dreck zu tun hat. Aber wir müssen gar nicht ins vorige Jahrhundert zurückschauen. Mein Sohn (2. Klasse) berichtete vergangene Woche, dass an seiner Schule nun kein Türkisch mehr auf dem Schulhof gesprochen werden darf, weil dann immer so viele Schimpfwörter gesagt würden. Die Kinder lernen: Türkisch hat etwas mit Schimpfwörtern zu tun, Türkisch ist falsch, Türkisch ist hier verboten. Fühlen Sie nach, was das mit Kindern mit und ohne Migrationshintergrund macht, welche Gefühle es auslösen mag - und welche Auswirkungen die Botschaft auf das Lernverhalten nehmen mag.

Aber es gibt auch subtilere Botschaften, die Kinder unbewusst übernehmen:

Welche Beispiele werden in Kinderbüchern und Schulbüchern verwendet? Ist im Englischbuch die Rede von Vater, Mutter, Kind? Oder vielleicht doch auch von Halbgeschwistern, Stiefvätern, Omas, Freunden, also von dem Alltag verschiedener Kinder heute? Welche Hautfarbe haben die Akteure, welche Sprachen sprechen sie? Kommen Migranten ganz selbstverständlich vor, ohne dass deren Migrantensein direkt thematisiert wird (und sie damit alleine auf ihren Migrantenstatus festgelegt werden)? Oft genug wird die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen nicht adäquat in Lehrmaterialien abgedeckt. All dies enthält subtile – und oftmals ausgrenzende – Botschaften.

Ziele

Ziel der Anti-Bias-Arbeit ist die intensive erfahrungsorientierte Auseinandersetzung mit Macht und Diskriminierung sowie die Entwicklung alternativer Handlungsansätze zu unterdrückenden und diskriminierenden Kommunikations- und Interaktionsformen.

Es geht darum:

1. ...eine starke Ich-Identität und Gruppenidentität zu entwickeln, ohne sich einer oder mehreren anderen Gruppen gegenüber überlegen zu fühlen.
2. ...Empathie zu entwickeln, sich angesichts von Unterschieden wohl zu fühlen und zu erkennen, dass andere Personen die gleichen Gefühle haben wie wir – auch wenn sie eine andere Sprache sprechen, anders aussehen oder andere Gewohnheiten haben.
3. ... kritisches Denken über Vorurteile zu kultivieren, unfaires Verhalten zu erkennen und Stereotypen etwas entgegenzusetzen.
4. ... sich aktiv gegen Ungerechtigkeit und unfaires Verhalten einzusetzen.

Relevant sind dabei nicht nur Ausgrenzungen aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, sondern ebenso aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der körperlichen und geistigen Gesundheit oder etwa der sozialen Schicht. Insbesondere die Abhängigkeiten und Verstrickungen zwischen den Dimensionen sind von Bedeutung. Adressaten sind generell alle Menschen, da davon ausgegangen wird, dass jeder Mensch schon einmal diskriminiert hat und auch diskriminiert wurde. Zudem sind Ideologien, auf denen Vorurteile und Diskriminierungen basieren, in der Gesellschaft institutionalisiert. Folglich sind alle Menschen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, von diesen durch Hierarchisierungen geprägten Verhältnissen betroffen: Sie handeln in ihnen und ziehen (un-)gewollt Nutzen oder Nachteile aus diesen Strukturen.

Mit der Übung Power Flower schauen wir uns an, wie wir in gesellschaftliche Machtverhältnisse verstrickt sind. Als Frau mit Migrationshintergrund gehöre ich beispielsweise zu benachteiligten Gruppen. Als Akademikerin zwischen 25 und 45 gehöre ich zu privilegierten Gruppierungen. Ich kenne also sowohl die Gefühle und Verhaltensweisen als „Opfer“ als auch Gefühle und Rechtfertigungsstrategien als dominante Person. Ich kann mich in verschiedenen Situationen sowohl in Privilegierte als auch in Benachteiligte hinein versetzen. In Anti-Bias-Seminaren reflektieren Teilnehmende ihre eigene Verstrickung in institutionalisierte Ideologien und erkennen die daraus erwachsenden Diskriminierungsmechanismen, um gegen sie angehen zu können.

Ob eine Aussage das Machtverhältnis vergrößert oder verringert, liegt oft an Nuancen in der Formulierung. So berichtete mir ein Kollege, der als Lehrer arbeitet, dass ihm sein tunesischer Migrationshintergrund erstmals bewusst wurde, als er als Schüler gebeten wurde, die tunesische Nationalhymne zu singen – die ihm völlig unbekannt war. Er wurde damit zum „anderen“, zum Fremden gemacht. Er selbst fragte seine SchülerInnen ganz offen: „Welche Nationalhymnen kennt ihr?“ und erlebte, wie einige SchülerInnen begeistert waren, endlich etwas von ihrer Kultur und Herkunft zeigen zu können. Andere SchülerInnen mit Migrati-

onshintergrund interessierten sich für die deutsche Hymne oder Hymnen aus anderen Ländern, einige SchülerInnen lehnten Hymnen grundsätzlich ab.

Mit der offenen Frage hat der Lehrer vermieden, in die sog. „Kulturalisierungsfalle“ zu tappen, SchülerInnen auf deren Herkunft als einzigen identitätsbestimmenden Faktor festzulegen. Diese Herausforderung besteht insbesondere, wenn wir mit Fremdheit und der damit einhergehenden Unsicherheit konfrontiert sind. Wenn wir jedoch mit dem erweiterten Kulturbegriff davon ausgehen, dass Kulturen Zeichensysteme sind, die immer wieder neu verhandelt werden, gilt es nicht zu fragen, wie eine bestimmte Kultur funktioniert, sondern wer die Definitionsmacht bei der Beschreibung einer Kultur übernimmt. Und: Wann wird Kultur als Ressource benutzt? Warum benutzt der jugendliche Migrant gegenüber der Lehrerin den Verweis auf seine Kultur als Ressource („bei uns machen das nur die Frauen“), warum benutzt die weiße Lehrerin gegenüber dem migrantischen Jugendlichen den Verweis auf Nation und Kultur („in Deutschland herrschen andere Sitten“)? Auch in dieser Situation, in der die Kategorien Herkunft und Geschlecht, vielleicht auch Alter, sozialer Hintergrund und Sprache eine Rolle spielen, wird Kultur als Ressource und Argument herangezogen, um die eigene Position zu stärken.

Eine zentrale Besonderheit des Anti-Bias-Ansatzes liegt darin, über persönliche, etwa interkulturelle Kompetenzen hinaus strukturelle Ebenen und Organisationskulturen mit in den Blick zu nehmen. Um langfristig Macht-Imbalancen auszugleichen, reicht es nicht, unsere eigene Wahrnehmung zu reflektieren und benachteiligte Individuen zu empowern, vielmehr gilt es, darüber hinaus in Organisationsentwicklungsprozessen unbewusste Barrieren abzubauen.

In Hamburg versuchen wir uns gerade an der interkulturellen Öffnung von Schulen. Die BQM Beratung Qualifizierung Migration, das esf-Projekt, in dem ich arbeite, bildet gemeinsam mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung 23 Interkulturelle KoordinatorInnen aus, die als Veränderungsakteure interkulturelle Öffnungsprozesse in ihren Schulen anstoßen, begleiten und evaluieren sollen. Fragen zur interkulturellen Öffnung entstehen dabei sowohl in den Bereichen Unterrichtsentwicklung als auch in der Personal- und Organisationsentwicklung:

- Wie rekrutiere ich Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, die den SchülerInnen gegenüber Vorbild sein können?
- Welches Veranstaltungsformat ist für die Eltern meiner SchülerInnen wirklich attraktiv?
- Bastele ich mit einer multikulturellen Klasse Nikoläuse?
- Erwähne ich, dass Nikolaus aus der Türkei kam?
- Gibt es Beispiele aus den Herkunftsländern der SchülerInnen, die ich nutzen kann; eine iranische Chemikerin? Ein armenischer Mathematiker?
- Wo finden wir Unterrichtsmaterialien, in denen Angehörige von Minderheiten vorkommen, ohne dass sie zum exotischen, minderbemittelten oder defizitären „anderen“ gemacht werden?
- Wie unterstütze ich eine schüchterne Schülerin, ohne ihrer Familie einen Vortrag über Emanzipation zu halten und sie paternalistisch zu bevormunden?

Um einen exotisierenden Blick zu überwinden, die herkömmliche Ausländerpädagogik abzulösen und den rein subjektiven Ansatz der interkulturellen Kompetenz durch einen politischen und gesellschaftlichen Blick zu erweitern, ist der Anti-Bias-Ansatz unserer Erfahrung nach hilfreich. Ich darf Ihnen im Folgenden Verhaltensweisen vorstellen, die Machtverhältnisse vergrößern bzw. verringern.

Für Privilegierte:

Funktionale Hilfe statt entmündigender Hilfe

Es gibt eine paternalistische Form von Hilfe - sie stärkt Helfer und schwächt Hilfsbedürftige („Gib mal her, ich mache das schnell für dich“). Und es gibt Hilfe zur Selbsthilfe, Empowerment: Statt das Computerproblem eines Kollegen zu beheben, briefe ich ihn/sie, so dass er/sie es selbst lernt.

Die eigene Verantwortung annehmen, statt den Benachteiligten die Schuld an ihrer Situation zuschreiben

Wenn ich Menschen, die weniger privilegiert sind, die Schuld an ihrer Situation zuschreibe, schwäche ich sie nicht nur, ich verschleierte auch strukturelle Ursachen von ungerechten Lebensumständen. Statt Armut in Afrika mit Überbevölkerung zu erklären, kann ich auf globale Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln hinweisen. Und damit Verantwortung - etwa als Konsumentin, Bankkundin, Wählerin übernehmen.

Kontakt aktiv herstellen, statt Kontakt vermeiden

Menschen, die aus verschiedenen Gründen als Benachteiligte und Privilegierte aufeinander treffen, haben oft wenig Kontakt miteinander. Austausch muss nicht zwingend herbeigeführt werden. Um Machtverhältnisse in eine Balance zu bringen, ist Kommunikation jedoch notwendig. Für Privilegierte ist es dabei häufig einfacher, den ersten Schritt zu machen. Kontakt zu knüpfen heißt nicht nur, Benachteiligte aktiv anzusprechen. Es kann auch bedeuten, Sitzungen an Orten zu veranstalten, an denen sich weniger Privilegierte wohl fühlen, die ihnen zugänglich sind, vor denen sie keine Schwellenangst haben.

Unterschiede erkennen, statt zu leugnen. Politische, historische, psychologische und soziale Bedeutung systemischer Unterdrückung verstehen

Ist Gleichbehandlung gerecht? Nicht, wenn Gleichbehandlung - wie in dem sogenannten ‚Color blind approach‘ beschrieben - bedeutet, Unterschiede zu leugnen und damit Erfahrungen von Benachteiligten zu negieren. Die afroamerikanische Dichterin Pat Parker riet „der Weißen, die wissen möchte, wie sie meine Freundin sein kann: Erstens: Vergiss, dass ich schwarz bin. Zweitens: Vergiss nie dass ich schwarz bin“. Ob ich auf die Kategorie, nach der benachteiligt wird, eingehe oder nicht, muss von Situation zu Situation neu entschieden werden. So zu tun, als gäbe es keine unterschiedlichen Hautfarben, kann auch heißen, zu negieren, dass mit einer schwarzen Hautfarbe Erfahrungen von Diskriminierung verbunden sein können. Solange Menschen mit fremd klingenden Namen in Bewerbungsprozessen benachteiligt werden, solange es ein Lohngefälle zwischen Männern und Frauen gibt, lohnt es, kompensierende Extramaßnahmen aufzulegen, die benachteiligte Gruppen darin unterstützen, aufzuholen.

Um langfristig eine Machtbalance herzustellen, ist von Seiten der Privilegierten das Eingeständnis von entscheidender Bedeutung, dass strukturelle Ungleichheit in Medien, Organisationspraktiken und sozialem Handeln reproduziert werden. Ein Beispiel hierfür wäre die mangelnde soziale Mobilität im Bildungsbereich: SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten haben in Deutschland bei gleicher Leistung sehr viel schlechtere Chancen auf eine angemessene Bewertung. Ein anderes Beispiel wäre die Erkenntnis, dass die Benachteiligung der Frauen immer noch mit biologischen oder religiösen Argumenten für deren „natürliche“ Neigung zu reproduktiven Tätigkeiten erklärt wird. Diskriminierung ist demnach nicht nur eine individuelle Angelegenheit, sondern eine Herausforderung für politischen Wandel, gesellschaftlichen Umbau und Organisationsentwicklung.

Für Benachteiligte:

Eigene Wünsche formulieren, statt im System mitzuspielen

Von Seiten der Benachteiligten ist es ebenfalls möglich, etwas zum Ausgleich der Machtungleichheit beizutragen, etwa sich Außenseiterrollen zu entziehen, eigene Bedürfnisse zu formulieren und Respekt einzufordern. Wer die Rolle des Klassenclowns angenommen hat, hat kurzfristig die Lacher auf seiner Seite, langfristig ändert er jedoch nichts an seiner Situation oder dem Umgang der MitschülerInnen untereinander.

Verantwortung übernehmen, statt das System verantwortlich zu machen

Benachteiligte machen es sich zu einfach, wenn sie die gesamte Schuld dem System zuzuschreiben („Auch wenn ich mich bemüht hätte, hätte ich den Job in diesem diskriminierenden System nicht bekommen“). Nicht jede negative Bewertung muss gleich auf Vorurteilen basieren oder diskriminierend sein. Der/die Benachteiligte kommt nicht darum herum, es immer wieder ernsthaft zu versuchen, zu partizipieren und Verantwortung für die eigenen Leistungen zu übernehmen. Anstatt mit Minderwertigkeitsgefühlen davon auszugehen, dass es ohnehin keinen Unterschied macht, ob man an einer Veranstaltung (Elternabend, Versammlung...) teilnimmt oder pünktlich zugegen ist, bringt die Verantwortungsübernahme Schief lagen ins Gleichgewicht. Verantwortung heißt zum Beispiel, selbstbewusst davon auszugehen, dass es einen Unterschied macht, ob man (rechtzeitig) anwesend ist und sich ggf. im Vorfeld zu entschuldigen.

Kontakt aktiv herstellen, statt Kontakt zu vermeiden

Als Benachteiligte/r ist es häufig anstrengend sich der Konfrontation mit der Mehrheitsgesellschaft (und den damit verbundenen Abwertungen, Bekehrungsversuchen, Vorurteilen) auszusetzen. Um langfristig eine Schief lage ins Gleichgewicht zu bringen, ist es jedoch notwendig auch von Seiten der weniger Privilegierten, Kontakt aufzunehmen. Das kann sich in der Bereitschaft äußern, Gespräche mit Angehörigen der Mehrheit bzw. der Privilegierten zu führen, aber auch in Gremien, Jobs, politische Strukturen reinzugehen und dort eigene Erfahrungen zu teilen und eigene Vorstellungen zu formulieren.

Informationen teilen, anstatt sie eigene (kulturelle) Herkunft ablehnen

MigrantInnen, die mit einer Integrationspolitik konfrontiert waren, die auf Assimilation setzte, haben häufig aufgehört, ihre Herkunftssprachen zu sprechen, Musik aus der Herkunftskultur zu hören oder kulturelles Wissen an Kinder weiterzugeben. Das kann eine sinnvolle persönliche Strategie sein. Eine gleichberechtigte Teilhabe verschiedener Herkunftskulturen wird dadurch nicht gefördert. Die eigene Herkunft wird beispielsweise auch verschleiert, wenn Frauen Karriere machen und daraus ableiten, dass strukturelle Diskriminierung nicht vorhanden ist und es jede Frau schaffen kann.

Der Anti-Bias-Ansatz stellt Gemeinsamkeiten heraus – aber auch für die Seite der weniger Privilegierten kann es wichtig sein, auf Unterschiede hinzuweisen. Zum Beispiel auf unterschiedliche Erfahrungen beim Zugang zu Ressourcen. Sie können die eigene kulturelle Herkunft annehmen und unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungshintergründe und unterschiedliche Herkunftssprachen (seien sie auf dem Schulhof verboten oder nicht) als Bereicherung und Innovationsmotor einer Gesellschaft einbringen.

Auf Auswirkungen von Benachteiligung hinweisen, statt Benachteiligung zu verschleiern

Wer diskriminiert wird, erlebt starke negative Gefühle wie Wut, Trauer, Verletzung, Hilflosigkeit. In der Situation selbst ist es jedoch schwer, diese Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Macht ein Kollege oder eine Kollegin einen rassistischen oder sexistischen Witz, lachen wir vielleicht mit, um nicht alles aufzubauschen. Langfristig ändert sich dadurch nichts: Erst der Hinweis auf die Auswirkungen von Benachteiligung kann die Schieflage auf lange Sicht ins Gleichgewicht bringen.

Im Anti-Bias-Ansatz wird deutlich, wie das Verhalten dominanter und benachteiligter Personen oder Gruppen ineinandergreift. Es wird weiterhin deutlich, dass Personen aufgrund von unterschiedlichen Kategorien sowohl benachteiligt als auch dominant sein können, je nach Kontext und Situation. Die Sensibilität zu gewinnen, jede Situation auch unter Machtaspekten wahrzunehmen und sich so zu verhalten, dass Schief lagen ins Gleichgewicht gebracht werden können, ist ein lebenslanger Prozess. Er bringt uns in Kontakt miteinander, schafft Nähe und nährenden Austausch.



Dr. Rita Panesar

Quellennachweis:

- 1) Bettina Schmidt: Den Anti-Bias-Ansatz zur Diskussion stellen. Beitrag zur Klärung theoretischer Grundlagen in der Anti-Bias-Arbeit. Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Nr. 44, Herausgegeben von Rudolf Leiprecht und Rolf Meinhardt, Oldenburg 2009, S. 23f.
- 2) Louise Derman-Sparks/ Carol Brunson-Phillips, (1996): Auch kleine Kinder kennen Stereotype. Wie Anti-Bias-Arbeit pädagogische Praxis neu gestaltet, in: INKOTA-netzwerk e.V.: Vom Süden lernen. Erfahrungen mit einem Antidiskriminierungsprojekt und Anti-Bias-Arbeit. Berlin 2002, S. 61f.
- 3) <http://www.anti-bias-werkstatt.de/4.html>
- 4) Louise Derman-Sparks: Anti-Bias-Arbeit mit kleinen Kindern in den USA. Vortrag bei der Fachtagung „Kleine Kinder – keine Vorurteile?“ des Projektes Kinderwelten 03/01. Berlin 2001, S. 5ff.
- 5) Schmidt, S. 33f.
- 6) Vgl. Ramses Michael Oueslati: Interkulturelle Bildung in der Schule, in: Regine Hartung / Katty Nöllenburg / Özlem deveci (Hg.): Interkulturelles lernen. Ein Praxisbuch, Schwalbach /Ts. 2013, S. 22-34.
- 7) Vgl. www.bqm-hamburg.de
- 8) Vgl. Early Learning Ressource Unit: Shifting paradigmes, Capetown, Lansdowne 1997.
- 9) Pat Parker: For the white person who wants to know how to be my friend. In: dies.: An expended edition of Movement in Black, Ithaka NY 1999, S. 99.

Fachforum 5: Handlungsempfehlungen

Natascha Tomchuk / Kunst- und Medienwissenschaftlerin / Hamburg

Das Diversity-Konzept als Strategie bildete den Schwerpunkt des diesjährigen Bundesfachkongresses. Das Konzept ist als Management-Instrument und Unternehmen strukturierendes Programm bekannt geworden. Das erste übergreifende Ziel des Fachforums war, die Theoriebildung des aus der Menschenrechtsbewegung stammenden Diversity-Konzeptes aufzugreifen und einen Raum für die Diskussion über die Entwicklung des Konzeptes anzuregen vor dem Hintergrund der globalen Kontexte und postkolonialen Kritik. Zugleich sollte ein Input zu den Zusammenhängen zwischen Globalisierung und Interkulturalität angeboten werden. In diesem Rahmen war das weitere Ziel, umfassend darzustellen, dass der Begriff „Identität“ - ob kulturell, geschlechtlich, national oder sozial – eine zentrale Rolle in den Diversity-Konzepten einnimmt und somit einer radikalen Revision unterzogen werden muss. Im Folgenden werden die im Forum als zentral formulierten Thesen zusammengefasst:

Hegemoniale Verhältnisse erkennen und überwinden

Es ist allen ReferentInnen gelungen, die bestehenden hegemonialen Verhältnisse aus verschiedenen Perspektiven aufzuzeigen und den Teilnehmenden zu verdeutlichen, wie diese Verhältnisse globale und interkulturelle Beziehungen strukturieren. Der Machtbegriff „Hegemonie“ nimmt eine zentrale Stellung in der postkolonialen Forschung ein. Er ist nützlich, um zu beschreiben, wie sich Macht nicht etwa nur vordergründig durch Gewalt oder Militär etabliert, sondern wie Macht durch Wissenserzeugnisse oder Definitionen von Kultur sowie durch Vorstellungen von verschiedenen Kulturen auf unbewusste Ebenen einwirkt.

Am Beispiel der Integrationsmodelle zeigte Louis H. Seukwa, wie die (Be-)Wertung verschiedener Kulturen diese hierarchisch strukturiert und in konkurrierende Positionen bringt. Ein stetiger symbolischer Kampf um die Legitimität der Kulturen finde demnach auf der gesellschaftlichen Ebene statt und bedinge die politischen Handlungen. Die Sprechenden und Erzeugenden des Wissens sind in einer Machtposition, die ihnen erlaubt, über andere Kulturen zu sprechen und sie (wissenschaftlich) zu definieren. Dazu ergänzend betonte Seukwa, dass es universale, homogene, monolinguische und in sich geschlossene Kulturen nicht geben kann. Ausgehend und übereinstimmend mit dieser These plädierte Gerald Faschingeder für eine verstärkte Förderung der Pluralität und Gleichberechtigung der Sprachen. Kerstin Brandes veranschaulichte hegemoniale Bilderpolitik an visuellen Beispielen und zeigte, wie Bilder und visuelle Kampagnen Machtverhältnisse stützen können. Auch Rita Panesar verdeutlichte, dass der Anti-Bias-Ansatz den Begriff „Hegemonie“ in Seminaren und Fortbildungen anwendet und dazu dient, kritisch mit unseren Wissensbeständen umzugehen – etwa mit wissenschaftlichen Erzeugnissen, Bildungsliteratur oder Schulbüchern. Die erfahrungsorientierte Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen bilde das zentrale Ziel des Ansatzes, so Panesar. Die Referentin legte überzeugend dar, wie hegemoniale Verhältnisse auf der in-

dividuellen Ebene erkannt und konkret verändert werden können.

Pluralität der kulturellen und geschlechtlichen Identitäten anerkennen

Die These, dass die kulturelle sowie geschlechtliche Identität ein Konstrukt sei und sich durch eine Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppen zusammensetzt, klang im Forum auf unterschiedlichen Ebenen an. Vor dem Hintergrund, dass es keine homogenen Gesellschaften gibt, warnte Seukwa vor Essentialisierungen, also vor dem Gleichsetzen der Struktur einer Person mit einer kulturellen Identität, und vor der Annahme, dass die kulturelle Identität etwas über das Wesen einer dazugehörigen Person aussagen könne. Brandes veranschaulichte, wie abstrakte Begriffe einer kulturellen Identität durch Geschlechterdifferenz dargestellt werden und damit gleichzeitig die Realität verzerren. Sie vertrat die Auffassung, dass sich die Vorstellung von „Identität“ entlang verschiedener identitätsstiftender Kategorien organisiert. Rita Panesar plädierte ebenso für eine plurale Auffassung von Identität und zeigte, wie mithilfe des Anti-Bias-Ansatzes die Menschen verschiedene Rollen in sich selbst erkennen lernen, wie sie gleichzeitig Positionen der Privilegierten und Benachteiligten einnehmen oder etwa zugleich Diskriminierte oder Diskriminierende sein können. Die vorgestellten Ansätze zu hybriden Formen und pluralen Identitäten fanden am meisten Wiederklang in den Arbeitsgruppen, die nach den Vorträgen ihre eigenen Thesen erarbeiteten. Die Gruppen konnten sich vorstellen, diese Ansätze zu pluralen Identitäten anwenden zu können, stießen jedoch bei weiterführenden Fragen an ihre Grenzen. Insgesamt sprachen sich die Gruppen für die Implementierung von Diversity-Trainings auf verschiedenen institutionellen Ebenen aus.

Mehr Reflexion und Ausbau von Diversity-Trainings

Für „mehr Reflexion“ der eigenen Bilder und des eigenen Verhaltens plädierten die Referentinnen Brandes und Panesar. Vor allem den Kulturschaffenden empfiehlt Brandes, eigene Produktionen immer wieder daraufhin zu überprüfen, was als eigen oder als fremd bezeichnet wird. Insbesondere im Umgang mit kultureller Vielfalt sei es wichtig, über scheinbare Selbstverständlichkeiten zu stolpern und sich zu fragen, ob in bestimmten Kontexten die Rede über „fremde“ Kulturen oder „MigrantInnen“ sinnvoll oder abwegig ist. Was genau und welche Bedeutungen sollen mit diesen oder ähnlichen Bezeichnungen vermittelt werden?

Panesar wie auch Leah C. Czollek, die leider verhindert war zu referieren, vertraten die These, dass Diversity-Programme nur dann etwas nützen, wenn Menschen diese Konzepte innerlich vertreten und sie auch umsetzen wollen. Es geht dabei um ein Lernen bestimmter Praxen, mit denen die Beteiligten die Differenz nicht nur anerkennen, sondern auch mit Widersprüchen und dem dialektischen Verhältnis von Gleichheit in der Differenz umgehen können. Dafür seien spezielle Schulungen, Fortbildungen und Trainings

notwendig, denn es geht dabei auch um die Auseinandersetzung mit eigenen unbewussten Gedankenprozessen, in denen Rassismen oder Stereotype oft schwer zu fassen sind.

Obwohl wegen eines kurzfristigen Referentinnenwechsels über „Wir“-Gruppen im Forum nicht ausreichend diskutiert wurde, gab es einen Konsens darüber, dass es keine homo-

genen Gruppen aufgrund der pluralen Identitäten geben kann. Wie wir damit umgehen, wie wir diese Einsichten für uns positiv übersetzen oder bewusst machen können, ist noch ein Lernprozess in unserer Gesellschaft, der einer professionellen Unterstützung in Form von Diversity-Programmen bedarf.

Fachforum 5: Zusammenfassung

Ormina Maschal / Pfadfinderin Thalia Theater / Hamburg

Welche Effekte entstehen in einer interkulturellen Gesellschaft durch die zunehmende Globalisierung? Lässt dies Kulturen zusammenschmelzen oder wird das Gefühl kultureller Zugehörigkeit dadurch verstärkt? Wie kann man kulturelle Vielfalt bewahren, ohne dass Parallelgesellschaften entstehen?

Diesen und vielen weiterführenden Fragen stellte sich das fünfte Fachforum mit vier anregenden Vorträgen, abgerundet durch Gruppenarbeiten der ZuhörerInnen und einer abschließenden Präsentation der Ergebnisse. Der erste Vortrag von Louis H. Seukwa unter dem Titel "Globalisierung und Interkulturalität" widmete sich schwerpunktmäßig der Frage, wo Vielfalt beginnt, und schuf damit eine gute Grundlage für das nachfolgende Programm. Seukwa arbeitete in seinem Vortrag heraus, dass die Vorstellung einer universellen Kultur einer Utopie entspricht. Eine Gesellschaft mit universellen Werten sei nicht umsetzbar, denn Werte, die in der einen Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen, wie etwa körperliche Unversehrtheit in der westlichen Kultur, haben in einer anderen Kultur einen völlig anderen Stellenwert. Eine universelle Gesellschaft würde also bereits an der Schaffung allgemeingültiger Menschenrechte scheitern. Doch nicht nur eine Universalgesellschaft würde laut Seukwa nicht umsetzbar sein. Selbst eine monolinguiistische Gesellschaft könne es nicht geben. Man schaue sich nur an, welcher Sprache sich ein Politiker auf Straßenfesten bedient und wie er in einer Talkshow spricht. Das sei nicht ein und dieselbe Sprache, so Seukwa.

Im Anschluss folgte der Vortrag von Gerald Faschingeder. "Ungleiche Vielfalt im globalen Dorf. Überlegungen zur Zukunft der kulturellen Vielfalt in einer Welt in Schieflage" war der Titel des Vortrags. Faschingeder erörterte das Für und Wider der These, dass sich die Welt immer mehr in ein „Dorf“ verwandelt. Dabei arbeitete er heraus, dass das Verschwinden von „Schraken“ zwischen den Kulturen Hybridität entstehen lässt. Das zeige sich zum Beispiel daran, dass jemand, wie integriert er/sie auch sein mag, dazu aufgefordert wird, zu einem Fest etwas aus seinem „Herkunftsland“ mitzubringen.

Nach der Mittagspause hielt Kerstin Brandes einen Vortrag zum Thema "Kulturelle Identitäten, Gender und die Politik der Bilder". Wie der Titel bereits andeutet, hat Brandes stark mit Visualisierungen gearbeitet. Was stellt sich unsere Gesellschaft ganz konkret unter Vielfalt vor? Wie und warum wird Vielfalt oft auf eine bestimmte Weise visualisiert? Welche historischen Vorannahmen sind in den Bildern zu lesen?

Und nicht zuletzt: Welche Rolle spielt Weiblichkeit in der Darstellung kultureller Identitäten? Der Vortrag und vor allem die sorgfältig ausgewählten Bilder zeigten ganz deutlich, dass eine scheinbar „natürliche“ Differenzierung selbst heute noch häufig durch die Farbe der Haut erfolgt. Außerdem veranschaulichte Brandes an allegorischen Bildern des Weiblichen aus der historischen Tradition bis in die Gegenwart, dass und wie Weiblichkeit als Platzhalter das Fremde oder die mit Vorurteilen behafteten Unbekannten visualisiert.

Im letzten Vortrag "Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung: Der Anti-Bias-Ansatz" berichtete Rita Panesar aus ihrer Praxiserfahrung als Coach. Dabei sensibilisiert sie Menschen, Formen von Diskriminierung bewusster wahrzunehmen. Panesar machte darauf aufmerksam, dass Diskriminierung nicht nur die klassische Form der „Rassendiskriminierung“ annehmen kann. Wenn etwa ein/e AkademikerIn gegenüber Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad Fachvokabular verwendet, so diskriminiert er/sie diejenigen, die mit diesem Vokabular nicht vertraut sind und es folglich nicht verstehen können.

Die anschließende Arbeit in Kleingruppen diente bestens zur Input-Verarbeitung. Es wurde darüber diskutiert, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um das Leben in einer interkulturellen Gesellschaft zu fördern, und inwiefern das Denken in Zugehörigkeiten vermieden werden kann.

Die TeilnehmerInnen kamen zu interessanten Ergebnissen: Stichwörter wie Besinnung, Verantwortung und Verständnis fielen. Eine nicht in Zugehörigkeitsmustern denkende Gesellschaft sei zwar wünschenswert, aber leider unmöglich. In einer Gruppe wurde die vielfältige Gesellschaft mit einem Sinfonie-Orchester verglichen, in dem viele unterschiedliche Instrumente zum Einsatz kommen und gemeinsam einen harmonischen Klang erzeugen. Vielleicht kann eine solche Harmonie eines Tages das Ergebnis des Zusammenkommens vieler unterschiedlicher Kulturen sein.

Fachforum 6

Interkultur, Stadtentwicklung, Städtebau und Architektur

Es referierten und diskutieren: **Birsen Coskun-Öztürk** (Architektin BDA, Berlin), **Uli Hellweg** (Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg), **Prof. Bernd Kniess** (HafenCity Universität Hamburg), **Dr. Dorothea Kolland** (Leiterin des Kulturstadtes Berlin-Neukölln), **Anna Becker** (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg)

Moderation: **Bettina Kiehn** (Geschäftsführerin des Bürgerhauses Wilhelmsburg),

Kerima Bouali (Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftlerin/ ASUM GmbH, Berlin)

Veranstaltungsspaten: **Judy Engelhard, Bettina Kiehn, Gabriela Schmitt**

Einfluss der Migration auf die Stadtentwicklung in Deutschland

Birsen Coskun-Öztürk / Architektin und Stadtplanerin / Bremen u. Berlin

Migration nach Deutschland

Die Migration hat vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa zur Entstehung einer multikulturellen Bevölkerung geführt. Diese brachte die süd-östlichen Kulturen nach Europa, insbesondere nach Deutschland. Im Zuge dieser neuen Entwicklung kam es zu einer Interaktion zwischen den westlichen und süd-östlichen Kulturen, die eine kulturelle Änderung und Transformation verursachte. Diese Entwicklung macht sich gerade in den Städten sowie in sozialen Strukturen bemerkbar.

Deutschland ist ein Land, das eine lange Tradition der Migration hat. In der neueren Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg werden drei wichtige Phasen (Berding 2007: 25) definiert: Die erste Einwanderungsphase 1955–1973 zeichnet sich durch Arbeitsmigration aus, die zweite Einwanderungsphase 1986–1993 durch Flüchtlingsmigration. Und die dritte Einwanderungsphase seit 1998 ist durch die Einführung der deutschen Green Card und von neuen Formen der Migration geprägt.

Wie haben diese drei Einwanderungsphasen die Stadtentwicklung und die Architektur in Deutschland beeinflusst? Um diese Frage beantworten zu können, sei darauf hingewiesen, dass diese Entwicklungen in Deutschland zu betrachten sind im Zusammenhang mit den Entwicklungen in den Heimatländern der Migranten und in anderen europäischen Ländern. Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union beschleunigte diesen Prozess.

Profil der türkischen Migranten und Entwicklungsphasen ihrer Migration

Zwischen der gegenwärtigen Stadtentwicklung und der Kultur (Religion, Ausbildung, Einkommen, Wohnen, Leben etc.) der Bewohner gibt es einen direkten Zusammenhang. Daher ist die Lebenskultur türkischer Migranten in deutschen Städten von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung. Anhand der folgenden Tabelle (Coskun 2011: 79) habe ich die Lage der türkischen Migranten dargestellt und dabei zwei Dimensionen, die Einwanderungsphasen sowie die Stadtentwicklung bestimmende Faktoren, zusammengeführt: Ab dem Jahr 1961 kamen die ersten türkischen Arbeitnehmer aus Dörfern und kleinen Gemeinden nach Deutschland und blieben hauptsächlich in Wohnheimen und Einzelzimmern. Es handelte sich vornehmlich um Menschen mit fünfjähriger Schulausbildung, die in Deutschland

als Hilfsarbeiter und gelernte Arbeiter tätig waren und mit ihrem Arbeitnehmer-Einkommen ein Haus in der Türkei bauen oder ihre Familie in der Türkei finanziell unterstützen wollten.

Im Jahr 1973 verhängte die Bundesregierung den Anwerbestopp. Dennoch begann bereits in den 1970er Jahren der Zuzug von Familienangehörigen. Die Arbeiter zogen mit ihren Familien aus Wohnheimen oder Einzelzimmern in kleine, oft heruntergekommene Wohnungen in vernachlässigten Stadtteilen. Die nachgezogenen Frauen waren und blieben meist ohne Schulausbildung, während die Kinder der ersten Generation oft ihren Hauptschulabschluss absolvierten. Neben dem Einkommen des Arbeitnehmers bezogen die Familien Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung. Viele verfolgten weiterhin das Ziel, mit dem Einkommen Eigentum in der Türkei zu erwerben. Die Kinder absolvierten eine Haupt- oder Berufsschule. Mehr und mehr setzte sich das Bewusstsein durch, auch in Deutschland Eigentum zu erwerben. Sie forderten von deutschen Behörden muttersprachlichen Unterricht, Gebetsräume und Koran-Schulen.

Ab 1980 fing die Wanderung der Arbeiter zwischen der Türkei und Deutschland an. Es war für sie nicht leicht, sich für ein Land zu entscheiden. Viele Arbeitnehmer kehrten mit Rückkehrprämien des deutschen Staates in die Türkei zurück. Noch immer lebten die Arbeiter in kleinen Wohnungen, während die Zurückgekehrten an die Ränder der Großstädte zogen. Die Kinder der Migrantenfamilien besuchten Haupt- und Berufsschulen; selten eine Realschule, ein Gymnasium oder eine Universität.

Seit 2010 gibt es ein neues Bild der türkischen Migranten in Deutschland: einerseits weiterhin die Gastarbeiterfamilien, andererseits Geschäfts- und Fachleute, Akademiker, Studenten sowie Künstler und Schriftsteller. Viele von ihnen zogen in Wohnungen oder Häuser besserer Qualität. Sie haben inzwischen bessere Schulabschlüsse, besuchen zunehmend Berufsschulen, Realschulen, Gymnasien und Universitäten. Dadurch bekommen sie Zugang zu akademischen und gehobenen Berufen. Außerdem ist zu beobachten, dass sich der Bau von Moscheen gegenwärtig verbreitet. Türkische Migranten schicken ihre Kinder heute auch auf internationale Schulen. Für türkische Migranten mit guter Ausbildung und Fremdsprachkenntnissen gibt es länderübergreifende Arbeitsmöglichkeiten.

Migration-Entwicklungs-Tabelle (Türkische Migranten in Deutschland)						
Einwanderungs-Phasen	Migrantentyp	Wohnerfahrungen	Ausbildung	Beruf	Einkommen	Bedürfnisse
1961	Sogenannte Gastarbeiter	In der Türkei: Aus Dörfern, kleinen Gemeinden, Gecekondu In Deutschland: Wohnheime, Einzelzimmer	5 Jährige Grundschule	Hilfsarbeiter oder gelernte Arbeiter	Arbeitnehmereinkommen	Bau eines Hauses im Dorf oder in der Gemeinde Erwerb einer Wohnung in der Stadt Gebetsräume
1970	Zuzug der Familienangehörigen	Kleine, alte Wohnungen in vernachlässigten Stadtteilen	Frauen ohne Schulbesuch Kinder mit Hauptschul- ausbildung	keine gelernten Berufe	Arbeitnehmereinkommen Arbeitslosen- unterstützung Sozialhilfe	Erwerb einer Wohnung/eines Hauses in der Stadt in der Türkei Gebetsräume, Koran-Kurse Muttersprachlicher Unterricht
1980	Wandern zwischen Deutschland und der Türkei	In Deutschland: Kleine, alte Wohnungen in vernachlässigten Stadtteilen In der Türkei: Wohnungen am Rande der Großstädte	Hauptschule Berufsschule	Marginale Berufe Gelernte Berufe	Arbeitnehmereinkommen Arbeitslosen- unterstützung Sozialhilfe	Erwerb einer Wohnung/eines Hauses in der Stadt in Deutschland Gebetsräume, Koran-Kurse Muttersprachlicher Unterricht Kindergarten, Nationale Schulen Freifläche, Spielplätze Hochzeitsäle
2010	3. Generation Geschäftsleute Fachleute Akademiker	In Deutschland: Wohnungen/Häuser in von Migranten bewohnten Stadtteilen Wohnungen/Häuser in von Deutschen bewohnten Stadtteilen mit besseren Wohn- und Wohnumfeldqualität In der Türkei: Wohnungen am Rande sowie in Zentren der Großstädte Ferienwohnungen	Hauptschule Berufsschule Realschule Gymnasium Studium	Marginale Berufe Gelernte Berufe Akademische Berufe Gehobene Berufe	Arbeitnehmereinkommen Arbeitslosen- unterstützung Sozialhilfe Hartz 4 Bessere Einkommen	Erwerb einer Wohnung/eines Hauses in der Stadt in Deutschland Gebetsräume, Koran-Kurse Muttersprachlicher Unterricht Kindergarten, Nationale Schulen Freifläche, Spielplätze Hochzeitsäle Moscheen Internationale Schulen Länderübergreifende Arbeitsmöglichkeiten

Eintwickelt von der Autorin selbst

In allen Phasen lässt sich das kontinuierliche Bedürfnis der Migranten nach Einrichtung von Gebetsräumen und dem Abhalten von Korankursen nachverfolgen. Hinzu kommt, dass ab 1970 der Bedarf an muttersprachlichem Unterricht bemerkbarer wurde. Ab 1980 stieg auch die Nachfrage nach eigenen Schulen, Kindergärten, Spiel- und Freizeitflächen sowie Hochzeitssälen. Und seit 2010 werden internationale, länderübergreifende Schulen und große Moscheen gebaut. Anhand dieser Tabelle sehen wir, wie sich die Lebenskultur der türkischen Migranten in Deutschland hinsichtlich der Einwanderungsphasen (von 1961 bis heute) und der die Stadtentwicklung beeinflussenden Faktoren – wie etwa Migrantentyp, Wohnerfahrungen, Ausbildung, Beruf, Einkommen, Bedürfnisse – umgewandelt hat.

Diese Tabelle zeigt, dass es in Deutschland keine homogenen Migrantengruppen mehr gibt, obwohl sich die Strukturen aus den 1970er Jahren punktuell noch nachverfolgen lassen. Gleichzeitig lässt sich eine Verbesserung der Wohnkultur, der Ausbildung und des Einkommens der türkischen Migranten feststellen. Auch die Erwartungen der türkischen Migranten werden vielseitiger und orientieren sich an existenziellen Bedürfnissen nach Kultur, Bildung und sozialer Teilhabe. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die Stadtplaner und Architekten diese vielfältige Entwicklung in Deutschland berücksichtigen können.

Schlussfolgerungen

Die These dieser Abhandlung ist, dass die Migration zu einer vielfältigen architektonischen und städtebaulichen Interaktion führt. Anhand eigener Beobachtungen und einschlägigen Literatur ist die derzeitige Situation der Migranten wie folgt zu beschreiben:

Migration ist ein komplexes Thema. Bei der Vorbereitung der Stadtentwicklungskonzepte sind beeinflussende Faktoren wie Migrantentyp, Wohnerfahrungen, Ausbildung, Beruf, Einkommen, und Bedürfnisse (siehe Tabelle) weitgehend zu berücksichtigen. Dazu sind u.a. baurechtliche, bauordnungsrechtliche, immissionsschutzrechtliche, gewerbe- und gaststättenrechtliche Anpassungen nötig, um Bedürfnissen gerecht zu werden, wie z.B. Moscheebau, Ruf des Muezzin, Aufstellen von Tischen und Stühlen auf öffentlichen Gehwegen, Wochenmärkte und Basare, Benutzung von Erholungsflächen für Freizeitnutzung etc. Es ist von großer Bedeutung, der Frage nachzugehen, ob es der Entwicklung einer euro-islamischen Architektur, etwa eines mittel-

europäischen Moscheetyps bedarf.

Die interkulturelle Architektur bedarf einer interdisziplinären Auseinandersetzung. Dazu muss ein reger Austausch zwischen Stadtplanern, Architekten, Soziologen, Pädagogen, Politikern, Juristen und Wissenschaftlern stattfinden, um gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten und umzusetzen. Die Bedürfnisse der Migranten können beispielsweise in „Quartiersgesprächen“ ermittelt und in die Stadtplanung einbezogen werden.

Für die interkulturelle Architektur ist eine Synthese von gegenwärtigen Technologien, einheimischen und ethnischen Traditionen, Bauweisen, Baumaterialien, Bautechnik usw. erforderlich. Anders formuliert: Sowohl die Einheimischen als auch die Migranten müssen sich im Quartier wohlfühlen, ohne sich gegenseitig zu überfordern.

Wir Stadtplaner und Architekten sind aufgefordert, nach Antworten auf folgende Fragen zu suchen:

- 1) Wie werden städtebauliche Strukturen und Gebäudetypologien in Zukunft in Deutschland aussehen? Wie werden die Migranten ihr Leben an den urbanen Raum anpassen? Welchen Beitrag kann die Migrationsvielfalt für die Gestaltung des urbanen Raums leisten?
- 2) Wie werden Migranten Städte und Wohnorte nutzen?
- 3) Wird eine zunehmend von Migration geprägte Gesellschaft neue Gebäudetypologien und andere öffentliche Räume brauchen?
- 4) Werden Stadtplaner und Architekten auf Bedürfnisse der Migranten eingehen können?

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass Migration längst nicht mehr als gesellschaftliches oder politisches Problem, sondern als Gestaltungsmöglichkeit zu betrachten ist. Dieser Ansatz öffnet einen neuen Blick auf den architektonischen Entwurf der Gebäude und die Planung von Stadträumen. Baukultur ist demnach nicht nur eine technische Entwurfsaufgabe, sondern auch eine Aufgabe des Erkennens, Aufgreifens und Verstehens. Es geht hier um eine Kultur des Bauens im Sinne einer Kultur des Zusammenlebens (Cârstean 2012, 17). Eine Integration von verschiedenen Kulturen hat in Deutschland bereits sehr wohl stattgefunden und muss von Stadtplanern und Architekten weiterhin gefördert werden.

Literatur:

- Berding, Ulrich (2007): Migration – ein Thema der Stadtentwicklungspolitik? Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung [RWTH Aachen].
- Cârstean, Anca (2012): Migration und Wirklichkeit. In: Bauwelt 12.2012. http://www.bauwelt.de/cms/bauwerk.html?id=5755415#.UFd3_kSQC2w
- Coskun, Bilgen (2011): Interaction of cultural and socio-economic variables in targeting ethnic consumer groups. Steinbeis-Hochschule, Steinbeis Edition.
- Der andere Blick, Migration – 50 Jahre, Anwerbeabkommen, Filme aus der Türkei und Deutschland, Goethe Institut, Ankara, Izmir und Istanbul, 2011.

Interkultur, Stadtentwicklung, Städtebau und Architektur

Uli Hellweg / Geschäftsführer der IBA Hamburg



Die Internationale Bauausstellung (IBA) Hamburg hat eine klar definierte Zone, die den Rahmen für entsprechende Arbeitsschwerpunkte vorgibt. Es sind die Hamburger Elbinseln, die sich in erster Linie dadurch auszeichnen, dass sie immer wieder – bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts – als ein Ort für Einwanderer gedient haben. Die Untersuchungen der Einwanderungswellen zeigten, dass sie stets mit dem Problem schlechter Wohnverhältnisse konfrontiert wurden, was oftmals ein Anlass für Fremdenfeindlichkeit war. Dennoch haben Einwanderer es geschafft, hier eigene Communities und Institutionen aufzubauen. Als Beispiel dient etwa die Bonifatius Gemeinde von katholischen Polen, die in Wilhelmsburg eine eigene Schule, eine Kirche und ein Krankenhaus gründeten, das heute einen internationalen Ruf genießt.

Die Aufgabe von Stadtentwicklern ist es, auf den Zuzug neuer ethnischer Gruppen und ihre Bedürfnisse zu reagieren. Diese Perspektive fügt sich in ein komplexes Aufgabenfeld ein, bei dem zum Beispiel auch der Umgang mit Lärmbelastung, mit spezifischen Umweltsituationen oder klimatischen Bedingungen zu berücksichtigen sind. Dazu zählt auch die stetige Gefahr von Überflutungen durch die Elbe. Das hat die Elbinseln zu einem ungeliebten Ort für eine dauerhafte Niederlassung der heimischen Bevölkerung gemacht, eröffnete aber zugleich auch Freiräume für die Niederlassung von Einwanderern. Lösungen für diese Problematik haben wir unter dem Schwerpunktthema „Kosmopolis“ entwickelt, das neben den Themen „Metrozonen“ und „Stadt im Klimawandel“ eines der drei zentralen Leitthemen der IBA Hamburg ist.

Erweiterter Bildungsbegriff:

die Lernlandschaft „Bildungszentrum Tor zur Welt“

Eine der Herausforderungen der Metropolen von heute ist es, zukunftsorientierte Bildungschancen für alle hier lebenden Menschen zu schaffen. Ein ganzes Quartier zu einer „Lernlandschaft“ umzubauen – das ist das Ziel der Bildungsoffensive Elbinseln. Viele Wilhelmsburger lieben ihren Stadtteil und engagieren sich bereits vielfältig – auch im Bildungsbereich. Diese Tradition der Bürgerbeteiligung haben wir mit der Zukunftskonferenz 2001 und dem daraufhin gegründeten „Forum Bildung Wilhelmsburg“ ausgeweitet.

Mit Investitionen und baulicher Phantasie, mit gemeinsam erarbeiteten Konzepten und in enger Kooperation von lokalen Initiativen, Fachbehörden und dem Bezirk wurde eine zukunftsweisende Bildungslandschaft mit attraktiven Bildungsangeboten entwickelt. Bildungseinrichtungen wan-

deln sich zu offenen Orten, an denen Menschen unterschiedlichen Alters optimale Bedingungen vorfinden, um gemeinsam mit- und voneinander zu lernen und zu kommunizieren. Diese Ziele wurden beispielhaft verwirklicht mit einem Sprach- und Bewegungszentrum im Reiherstiegviertel und dem „Bildungszentrum Tor zur Welt“, das aus Grundschule, Gymnasium und Kindergarten sowie einem Sprach- und Multifunktionszentrum und einem Sportzentrum besteht.

Öffentliche Räume stärken die Tradition des Einwanderungsortes

Der IBA-Themenschwerpunkt „Kosmopolis – Internationale Stadtgesellschaft“ umfasst neben Bildungsfragen noch weitere Komponenten: etwa die Frage, wie der öffentliche Raum so gestaltet werden kann, dass er unterschiedliche Kulturen und Ethnien möglichst gleichermaßen anspricht. Damit befasst sich das IBA-Querschnittsprojekt „Interkulturelle öffentliche Räume“. Der öffentliche Raum – von Plätzen bis zu Uferpromenaden, von Schulen bis hin zu Bushaltestellen – gehört allen. Entsprechend sollen sich alle möglichst wohl fühlen, wenn sie öffentliche Räume nutzen.

Die IBA Hamburg hat sich das Ziel gesetzt, die vorhandene Tradition der Elbinseln als Einwanderungsort eher zu stärken als zu verändern, um damit den Prozessen der Gentrifizierung zu entkommen. Dafür wurden Beteiligungsformen wie das Projekt „Weltquartier“ im Reiherstiegviertel entwickelt, bei dem die Wünsche der Bewohner in die Planungen einbezogen wurden. Durch öffentliche Förderung konnten die Mieten auf einem günstigen Niveau gehalten werden, sodass das Ziel der IBA Hamburg greift, eine Verdrängung der angestammten Mieterschaft zu vermeiden.

Schon in der interkulturellen Planungswerkstatt 2007 äußerten die Bewohner ihre Ideen für einen Platz und dessen Außenräume: Dringend gewünscht wurde ein Ort zum Treffen im Quartier, mit Sitzgelegenheiten und einem Café für alle Bewohner und Kulturen. Im Rahmen des Projektes „Weltquartier“ wurde eine Fläche, die einst als Parkplatz diente, zu einem öffentlichen Raum der Begegnung umgestaltet. Entstanden ist der „Weimarer Platz“, in dessen Pflasterung Betonplatten mit Intarsien eingelassen sind, deren Muster zum Thema „Heimat“ einige Bewohner des Viertels gestaltet haben. Zusätzlich wurde ein Pavillon errichtet, der als Café und Gemeinschaftsraum für verschiedene Nachbarschaftsaktivitäten dient. Große Fensterflächen und eine helle Gestaltung im Inneren machen ihn zu einem angenehmen Aufenthaltsort, der 140 Quadratmeter umfasst. Die lokalen Betreiber sind der Türkische Elternbund Wilhelmsburg e.V. und „Der Hafen - Verein für psychosoziale Hilfe e.V.“. Diese beiden schon vorher im Stadtteil tätigen Akteure bieten den Bewohnern regelmäßige Angebote, wie Hausaufgabenhilfe, Tanz- und Musikgruppen sowie einen Mittagstisch, ein Nachbarschaftscafé und einen Frühstückstreff. Hinzu kommt die Möglichkeit, Kultur- und Informationsveranstaltungen direkt im Quartier ausrichten zu können. Auch für private Feiern können die Räume kostengünstig gemietet werden.

Kultursensible Infrastruktur und lokale Ökonomie

Der große Schwerpunkt „Kosmopolis“ dient der Stabilisierung der Elbinsel in ihrer Tradition als Einwanderungsgebiet mit neuen innovativen Lösungen. So wurde im Reiherstiegviertel ein bundesweites Modellprojekt entwickelt: das Haus „Veringeck“ mit betreuten Altenwohnungen und einer Wohn-Pflege-Gemeinschaft für türkischstämmige Senioren mit Demenz. Dafür wurden insbesondere Traditionen und Gebräuche der Bewohner berücksichtigt und geschätzt: So wurden die Wohnungen nach der Struktur türkischer Häuser entwickelt – mit einer Tagesstätte, einem Hamam (türkisches Dampfbad) und einem Café. Diese Einrichtungen sind auch für die Nachbarschaft geöffnet und stellen somit ein zusätzliches Freizeit- und Betreuungsangebot im Reiherstiegviertel dar. Primäres Gestaltungselement im Außen- und Innenbereich ist eine moderne Interpretation des orientalischen Girih-Musters, mit dem das Flair des Orients in eine moderne Sprache übersetzt wird. Als vielfältiges Fassadenelement prägt die traditionell blaue Ornamentik das äußere Erscheinungsbild ganz wesentlich.

Die Idee für das größte gewerbliche Projekt der IBA Hamburg, dem „Welt-Gewerbehof“, entstand aus dem Studium des Viertels, in dem Klein- und Kleinstbetriebe ungeordnet verteilt sind. Der Gewerbehof am südlichen Rand des Weltquartiers soll die Möglichkeit bieten, diese Vielfalt zu bündeln, in ihrer Funktion zu stärken und durch die Ansiedlung neuer Betriebe weiterzuentwickeln. Zwischen den einzelnen Gebäuden entstehen unter einer spektakulären Dachkonstruktion „Werkhöfe“, die für unterschiedlichste Zwecke genutzt werden können. Die verschiedenen Gewerbebezüge werden in Form von Clustern geordnet. So entstehen zusätzliche Chancen für Beschäftigung und erwerbsnahe Tätigkeiten, so dass auch die Lebens- und Wohnverhältnisse der ansässigen Bevölkerung verbessert werden.

Einbeziehung der Jugendlichen

In dem Beteiligungsprojekt „Your Place – Nextwilhelmsburg Junior“ erhielten Kinder und Jugendliche aus Wilhelmsburg-Kirchdorf die Möglichkeit, sich direkt in die Planung ihres Quartiers einzubringen. Ergebnis war der Entwurf des „MultiCooltiParks“, ein Treff- und Anziehungspunkt hinter dem neuen Haus der Jugend Kirchdorf. „Your Place – Nextwilhelmsburg“ ist ein von der IBA Hamburg gefördertes, kreatives Beteiligungsprojekt mit Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 17 Jahren aus Wilhelmsburg, die gemeinsam die Freifläche planten und gestalteten. Im Mittelpunkt stand einerseits die Vermittlung stadtplanerischer Methoden und Vorgehensweisen. Andererseits sollten Potentiale der Gruppendynamik, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Identifikation mit dem eigenen Quartier bei den jungen Menschen gestärkt werden. In vier verschiedenen Projektphasen – Orientierung, Umfrage, Planung und Öffentlichkeitsarbeit – wurden Kinder und Jugendliche direkt und ganz praktisch in stadtplanerische Prozesse eingebunden. Über Monate haben sich 13 Kinder und Jugendliche aus dem Ortsteil Kirchdorf, betreut von Stadtplanern und Landschaftsarchitekten, mehrmals wöchentlich getroffen, gemeinsam geforscht, geplant und am Ende ihre eigenen Modellentwürfe präsentiert.

Bürgerbeteiligung von der Planung bis zum Neubau

An der Bürgerbeteiligung der IBA wurde die Kritik geäußert, dass zu wenige Migranten in die Stadtentwicklungspläne einbezogen sind. Als Reaktion darauf wurde gemeinsam mit der Wohnungsgesellschaft SAGA GWG im Jahr 2007 ein besonderes Beteiligungsverfahren erprobt: eine Interkulturelle Planungswerkstatt. Die Erfahrung hatte gezeigt, dass Einwanderer mit der herkömmlichen „deutschen“ Beteiligungskultur nur selten erreicht werden. So wurde die Planungswerkstatt von Beginn an als mehrsprachiges Gemeinschaftserlebnis inszeniert, bei dem jeder seine Ideen zur Umgestaltung einbringen konnte. Der direkte Dialog durch sogenannte „Heimatforscher“ an der Haustüre war im Weltquartier dann der Schlüssel zum Erfolg: Studierende der Universität Hamburg befragten in mehreren Fremdsprachen die Menschen vor Ort zu ihrer Wohnsituation und zu ihrer eigenen Vorstellung von Heimat. So konnten kulturspezifische Wünsche für den Umbau der Siedlung in Erfahrung gebracht und das Vertrauen in den Beteiligungsprozess erhöht werden. In zwei Workshops wurde die Beteiligung schließlich fortgeführt.

Die Ergebnisse der Interkulturellen Planungswerkstatt flossen in einen Empfehlungskatalog ein, der Bestandteil des städtebaulichen Ideenwettbewerbs zur Umgestaltung des Weltquartiers wurde. Die Bewohner wünschten sich ein neues Zentrum für das Quartier und eine Verbesserung der Freifächensituation. Sie forderten familiengerechtere Wohnungen mit mehreren kleinen Zimmern und verbessertem Schallschutz und setzten damit räumliche Handlungsschwerpunkte. Auf diese Weise wurde die ehemalige Arbeitersiedlung im südlichen Reiherstiegviertel, in dem auch der bereits erwähnte Weimarer Platz liegt, umgebaut und modernisiert. So wurde das Weltquartier zu einem Modellprojekt für interkulturelles Wohnen.

Folgende Handlungsempfehlungen können eine inklusive Stadtgesellschaft als Rahmenbedingung befördern:

- Bildungspolitik auf die vernachlässigten Stadtteile fokussieren
- Programme wie Soziale Stadt zur Verbesserung der Arbeits- und Wohnverhältnisse einsetzen
- Flächen und Infrastrukturen für lokale migrantische Ökonomie planungsrechtlich unterstützen und sichern
- Investitionen migrantischer Unternehmen finanziell absichern
- Private Investitionen unterstützen
- Kultursensible Infrastrukturen aufbauen
- Neue Formen der Bürgerbeteiligung entwickeln
- Dauerhaft vorhandene Bildungsnetzwerke sichern
- Schutz vor Gentrifizierung

Zusammenfassender Bericht von Natascha Tomchuk



Uli Hellweg

Rahmenbedingungen für eine inklusive Migrationsgesellschaft, Verantwortung der Kommune: Die mögliche Rolle der Kultur für die Realisierung von Inklusion

Dr. Dorothea Kolland / ehem. Leiterin des Kulturamtes Berlin-Neukölln / Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft

Bevor über Inklusion und Möglichkeiten der interkulturellen Öffnung sowie über Partizipationsprozesse nachgedacht werden kann, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Chancengleichheit überprüft werden. In den meisten Fällen paaren sich in unseren Städten Armut, ein hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit. Im Regelfall erweist sich nicht der Migrationshintergrund als exkludierend, sondern die sozialen Defizite. Wenn in Stadtentwicklungsmaßnahmen diese sozialen Probleme nicht ernst genommen werden und ihr Abbau nicht angegangen wird, so wird sich auch hinsichtlich von Integration kein chancengleiches Zusammenleben ermöglichen lassen.

Ansätze für die Entwicklung einer inklusiven Migrationsgesellschaft

Das Ziel einer inklusiven Migrationsgesellschaft kann nur erreicht werden, wenn der Weg dorthin als Veränderung akzeptiert wird – von beiden Seiten. Nicht Integration in etwas Gleichbleibendes, statisch Vorgegebenes führt weiter, sondern Ausschau und Formulierung von Veränderung. Dabei ist grundsätzlich auch von einer Veränderung von Migrationsbewegungen auszugehen: Migration im Sinne einer Bewegung sozialer und/oder familiärer Gruppen von einem Ort zum anderen ist in eine globale Migrationsbewegung übergegangen, die sich in eine Vielheit von individuellen und sich wiederholenden bzw. fortsetzenden Bewegungen auflöst und sozial „Superdiversity“ zur Folge hat. Dies bedeutet:

- Leitbilder für Stadtentwicklung können nicht durch das Projizieren von rückwärtsgewandten Bildern entwickelt werden, wie das der sehnsuchtsvoll begehrten Currywurstbude und der Boulette, der Bürgermeister Buschkowsky für Neukölln nachtrauert.
- Weltweite Migration und ihre lokalen Spuren bewirken Vielfalt und Zugewinn von Menschen, Farben, Formen, Gerüchen, Geräuschen, Sprachen, Verhaltensweisen, Kompetenzen – nicht eine Anhäufung von Problemen.
- Globalität lokal – und dies ist das Ergebnis von Migration – hat als oberstes Ziel nicht eine ordentlich konservierte Einheitsgesellschaft, sondern ein Gemeinwesen der „Diversity“: Vielfalt und Differenz haben hier ihren Raum, den sie brauchen.
- Die neue Migrationsgesellschaft bedeutet ein neues „Wir“. Das bisherige „Wir“ und die „anderen“ beinhalten stets eine Hierarchisierung und eine Aussage über Macht.
- Auch Gutgemeintes strahlt Macht und Ungleichheit aus: Es gilt endgültig Abschied zu nehmen von sozialarbeiterischem Stellvertreterhandeln.
- So wichtig es ist, soziale Defizite, die Chancengleichheit

behindern, zu beseitigen, so darf dies nicht aus einer gönnerhaften Geste heraus geschehen, die das „Wir“ und die „armen (oft ist gemeint: dummen) anderen“ zur Almosengabe und zu einem Gnadentat abstempelt. Nicht die Defizite dürfen im Vordergrund stehen, sondern die Pläne für eine andere Zukunft.

- Der Weg in die neue Gesellschaft, die auf Migration reagiert, setzt Neugier auf andere Menschen voraus und die Bereitschaft zur Entwicklung sich verändernder Strukturen des Gemeinwesens.

Rolle der Kulturpolitik

Kultur und Kulturpolitik haben de facto eine wichtige Rolle in der Gestaltung eines inklusiven Gemeinwesens, ohne sich bewusst zu sein, dass sie in ihrem Handeln Teil einer Auseinandersetzung um grundsätzliche Strategien sind: Stadtsoziologen, Humangeografen, Stadtentwickler, Urbanisten, Europäische Ethnologen und natürlich die Politiker streiten weidlich über den „richtigen“ Weg, wobei der explosive Kern der Begriff bzw. die Realität eines Ghettos ist – integrationsbehindernd oder -fördernd, weil identitätsstärkend.

In der kommunalen Kultur spiegelt sich die Dichotomie der Sozialstruktur eines multikulturellen Gemeinwesens wider: Einerseits haben sich meist – zumindest in den größeren Städten – ethnische Communities entwickelt, in denen sich auch Alltagsleben abspielt, viel mehr jedoch religiöse und/oder nationale bzw. politische und kulturelle (musikalische, sprachliche) Traditionen gepflegt werden. Im Extremfall führen diese Entwicklungen zu Getto-Strukturen, die Abschottung gegen die Umwelt zur Folge haben können. Sie können jedoch auch zu Zentren der durch Migration verunsicherten Identität und Hilfe bei der Suche nach Verwurzelung werden. Andererseits gilt das im Grundgesetz garantierte Primat der Gleichheit und Gleichbehandlung ohne Ansehen ethnisch-kultureller Prägung.

Darauf kann die Kulturpolitik (wobei hier stets Fördern und Präsentieren als Kernaufgaben zu sehen sind) sehr unterschiedlich reagieren:

1. Sie praktiziert und fördert „Weltkultur“ ohne Ansehen ethnisch-kultureller Prägungen, den Blick auf eine „postmigrantische Zukunft“ gerichtet, in der alle Community-Vorstellungen Geschichte geworden sind. Entsprechend wird Kulturförderung ausschließlich für interkulturelle Kulturprojekte geleistet. Entscheidend ist der einende integrative Prozess, alles andere gilt als re-ethnisierend und rückwärtsgewandt. Beheimatung setzt für diese Position den Konsens voraus, Teil einer Kultur zu sein, die sich nicht mehr nach Herkunft sortiert.
2. Die andere Position folgt dem Prinzip der Diversität mit

ihren Polen Vielfalt und Differenz, das eine inklusive Integrationsgesellschaft durchaus nicht ihrer ethnisch-kulturellen Traditionen und Besonderheiten berauben will, solange sie nicht Barrieren vor anderen aufbaut, sondern diese teilhaben lässt. Sie fördert Vielfalt, die Differenz zulässt und im Einzelfall ethnisch-kulturelle Sonderwege geht. Sie setzt auf transkulturelle Prozesse, die „individuelle Entwicklungen durch mehrere kulturelle Herkunft und Verbindungen in Richtung auf eine interne Pluralität“ beeinflussen und Identität jeweils subjektiv konstruieren (vgl. A. Datta, Zukunft der transkulturellen Bildung, Frankfurt, 2010, S. 157). Beheimatung setzt sich aus möglicherweise vielfachen Beheimatungen zusammen.

Ich bin weder feige noch harmoniebedürftig, aber meine Praxis in einem höchst heterogenen Gemeinwesen hat mich gelehrt, dass auch hier – wie wohl immer – Fundamentalismen fehl am Platz sind. Wichtig ist allerdings, sich dieser Dichotomie bewusst zu sein und auch Position zu beziehen.

Rolle von Kunst und Kultur

Kunst und Kultur können als Motor einer inklusiven Stadtgesellschaft positiv agieren:

- Kultur kann als „Trainingsfeld“ für Diversität gelten: Sie bietet die große Chance der Kommunikationsplattform. Genau daran mangelt es im Regelfall in multiethnischen Gemeinwesen zwischen den notwendig zu beteiligenden Akteuren. „Ausländerbeiräte“ lösen dieses Problem nicht. Sie agieren als Interessenvertreter und sind auf ihre Identität bedacht, nicht aber auf kommunikative (verändernde) Prozesse.

Kunst und Kulturprojekte können als „gemeinsame dritte Sache“, als Fokus, als Labor für Situationen des gemeinsamen Agierens und als Plattformen des gemeinsamen Gesprächs dienen. Sie ermöglichen Kennenlernen, Handeln und ästhetisches Gestalten auf verschiedenen Ebenen – außerhalb der Konfliktsituationen, in denen sonst der Kontakt meist stattfindet – außerhalb von existentiell dem Leistungsdruck, frei von Angst. Manchmal geht es „nur“ darum, Gelegenheit, Raum und Zeit zu schaffen, um sich gegenseitig zuzuhören.

- Künstler haben häufig eine große Begabung als Kommunikatoren, indem sie Menschen zum Sprechen und gemeinsamem Agieren anstiften, weil sie einen Blick haben für andere als üblicherweise gewünschte oder wahrgenommene Qualitäten und Fähigkeiten. Beispiele dafür sind:

Die **Aktion „Mapping Körnerkiez“**, in der ein Künstler wochenlang mit einem Bauchladen-Zeichenbrett durch ein Quartier lief und Bürger dazu brachte, auf dem vor gegebenen (realen) Stadtplan ihr Haus zu zeichnen. Ergebnis war ein neues, von viel Liebe, Hoffnung und Blick für die Differenz geprägtes Stadtbild.

Das **Projekt „Helden“**, in dem eine Künstlerin zunächst die lange Haupteinkaufsstraße Neuköllns auf die Art ihrer Läden und ihrer ethnischen Hintergründe analysierte und einen Straßenplan erarbeitete, der die quantitativ riesige Rolle der „ethnischen Ökonomie“ deutlich machte. In mehreren Aktionen setzte sie ihre eigene künstlerische Kraft ein, um diese Potenziale

sichtbar zu machen und ihnen Anerkennung zu verschaffen.

Im Rahmen eines großen Sanierungsvorhabens mit begleitenden mehrjährigen Workshops arbeiteten Künstler mit „bunten“ Neuköllnern – Schülern, Jugendlichen und Frauen eines Integrationskurses – kreativ zusammen. Dabei wurde ein anderer Umgang mit Fassaden, Fußgängerbereichen, Verkehrszeichen, und Platzgestaltung erprobt: Bürgerbeteiligung wurde möglich.

Im **Projekt „Der zweite Blick“** entwickelten Migrantinnen unterschiedlichster Herkunft Stadtführungen zu ihren Themen und trugen damit erheblich zur multiperspektivischen Stadtwahrnehmung bei. (Die Reihe an Beispielen könnte noch lange fortgesetzt werden...)

- Kulturarbeit, Kulturpolitik kann durch Öffnen von „No-Go-Areas“, d.h. traditionell nur für die Mehrheitsgesellschaft zugänglichen Institutionen, Wege zu neuer Inklusion gehen, wobei das „No-Go“ keineswegs nur, aber auch an ethnische Herkunft gebunden ist. Gezieltes Einladen ist ein erster einfacher Schritt zu interkultureller Öffnung. Sie kann aber auch ganz plakativ und einladend diese Institutionen verlassen und mit Kulturangeboten dorthin gehen, wo die Exkludierten ihre Freizeit verbringen und keine Schwellenangst haben. Auch dies ist ein einfacher Schritt – der allerdings voraussetzt, dass die finanziellen Ressourcen nicht vollständig in den traditionellen Kulturtempeln gebunden sind...
- Eine inklusive Stadtgesellschaft setzt Chancengleichheit voraus, um teilhaben zu können. Und Teilhabe wiederum setzt Bildung voraus. Kulturelle Bildung bietet Möglichkeiten, vielfältige Potenziale der Kinder und Jugendlichen zu aktivieren und nicht nur die lernleistungsgewünschten. Kulturelle Bildung schafft Möglichkeiten, sie stark und ihrer eigenen Kreativität bewusst zu machen. So eröffnet kulturelle Bildung einen hervorragenden Einstieg für Partizipation und Teilhabe an einer inklusiven Migrationsgesellschaft.

Kooperation und Kommunikation in der Verwaltung

Die kommunalen Rahmenbedingungen für inklusive, integrative Stadtentwicklung werden umso besser entwickelt und haben Chancen auf Realisierung, je kooperativer die stadtplanenden und verwaltenden Kräfte miteinander kooperieren. Noch ist gegenseitige Abschottung der Regelfall. Insbesondere Kultur wird bislang nur dann freiwillig zugelassen, wenn es um „Kunst am Bau“ etc. geht. Die kommunikativen, anstiftenden, Blicke öffnenden Möglichkeiten der Kunst werden noch zu selten genutzt oder als Fremdkörper verstanden.

Zukunft stiftend sind interaktive, stadträumlich verstandene Prozesse und nicht sich ändern gegenüber verschließende Fachplanung und -verwaltung.

Mehr Hintergrund zu diesen Thesen für den Weg zu einer inklusiven, teilhabegerechten Stadt der Diversität und viele weitere Projektbeispiele: Dorothea Kolland: Werkstatt Stadtkultur. Potenziale kultureller und künstlerischer Vielfalt - Reflexionen und Erfahrungen, hg.: Kulturpolitische Gesellschaft e.V. in Zusammenarbeit mit Kulturnetzwerk Neukölln e.V. Edition Umbruch: Klartextverlag Essen 2012.

Das Europarat-Projekt „Intercultural Cities“ für neue, inklusive Wege der Stadtentwicklung

„Intercultural Cities“, ein Programm des Europarats zur Förderung und Unterstützung der Bemühungen der Kommunen um kulturelle Vielfalt, geht jetzt – nach einer Pilotphase – ins 6. Jahr. Es ist ein Programm zur Stärkung der Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Gesellschaften (capacitybuilding) und zur politischen Richtlinienentwicklung (policy development), um Städte in der Entwicklung interkultureller Strategien und Maßnahmen zu unterstützen, welche ihnen helfen werden, die Herausforderungen von Vielfalt in eine positive, konstruktive und innovative Richtung zu lenken.

Derzeit sind 27 Städte aus den Mitgliedsstaaten des Europarates beteiligt (für Deutschland Berlin-Neukölln), also weit über die EU hinaus. In der Pilotphase wurden im Rahmen dessen Erfolgsmodelle untersucht. Diese Erfahrungspotenziale dienen als Orientierung für andere Städte und zum Aufbau von Strukturen und politischen Maßnahmen, um sie für die Praxis mittels Mediation und Austausch von guten Verfahrensweisen (good practice) nutzbar zu machen.

Das längerfristige Ziel des Programms besteht in der Hilfestellung bei der Bildung von politischen Strategien für den Umgang mit kultureller Vielfalt und kulturellem Dialog, indem es aufzeigt, was der Nutzen dieser Strategien sein

kann und welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, um sie nutzbringend anzuwenden.

Die Philosophie des Programms ist nicht, eine neue Fachdisziplin aufzumachen, sondern Interkulturalität als Governance-Prinzip zu etablieren und bei allen politischen Entscheidungen, bei allem Verwaltungshandeln mitzudenken im Sinne von „Ceterum censeo...“ – sei das nun bei der Zusammensetzung politischer Gremien, bei Sport, Gesundheit oder Kultur. Eine positive Wahrnehmung kommunaler Lenkungs- und Steuerungsformen zu generieren, die von Modellen der Vielfalt und Interkultur geprägt sind, ist ein anspruchsvoller und komplexer Prozess. Die am Programm teilnehmenden Städte werden aufgefordert, unter der Beteiligung von Schlüsselakteuren der Kommune und auf erfolgreichen Beispielen anderer Städte basierend, interkulturelle Strategien auszuarbeiten, die folgende Themenbereiche abdecken:

1. Strukturen der kommunalen Lenkungs- und Steuerungsformen („Governance“)
2. Sprache der öffentlichen Debatte und der Medien
3. Interkulturelle Mediation
4. Kulturpolitische Maßnahmen und Vorgehensweisen.

siehe auch: www.coe.int./interculturalcities

Symposium „Intercultural Place-Making“ Juni 2012 in Venedig

Im Sommer 2012 fand in Venedig ein Symposium unter der Überschrift „Intercultural Place-Making“ statt, an dem Praktiker, Wissenschaftler und Politiker aus 14 europäischen Ländern sowie aus Kanada, Japan und den USA beteiligt waren und das von Phil Woods, dem wissenschaftlichen Begleiter der „Intercultural Cities“ geleitet wurde. Im Ergebnis der Konferenz gab es Handlungsempfehlungen, die in einer Arbeitsgemeinschaft zu Interkultur und Stadtentwicklung am richtigen Ort sind.

Jane Jacobs: „Städte haben die Fähigkeit, für jeden etwas zu bieten, und das nur weil – und nur wenn – sie von allen geschaffen werden.“

Prinzipien

- Vielfalt von Menschen, Orten, Nutzung und Eigentum ist kein Problem, mit dem man fertig werden muss, sondern ein Vorteil, der gefördert werden muss.
- Unser Objekt sollte nicht aus Räumen bestehen, die Menschen zugeordnet sind, sondern aus Menschen, die in Räumen leben.
- Gute Form befähigt, schlechte Form behindert.
- Professionelle Stadtplaner alleine können keine Veränderung realisieren – sie müssen interdisziplinäre Zusammenarbeit als Selbstverständlichkeit kultivieren.
- Bestandteile von Interkulturalität sind die Zutaten für Konflikte. Die Kunst von Stadtplanung ist es nicht, diese zu vermeiden, sondern mit ihnen umzugehen und sie als Teil eines kreativen Prozesses zu nutzen.
- Identität als Basis für das Belegen und Besitzen eines

Ortes ist kurzfristig zweckdienlich, längerfristig aber eine Quelle von Fragmentierung und Wettbewerbsbehinderung.

- Es ist nicht die Frage, was interkulturell kompetente Stadtplanung kostet, sondern: „Was kostet es, wenn man das nicht tut?“
- Gute interkulturelle Stadtplanung sollte über Aufgaben wie Migration und ethnische Diversität hinausreichen und alle Aspekte von Diversität in heutigen Gemeinwesen umfassen.
- Die beiden häufigsten Barrieren, die neuen Formen von Stadtplanung entgegenstehen, sind zwei vorverurteilende Antworten: „Das geht nicht“ und „Das ist zu teuer“. Die erste ist ein Fehler in der Denkweise. Die zweite ein Irrtum in der Buchführung.

Einstellungen und Können

- Das menschliche Hirn ist fähig zu multiplen Formen von Intelligenz und Wahrnehmung, und es fordert in gleichem Maße rationale und affektive Stimulation. Die traditionelle Herangehensweise an Planen und Bauen hat die meisten dieser Möglichkeiten verleugnet und so eine Vielzahl von Planungsalternativen ebenso ausgeschlossen wie die Macht von Wenigen verstärkt.
- Das wichtigste Handwerkszeug von Planern besteht darin, Menschen zuzuhören, ihren Geschichten und der Art und Weise, wie sie Raum nutzen, ihr Leben leben und Erwartungen äußern. Und dann mit ihnen zu arbeiten, indem man dies in Fachsysteme übersetzt.

- Der Profi muss sich immer der Tendenzen bewusst sein, die seiner eigenen Erziehung und Ausbildung inhärent sind, und versuchen, diese zu überwinden.
- Erkennen Sie, dass Menschen ihre Meinung über ihre Umgebung auf verschiedene Art und Weise äußern, aber selten eine „Fachsprache“ benutzen.
- Wenn auch der Stadtentwicklungsprofi nicht Experte werden kann in all den Sprachen und kulturellen Ausprägungen eines vielfältigen Gemeinwesens, so kann er/sie doch darin Experte werden, die „interkulturellen Schlüsselmomente“ zu erkennen, wenn Kommunikation gesucht und angeboten wird, und ein geeignetes Medium dafür auszuwählen.
- Schauen Sie nicht nur auf die „Fassade“, suchen Sie immer die versteckten Fähigkeiten, Ressourcen und Netzwerke eines Raumes.
- Man kann nie zu früh damit beginnen, interkulturell kompetente Bürger zu qualifizieren; dies sollte schon im Kindergarten und in der Grundschule beginnen.
- Die größten Geschenke, die professionelle Stadtentwickler Städten machen können, sind weder Pläne noch bauliche Gegebenheiten, sondern ihre Fähigkeiten als Ermöglicher und Mediatoren von Gelegenheiten.
- Viele der besten interkulturellen Stadträume entstehen organisch und ungeplant; die Kunst eines guten Planers ist es zu wissen, wann er intervenieren sollte und wann er sich heraushalten sollte.

Wissen und Praxis

- Gute interkulturelle Planer können nicht die Antworten auf alle Fragen wissen, aber meist wissen sie, wo man nachsehen und fragen könnte.
- Sie haben die Bescheidenheit, die Grenzen ihres Wissens zu erkennen und die Neugier, es herauszufordern.
- Das Engagement mit und für Menschen ist nicht ein

einmaliges Event, sondern ein konstanter Prozess von Hören, Lernen, Entwerfen, Handeln und Wieder-Zuhören.

- Professionelle Planungsteams, sei es in Städten oder sonstwo, verbessern die Vielfalt ihrer Mitarbeiter durch Weiterbildung, Teamveränderung und Zusammenarbeit.
- Sie haben keine Angst davor, Fehler zu machen oder aus einer Sackgasse umzukehren – auch sie sind Menschen. Gute Stadtentwicklung basiert auf Empathie, nicht auf Unfehlbarkeit.
- Stadtentwicklung ist ein Akt von Ko-Kreation zwischen Bürgern und Profis. Sie fragen sich gegenseitig drei Fragen: Was machen Sie schon für diesen Raum? Was erträumen Sie für ihn? Zu was können Sie sich verpflichten?

Zusagen der Europäischen Kommission

- Verhandlungen um den Strukturfond laufen bereits. Bislang gibt es die „Schubladen“ „Infrastruktur“, „Erbe“ und „Dienstleistung“. In Zukunft soll es „Kulturelle Infrastruktur“ nur geben, wenn diese im Kontext strategischer territorialer Entwicklungen geschieht.
- Es wird einen Fokus auf Städte geben.
- Es wird eine neue Stadtentwicklungsplattform geben und ein neues Erasmus-Programm für Stadtverwaltungen.
- Die EU wird neue Indikatoren für Stadtentwicklung aufnehmen, die „human development“ und „cultural values“ beinhalten.



Dr. Dorothea Kolland

Integration durch Teilhabe

Anna Becker / Wissenschaftliche Referentin der Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, die Hamburger Strategien und Herausforderungen bei der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtteilentwicklung präsentieren und mit Ihnen diskutieren zu können.

Zum Einstieg möchte ich Ihnen einen soziodemographischen und sozialräumlichen Überblick zur Situation der Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg geben, aus dem auch der spezifische Handlungsbedarf in diesem Themenfeld deutlich wird.

Soziodemographische Ausgangslage

In Hamburg lebten Ende 2010 rund 515 000 Menschen mit Migrationshintergrund. Damit macht diese Bevölkerungsgruppe knapp 30 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwoh-

ner aus. Dabei sind die Menschen mit Migrationshintergrund ungleich auf die Hamburger Stadtteile verteilt: Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt sind die Stadtteile mit den (absolut) meisten Personen mit Migrationshintergrund. Die höchsten Anteile an der Bevölkerung im Stadtteil finden sich auf der Veddel und in Billbrook mit rund 70 Prozent. Vergleichsweise wenige Personen mit Migrationshintergrund leben dagegen in den Stadtteilen der Vier- und Marschlande, in denen sie deutlich unter zehn Prozent der Bevölkerung darstellen.

Die in Hamburg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund kommen aus fast allen Ländern der Welt. Die beiden mit Abstand häufigsten Herkunftsländer sind die Türkei und Polen, die zu 18 bzw. 13 Prozent Bezugsland sind. Weitere für Hamburg wichtige Bezugsländer sind Russland, Afgha-

nistan, Kasachstan, Iran, Serbien, Portugal, Ghana, Italien und Griechenland. Die sozialräumlich ungleiche Verteilung der Menschen mit Migrationshintergrund wird bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren besonders deutlich. Fast 46 Prozent aller unter 18-Jährigen in Hamburg haben einen Migrationshintergrund. Im Bezirk Hamburg-Mitte haben zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund, auf der Veddel und in Billbrook sogar über 90 Prozent. In den Stadtteilen der Vier- und Marschlande ist es nur etwa jedes zehnte Kind bzw. Jugendlicher. Bei der Darstellung der räumlichen Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund ist besonders zu betonen, dass ethnische Segregation per se kein Problem darstellt. Probleme können jedoch entstehen, wenn sich soziale und ethnische Segregation räumlich überlagern. Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch strukturell am Arbeitsmarkt sowie im Bildungssystem benachteiligt. So sind die Arbeitslosenquote und die Quote der SGB II-Empfänger bei den Menschen ohne deutschen Pass in Hamburg doppelt so hoch wie bei deutschen Staatsangehörigen. Auch die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liegt bei Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit immer noch doppelt so hoch. Dies führt in bestimmten Stadtteilen zu einer Kumulation von sozialen Problemlagen, denen mit integrierten Handlungsansätzen und Maßnahmen der Aktivierung und Beteiligung zu begegnen ist. Dafür wurde 2009 das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) unter der Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) mit weiteren Hamburger Fachbehörden und den Bezirksämtern erarbeitet.

Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung

Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung sind die bisherigen Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramme sowie die Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt worden. Das Leitziel des Rahmenprogramms ist es, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Daraus wurden die Unterziele abgeleitet, die Entwicklungsperspektiven der Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration zu verbessern und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten und Eigenaktivität zu stärken. Darüber hinaus sollen die Lebensbedingungen in den benachteiligten Quartieren verbessert sowie städtebauliche Defizite abgebaut und beseitigt werden.

Diese Aufgaben können natürlich nicht von der Stadtentwicklung alleine umgesetzt werden. Daher bedarf es eines ressortübergreifenden Handlungsansatzes der Fachpolitiken, bei dem nicht nur Fördermittel gebündelt, sondern die Aktivitäten der einzelnen Ressorts strategisch und bezogen auf das konkrete Quartier miteinander verknüpft werden. Dies ist mit dem Rahmenprogramm erstmals gelungen und wurde auch durch den Aufbau neuer Organisationsstrukturen umgesetzt.

Ein wichtiger Baustein zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der Stadtteile ist der Aufbau von Community Centern und Bildungszentren. Durch die Errichtung dieser Zentren werden nicht nur soziale, kulturelle und bildungsbezogene Angebote gebündelt, sondern es entsteht ein nachbarschaftlicher Treffpunkt, ein Ort der Kommunikation, an dem sich Menschen begegnen und austauschen können. Damit

wird die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Stadtteil gefördert und es wird ihnen Freiraum zum Aufbau sozialer Netzwerke geboten. Diese ist eine Grundvoraussetzung für die Entstehung eines funktionierenden Gemeinwesens. Im Jahr 2010 wurde das erste Community Center Barmbek-Basch eröffnet. Die Entstehung dieses Stadtteilzentrums ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie Ideen aus dem Stadtteil in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erfolgreich umgesetzt werden können.

Bei den Bildungszentren steht die Schule im Mittelpunkt des Nutzungskonzepts. Gerade in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund und sozial schwachen Bevölkerungsgruppen sind die räumliche und die zeitliche Öffnung der Bildungseinrichtungen und ihre Integration in die Lebenswelt der Menschen von zentraler Bedeutung. Das Bildungszentrum „Tor zur Welt“ in Wilhelmsburg verwirklicht das beschriebene Konzept und verbindet Bildungs-, Beratungs- und Integrationsangebote für Erwachsene mit Kitas und schulischen Einrichtungen. Schüler, Lehrer, Erzieher, Eltern, außerschulische Partnern und Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner waren an der Entwicklung pädagogischer Konzepte und an der baulichen Gestaltung aktiv beteiligt und beförderten die enge Kooperation der Akteure. Mit diesen und ähnlichen Ansätzen möchten wir die lokale Handlungsfähigkeit und die Eigeninitiative der Bevölkerung bei der Lösung lokaler Probleme stärken.

Die Bereitschaft und das Interesse, sich für Anliegen im Stadtteil zu engagieren, sind jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt und hängen von den kulturellen, ökonomischen und auch zeitlichen Ressourcen des Einzelnen ab. Hierbei ist auch zu sagen, dass Beteiligung keine Pflicht ist. Denn auch die Freiheit sich nicht zu beteiligen gehört zum demokratischen Selbstverständnis. Jedoch muss der Bevölkerung die gleichwertige Möglichkeit der politischen Einflussnahme und der Mitwirkung an der Gestaltung ihres persönlichen Lebensumfeldes gegeben werden. Letzteres ist umso bedeutender, da in den Quartieren der Stadtteilentwicklung ein hoher Anteil von Menschen lebt, die aufgrund ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit keine formale Möglichkeit der politischen Teilhabe haben.

Ergebnisse der Studie „Partizipation vor Ort“

Daher haben BSU und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Studie „Partizipation vor Ort“ in Auftrag gegeben, um die Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund zu erheben und zu dokumentieren, in welchem Umfang sie in Anspruch genommen werden und sich auf politische Entscheidungsfindung auswirken. Ziel der Untersuchung ist es, sowohl Beteiligung fördernde Faktoren als auch Hemmnisse zu identifizieren und Schlussfolgerungen für die Praxis abzuleiten.

Ergänzend zu einer Daten- und Dokumentenanalyse, bei der sozialräumliche Daten, Evaluationen, Konzepte und Berichte etc. ausgewertet wurden, bildete eine nicht-repräsentative empirische Erhebung in sechs ausgewählten Fördergebieten den methodischen Kern der Untersuchung. Obwohl größtenteils eine Verbesserung bei der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen wird, zeigt sich, dass hier eine intensivere Unterstützung durch Verwaltung und Politik weiterhin notwendig ist.

In Hamburg sind etwa 300 bis 400 Migrantenselbstorganisationen aktiv. Das zentrale Anliegen der meisten Migrantenorganisationen ist es, die Kommunikation im Sinne von Verständigung und interkulturellem Zusammenleben zu fördern. Weitere Handlungsfelder liegen in der Verbesserung der Bildungschancen und der beruflichen Möglichkeiten sowie der Pflege der eigenen Kultur oder Religion. Die bisherigen Erfahrungen im Rahmen der Beteiligungsprozesse und die Unterstützung durch Verwaltung und Politik werden von den Migrantenorganisationen eher zurückhaltend bewertet. Zur Bewertung von Migrantenorganisationen als Akteure in der Stadtteilentwicklung wurde herausgestellt, dass sich das Engagement der Migrantenvereine vor allem auf die Stadt als Ganze ausrichtet. Nur die Arbeit der interkulturellen Vereine hat oftmals einen bestimmten Stadtteil im Fokus. Für die religiösen Vereine stellt die Stadtteilebene keine direkte Bezugsebene dar, da die Mitglieder meist nicht nur in einem Stadtteil leben. Trotzdem gaben 38 Prozent der religiösen Vereine an, dass sie sich an Arbeitsgruppen und Aktivitäten im Stadtteil beteiligen. Auch die interkulturellen Vereine sind auf Stadtteilebene sehr aktiv. So arbeitet über die Hälfte der befragten interkulturellen Vereine in Arbeitsgruppen im Stadtteil mit, über 30 Prozent der interkulturellen Vereine sind in Stadtteilkonferenzen, Stadtteil- oder Sanierungsbeiräten vertreten und 40 Prozent geben an, in anderen Organisationen auf Stadtteilebene mitzuarbeiten. Vielen Migrantenorganisationen sind jedoch weder die zentralen Institutionen oder Netzwerke der Freiwilligenarbeit noch die Freiwilligenagenturen bekannt. Bei den meisten Migrantenorganisationen ist aber eine große Bereitschaft vorhanden, sich in unterschiedlichen Themenbereichen wie Bildung, Jugendarbeit und Stadtentwicklung stärker einzubringen. Es wurde aber darauf hingewiesen, dass ihre personellen Kapazitäten und finanziellen Ressourcen hierbei begrenzt seien.

Eine hohe Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist insbesondere bei informellen Veranstaltungen wie Stadtteilsten und projektbezogenen Aktionen vorhanden. Stadtteilsten werden in allen untersuchten Gebieten als Instrument verwendet, um nachbarschaftliche Kontakte herzustellen und zu intensivieren sowie über Probleme und Anliegen ins Gespräch zu kommen. Formen der aufsuchenden Ansprache und Aktivierung zeigen sich ebenso als erfolgreich (z.B. wie bei den IBA-Heimatsforschern im Weltquartier), sind jedoch auch sehr zeit- und ressourcenintensiv.

Die Untersuchung der Beteiligungsstrukturen in den Fördergebieten macht jedoch deutlich, dass es in allen Gebieten kaum gelingt, Menschen mit Migrationshintergrund dauerhaft in die Quartiers- oder Stadtteilgremien einzubeziehen. Es zeigt sich, dass formale Gremien der Stadtteilentwicklung für die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund nur bedingt geeignet sind und daher andere Formen für kontinuierliche Einbindung gefunden bzw. vorhandene Strukturen modifiziert werden müssen. Da vielfältige Aktivitäten von Menschen mit Migrationshintergrund in den Sozialräumen vorhanden sind, stellt sich darüber hinaus die Frage, wie es gelingen kann, das vorhandene Engagement von Einzelpersonen in die Prozesse der Stadtteilentwicklung einzubinden und für diese nutzbar zu machen.

Persönliche Hemmnisse der Beteiligung

Einer der am häufigsten genannten Gründe, warum sich Migrantinnen und Migranten an den Stadtteilbeiräten nicht beteiligen, sind die sprachlichen Hürden. Viele trauen sich aufgrund ihrer geringen Deutschkenntnisse nicht zu, in Stadtteil- oder Schulgremien mitzuwirken. Zusätzlich macht die starke Rolle der Sprachgewandtheit und der Vertrautheit mit den wichtigen und "richtigen" Begriffen es Migrantinnen und Migranten schwer, sich unabhängig von den rein "technischen" Sprachkenntnissen Gehör zu verschaffen. Bei Migrantinnen und Migranten, die über ausreichend deutsche Sprachkenntnisse verfügen, entspricht die Partizipationsbereitschaft weitgehend der von Herkunftsdeutschen. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Beteiligung sind zudem sozial selektiv. So ist es illusionär anzunehmen, dass sozial benachteiligte und partizipationsunerfahrene Migrantinnen und Migranten eher für gremienbasierte Arbeit zu begeistern sind als sozial benachteiligte und partizipationsunerfahrene Deutsche. Fehlende politische Rechte tragen darüber hinaus dazu bei, dass sich Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht mit der deutschen Gesellschaft identifizieren. Daher wird auch kein Anlass gesehen, sich für ein Gemeinwesen zu engagieren, welches ihnen die gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung verweigert. Auch die Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten mit Wahlen, Parteien und politischen Institutionen in ihren Herkunftsländern können sich hemmend auf die Beteiligung auswirken. Zudem ist davon auszugehen, dass sie bestimmten Gruppen der Verwaltung mit Misstrauen begegnen, weil sie schlechte Erfahrungen mit Behörden z.B. bei aufenthaltsrechtlichen Problemen oder der Anerkennung beruflicher Abschlüsse gemacht haben. Aufenthaltsrechtliche Fragen, Schwierigkeiten bei der Anerkennung von schulischen und beruflichen Abschlüssen und Konflikte mit den Behörden lassen wenige Kapazitäten zur Beteiligung frei. Hinzu kommen häufig fehlende finanzielle Ressourcen, die ehrenamtliches Engagement einschränken können.

Strukturelle Hemmnisse der Beteiligung

„Menschen mit Migrationshintergrund“ ist als einheitlicher Begriff ungeeignet für Menschen mit unterschiedlichen Lebenslagen, Interessen, Identitäten und Beteiligungsvoraussetzungen. Beteiligungsangebote für „Menschen mit Migrationshintergrund“ laufen daher Gefahr, ihre Adressaten gar nicht zu erreichen, weil sich diese vielfach nicht angesprochen fühlen. Vor allem Menschen, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Sprache fließend sprechen und so am ehesten die Voraussetzung für Beteiligung mitbringen, werden sich mit diesem Begriff kaum identifizieren.

Zudem sind viele Migrantenorganisationen sowie deren Tätigkeiten und Angebote den Akteuren der Verwaltung und Stadtteilentwicklung gar nicht bekannt. Eine systematische Zusammenführung der verstreuten Kenntnisse und Erfahrungen findet noch nicht in genügendem Umfang statt.

Die schwache Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen kann zusätzlich dazu führen, dass sich Einwanderer nicht so gut mit den deutschen Behörden

identifizieren und ihre Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt als begrenzt wahrnehmen. Eine Beschäftigung von Einwanderern im öffentlichen Dienst trägt dazu bei, das Vertrauen der Einwanderer in die deutschen Behörden zu stärken, was sich positiv auf die Beteiligungsbereitschaft der Einwanderer auswirken kann.

Bei der Ausgestaltung der Gremien hat sich gezeigt, dass deren formalisierte Arbeitsweise, das Auswahlverfahren, das Insiderverhalten, gegenseitige Vorurteile und eine fehlende Willkommenskultur starke Barrieren in der Beteiligung darstellen.

Umsetzung in der Stadtteilentwicklung: Erkenntnisse und Maßnahmen

Es zeigt sich, dass der programmatische Rahmen für eine stärkere Einbindung von Migrantinnen und Migranten vorhanden ist. Auch bestehen verschiedene Ansätze, Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen und in bestehende Aktivitäten einzubeziehen. Die formalen Gremien der Stadtteilentwicklung sind für die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund mit geringen Sprachkenntnissen ebenso wie für bestimmte deutsche Zielgruppen aus bildungsferneren Milieus aufgrund der formalisierten Arbeitsweise und den sprachlichen Barrieren weniger geeignet, sodass ggf. andere Formen der Einbindung gefunden werden müssen.

Diese Alternativen zu erarbeiten sowie die bestehenden Instrumente und Vorgehensweisen weiterzuentwickeln, war Ziel eines Workshops, den die BSU mit allen an der Stadtteilentwicklung beteiligten Akteuren durchgeführt hat. Als Ergebnis des Workshops wurde sich auf folgende Arbeitsschritte geeinigt, die sich aktuell in der Umsetzung befinden:

1. Durch die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Beteiligung von Menschen mit Migrationshinter-

grund unter Federführung der BSU sollen die verschiedenen Methoden und Instrumente sowie ihre jeweiligen Vor- und Nachteile in der Praxis aufgezeigt werden. Im Handlungsleitfaden soll zudem dargestellt werden, wie die vorhandenen Gremien niedrigschwelliger und weniger formalisiert gestaltet werden können, so dass das Format für alle Quartiersbewohnerinnen und -bewohner nutzbar wird.

2. Auf dem Workshop ist deutlich geworden, dass interkulturelle Kompetenzen für die an der Stadtteilentwicklung beteiligten Akteure eine wichtige Voraussetzung darstellen. Daher wird die BSU ein Fortbildungsangebot zum Thema „Interkulturelle Kompetenzen in der Stadtteilentwicklung“ entwickeln und für alle Akteure anbieten.

3. Zudem werden die Leistungsbeschreibungen für die Gebietsentwickler die Kriterien der Interkulturellen Kompetenzen beinhalten und sich mit der Frage der zeitlichen und finanziellen Ressourcen für Beteiligungsprozesse auseinandersetzen. So sollen auch ressourcenintensivere und zielgruppenspezifische Beteiligungsangebote vermehrt angewendet werden können. Anschließend kann hier zusammengefasst werden, dass Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte strukturelle Veränderungen weiter verbessert werden kann. Hier bringen vor allem Ansätze, die auf der Idee des Empowerments basieren und nicht mit vorgefertigten Formaten arbeiten, weitaus mehr Erfolge. Dies setzt voraus, dass man mit Respekt und Neugier auf die differenzierten Zielgruppen zugeht und die Akteure aus Politik und Verwaltung auch wirklich offen für die Ergebnisse sind, die aus den Beteiligungsprozessen generiert werden.

Kommunale Rahmenbedingungen am Praxisbeispiel „ExTra! Exchange Traditions“: Hamburg-Wilhelmsburg Stadt(teil)entwicklung durch musikalisches Community Building

Die Vision der Arbeit der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg ist es, Begegnungen zwischen den einzelnen Bewohner_innen im Stadtteil so zu intensivieren, dass eine inhaltliche Beteiligung geschaffen wird, die allen in Wilhelmsburg vertretenen Kulturkreisen öffentlichen Raum zur kulturellen Teilhabe bietet. Denn wir wollen ein Gemeinwesen, das sich gemeinschaftlich und nachhaltig für die interkulturelle Entwicklung der Gesellschaft einsetzt.

Das Bürgerhaus Wilhelmsburg ist Ort der Begegnung, Haus kultureller Bildung, Kulturforum und Tagungszentrum in einem. Es lädt Menschen jeder Kultur, jeder Religion, jeden Alters und Geschlechts etc. ein, das Haus zu nutzen, und dabei miteinander in Kontakt zu kommen.

Als lokaler Akteur mit überregionalem Wirkungskreis fördert und unterstützt das Bürgerhaus Wilhelmsburg mit seinem Wirken die Stadtteilentwicklung.

Kulturelle Bildung betrachten wir als Voraussetzung für eine

gesellschaftliche Teilhabe. Bei uns heißt das: Mitmachen – Mitentscheiden – Mitverändern.

Stadträumlicher Kontext: Menschen aus über 130 Nationen! Wilhelmsburg ist Europas größte Flussinsel. Hier leben 56,8 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund und 32,7 Prozent Ausländer_innen aus über 130 Nationen. Die Arbeitslosenquote für 16 - 65-jährige liegt bei 10,7 Prozent. Jede/r Fünfte (21,2 Prozent) ist unter 18, davon haben 76,8 Prozent Migrationshintergrund. 45,4 Prozent der unter 15-jährigen leben in Mindestsicherung. Durch günstige Mieten und viele Industriebrachen wurde Wilhelmsburg in den letzten Jahren zum Wohnort für junge Studierende und Kreative. Doch das kulturelle und soziale Leben in Wilhelmsburg findet sehr häufig in geschlossenen Kontexten der einzelnen Kulturkreise statt.

Noch bis 2013 stehen die Elbinseln im Fokus durch die Internationale Bauausstellung (IBA) und die Internationale

Gartenschau (igs). Das bedeutet für die Elbinseln Stadt(teil)-entwicklung im Zeitraffer. Deshalb ist es uns als Bürgerhaus so wichtig, die historisch gewachsenen Strukturen zu stärken und die vorhandenen kulturellen Kompetenzen der Bewohner_innen zu präsentieren, zu vernetzen und dadurch zu stärken. Und unsere Methode heißt in diesem Falle: MUSIK!

Musikalisches Community Building: Das Netzwerk für Musik von den Elbinseln

Musik hat das Potenzial zur universalen Weltsprache, weil sie jenseits aller Sprachbarrieren funktioniert. Durch die zahlreichen migrantischen Communities, aber auch durch die Vielzahl von jungen, kreativen neuen Bewohner_innen, die in den vergangenen Jahren in die Stadtteile gezogen sind, beherbergen die Elbinseln einen großen Schatz musikalischer Traditionen. Lokale (Sub-)Kulturen sind der Humus für eine lebendige Stadt(teil)entwicklung. Doch in Wilhelmsburg fehlen nachhaltige Entwicklungs- und Präsentationsmöglichkeiten ebenso wie entsprechende Netzwerke im Bereich Musik.

Kulturelle Vielfalt braucht starke Netzwerke: „Musik von den Elbinseln“ vernetzt Schulen und außerschulische Institutionen, Profis und Semiprofessionelle, Veranstaltungsorte, musikwirtschaftliche Anbieter und alle anderen Elbinsel-Musik-Aktiven. Das Netzwerk wurde 2008 von der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg mit der Intention gegründet, ein lebendiges Netzwerk von Musik-Akteuren aus dem Stadtteil auch als Motor für integrative Stadtteilentwicklung zu nutzen. In einem bisher einzigartigen Prozess des musikalischen Community Buildings werden diese musikalischen Akteure generations-, kultur- und institutionsübergreifend zueinander gebracht.

Musik-Akteure aller Art aus Wilhelmsburg und von der Veddel treffen sich regelmäßig und entwickeln gemeinsam musikkulturelle Projekte. Über 100 Musik-Akteure der Elbinseln haben sich so bisher vernetzt, und nach jeder Veranstaltung kommen neue Akteure dazu. So tragen z.B. im Projekt „48 Stunden Wilhelmsburg“ (www.48h-wilhelmsburg.de) immer mehr Menschen zur kulturellen Gestaltung des Stadtteils bei. Kleine und große gemeinsame Konzerte, Jam Sessions oder Workshops sind entstanden, aber auch nachhaltige Projekte für musikalische und kulturelle Bildung, mit denen bisher rund 15.000 Besucher_innen und Teilnehmer_innen der unterschiedlichsten kulturellen Herkünfte und Altersstufen erreicht wurden.

Ein gutes Beispiel: ExTra! Exchange Traditions

Häufig finden die diversen Musikkulturen der Elbinseln nur innerhalb der eigenen Kulturkreise statt. Dabei ist unsere Vision, die Begegnungen zwischen den einzelnen Bewohner_innen des Stadtteils zu intensivieren, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und uns gemeinschaftlich und nachhaltig für die interkulturelle Entwicklung des Gemeinwesens einzusetzen. Wir wollen kein einmaliges Großevent gestalten, sondern langfristige Entfaltungsperspektiven eröffnen. In Konzerten, Klangwerkstätten und Workshops wird die Musik der lokalen Musik-Akteure persönlich vorgestellt, Instrumente können ausgiebigst erforscht und ausprobiert werden. Gemeinsam wird so die kulturelle Vielfalt des Stadtteils präsentiert und weiter gestaltet und ein musikalischer, interkultureller sowie generationsübergreifender Dia-

log gestaltet. Künstler_innen und Besucher_innen lernen sich gegenseitig kennen, erschließen ein neues Publikum mit neuen Zielgruppen und schaffen mit der Veranstaltung ein neues WIR-Gefühl und somit nachhaltige Strukturen für die Stärkung des Gemeinwesens.

„ExTra!“ bietet den diversen Kulturkreisen eine Möglichkeit, ihre Musikkultur sichtbar und vor allem hörbar zu präsentieren: Von türkischer Hochzeitsmusik, jüdischen Liedern und portugiesischen Traditionen über nigerianischen Spirituals und Tänzen der Schwarzmeerküste, von Gipsy-Jazz über den Hamburger Shanty, bis hin zu den internationalen Kinderliedern, die direkt vor den Haustüren gesungen werden bietet „ExTra!“ den diversen Kulturkreisen eine Möglichkeit, ihre Musikkultur zu präsentieren, sichtbar und vor allem hörbar zu machen. Wir gehen über das reine Repräsentieren der diversen Musikkulturen hinaus: Eine Melange von Konzerten, Workshops und Klangsprechstunden führt als Kleinstformate innerhalb der Veranstaltung „ExTra!“ dazu, dass Besucher_innen wie beteiligte Künstler_innen in einen interkulturellen Austausch kommen.

Unsere Zielgruppen sind Musiker_innen, interessierte Elbinselbewohner_innen, Jugendliche, Familien und Kinder aus dem Stadtteil, die an den unterschiedlichen Angeboten teilnehmen. Dabei können sie sich mit den eigenen Traditionen sowie denen ihrer Nachbar_innen und Freund_innen auseinandersetzen. Allerdings sind wir noch längst nicht für alle kulturellen Communities im Stadtteil ein Begriff. So bestehen bisher zum Beispiel kaum Kontakte zu Künstler_innen osteuropäischer Herkunft. Unsere Kooperationspartner sind der Landesmusikrat Hamburg und das European Music Council.

Das Projekt wird von den Musiker_innen in gemeinsamen Vorbereitungstreffen vorbereitet. So können wir den Besonderheiten der jeweiligen Musikkulturen gerecht werden und eine hohe Identifikation der Künstler_innen mit der Veranstaltung herbeiführen. Im Rahmen des musikalischen Community Buildings mit dem „Netzwerk für Musik von den Elbinseln“ laden wir dabei stetig weitere Musiker_innen aus den unterschiedlichsten Herkünften dazu ein, an „ExTra!“ zu partizipieren und dieses Projekt mitzugestalten. ExTra-HH-Wilhelmsburg hat von 2010 - 2012 Musiker_innen aus der Türkei, Brasilien, Benin, Togo, Nigeria, Peru, Portugal, Polen und Deutschland eingebunden. Wir haben das langfristige Ziel, mit „ExTra!“ perspektivisch ein repräsentatives Bild des Stadtteils zu geben und dafür gilt es, dauerhafte Strukturen zu bieten.

Handlungsempfehlungen

- Musik als nicht-sprachliche Methode im Community Building für eine gemeinsame Stadtteilidentität etablieren.
- Offene, wertschätzende und neugierige Strukturen schaffen.
- Dauerhafte kulturelle Netzwerke spannen, um nachhaltige Partizipation zu erreichen.



Katja Scheer

Fachforum 6: Zusammenfassung Gabriela Schmitt / Beauftragte der Zukunftsakademie NRW des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Referate und Beiträge in diesem Fachforum orientierten sich an den Leitfragen, welche Rahmenbedingungen eine Stadt bzw. eine Kommune schaffen muss, um Raum für eine inklusive Migrationsgesellschaft zu sein. Und welche Rolle spielt Kultur dabei? Diesem Diskurs haben sich die Kongressteilnehmer von zwei Ausgangspunkten genähert: Welche Antworten liefert die Kunst im Umfeld ihrer Disziplinen Architektur, Stadtplanung und Design auf diese Frage und welche baulichen Rahmenbedingungen werden dadurch geschaffen? Neben diesem urbanen Blickwinkel waren zudem die kommunalen Rahmenbedingungen von Interesse: Welche Erfahrungen wurden in diesem Kontext bereits zwischen Verwaltung und Akteuren von künstlerischen Projekten gesammelt? Aus den umfangreichen Diskussionen konnten folgende Zusammenhänge, Statements und Empfehlungen herausgearbeitet werden:

- Baukultur ist nicht nur eine Aufgabe des Entwurfs, sondern des Erkennens, Aufgreifens und Verstehens! Sie resultiert somit aus dem Selbstverständnis von Planerinnen und Planern.
- Gebäude und Stadträume können Inklusion befördern!
- Soziale Stadtentwicklung braucht jedoch kommunale Steuerung. So sind z.B. migrantische Ökonomien durch Flächen und Infrastruktur abzusichern. Es gilt eine kultursensible Infrastruktur auszubauen. Dafür ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich; sie muss gefordert, aber auch gefördert werden. Es wurde ein Bedarf an entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen identifiziert.
- Die inkludierende Stadtgesellschaft benötigt den Prozess der Interaktion, der durch bisherige Stadtplanung nicht gegeben ist. Insbesondere müssen verstärkt migrantische Communities in Planungsprozesse vor Ort mit einbezogen werden.
- Kulturelle Bildungspolitik muss sich auf alle Stadtteile und Kommunen ausweiten.

- Dringend benötigt werden Verfahren des Empowerment und Enabling!

Viele Erfahrungen haben gezeigt, dass formale Beteiligungsverfahren auf das Bildungsbürgertum beschränkt sind und dass sie ressourcenschwache Bürgerinnen und Bürger nicht erreichen. Die Verwaltung ist deshalb aufgefordert, neue Formen der Partizipation zu ermöglichen und nicht zu behindern. Die Zivilgesellschaft muss sich in den „Behörden- und Verwaltungsstrukturen“ wiederfinden. Die dafür notwendigen Forderungen zur Umsetzung dieser Partizipationsvorgänge sind bereits formuliert worden, denn wesentlich für eine Änderung der Perspektive und der Verhältnisse sind

- die konsequente Anerkennung des Aufenthalts,
- die Neuorientierung des Bildungssystems und
- die Verbesserung der Wohnverhältnisse!

In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Rolle von Kunst und Kultur diskutiert. Das Fachforum kam zu dem einhelligen Fazit:

- Chancengleichheit kann durch Kunst und Kultur nicht gelöst werden, aber Beides ermöglicht eine offene und wertschätzende Interaktion und die Entstehung neuer Netzwerke. Besonders hervorgehoben wurde, dass Musik als nichtsprachliche Methode sehr geeignet für Community-Bildungsprozesse ist.
- Stadtteilentwicklung muss in einem gemeinsamen Akt der Ko-Kreation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Fachleuten umgesetzt werden. Dabei gilt es den Transfer von Alltagswissen in Expertenwissen zu bewerkstelligen.

Herangezogen für den Diskurs wurden zudem die Empfehlungen der Tagung zur Interkulturellen Stadtplanung „Place-Making“ des Netzes Intercultural Cities unter der Leitung von Phil Woods vom Juni 2012 in Venedig, denen viele Teilnehmer gedanklich gut folgen konnten. Abschließend gilt festzustellen:

Gute inkludierende Stadtplanung sollte über Migration und ethnische Diversität hinausreichen und alle Aspekte von Diversität im heutigen Gemeinwesen umfassen.

Überarbeitet von Anja Turner

Zusammenfassung Vormittag

Arzu Değirmenci / Pfadfinderin Thalia Theater / Hamburg

Der Vortrag von Birsan Coskun-Öztürk verdeutlichte, dass Migration zu einer vielfältigen architektonischen und städtebaulichen Interaktion führt und als Gestaltungsmöglichkeit zu nutzen ist. Die Architektin zeigte auf, wie komplex und vielschichtig Migration die Stadtplanung und Architekturentwicklung beeinflusst. Um diese Komplexität zu erfassen, beschrieb sie verschiedene Migrationsphasen der türkischstämmigen Bevölkerung Deutschlands. Aus der Beschreibung ging hervor, dass während verschiedener Phasen unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen unter den Zuzüglern zu identifizieren sind. Diese Gruppe ist sehr heterogen geworden: Von Arbeitern und Schichten mit geringerer Bil-

dung über Fachkräfte bis hin zu Intellektuellen und Kreativen. Dabei sprach Coskun-Öztürk von einer interkulturellen Architektur, die auf interdisziplinären Ansätzen basiert und mithilfe verschiedener Methoden der Partizipation gestaltet werden soll.

Der Vortrag von Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg, konzentrierte sich auf eines der drei IBA-Leitthemen: Kosmopolis. Dabei erläuterte er als Handlungsschwerpunkte Stichworte wie Bildung, Kultur und öffentlicher Raum, Wohnen und Arbeiten. Besonders hob Hellweg die interkulturelle Arbeit als ein Kernelement von Kosmopolis hervor, das als roter Faden im Projekt verankert war. Er

zeigte, wie gelungen partizipative Elemente eingesetzt wurden und vor allem, wie ein bewohnerorientiertes Bauen in einzelnen Projekten zur Geltung kam. Überzeugend wirkten spezielle Maßnahmen, mit denen gegen Gentrifizierung und ihre Folgen im Projekt vorgegangen wurde. Sehr aufschlussreich war, dass Hellweg die Migration in Hamburg als ein viel älteres Phänomen vorstellte und somit nicht nur

als Nachkriegsphänomen Deutschlands verortete. Kritisch ist die Auswahl der Beispiele zu vermerken: Viele stammten aus ein und demselben Wilhelmsburger Viertel (Weltquartier Weimarer Straße / Weimarer Platz), sodass nicht überzeugend dargestellt werden konnte, ob interkulturelles Bauen tatsächlich im ganzen Projekt der IBA berücksichtigt worden ist.

Zusammenfassung des Nachmittags

Janne Kieselbach / Pfadfinder Thalia Theater / Hamburg

Ein konstruierter Raum, ein offener Raum, ein kunstvoller Raum mit all seinen Habseligkeiten, ein kalter Raum mit all seinen kleinen Fehlern, der erst mit Menschen und Fantasie gefüllt werden muss, mit einem interessierten Blick angesehen werden muss, um zu atmen und um zu leben. Diesen Raum stellt die Universität der Nachbarschaften dar, in der das Fachforum tagte. Der Nachmittag des Fachforums beschäftigte sich mit der Frage, wie auf kommunaler Ebene agiert werden kann, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine inklusive Migrationsgesellschaft nachhaltig fördern. Zunächst referierte Dorothea Kolland, Leiterin des Berliner Kulturstadtes Neukölln. Mit Neukölln war Berlin die erste Stadt in Deutschland, die sich am Intercultural Cities Programm der Europäischen Kommission beteiligte. Vor dem Hintergrund von Armut in Neukölln und seiner Bezeichnung als sozialer Brennpunkt formulierte Kolland zwei Grundgedanken, die für die spätere Diskussion tragend waren: Zum einen forderte sie geeignete Rahmenbedingungen als wichtige Voraussetzung für inklusive Kulturarbeit und Stadtplanung. So müsse etwa eine Basis der sozialen Gleichheit geschaffen werden, um Beteiligung und interkulturellen Austausch zu ermöglichen. Zum anderen kritisierte Kolland das „Unwort Migration“: Migration solle als Inbegriff für Veränderung akzeptiert und verstanden werden und nicht als eine im Bewusstsein deutscher Mehrheitsgesellschaft verankerte Abwehrmaßnahme. Migration bedeute Vielfalt und Zugewinn und nicht ein Anhäufen von Problemen. Das oberste Ziel einer Migrationsgesellschaft sei, dass sie die Diversität einer Gesellschaft darstellt. Vielfalt, Differenz und soziale Gleichheit müssen gegeben sein und nebeneinander beachtet werden.

Eine Migrationsgesellschaft bedeutet immer ein neues dynamisches Wir, nicht das berühmte Ihr und Wir. Wir-und-Ihr-Denkstrukturen beinhalten einen ausgrenzenden Charakter. Wir sollten partenzialistischen Strukturen entgegenwirken, etwa dem Gedanken, dass wir etwas Gutes für die anderen tun, und statt dessen zur Überzeugung gelangen, dass wir mit unserem Engagement etwas Gutes für uns tun! Neue Teilhabeansprüche und Partizipationsmöglichkeiten, der Weg in eine neue inklusive Migrationsgesellschaft kann durch Neugier geschaffen werden – ein zentrales Wort für Kolland. Ein vorwärts weisender Prozess sei die Arbeit an Sozialräumen, die eine Offenheit für kulturelle Beteiligung im Quartiermanagement einschließt und sie als willkommen ansieht.

Ein interessanter Gedanke war die Neuformulierung des Begriffes Ghetto im Kontext von Stadtentwicklung: Ghetto sei

in unserer Gesellschaft sehr negativ als Ab- und Ausgrenzung von Menschen besetzt. Dabei gehe es aber laut Kolland vielmehr und vor allem um Nähe, Bekanntheit, Rückbindung und Identitätsbindung. Communities übernehmen dabei eine entscheidende Rolle für die Stadtentwicklung.

Als zweite Referentin sprach Anna Becker über Möglichkeiten – besonders aber über die limitierten Handlungsspielräume – einer Stadtentwicklungsbehörde. Sie selbst arbeitet in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg und präsentierte überzeugend, wie schwierig eine nachhaltige integrierende Stadtentwicklung ist. Einerseits sei es bei Stadtentwicklungsprojekten oft schwierig, den Betroffenen, also den dort wohnenden Bürgern eigene Beteiligungskorridore zu geben: nicht nur Fachkräfte, sondern auch die Betroffenen selbst als Experten für die Gestaltung und Veränderung ihrer Lebenssituation einzubinden. Sobald eine Partizipation für die Gemeinwohlinteressen erfolgreich gelingt, besteht andererseits die Gefahr von Machtverlust der Behörden, sodass sich in der Verwaltung eher eine Veränderungsresistenz verankert. Zudem erläuterte sie anhand von Studien, wie wenig Menschen mit Migrationshintergrund in Behörden repräsentiert sind. Trotz vielfältiger interkultureller Vereine und Projekte fehlt eine dauerhafte Einbindung und Bürger-Beteiligung aufgrund finanzieller, kommunikativer oder formeller Hürden.

Im dritten Vortrag stellte die Kulturmanagerin Katja Scheer das Wilhelmsburger Projekt ExTra! - Exchange Traditions vor. Dabei geht es um musikalische Projekte, die zu einem regen interkulturellen Austausch und Stadtbeteiligung führen. Mit diesen Projekten werden interkulturelle Communities gezielt angesprochen, und zwar nicht als „Menschen mit Migrationshintergrund“, sondern viel simpler, aber klüger: als Menschen. Ein offener Begriff, der alle Kulturen und Menschen einlädt, sich bei kulturellen und musikalischen Projekten zu beteiligen, ohne jegliche Voraussetzungen, sondern aus dem Spaß heraus, in einer Gemeinschaft kreativ und schöpferisch zu arbeiten. Mit dem Sound of Wilhelmsburg werden auch politische und gesellschaftliche Themen angeregt, wie z.B. in einem Bündnis gegen Rassismus. Scheers Grundidee ist die Methode der Musik als eine Art Weltsprache, die alle Kulturen verbindet und „Universalitätspotentiale“ in sich trägt. Sie betrachtet kulturelle Bildung als eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und integrierende Stadtentwicklungsarbeit.

Überarbeitet von Natascha Tomchuk

Interkulturelle pädagogische Arbeit des Jungen Schauspielhauses und des Utopia Busses

Stanislava Jević / Dramaturgin am Deutschen Schauspielhaus Hamburg



Das Junge Schauspielhaus Hamburg wurde 2005 als neue Sparte unter der künstlerischen Leitung von Klaus Schumacher am Deutschen Schauspielhaus gegründet. Es verfügt über ein eigenes Ensemble und hat sich ein viel beachtetes Repertoire erspielt. Hauptspielstätten sind der Malersaal, das Rangfoyer und der „Utopia-Mobil-Bus“. Es erhielt zahlreiche Auszeichnungen (unter anderem „Boy-Gobert-Preis“, „Rolf-Mares-Preis“ und „Der Faust“) und wird mit seinen Regie- und Autorenprojekten überregional auf Festivals (u.a. „Augenblick mal!“ und „Wiener Festwochen“) und auf Gastspielen wahrgenommen.

Das Junge Schauspielhaus erreicht ein sozial-, kulturell-, schichten- und altersgemischtes Publikum. Kulturelle Diversität ist am Jungen Schauspielhaus insofern eine Selbstverständlichkeit und ein bestimmender Faktor der Spielplangestaltung, der künstlerischen wie auch der theaterpädagogischen Arbeit. Ab der Spielzeit 2014/2015 wird das Junge Schauspielhaus einen Neubau in Hamburg-Altona beziehen.

Zusammenfassung ausgewählter Theaterstücke

Über die Grenze ist es nur ein Schritt

von Michael Müller, Regie: Johan Heß, gespielt im Utopia-Mobil-Bus

Der junge Afrikaner Dede geht in Deutschland zur Schule und fühlt sich hier heimisch. Doch dann fliegt sein illegaler Aufenthalt auf und er muss vor der Polizei fliehen. Er rennt in einen Schulbus, wo gerade ein Projekt stattzufinden scheint, um sich zu verstecken. und beginnt schließlich den Businsassen von der tragischen Odyssee seiner Familie aus Afrika nach Deutschland zu erzählen. Der Not illegaler Migranten wird ein Gesicht, eine Geschichte gegeben.



Elektra

von Nino Haratischwili, Regie: Klaus Schumacher

Eine junge Frau rebelliert. Gegen die Mutter, gegen den Stiefvater, gegen das amoralische Herrschaftssystem ihrer Eltern. Sie träumt davon, eine gerechte Welt zu gründen und prangert den Waffenhandel und die Kriege an, die im Namen der Menschenrechte geführt werden. Nino Haratischwili entwirft eine zeitgenössische Neudeutung des Elektra-Stoffs, in der sie den großen Fragen nach Gerechtigkeit, Moral, Liebe und Schuld in Familie und Politik in einer zunehmend komplexen, von Antagonismen und Konflikten beherrschten Welt nachgeht.



Haram (Schande)

von Ad De Bont, Regie: Klara von Heyden

Ein marokkanischer Vater fürchtet, dass seine pubertierenden Kinder in den Niederlanden moralisch verderben und schickt sie nach Marokko zurück. Die Kinder, die inzwischen aber Holland als Heimat begreifen, versuchen zu fliehen. „Haram“ erzählt auf eindringliche Weise von jungen Migrantenkindern, — von ihren Schwierigkeiten, islamische Tradition und westlichen Lebensstil miteinander zu verbinden, und von ihrer sehnuchsvollen Suche nach Heimat und Identität.



3. Kongresstag Freitag, 26. Oktober 2012 Akademie der Künste Hamburg

Studien in der postmigrantischen Gesellschaft: Eine kritische Auseinandersetzung

**Dr. Riem Spielhaus / Erlanger Zentrum für Islam und Recht an der
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg**

Seit einigen Jahren boomt der Markt von Statistiken und quantitativen Studien, die uns Aufschluss über die Auswirkungen von Migration und das Leben Zugewanderter und ihrer Nachkommen in Deutschland geben sollen. Dieser Beitrag gibt einen kritischen Einblick in die Landschaft quantitativer Studien und zeigt neue Trends in der Forschung auf, die nicht mehr nur als Migranten konstruierte Personen, sondern das gesamtgesellschaftliche Klima in den Blick nehmen. Hintergrund für die hier folgenden Charakterisierungen der Landschaft quantitativer Studien zu Migration und Integration in der post-migrantischen Gesellschaft bilden die wesentlichen Veränderungen in der Wahrnehmung und Darstellung von Musliminnen und Muslimen in Medien, Politik und Forschung, mit denen diese zunehmend unter dem Blickwinkel der Integration und damit im Rahmen des integrationspolitischen Paradigmas thematisiert werden. Ausgangspunkt für diese Ausführungen ist ein gerade beendetes Forschungsprojekt an der Universität Kopenhagen, das die im vergangenen Jahrzehnt erstellten und veröffentlichten quantitativen Erhebungen zu Musliminnen und Muslimen in Europa zusammenstellte und im Hinblick auf die Konstruktionen von Wissenskategorien, Selbst- und Fremdbildern analysierte. Diese Studien untersuchen ihre Befragten vornehmlich als Zugewanderte und daher potentiell zu Integrierende auf ihre Integrationserfolge bzw. -misserfolge. Damit sind diese Erhebungen in der Logik der post-migrantischen Gesellschaft verankert. Obwohl sich dieser Text mit quantitativen Erhebungen befasst, listet er keine Zahlenkolonnen aus verschiedenen Stu-

dien auf, die uns Auskunft über den Stand der Integration geben sollen. Vielmehr wagt er einen kritischen Blick auf die hinter den häufig zitierten Zahlen stehenden Konzepte und gesellschaftspolitischen Ansätze und darauf, wie diese nicht nur ein Bild von den Anderen, hier die Eingewanderten und ihre Nachkommen, entwerfen, sondern auch von der deutschen Gesellschaft und den „Standard-Deutschen“, wie der Psychologe Paul Mecheril das Konstrukt eines fiktiven Idealtyps nennt.

Bevor ich einen kritischen Blick auf Studien im Themenfeld Migration, Integration und Einwanderungsgesellschaft werfe, charakterisiere ich, was die post-migrantische Gesellschaft ausmacht und erläutere, warum Integration ein zunehmend problematischer Begriff ist. Hinter diesem Begriff verbergen sich ausgrenzende Konzepte, die in quantitativen Erhebungen operationalisiert und damit in vermeintlich objektive Zahlen übersetzt werden, um eine Aura der Authentizität und Wissenschaftlichkeit zu vermitteln. Allerdings verfolgen mittlerweile einige Studien alternative Ansätze und Konzepte, um Entwicklungen in der post-migrantischen Gesellschaft zu beschreiben. Diesen alternativen Studien ist der dritte Teil des Vortrags gewidmet und der Frage, was für Erhebungen fehlen, welche Fragen also nicht gestellt werden, welche Themen nicht quantitativ aufgearbeitet werden.

Was bedeutet post-migrantische Gesellschaft?

Die post-migrantische Gesellschaft ist keine Gesellschaft, die sich mit Einwanderung – häufig verschämt als Migration bezeichnet – und der darauf zurückgehenden Pluralisierung

der Gesellschaft abgefunden hat und diese als normal, als selbstverständlich und unproblematisch betrachtet. Im Gegenteil: Als post-migrantisch sind Gesellschaften zu charakterisieren, die mit den Effekten der vormals stattgefundenen und möglicherweise auch noch anhaltenden Migration, mit der Pluralisierung ihrer Bevölkerung, ihren gesellschaftlichen Milieus und Lebensstilen hadern. Gesellschaften, in denen sich eine Vielzahl von Debatten und Problemerkklärungen auf die zum Teil vor langem – im Fall von Deutschland vor einem halben Jahrhundert – stattgefundenen Migration konzentriert. Die post-migrantische Gesellschaft hat eine Obsession für Migrations- und Integrationsthemen entwickelt, deshalb erhält sie diesen Namen. Wäre Einwanderung in der deutschen Gesellschaft unproblematisch, wäre die Vielfalt der vor Generationen ins Land Gekommenen und der heute für kurze oder längere Zeit Einwandernden Teil einer Normalität und nicht Anlass für strukturelle und individuelle Ausgrenzung, so würden wir in Politik, Medien und Wissenschaft nicht so viel und nicht in der die Debatten dominierenden problematisierenden Terminologie und dem charakteristischen alarmierenden Ton darüber sprechen. Das Adjektiv post-migrantisch steht damit nicht allein für die Phase nach der Migration, sondern für die Obsession für längst erfolgte Einwanderungen. Betroffen von dieser Obsession sind nicht allein die Eingewanderten und ihre Nachkommen, nicht nur die als anders und nicht zur deutschen Gesellschaft zugehörig Markierten, sondern auch deren Freundinnen, Partner, Kolleginnen und Nachbarn. Sie betrifft und konditioniert also längst nicht allein die (potentiell) Ausgegrenzten, sondern sehr viel größere Teile der Gesellschaft.

Seit etwa einer Dekade werden viele Themen, die mit dem Nationalverständnis, mit dem Selbstverständnis als Deutsche, als Deutschland oder auch als Europa zu tun haben, in der Terminologie von Integration, Migration und Religion diskutiert und verhandelt.

Diese Themen, die vormals im Ministerium für Arbeit und Soziales oder – wie unter Gerhard Schröder – im Familienministerium angesiedelt waren, wurden unter Angela Merkel ins Bundeskanzleramt geholt, ganz ins Zentrum der Aufmerksamkeit, direkt unter die Hoheit der Kanzlerin und fanden ihren Weg auf die Titelseiten überregionaler Zeitungen.

Das ist das Post-Migrantische an dieser Gesellschaft: Da hat Migration stattgefunden, mit der sich die Gesellschaft über lange Zeit nicht auseinandergesetzt hat. Nachdem die Migration zu einer sichtbaren Vielfalt in der Gesellschaft – unter anderem auch im Bereich der 'Hochkultur' – geführt hat, wird sie zur Obsession. Sie wird zu einem der Kernthemen der Gesellschaft und deswegen beschäftigen wir uns post-migrantisch, also nachholend mit diesem Thema. Allerdings, wo Migration bzw. Migrant/in draufsteht, steckt nicht unbedingt Migration drin, und umgekehrt wird Migration nicht immer thematisiert oder als solche gezählt, wo sie wirklich stattgefunden hat. Es ist vielmehr das sichtbare Anderssein bestimmter Migranten und bestimmter Menschen mit Migrationshintergrund, das Unbehagen und öffentliche Debatten auslöst. Die Obsession, die sich aus diesem Unbehagen speist, und der Bedarf an Ordnung und Übersicht, den die offensichtliche Beunruhigung über die verschiedenen Formen gesellschaftlicher Pluralität hervorruft, bringen

quantitative Studien zu Migration und deren Effekte hervor, die seit einigen Jahren zumeist in der Terminologie der Integration gefasst sind. Und damit sind wir bei den Studien in der post-migrantischen Gesellschaft.

Die Obsession der post-migrantischen Gesellschaft mit der Migration bestimmter Einwanderer – hinter der sich vermeintlich das Bemühen um die Aufarbeitung einer nicht erfolgten bzw. nicht bewusst gesteuerten Integration verbirgt – führt also zu vermehrten Praktiken der Zählung, Quantifizierung und Vermessung, der Ordnung, Unterteilung und Einordnung. Es sind Versuche, Herr zu werden über die als solche wahrgenommene Unordnung, die man so versucht, in den Griff zu bekommen und sie auf der Grundlage quantifizierter Daten zu kontrollieren, zu lenken, zu administrieren und zu steuern. Erklärtes Ziel dieser Praktiken ist die langfristige Integration derjenigen, die hierbei gezählt, vermessen und eingeordnet werden sollen bzw. die Feststellung des Grades ihrer bisherigen Integration, ihrer Bereitschaft dazu und gegebenenfalls bestehender anderer Hindernisse auf dem Wege zur Integration.

Obwohl oder gerade weil das erklärte Ziel die Integration ist, scheint es sinnvoll zu fragen, was denn mit Integration gemeint ist und was schließlich die Effekte der Zählungen und Vermessungen und deren anschließender öffentlicher Auswertung in medialen und politischen Debatten sind. Dies kann im Folgenden nur in Ansätzen erfolgen. Ziel dieser Intervention ist allerdings an erster Stelle, kritische Fragen aufzuwerfen und eine Sensibilität für die Konstruktionen des Selbst und des Anderen in post-migrantischen Debatten anzuregen, die schließlich zur Hinterfragung des vermeintlich natürlich Gegebenen führen sollen.

Warum ist der Integrationsbegriff problematisch?

Naika Foroutan argumentiert, dass der Integrationsbegriff für ausschließende und diskriminierende Diskurse genutzt wurde und damit längst ausgehöhlt und für einen inklusiven Ansatz untauglich geworden sei. Der gesamte Diskursstrang um Migration und Integration im medialen, politischen ebenso wie im wissenschaftlichen Bereich betreibt damit eine Spaltung der Gesellschaft entlang von Herkunftskonstruktionen, die nicht selten auf Markierungen aufgrund von Hautfarbe, Sprachfärbungen, Namensgebung und ethnischer, kultureller oder religiöser Differenz basieren.

Allerdings waren die Begriffe 'Integration' ebenso wie 'Migrant', in den 1990er Jahren als selbst gewählte positive Bezeichnungen in Debatten eingebracht worden, erst später wurden sie zu einer für ausgrenzende Diskurse genutzten Terminologie. Dies verweist auf die Zusammenhänge zwischen Fremd- und Selbstbezeichnung. Selbstbezeichnungen und selbst gewählte Begriffe können, wenn sie in öffentliche, nationale Debatten eingehen, umdefiniert werden und dabei ihren positiven Wert verlieren. Es gab auch gegenläufige Prozesse, in denen exkludierende Begriffe aufgegriffen und angenommen wurden, ein Beispiel dafür ist die Annektion und bewusste Umdeutung des Schimpfworts 'Kanake' in den 1990er Jahren.

Integration ist also ein Begriff, den in den 1980er und 90er Jahren gerade Ausländervereine und Migrantenselbstorganisationen nutzten, um einzufordern, in diese Gesellschaft aufgenommen zu werden. Unter diesem Begriff forderten sie Gleichstellung und Partizipation ein, zum Beispiel die

Öffnung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, aber auch kostenfreie Sprachschulungen und Deutschkurse als Integrationsmaßnahmen. Mittlerweile hat sich das Ganze verkehrt. Mittlerweile wird gefordert, dass Eingewanderte und hier Geborene Deutsch lernen. Sprachkenntnisse wurden zum Lackmustest dafür, ob hier Lebende als anders Markierte und als phänotypisch anders Wahrgenommene sich integrieren. In so manch einem Diskursstrang erscheint es, als könne man erst über Diskriminierung und strukturelle Ausgrenzung sprechen, wenn alle Menschen mit Migrationshintergrund, neu Zugewanderte und Ausländer akzentfrei Deutsch sprechen.

Die Worte Integration und Migrant haben sich so von positiven Selbstbezeichnungen, von selbst gewählten Begriffen zu für die Legitimation von Ausgrenzung genutzten Begriffen gewandelt. Wurde der Begriff vor nicht allzu langer Zeit noch von Migrantenselbstorganisationen in gesellschaftliche Debatten eingebracht, um strukturelle Gleichberechtigung wie den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft, zu Bildungseinrichtungen und zum Arbeitsmarkt zu fordern, so hat er sich in den frühen 2000ern in Zusammensetzungen wie 'Integrationsverweigerung', 'gescheiterte Integration' etc. umgekehrt. Das hinter dem Integrationsbegriff stehende Konzept hat sich grundlegend verändert und ins Gegenteil verkehrt, von der Forderung nach Eingliederung und gleichberechtigtem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen – unabhängig von der Herkunft – hin zu einer Forderung derjenigen, die den Zugang zu den Ressourcen verwalten, nach Anpassung und Spracherwerb als Vorbedingung für gleichberechtigte Partizipation oder – anders gesagt – zur Legitimation von Ausgrenzung.

Damit einher geht eine zunehmende konzeptuelle Kritik am Integrationskonzept. Die Klassifikation von 'Migranten' und 'Menschen mit Migrationshintergrund' in Fremd- und Selbstzuschreibungen führt zu einer permanenten Aufrechterhaltung des zugeschriebenen Migrationsstatus und daraus abgeleitet des potentiellen Integrationsbedarfs, auch dann, wenn es sich um deutsche Staatsangehörige handelt und das einzelne Individuum nicht selbst migriert ist.

Der Soziologe Levent Tezcan zeigt auf, dass ein Integrationsdiskurs nahezu zwangsläufig einen kulturalisierenden Effekt hat, in seiner Wirkung die Adressierten separiert und die Gruppe der zu Integrierenden stets existent hält:

„Schließlich kann doch der Integrationsdiskurs nur fortbestehen, indem er die Gruppe der zu Integrierenden stets existent hält, obgleich die programmatische Zielsetzung genau das Gegenteil, nämlich die Aufhebung der besonderen Gruppe im Allgemeinen, vorsieht.“

Aktuelle Konzepte der Integrationsforschung und -politik werden daher in der kritischen Migrations- und Rassismusforschung als Grenzziehung zwischen 'wir' und 'den Anderen' gesehen, die damit eher das Andere diskursiv als abweichend erhalten als 'integrieren'. Darüber hinaus wird der Mangel an Präzision in den Definitionen des Begriffs Integration kritisiert, der gleichermaßen zur Beschreibung für einen bestimmten Zustand als auch für einen Prozess genutzt wird. So stellt Matthias Sellmann fest, dass auch wenn der Begriff mit normativer Bedeutung aufgeladen ist, Integration selbst eben nicht definiert, sondern mit ihrem Gegenteil erklärt wird, der Desintegration. Als Resultat könne der Begriff höchstens als Indikator für eine Problem-

lage verstanden werden, die vor allem darauf verweist, wer ihn mit welchem diskursiven Interesse verwendet. Der Zustand 'integriert' scheint deshalb unmöglich feststellbar zu sein. Daher bewirke der Integrationsdiskurs genau das Gegenteil von dem, was er vorgibt: Die hinter dem Integrationsbegriff stehenden Konzepte kodifizierten die anderen als 'Andere' und begründeten und reproduzierten, so Böcker, Goel und Heft, Ausgrenzung beispielsweise, indem die Kriterien für Integration, sobald sie erreicht sind, ergänzt oder erhöht werden.

„Da die Definitionsmacht darüber, was integriert zu sein bedeutet, bei der Dominanzgesellschaft verbleibt, könne diese die Integrationskriterien jederzeit neu formulieren und ein Gelingen von Integration nach den vorherigen Standards wegdefinieren.“

Auch der Blick auf quantitative Erhebungen hilft hier kaum weiter. Die Frage: „Wann ist jemand eigentlich integriert?“ wird darin kaum beantwortet, auch wenn man meinen müsste, vor der Evaluierung von Integrationserfolg bzw. -misserfolg bzw. -verweigerung stünde zunächst die Definition der erfolgreichen Integration. In vorliegenden Erhebungen werden zwar verschiedene Dimensionen von Integration benannt und untersucht, allerdings bleibt erfolgreiche oder abgeschlossene Integration sehr vage definiert.

Wie misst man also Integration?

Die Vorstellungen von Integration nach Hartmut Esser, die den meisten aktuellen Studien zu Einwanderung zugrunde liegen, setzen eine mehr oder weniger klare deutsche Gesellschaft voraus, in die integriert wird, in die Menschen also mehr oder weniger integriert sein können. Auf der strukturellen Ebene ist dies auch durchaus sinnvoll. Hier geht es um gesetzlich klar geregelte Gegebenheiten wie Aufenthaltsgenehmigungen, Staatsbürgerschaft, Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt. Der Hauptfokus aktueller Studien liegt vor allem auf der zweiten, dritten und vierten Dimension nach Esser, und damit der kulturellen, sozialen und subjektiven Integration, die operationalisiert werden entlang von Begriffen wie Zugehörigkeitsgefühl und Loyalität oder dem Lebensumfeld, Freundschaften, Sprachgebrauch und Freizeitpraktiken und daraus abgeleiteten Fragen. Entsprechend der öffentlichen Debatte geraten damit die strukturellen Voraussetzungen wie gesetzliche Regelungen, soziale Strukturen oder gesellschaftliche Ausgrenzung aus dem Blick. Stattdessen erfolgt eine Konzentration auf das (vermeintlich) selbst gewählte Umfeld und auf die Handlungen der auf ihre Integrationserfolge zu Untersuchenden. Gerade in diesem kulturellen, sozialen und subjektiven Bereich wird mit den Operationalisierungen, also den konkreten Fragen, die in den Erhebungen gestellt werden, eine recht konkrete Vorstellung von der deutschen Gesellschaft konstruiert, der man sich angleichen könne. In den vergangenen Jahren gab es verstärkte Bemühungen in Verwaltung und Forschung, messbare Indikatoren für Integrationserfolge und -defizite festzulegen.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erstellte anhand seiner Analyse von Daten des Mikrozensus einen „Index zur Messung von Integration“ (IMI) mit 15 Indikatoren. Zwei dieser Indikatoren beschreiben die jeweilige Assimilation mit den Einheimischen, vier beschreiben die Bildungssituation, sieben die Beteiligung am Erwerbsleben

und zwei die finanzielle Absicherung. Die Autorinnen und Autoren der Studie bewerteten die im Jahr 2005 erhobenen Kriterien anschließend auf einer Skala von eins – „missglückte Integration“ – bis acht – „gelungene Integration“. Sie verweisen darauf, dass sich auf Basis der Datenlage in einem solchen Index nicht die Hintergründe und Ursachen für gelungene oder missglückte Integration statistisch erfassen ließen sowie dass "Migranten und Einheimische in gleicher Weise gefordert" seien, die Defizite zu überwinden. Ebenso wie die Etablierung der Begriffe Migrant und Migrationshintergrund intendieren solche Erhebungen keineswegs in erster Linie die Markierung von Gruppen als 'Andere'. Vielmehr steht dahinter nicht selten das Anliegen, Diskriminierung aufgrund wirklicher oder vermeintlicher Gruppengrenzen zu dokumentieren und damit Grundlagen für Gegenstrategien zu schaffen.

Was hat die Religion mit Integration zu tun?

Eine ganze Reihe von Integrationsstudien befasst sich mit Muslimen, und umgekehrt konzentrieren sich zahlreiche Studien, die Auskunft über muslimisches Leben in Deutschland geben sollen, auf deren Integrationserfolge bzw. -misserfolge. Muslime wurden so zu den relevanten oder problematischen Migranten, wenn es um das Zusammenspiel von Religion und Integration geht, und der Islam wurde zur festen Rubrik der Integrationsthematik. Hier lässt sich die Politisierung eines Wissenschaftsfeldes beobachten, mit der sich das Paradigma der "Domestizierung des Islams" in den Politikfeldern Integration, Sicherheit und nationale Identität in die akademische Forschung einschreibt. Sie bringt es auch mit sich, dass Untersuchungen zu "Islam" und "Muslimen" sich immer weniger mit Religion befassen.

Welche alternativen Perspektiven auf Integration, Migration und die post-migrantische Gesellschaft gibt es?

Wie in der öffentlichen Debatte geraten damit die strukturellen Voraussetzungen wie gesetzliche Regelungen, soziale Strukturen oder gesellschaftliche Ausgrenzung aus dem Blick. Es erfolgt eine Konzentration auf das (vermeintlich) selbst gewählte Umfeld und auf die Handlungen der auf ihre Integrationserfolge zu Untersuchenden. Gerade in diesem kulturellen, sozialen und emotionalen Bereich wird mit den Operationalisierungen, also den konkreten Fragen, die in den Erhebungen gestellt werden, eine recht konkrete Vorstellung von der deutschen Gesellschaft konstruiert, der man sich angleichen könne.

Anders geht die Sinus-Studie zu Lebenswelten von Migranten in Deutschland vor: Sie beschreibt zunächst verschiedene Milieus in der deutschen Gesellschaft und dokumentiert in einer Erhebung unter türkeistämmigen Menschen in Deutschland ebenfalls verschiedene Milieus. Ausgangspunkt ist hier gerade nicht eine homogene deutsche Gesellschaft (wofür gemeinhin der Durchschnitt herangezogen wird), der eine ebenfalls homogene bzw. durchschnittliche Migrantengemeinschaft gegenübergestellt wird, die daraufhin untersucht wird, inwieweit sie sich dem gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt angeglichen hat. Vielmehr werden eben verschiedene Milieus in sich beschrieben. Dabei wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass sich unterschiedliche Milieus wie das intellektuelle

oder das Arbeitermilieu aneinander angleichen. Zugrunde liegt hier gerade nicht das Verständnis der deutschen Gesellschaft als aus einem bestimmenden Kern bestehend, in Gestalt einer deutschen Leitkultur oder der Idee von einem 'Standard-Deutschen', sondern ein Verständnis, das von innerhalb der Gesellschaft widerstreitenden Einstellungen und Auffassungen ausgeht.

Ergebnis der Sinus-Studie ist denn auch, dass Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte die Alltagskultur von Einwanderern zwar beeinflussen, aber nicht milieuprägend und identitätsstiftend sind. Demnach unterscheiden sich Migranten-Milieus vielmehr nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Gleichzeitig verbinde Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund mehr miteinander als mit ihren Landsleuten aus anderen Milieus. Zu einem solchen Schluss konnte man aber nur kommen, weil Migranten nicht aufgrund ihrer Ethnie vorab einem Segment zugeordnet und davon ausgehend ihre Orientierungen abgeleitet werden. Ebenso wurde von sozialen Auffälligkeiten (z.B. geringe Bildungsabschlüsse) nicht automatisch auf mangelnde Motivation oder gar Integrationsverweigerung geschlossen. Ziel war vielmehr, die Alltagswelt von Migranten, ihre Wertorientierungen, Lebensziele, Wünsche und Zukunftserwartungen zu verstehen und dabei die Befragten nicht aufgrund ihrer Ethnie vorab einem Segment zuzuordnen.

"Der zentrale Befund ist, dass es in der Population der Menschen mit Migrationshintergrund (ebenso wie in der autochthonen bzw. einheimischen deutschen Bevölkerung) eine bemerkenswerte Vielfalt von Lebensauffassungen und Lebensweisen gibt. Es wird der empirischen Wirklichkeit nicht gerecht, diese Menschen weiterhin als "besondere" Gruppe in unserer Gesellschaft zu betrachten. Vielmehr zeigen sie sich als integrierender Teil dieser multikulturellen, von Diversität geprägten Gesellschaft."

Die Studie kommt so zu dem Schluss, dass Migranten-Milieus sich weniger nach ethnischer Herkunft als nach ihren Wertvorstellungen und Lebensstilen unterscheiden:

"Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen zwar die Alltagskultur, sind aber nicht milieuprägend und auf Dauer nicht identitätsstiftend. Der Einfluss religiöser Traditionen wird oft überschätzt."

Ähnlich wie in der Analyse der deutschen Gesamtgesellschaft ließen sich auch unter Eingewanderten aus der Türkei verschiedene Milieus beschreiben. Dieser Ansatz ermöglicht eine weitaus differenziertere Wahrnehmung der verschiedenen und durchaus komplexen Angleichungs- und Abgrenzungsprozesse zwischen den unterschiedlichen sozialen Milieus in Deutschland, als dies jene Ansätze zu leisten vermögen, die lediglich Eingewanderte und Etablierte gegenüberstellen.

Das Integrationsbarometer des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration misst seit 2010 das Integrationsklima in Deutschland. Befragt werden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sodass die Einschätzungen und Bewertungen beider 'Seiten' der Einwanderungsgesellschaft sichtbar werden. Hier wird also der Blick nicht allein den Eingewanderten und ihren Nachkommen zugewendet, sondern ein Verständnis von Integration

als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in eine Befragung übersetzt. Das Barometer fragt nach der Zufriedenheit mit dem Integrationsklima in der Gesellschaft aber auch danach, wie Integrationspolitik und wie Integrationserfolge eingeschätzt werden.

Grundidee ist also, dass nicht allein die (womöglich gescheiterten) Einwanderer Anteil an ihrer Situation haben, sondern – neben den strukturellen Voraussetzungen wie Zugang zu Staatsangehörigkeit und Arbeitsmarkt – auch das gesellschaftliche Klima, das durch die Einstellungen von Menschen ohne Migrationshintergrund geprägt wird. Für das Jahresgutachten 2012 wurde zum zweiten Mal eine Erhebung für das Integrationsbarometer durchgeführt, mit der erstmals auch individuelle Veränderungen im Zeitverlauf festgestellt werden konnten. Allerdings wäre es nun notwendig, diese Daten zu Einstellungen gegenüber Migration und Integration mit Integrationserfolgen abzugleichen.

Gemäß dem Diktum 'Integration ist keine Einbahnstraße' geht der Blick des Integrationsbarometers in beide Richtungen und fragt, wie in Deutschland lebende Menschen das gesellschaftliche Klima gegenüber Eingewanderten empfinden. Dieser Ansatz schaut nicht allein auf die Markierten, sondern fragt nach der gesamten Gesellschaft. Das entspricht einem post-migrantischen Denkansatz, der nicht nur die Markierten bzw. (vermeintlich) zu Integrierenden fokussiert, sondern Migration und Integration als gesellschaftliche Phänomene und als Aufgabe begreift, für die man gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze finden kann.

Welche Studien gibt es (noch) nicht?

Neben dem Blick darauf, welche Ansätze und Perspektiven in Studien zur deutschen Gesellschaft und ihrem Umgang mit Eingewanderten bzw. zur Situation von Eingewanderten und ihren Nachkommen existieren, ist es spannend, darüber nachzudenken, welche Studien nicht erstellt werden, keine Förderung erhalten und welche Fragen daher nicht gestellt werden.

So ist mir keine quantitative Studie bekannt zu Aktiven mit Migrationshintergrund in Kunst und Kultur – ebenso wenig wie zu (potentiellen) Nutzerinnen und Nutzern von Kulturinstitutionen, insbes. der hochsubventionierten Hochkultur. Während das Interesse am Themenfeld Migration und Gesundheit derzeit an Aufmerksamkeit gewinnt, liegt ebenfalls keine Erhebung zu Zusammenhängen zwischen Erkrankungen (psychisch wie physisch) und Diskriminierungserfahrungen vor. Auch darüber, ob Betroffene von Diskriminierung und Ausgrenzung über ihre Rechte Bescheid wissen, ob sie wissen, an welche Stellen sie sich zur Anzeige oder Beratung im Diskriminierungsfall wenden könnten und ob sie das nötige Vertrauen in die rechtlichen Strukturen haben, liegt uns keine detaillierte Erhebung in Deutschland vor.

Interessanterweise wurde bisher auch kaum gefragt, welche Integrationsmaßnahmen aus Sicht Eingewanderter beim Zurechtfinden in der deutschen Gesellschaft hilfreich waren. Auf welche Netzwerke, Institutionen oder Selbstorganisationen sie zurückgegriffen haben, um sozial und ökonomisch Fuß zu fassen. Bisher stand im Mittelpunkt quantitativer Untersuchungen also vornehmlich die Frage des *ob* und weniger des *wie* Integration gelingen kann.



Lange Schlange vor dem kulinarischen Angebot des Projekts „Crossroads“ am 3. Kongresstag

Schlussfolgerungen

Die Mehrzahl der Studien zu Migration und Integration in Deutschland spiegelt, mit den wenigen hier genannten Ausnahmen, dominante Züge der Debatte um Einwanderung wider, in der zumeist das Ob von Migration und Integration im Mittelpunkt steht und kaum ergebnisoffen gefragt wird, wie effektive Unterstützung für Neuankommende oder für die Nachkommen ehemals Eingewanderter in Deutschland aussehen könnte. Genau an dieser Stelle sollten zukünftige Forschungen ansetzen. Aber auch die Interpretation existierender Studien könnte mit dieser Fragestellung andere konzeptuelle Schwerpunkte in der Analyse und im Umgang mit der post-migrantischen Gesellschaft setzen. Gefragt sind also gleichermaßen ein kritischer Blick auf die Fragestellungen und sich dahinter verbergenden Konstruktionen von Migration, Integration und deutscher Gesellschaft sowie Kreativität in der Suche nach Lösungsansätzen in Bezug auf sich aus der zunehmenden gesellschaftlichen Diversität ergebenden Problemen.



Dr. Riem Spielhaus

Lets' keep it that way oder in der alten Weise fortfahren.

Ruud Breteler / Projektleiter für kulturelle Teilhabe der Abteilung Kunst und Kultur der Stadt Rotterdam

Noch vor Kurzem bestand die Regierung in den Niederlanden aus zwei Parteien: Liberalen und Christlichen. Sie besaßen jedoch keine Mehrheit und wurden – nach dem Vorbild Dänemarks – durch eine Duldungspartei, die Rechtsextremen, unterstützt. Diese Regierung ist mittlerweile gefallen, doch ihr Einfluss auf die Kulturpolitik ist bis heute massiv und wirkt sich zum Beispiel in drastischen Kürzungen im Kulturbereich ab 2013 aus. Rund ein Drittel der Kultursubventionen (etwa 200 Millionen Euro) wird wegfallen und Theatergesellschaften, Orchester sowie Museen an ihre Existenzgrenze bringen.

Zurzeit bin ich als Projektleiter für kulturelle Teilhabe für den Dienst Kunst und Kultur der Gemeinde Rotterdam tätig. Für einen Verwaltungsdienst ist eine Beschäftigung mit Studien oder mit der Bereitstellung von strukturellen und Einzelsubventionen – jährlich rund hundert Millionen Euro – üblich. In der Hinsicht bin ich ein Außenseiter, denn ich verbringe die meiste Zeit nicht an meinem Schreibtisch, sondern in einem der benachteiligten Stadtteile Rotterdams. Dort wird Kultur als Mittel eingesetzt, um diese Stadtteile dauerhaft attraktiver zu gestalten.

Wie das in der Praxis funktioniert, erläutere ich im Folgenden. An einigen Praxisbeispielen möchte ich Ihnen meine Arbeitsweise vorstellen.

Das Schicksal des Theaters Zuidplein

Im Jahr 1998 beschloss die Gemeinde Rotterdam eines der drei größeren Theater als Zentrum für kulturelle Vielfalt auszuweisen. Um dieses Theater, das Theater Zuidplein, stand es nicht zum Besten: Die Besucherzahlen gingen kontinuierlich zurück und organisatorisch wie finanziell lag auch so einiges im Argen. Die Besucher waren nahezu ausschließlich westlicher Herkunft, während im Jahr 1998 schon ein Drittel der Rotterdamer Bevölkerung nicht-westlicher Herkunft war. Es ist nicht verwunderlich, dass seit Beginn der Arbeitsmigration in den 1960er Jahren in kultureller Hinsicht sehr wenig für – geschweige denn durch – die Neu-Rotterdamer organisiert wurde. Auf Landes- wie auf Lokalebene wurde schließlich lange davon ausgegangen, dass diese Arbeitskräfte vorübergehende Bewohner seien und in ihr Heimatland zurückkehren würden.

Als das Theater Zuidplein zum Podium für kulturelle Vielfalt auserkoren wurde, sollte die Leitung neu besetzt werden. Ich bewarb mich und wurde kurz vor meinem Sommerurlaub angestellt. Auf dem Weg nach Spanien begann ich mich zu fragen, worauf ich mich da eingelassen hatte. Ich war zwar kein Laie auf dem Gebiet der nicht-westlichen Kulturen, doch ich wusste überhaupt nicht, wie ich ein Theaterprogramm zusammenstellen sollte, das allein schon für die fünf oder sechs größten nicht-westlichen Kulturen repräsentativ war. Als in Südfrankreich nach einer Umleitung eine andere folgte und noch eine, bis es keine Ausschilderung mehr gab, fuhr ich einfach weiter, bis ich mich hoffnungslos verfahren habe. Wütend rief meine Freundin: Warum fragst du nicht einfach nach dem Weg? Und das war meine Lösung!

Die Schritte zur interkulturellen Öffnung des Theaters

Aus dem Urlaub zurückgekehrt, ließ ich in einigen kleineren Lokalzeitungen eine Anzeige schalten, die die Leser dazu aufrief, sich beim Erstellen des Programms für das Theater Zuidplein zu beteiligen. Mehr als achtzig Leser meldeten sich und wir haben sie alle interviewt. Aus ihnen wurde eine Programmkommission mit zehn Personen zusammengestellt, die als Gruppe nach kultureller Herkunft, Alter, Geschlecht etc. einen Spiegel der Bevölkerung abbildete. Keiner von ihnen hatte einen professionellen Hintergrund. Einige hatten sogar noch nie einen Fuß über die Schwelle eines Theaters gesetzt.

Im Theater Zuidplein gewöhnte ich es mir wieder an, alle Vorschläge und Programmangebote genau anzuschauen, um gut vorbereitet zu sein, denn alle Angebote wurden von der Programmkommission diskutiert. Diese tagte alle zwei Wochen. Ich war bei ihren Beratungen anwesend, mischte mich aber nicht in ihre Auswahl ein, denn ich beschloss, die Verantwortung vollständig zu übertragen. Die Kommission war es, die das Theaterprogramm für die neue Saison zusammenstellte, nicht ich. Als sie ihre Auswahl getroffen hatte, engagierte ich nur noch die Spielgruppen sowie Agenturen und legte die Spieltermine fest.

Der Kurswechsel von einem Angebot-Theater, das Vorstellungen auswählt und anschließend auf ein Publikum hofft, zu einem Nachfrage-Theater, in dem das Publikum selbst das Programm bestimmt, löste einiges aus: Im ersten Jahr kamen weniger Besucher als je zuvor und die Einnahmen aus dem Kartenverkauf sanken. Das Jahr schloss mit roten Zahlen ab. Erst nach drei Jahren machten wir einen ganz kleinen Überschuss. So lange hatte es gedauert, um Vertrauen zu gewinnen und ein neues Publikum vor allem nicht-westlicher Herkunft zu erreichen.

Nicht nur das Prozedere der Programmzusammenstellung und das Publikum hatten sich verändert, sondern auch die Personalentwicklung, die auf Einstellung von Mitarbeitern aus anderen Kulturkreisen setzte. Das Kündigungsrecht in den Niederlanden ist weniger streng als in Deutschland, so konnten wir einige Mitarbeiter entlassen oder in die Frührente schicken. Wir versuchten dabei, diese Maßnahme in einem begrenzten Rahmen zu halten, um negative Auswirkungen auf die anderen Mitarbeiter zu vermeiden.

Darüber hinaus ließen wir alle Mitarbeiter eine Langzeitschulung mit externer Betreuung absolvieren. Nach der Gung-Ho-Methode wurden in mehreren Schritten erst der Chef und dann das Personal geschult, um das Projekt schließlich gemeinsam und gleichzeitig zu beenden. Die Schulung dauerte beinahe anderthalb Jahre. Die Wirkung war sehr positiv und nachhaltig: Alle zogen danach am selben Strang, wobei sich das Vertrauen zueinander und die Zusammenarbeit stark verbessert hatten.

Ergänzend hierzu wurden allen Grundkenntnisse vermittelt, die für den richtigen Umgang mit einem nicht-westlichen Publikum nötig sind. Das Theater selbst wurde gründlich renoviert und erhielt eine neue Ausstrahlung. Die Abteilungen Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Bildung lernten ganz

andere Formen der Ansprache. Das Angebot an den Buffets wurde dem Geschmack der Besucher angepasst.

Für meine Kollegen in der Stadt und außerhalb galt es als unerhört, dass ein Profi das Los des Theaters aus der Hand gibt und die Laien das Programm erstellen lässt. Doch mit der Übertragung der Entscheidung in die Hände des Publikums habe ich mehr gewonnen als verloren. Empowerment war das Ergebnis. Die Mitglieder der Programmkommission waren stolz auf ihre selbstständige Rolle im Theater und sorgten unaufgefordert für die Mundpropaganda.

Um ein neues Publikum zu erreichen, haben wir noch weitere Maßnahmen ergriffen, wie etwa das Veranstaltungsformat des monokulturellen Festivals. Warum monokulturell? Ganz einfach: Für jeden von uns gilt schließlich, dass wir erst dann für die Kultur und die kulturellen Ausdrucksformen anderer offen und neugierig sein können, wenn wir unsere eigene Kultur in aller Freiheit feiern und erleben. Es war also ein notwendiger erster Schritt, Menschen Raum zur Feier ihrer eigenen Kultur zu bieten, nachdem jahrzehntelang kümmerlich wenig für und durch kulturelle Minderheiten gemacht wurde.

Für das gemeinsame Ausrichten der einwöchigen Festivals wurden zahlreiche Selbstorganisationen mit möglichst gleichem kulturellen Hintergrund eingeladen. Da diese dennoch unterschiedlich in sich und in ihrer Größe waren, erstellte jede Organisation eine Liste von denkbaren kulturellen Ausdrucksformen - Schauspiel, Musik, Tanz, Literatur, Mode, Kabarett etc. -, aus welcher sie eine Top-Fünf-Liste der Favoriten ableitete. Zur Abstimmung gab jeder wie beim Songcontest seine Stimmen auf die Liste der anderen ab. So entstand – jedenfalls auf dem Papier – ein Idealprogramm.

Jede Organisation verfügte über den gleichen Anteil des Budgets, das wir aus Eigenmitteln und Subventionen vorher zusammengestellt hatten. Mit ihrem Budgetanteil luden die Organisationen Gruppen und Künstler für das Festival ein: aus dem ursprünglichen Heimatland, aus anderen Ländern Europas oder aus den Niederlanden selbst. Sie schlossen selbstständig die Verträge ab, buchten Anreisen und Hotels und wählten die geeignete Art von Öffentlichkeitsarbeit aus. Auch hier wurden die Mitarbeiter des Theaters Zuidplein nur dann aktiv, wenn die Selbstorganisationen sie darum baten. Es war ihr Festival und darum organisierten sie es so weit wie möglich selbst.

Die monokulturellen Festivals erwiesen sich als großer Erfolg. Das Theater war eine Woche lang mit überwiegend neuem Publikum gefüllt. So entdeckte das neue Publikum für sich die von der Programmkommission ausgewählten Vorstellungen. Sowohl für die Festivals als auch für das reguläre Angebot wurden die Eintrittspreise niedrig gehalten. So fanden nach und nach mehr Menschen aus den verschiedenen kulturellen Zielgruppen ihren Weg ins Theater. Mit der Zeit begannen sich die Publikumsgruppen zu durchmischen, zuerst bei Stand-up-Comedy und Kabarett, später auch bei (Welt-)Musik und Tanz. Es war der Moment, um sich wieder von den monokulturellen Festivals zu verabschieden. Aber natürlich nicht von den Selbstorganisationen. Sie blieben im Theater involviert.

Gewiss lief in den ersten Jahren ein Teil der Diskussionen über den vermeintlichen Qualitätsverlust des Programms. Aber warum sollte der Geschmack eines professionellen In-

tendanten per definitionem besser als der eines Besuchers sein? Ganz zu schweigen von den Besuchern oder den Selbstorganisationen zusammen. War es die Furcht, dass kein Platz für die Kunst mehr sein würde – dass nur noch (Volks-)Kultur im Programm übrig bleiben würde? Als Intendant halte ich diese Sorge für unbegründet: Das Programm bestand und besteht noch immer aus einer Mischung beider Komponenten und zieht darüber hinaus ein breites Publikum unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft an. Diese Furcht bestand bei meinen Kollegen und besteht vielleicht auch bei Ihnen. Aber ich kann Ihnen versichern: Wenn Sie bereit sind, Ihre professionellen Knie zu beugen, Ihr (potenzielles) Publikum nach seinen Wünschen zu fragen und es in die Lage zu versetzen, dies auch selbst zu realisieren, wird Ihre Belohnung um ein Vielfaches grösser sein und Ihre Arbeit viel spannender, persönlicher und herausfordernder. Kurz gesagt: Gehen Sie nach draußen und fragen Sie. Ich tue das noch immer, jeden Tag.

Bewohnerorientierte Verwaltung

Bottom-up zu stärken und Top-down zu reduzieren, das war das Motto zur Veränderung der Verwaltungsstrategie in der Gemeinde Rotterdam vor wenigen Jahren. Bewohnerorientiertes Arbeiten wurde für alle Dienste der Gemeinde als neue Methode gewählt. Ihre Voraussetzung war die Untersuchung des Bedarfs der Stadtteilbewohner. Die Gemeinde besteht aus 14 Teilgemeinden sowie 64 Stadtteilen Rotterdams und verfügt über ein feinmaschiges Netz aus lokalen Kulturzentren, Nachbarschaftshäusern, Bibliotheken, sozial-kultureller Arbeit, Kulturscouts etc.

In zwölf der vierzehn Teilgemeinden regen Kulturscouts Bewohner und Künstler dazu an, Ideen im Bereich Kultur und Kunst in die Tat umzusetzen. Sie unterstützen Bewohner u.a. bei der Ausarbeitung einer Idee oder eines Projekts, der Erstellung eines Plans und eines Budgets, der Öffentlichkeitsarbeit usw. Trotz der Wirtschaftskrise und der kräftigen Kürzungen im Kulturbereich bleiben solche lokalen Netzwerke zum größten Teil bestehen und werden von den Stadtteilbewohnern genutzt.

Seltener geschieht das in benachteiligten Stadtteilen. Das bewohnerorientierte Arbeiten macht gerade hier das Nachfragen zu einer absoluten Notwendigkeit. Und das ist meine Aufgabe im Dienst der Kunst und Kultur: Ich frage Stadtteilbewohner, wie sie Kultur einsetzen möchten, um das Leben in ihrem Stadtteil dauerhaft attraktiver zu gestalten. Um Enttäuschung zu verhindern und die Meinung der Menschen ausreichend zu würdigen, vereinbare ich zuerst ein Gespräch mit der Teilgemeinde sowie mit der größten Wohnungsgenossenschaft in diesem Stadtteil. Bei dem Gespräch geht es um Geld. Jeder von uns – Teilgemeinde, Genossenschaft und Dienst – steckt 10.000,- EUR in den Topf. Erst wenn dieser Topf gefüllt ist, bitte ich die Genossenschaft, die Teilgemeinde und den Kulturscout, mir eine Liste mit Namen von Bewohnern und Selbstorganisationen zu geben, die in erster Linie die Zusammensetzung der Bevölkerung dieses Stadtteils abbilden sollen, und die in zweiter Linie eine Antwort auf die Frage geben können (und wollen), wie Kultur eingesetzt werden soll, um das Leben im Stadtteil dauerhaft attraktiver zu gestalten.

Ich interviewe alle diese Leute und bündele ihre Kommentare zu Themen und Empfehlungen. Anschließend lade ich sie alle ein mit der Bitte, an deren Realisierung mitzuwirken.

Da es ihre eigenen Empfehlungen sind, die ihren eigenen Stadtteil betreffen und das Geld zur Verfügung steht, um ihren Plan zu realisieren (oder jedenfalls die Grundlage hierfür zu bilden), ist die Bereitschaft zur Mitwirkung durchweg groß. Oft entstehen kleinere Arbeitsgruppen rund um bestimmte Themen. Ich kümmere mich darum, dass diese Arbeitsgruppen alle sechs Wochen zusammenkommen, erstelle einen Bericht hierzu und fertige eine Aktionsliste an. Bei den meisten Treffen nehmen auch die Teilgemeinde, die Genossenschaft und der Kulturscout teil, um die notwendige Hilfestellung zu bieten. Wie im ersten Beispiel gilt auch hier: Um den bleibenden Effekt des Empowerment zu erzielen, werden die unmittelbar Beteiligten – in diesem Fall also die Bewohner – vom ersten Augenblick an in die Lage versetzt, selbst Kontakte zu knüpfen und selbst voll verantwortlich für die Realisierung zu sein. Das Ziel der professionellen Parteien ist es, sich selbst so rasch wie möglich und so vollständig wie möglich überflüssig zu machen. Ein neues, nachhaltiges Netzwerk von Stadtteilbewohnern – ein kulturelles Stadtteilteam – ist meistens das Ergebnis unserer Arbeit. Die Beteiligten sind in der Lage, neue Pläne umzusetzen und entsprechenden Mittel hierfür zu akquirieren.

So werden, um hier einige Beispiele zu nennen, jährliche Stadtteilstefen organisiert, oder Bewohner stellen einen kulturhistorischen Rundgang entlang besonderer Gebäude und Kunstwerke im öffentlichen Raum zusammen und fertigen ein kleines Buch dazu an. Oder Kinder aus den Grundschulen machen ihren eigenen Spaziergang entlang schöner und spannender Orte in ihrem Stadtteil. Leute gehen im Archiv oder bei älteren Bewohnern auf die Suche nach alten Fotos und lassen hiervon Ansichtskarten drucken, die es dann am Kiosk, aber auch beim Bäcker oder Metzger zu kaufen gibt. Leer stehende Gebäude erhalten eine neue, kulturelle Bestimmung. Während des Ramadan werden Filmabende für Jugendliche organisiert und, und, und...

Was diese Beispiele gemeinsam haben, ist nicht nur, dass die Bewohner sie selbst organisieren, sondern auch, dass es sich in allen Fällen um Maßarbeit handelt. Die Aktivitäten passen in ihren eigenen Stadtteil.

Bewohnerorientiertes Museum

Die größeren, städtischen Einrichtungen zählen bewohnerorientiertes Arbeiten ebenso zu ihren Aufgaben. Das Gemeindeforschungsbüro und das Museum Rotterdam arbeiten eng zusammen, um die „oral history“, die persönliche Geschichte von Einwohnern, zu sammeln, da diese eine Ergänzung aus der Gegenwart zur Geschichte von morgen ist. Seit kurzem fährt ein mobiles Museum durch die Stadtteile, in dem die Menschen ihre eigene Lebensgeschichte hinterlassen können. Diese Geschichten werden gebündelt, von den Fotos wird ein Scan erstellt. Innerhalb von einigen Monaten sammelt das mobile Museum so eine Kollektion, die – zeitweise oder permanent – in einem Stadtteilmuseum ausgestellt wird.

Ein Großteil dieses Projekts läuft dank der Freiwilligenarbeit. Bewohner aus dem Stadtteil erhalten von Mitarbeitern des Museums Rotterdam eine kurze Einweisung, wie Materialien und Geschichten am besten gesammelt werden können. Menschen aus dem eigenen Stadtteil interviewen also ihre Nachbarn. Überflüssig zu sagen, dass dies einen posi-

tiven Effekt auf das gegenseitige Verständnis und die soziale Kohäsion hat.

Kunst und Beteiligung: Gruppenportraits

In den vergangenen Jahren wurden hunderte professioneller Fotos von Stadtteilbewohner-Gruppen gemacht: Gruppen, die dieselbe Arbeit haben, dieselbe Moschee besuchen, in dasselbe Geschäft oder dieselbe Bibliothek gehen etc. Diese Fotos samt den Geschichten über den Stadtteil wurden zu Büchern im A3-Format gebündelt. Außerdem lief eine Ausstellung über jeden Stadtteil. Man kann mit Worten nicht beschreiben, wie viele Besucher diese Ausstellungen anziehen und wie stolz sie ihr eigenes Bild oder das der Nachbarn anschauen. Auch dies verstärkt den sozialen Zusammenhalt.

Auf diese Weise wurde inzwischen die südliche Hälfte der Stadt ins Bild gesetzt. Hier und da wurden diese Fotos im Großformat dauerhaft in den Stadtteilen aufgehängt. Es fällt auf, dass sie noch immer unbeschädigt sind. In der nördlichen Hälfte wird nun im dritten Stadtteil das Projekt umgesetzt.

...es lohnt sich herauszukommen!

Die vier beschriebenen Beispiele haben eine gemeinsame Vorgehensweise. Die Organisatoren treten nach draußen und besuchen die Zielgruppen. Mit Ausnahme des letzten Beispiels steht die Frage nach dem Bedarf der Stadtteilbewohner oder der Zielgruppen im Mittelpunkt. Weiterhin wird das Empowerment als Ausgangspunkt und als Resultat festgelegt. Dies führt nicht nur zu mehr Eigeninitiative und Engagement, sondern auch zu neuen und höheren Besucherzahlen – manchmal auf Stadtteilebene, manchmal auch auf der Ebene der Stadt und der städtischen Einrichtungen.

Aber es funktioniert nur, wenn Sie sich trauen, hinter Ihrem Schreibtisch hervorzukommen, auf die Straße zu gehen, Fragen zu stellen und, wenn Sie bereit sind, die Verantwortung in die Hände anderer zu legen. Empowerment, also.

...Oder ein bescheidener, dienstbarer Profi zu sein.

Überarbeitet von Natascha Tomchuk



Ruud Breteler

Raus aus der Nische: Zur kulturpolitischen Entwicklung im Bereich „interkultureller Kulturarbeit“ in Hamburg nach dem Bundesfachkongress Interkultur 2012

Klaus Irler / Kulturredakteur der tageszeitung (taz) / Hamburg

Fragt man die Sprecher der Parteien in der Hamburger Bürgerschaft danach, welche Rolle das Thema „Interkultur“ im jeweiligen Parteiprogramm spiele, kommt es durchweg zu Verständnisschwierigkeiten. „Was meinen Sie mit Interkultur? Integration? Integration spielt eine große Rolle bei uns“, heißt es etwa bei der CDU. „Interkultur? Also, wir haben kürzlich ein Statement zur Inklusion abgegeben, hilft Ihnen das auch weiter?“, heißt es bei der Linken.

Nein, gemeint ist interkulturelle Kulturarbeit, also Kulturangebote, deren Urheber aus verschiedenen Ländern stammen, um gemeinsam auf Augenhöhe eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen, die sich an ein ebenso interkulturell zusammengesetztes Publikum wendet. Es geht um die „Gestaltung unserer diversitären Gesellschaft mit Mitteln der Kultur“ sagt Anja Turner, Kulturwissenschaftlerin und Referentin für interkulturelle Projekte in der Hamburger Kulturbehörde.

Dass die interkulturelle Kulturarbeit in Hamburg ein Schattendasein fristet, zeigt neben den Reaktionen der Parteisprecher auch der Blick in die Parteiprogramme: Die Interkultur wird in den Programmen der Parteien nicht oder nur am Rande erwähnt. Der Bundesfachkongress Interkultur sollte daran etwas ändern: Es ging unter anderem darum, im politischen Raum mehr Aufmerksamkeit und Akzeptanz für das Thema zu bewirken. Anja Turners Bilanz fällt positiv aus: „Seit dem Kongress ist deutlich zu spüren, dass das Thema und die interkulturelle Szene viel stärker wahrgenommen werden.“

Mit über 180 Nationen, die in Hamburg lebten, müsse sich die Stadt der Vielfalt seiner Bevölkerungsstruktur stellen, sagt Turner. Durch den Kongress „haben einige Einrichtungen und Parteien gesehen, dass man die interkulturelle Szene gut mit einbeziehen kann, wenn es um Fragen geht wie: 'Was braucht Hamburg?' 'Wie soll es weitergehen?'“ Vertreten wird die Szene in Hamburg durch das Interkulturelle Forum, das ist ein Zusammenschluss interkulturell arbeitender Kulturschaffender. Ein Effekt des Kongresses ist, dass das Interkulturelle Forum nach über zehn Jahren ehrenamtlicher Arbeit von der Kulturbehörde eine 400.- Euro-Stelle nebst Bürokosten finanziert bekommt.

Das ist ein kleiner Schritt, klar, aber immerhin. Überstrahlt wird die Interkultur in Hamburg von einer Hoch- und Popkultur, für die immer dann viel Geld da ist, wenn sie dazu dient, zahlungskräftige Touristen in die Stadt zu holen. Berühmte Beispiele sind die Elbphilharmonie, für die Hamburg voraussichtlich 575 Millionen Euro ausgeben wird, sowie die jüngst eingeführte Kulturtaxe, die dazu dienen soll, mit jährlich 5,6 Millionen Euro „große Kulturfestivals“, Sonderausstellungen und „kulturtouristisch herausragende Attraktionen“ zu fördern.

Der Bereich der interkulturellen Kulturprojekte ist finanziell in einer anderen Liga unterwegs. Im Jahr 2013 stehen 250.000.- Euro für Projektförderung zur Verfügung; 180.000.-

für interkulturelle Projekte, 70.000.- für inklusive Projekte. Hinzu kommt eine institutionelle Förderung der „W3-Werkstatt für internationale Kultur und Politik“ in Höhe von 115.000.- Euro. Macht insgesamt 365.000.- Euro für interkulturelle Kulturarbeit – denen ein Kulturetat von 231 Millionen und ein Hamburger Gesamthaushalt in Höhe von 11,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 gegenüberstehen.

Das Interkulturelle Forum Hamburg hat sich vor zehn Jahren gegründet, um die Stellung der interkulturellen Kulturarbeit in Hamburg zu stärken. Im Rahmen des Bundesfachkongresses Interkultur richtete das Interkulturelle Forum eine Podiumsdiskussion aus, die sich nicht nur, aber auch um die Frage drehte, wie sich die finanzielle Ausstattung der interkulturellen Kulturarbeit verbessern ließe. Sollte eine Etatserhöhung aus den Mitteln des Kulturhaushalts angestrebt werden? Oder sollte die interkulturelle Kulturarbeit im Sinne einer Querschnittsaufgabe von allen Kulturinstitutionen angegangen werden?

Gabi Dobusch, die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im SPD-regierten Hamburg, ist in dieser Frage „noch ganz unentschieden“. Sehr entschieden beantwortet dagegen Christa Goetsch, die kulturpolitische Sprecherin der Grünen, diese Frage. Es nütze nichts, noch 100.000 Euro in den Etat für interkulturelle Kulturprojekte zu geben, vielmehr ginge es um strukturelle Veränderungen. Goetsch: „Um eine intensivere Förderung zu erreichen, müssten in einer Einwanderungsstadt wie Hamburg, wo jedes zweite Kind eine Einwanderungsgeschichte mitbringt, jedes Museum und jedes Theater aufgefordert sein, diese Arbeit zu betreiben. Die Frage ist, ob nicht auch die institutionelle Förderung der Institutionen davon abhängig sein sollte, ob sie Projekte machen, die die gesamte Bevölkerung erreichen.“ Katja Suding, kulturpolitische Sprecherin der FDP, sieht das ähnlich und geht sogar noch einen Schritt weiter in Richtung Umverteilung: „Ich habe eine Kritik an der Prioritätensetzung des SPD-Senats im Haushaltsplan: Ich glaube nicht, dass wir einen richtigen Weg gehen, indem wir die großen Institutionen weiter stärken. Ich glaube, dass es wichtig ist, die Stadtteilkultur zu stärken, die kleinen Projekte, weil das die Projekte sind, die niedrigschwellige Kultur anbieten.“ Nicht über die bestehenden Fördertöpfe spricht dagegen Andreas C. Wankum, Sprecher für Medien/IT/Kreativwirtschaft bei der CDU. Seine Idee, um die prekäre finanzielle Situation der interkulturellen Kulturarbeit zu verbessern: Ein Bewusstsein zu schaffen für diese Art der Kulturarbeit in jenen Teilen der Bevölkerung, „die sponsern und spenden“.

Das Interkulturelle Forum selbst berichtet von dem Problem, in der Stadt wahrgenommen zu werden und will „die Vernetzung über unser kleines Forum hinaus“, sagt Sprecherin Judy Engelhard, die in Hamburg unter anderem das interkulturelle Festival Eigenarten mit organisiert. Außerdem



„Niemandland II“ im Rahmen von „eigenarten“ 2012
Foto: Ariane Gramelspacher

brauche man „Strukturen, die uns weiterhelfen“. Gemeint ist die nun bewilligte 400.- Euro-Stelle, die erst ein Anfang sein soll.

Für das Interkulturelle Forum bewirkte der Bundesfachkongress einen Zugewinn an Vernetzung und Sichtbarkeit. Im Zuge des Kongresses folgten Einladungen durch die SPD, die Linke und die Grünen zu Gesprächs- und Diskussionsveranstaltungen. Geblieben ist auch der Austausch mit interkulturell arbeitenden Zusammenschlüssen aus anderen Bundesländern: Das Festival Eigenarten lade nun Künstler aus Stuttgart ein, sagt Engelhard, und das Interkulturelle Forum reise nun seinerseits zu den Treffen des „Initiativkreises Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt“.

Soweit die Erfolge. Nicht vom Tisch ist die Frage, wie und ob die großen Hamburger Kulturinstitutionen der Aufgabe nachkommen, ihre Arbeitsweise und ihre Angebote interkulturell auszurichten. Das interkulturelle Angebot der großen Häuser ist bislang überschaubar: Am Thalia-Theater beispielsweise gibt es die Lessingtage, ein Festival, bei dem international arbeitende Künstler zusammen kommen. Kampnagel verweist auf die sowieso gegebenen internationale Zusammensetzung der dort auftretenden Gruppen und will mit dem „Krass“- Festival ein neues Format etablieren, das in seiner ersten Ausgabe der Hamburger Branko Šimić kuratierte. Und im Schauspielhaus ruhen alle Hoffnungen auf der neuen Intendantin Karin Beier, die sich an ihrer bisherigen Wirkungsstätte, dem Kölner Theater, einen Namen in Sachen interkultureller Arbeit gemacht hat.

Wie wichtig eine Öffnung der großen Einrichtungen für interkulturelle Arbeit wäre, beschreibt Cansu Özdemir, die Fachsprecherin für Integration, Inklusion und Soziales der Linken: „Für mich ist die Erfahrung, dass interkulturelles Zusammentreffen in den Stadtteilen stattfindet. Vor allem bei den Jugendlichen. Da ergibt sich eine enorme Musikkultur, das heißt, sie machen HipHop, sie tanzen. Diese Kultur ver-

mischt sich sehr gut: Ich kenne HipHop-Texte, in denen sind Russisch, Kurdisch, Türkisch und Deutsch vertreten. Aber das hat wenig Zukunft, weil die Jugendlichen nicht aus den Stadtteilen rauskommen. Deshalb wäre es sinnvoll, über eine Öffnung zu sprechen.“

Was die Museen betrifft, so habe die SPD bei ihrem Antrag zur Neustrukturierung der historischen Museen eingebracht, dass Museumsarbeit in Zukunft partizipativer sein solle, sagt SPD-Kulturpolitikerin Gabi Dobusch. „Wir wünschen uns, dass sich die historischen Museen umsehen, in welchem Stadtteil sie sitzen und sich mit ihrem Programm der Bevölkerung öffnen. Es kann nicht sein, dass wir uns da an ein Bildungsbürgertum der alten Art wenden. Wenn wir wollen, dass die Museen lebendig bleiben und einen Nutzen darstellen für alle, dann müssen die Museen ihre Arbeit umorientieren.“

In der gegenwärtigen Praxis sind die großen Häuser noch weit entfernt davon, sich den Akteuren der Hamburger Interkultur-Szene zu öffnen. Judy Engelhard vom Interkulturellen Forum sagt: „Die Erfahrung von allen kleinen Kultureinrichtungen, die wir vertreten, ist, dass die kleinen Theater keine Berührungsängste mit uns haben. Die öffnen die Türen und haben Vertrauen. Die großen Häuser nicht. Da ist es sehr schwierig.“ Grünen-Politikerin Christa Goetsch will zukünftig die Höhe der Subventionen an die Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung knüpfen: „Da bin ich gespannt, was das für eine Diskussion gibt. Aber es ist die einzige Chance.“ Unmittelbar bevor steht diese Diskussion in Hamburg nicht. Der Haushalt ist verabschiedet und die SPD regiert mit absoluter Mehrheit. In der Kulturbehörde will man natürlich noch mehr Kultureinrichtungen für eine interkulturelle Arbeitsweise gewinnen, setzt dabei aber auf Gespräche und nicht auf Drohungen. „Mit Druck werden wir hier glaube ich wenig erreichen“, sagt Referentin Anja Turner.

Ein weiteres, womöglich noch anspruchsvolleres Vorhaben wäre es, die Förderung der interkulturellen Kulturprojekte nicht allein innerhalb des Kulturretats zu besorgen, sondern als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu begreifen und Fördergelder auch bei benachbarten Behörden anzufragen – einschlägig wären hier beispielsweise die Behörden für Bildung, Soziales und Integration. Schon jetzt gibt es Überschneidungen bei der Förderung kleinerer Projekte. Aus Sicht von Judy Engelhard kann es an diesem Punkt weiter gehen: Es sei wünschenswert, dass man die Förderung „interdisziplinär verhandelt und nicht nur immer die Kulturbehörde die Förderung übernehmen muss“. Ein ressortübergreifendes Ziel ist das der Integration, die durch interkulturelle Kulturarbeit geleistet wird. Außerdem sei „die interkulturelle Kultur wichtig, weil sie Vermittler ist, auf allen Ebenen“, sagt Engelhard.

Wenn alles gut läuft, wird sich das Thema interkulturelle Kulturarbeit im Lauf der Zeit von selbst erledigt haben. „Wahrscheinlich wird es sich ähnlich wie mit der Frauenförderung der 1980er Jahre verhalten, als man noch explizit weibliche Künstlerinnen gefördert hat“, sagt Anja Turner. „Heute fragt niemand mehr nach dieser Sonderbehandlung. Es ist selbstverständlich akzeptiert, dass Frauen wie Männer Kunst- und Kulturprojekte initiieren. Um eine ähnliche Normalität in Fragen der kulturellen Herkunft zu erreichen, müssen wir wohl noch etwas nachhelfen, aber wir sind auf einem guten Weg.“



Julia-Niharika Sen (l.) im Gespräch mit Graziella Schazad (r.)

Hamburger Teegespräche

Die Hamburger Teegespräche fanden als neues Format erstmalig auf dem 4. Bundesfachkongress in Hamburg statt. Die Moderatorin **Julia-Niharika Sen** (Moderatorin und Journalistin beim Norddeutschen Rundfunk) lud vier bekannte Persönlichkeiten jeweils zu einer Tasse Tee und einem Gespräch ein, bei dem die Gäste persönliche Einblicke in ihre Erfahrungen von Interkultur während des Aufwachsens, des Arbeitslebens und des Ruhestands in Deutschland gewährten.

Graziella Schazad ist eine in Berlin geborene erfolgreiche Sängerin, Songschreiberin und virtuose Musikerin. Ihre Mutter ist Deutsch-Polin und ihr Vater kam mit 17 Jahren aus Afghanistan nach Deutschland. Die kulturellen Unterschiede der Eltern spiegeln sich in einem widersprüchlichen Erziehungsstil wider, unter dem Schazad in ihrer Jugend litt. Heute zieht sie aus dieser Erfahrung künstlerische Inspiration und nutzt das weitgespannte und dennoch enge Familiennetz, um sich auf ihren vielzähligen Auslandsaufenthalten wie momentan in New York zu Hause zu fühlen. Kommunikation und Verständnis sieht sie als Schlüssel zum Erfolg interkultureller Begegnung an.

Der in Bosnien und Herzegowina geborene Schauspieler und Regisseur **Branko Šimić** kam im Alter von 19 Jahren als Kriegsflüchtling nach Hamburg, wo er seitdem erfolgreiche Theaterprojekte leitet. Theater ist für ihn das geeignete Medium, um gesellschaftliche Konflikte und Problemlagen zu reflektieren und auf ihre persönliche, oft tabuisierte Dimension hin zu hinterfragen. Mit diesem Ansatz engagiert sich Šimić in der Arbeit mit Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen wie Wilhelmsburg. Er ist dagegen, Interkultur und Integration als politische Themen zu problematisieren und interessengetriebenen Diskursen zu unterstellen. In seiner Heimat machte er die Erfahrung, wie eine als natürlich erlebte Multikulturalität und ihr enormes kreatives Potenzial politisch instrumentalisiert und in ihr Gegenteil verkehrt werden konnten.



Branko Šimić



Mable Preach



Hüseyin Yilmaz

Mable Preach arbeitet als Schauspielerin, Regisseurin und Choreografin in Hamburg. Nachdem ihre Eltern aus Ghana geflohen waren, wuchs Preach in den problematischen Bedingungen eines Asylbewerberheims auf. Die interethnischen Anfeindungen zwischen den Asylbewerbern erinnert Preach als besonders verstörende Kindheitserfahrung und machte sie zum Thema ihrer ersten Theaterstücke. Heute arbeitet sie mit Jugendlichen und gibt an sie die kraftspendende Erfahrung von Selbstverwirklichung und die Leidenschaft für Kunst und Theater weiter. Mit 24 Jahren fand sie zurück zu ihren Wurzeln der ghanaischen Kultur, die sie seitdem im wöchentlichen Gottesdienstbesuch aufrechterhält.

Hüseyin Yilmaz zog in den 1970ern aus der Türkei nach Deutschland, um in Hamburg zunächst Forstwirtschaft zu studieren und anschließend in der Abteilung für Integration des Deutschen Gewerkschaftsbunds zu arbeiten. Mit vielen Gastarbeitern teilte er die Erfahrung, entgegen einer geplanten Rückkehr in Deutschland geblieben und Heimat gefunden zu haben. Heute ist Yilmaz im Ruhestand weiterhin politisch aktiv und setzt sich vor allem für seine Generation der Zugewanderten ein. Als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Hamburg e.V. fordert er eine neue Willkommenskultur in Deutschland, die auch das Altern von Migrantinnen und Migranten einschließt. Er fordert mehr kulturspezifische Einrichtungen, da insbesondere demente Senioren auf Pflege in der Sprache und Kultur ihrer Heimat angewiesen sind.

Text von Marius Koniarczyk und Claudia Niemeyer

Zusammenfassung: Kulturelles Rahmenprogramm

Judy Engelhard / Philomène Heller / Behnaz Vassighi

Die Tatsache, dass der 4. Bundesfachkongress in Hamburg stattfand, sowie seine inhaltliche Gestaltung beruhen zu großen Teilen auf dem Engagement von Mitgliedern des Interkulturellen Forum Hamburg. Dieses entstand aus der Vernetzung von Akteuren der interkulturellen Szene, die die damalige Leiterin des Referats für interkulturelle Projekte der Kulturbehörde Hamburg, Inka Manthey, angeregt hatte. Das Forum dient dem Austausch wertvoller Informationen zwischen KünstlerInnen, OrganisatorInnen und Interessierten. Wir sind besonders stolz, mit dem 4. Bundesfachkongress ein bundesweit relevantes Projekt mitgetragen und sein kulturelles Rahmenprogramm gestaltet zu haben.

Mit dem kulturellen Rahmenprogramm wollten wir den Themen des Kongresses zu mehr öffentlicher Wahrnehmung verhelfen. Uns lag aber auch am Herzen, die Vielfalt und Fülle interkultureller Kulturarbeit in Hamburg und ihre „Andersartigkeit“ sichtbar werden zu lassen. Die kulturelle sowie gesellschaftliche Bedeutung wird unserer Meinung nach viel zu wenig von der Kulturpolitik Hamburgs anerkannt und gefördert. Nicht nur auf der künstlerischen, sondern auch auf der organisatorischen Ebene bezogen wir Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund ein und wollten damit eine Vorbildfunktion erfüllen.

Als Resultat entstand ein kulturelles Rahmenprogramm, das einmalig für den Bundesfachkongress war: Die feierliche Eröffnung des 13. interkulturellen Festivals eigenarten fand im Rahmen des ersten Kongresstages auf Kampnagel statt (s. S. 21). Daneben stellten wir ein umfangreiches Programm zusammen, das mit Beiträgen aus den Bereichen Politik, Musik, Film, Theater, Poetry sowie einer Ausstellung zur Unterhaltung und zum Nachdenken anregen sollte und entwickelten ein neues Präsentationsformat eigens für den Kongress: den „intercultural showroom“. Für die Organisation, Umsetzung und teilweise auch Konzeption des Programms am Donnerstag und Freitag waren die Mitglieder des Interkulturellen Forums Behnaz Vassighi und Philomène Heller verantwortlich.

Kulturprogramm am Donnerstag

Den Organisatoren des Kulturprogramms war es wichtig, Hamburgs reiche interkulturelle Szene, die sich in allen Künsten widerspiegelt, angemessen zu präsentieren. Mit einer Ausstellung, einem Film und dem Programmpunkt „meet an artist“ holten sie einen Ausschnitt der interkulturellen Szene in die Räume des Bürgerhauses Wilhelmsburg. Die Ausstellung zeigte Fotografien von Bina Engel. Engel portraitierte starke, innovative und kreative Frauen der interkulturellen Szene, die als Veranstalterinnen und Künstlerinnen in Hamburg tätig sind. In Kooperation mit Thomas „el gaba“ Schulz (street smart visual) von Zwischenräume TV ist ein 45-minütiger Film entstanden, der von Forumsmitgliedern organisierte Projekte und Festivals wie dem Afrikafestival Alafia, eigenarten, das Internationale Frauenfestival und Stamp dokumentiert. Der Film würdigt auch die Arbeit von Veranstaltungszentren wie dem Kulturladen St. Georg und von forumsunabhängigen KünstlerInnen wie Ali Shibly und Stella Jürgensen. Das Format „meet an artist“ gab den BesucherInnen des Kongresses die Gelegenheit, lo-

kale OrganisatorInnen und KünstlerInnen persönlich kennenzulernen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. So konnten Kontakte geknüpft und wertvolle Erfahrungen ausgetauscht werden.

intercultural showroom

Der intercultural showroom startete am Freitagnachmittag in den Räumen des Kulturvereins. Obwohl bereits zweieinhalb gut gefüllte Kongresstage hinter uns lagen, konnten wir uns eines großen Publikumsinteresses erfreuen.

Den Rahmen bildete die Ausstellung „Grenzenlose Liebe“ von Maria Xerisoti, die 30 interkulturelle Paare Hamburgs der unterschiedlichsten Konstellationen wie Iranisch-Kolumbianisch oder Deutsch-Japanisch abbildete. Obwohl interkulturelle Paare in Hamburg keine Seltenheit sind, faszinierten die Portraits dennoch durch die Einzigartigkeit. Das Programm begann mit einer Politikerrunde zum Thema Interkulturelle Visionen für Hamburg, an der Gabi Dobusch (SPD), Christa Goetsch (Bündnis 90/die Grünen), Andreas C. Wankum (CDU), Cansu Ozdemir (die Linke), Katja Suding (FDP) und Judy Engelhard (Vertreterin des Interkulturellen Forums) unter der Moderation von Klaus Irler (taz) teilnahmen. Wie sehr uns zunächst die schnellen Zusagen aller beteiligten KulturvertreterInnen aus der Bürgerschaft gefreut hatten, so enttäuscht waren wir über ihr nicht vorhandenes Wissen über die interkulturelle Kulturszene und ihre Arbeit. Wir nehmen jedoch ihre signalisierte Bereitschaft ernst, die Forderungen des Kongresses in der Bürgerschaft zu vertreten und uns als wichtige PartnerInnen auf dem Weg in eine transkulturelle Gesellschaft zusehen.

Den Übergang von Politik zur Kultur meisterten Natalie und Nathalie grandios. Das interkulturelle Musik-Duo konnte bereits nach wenigen Minuten das bunt zusammengesetzte Publikum von sich überzeugen. Die russische Natalie spielte am Akkordeon und Klavier, zu der die überaus charmante französische Nathalie sang. Mit viel Hingabe und Tiefgang erfanden sie traditionelle Lieder neu und begeisterten mit Stücken aus eigener Feder.

Mit der Film-Performance „Show and Tell: Mein Leben großes Kino“ begaben wir uns dann in die real fiktive, mit ein wenig „Horror“ gespickte Welt von Wilhelmsburger Jugendlichen. Unter der Regie von Katharina Oberlik erkundete die Gruppe InnerRise aus Hamburg-Wilhelmsburg Alltag und Wahnsinn im Leben von fünf Jugendlichen. Wie bei einem Krimi stockte auch so Manchen im Publikum der Atem.

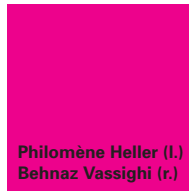
Es folgte ein Ausschnitt aus dem Theater Projekt Le Chantier (Die Baustelle). Der vietnamesische Theatermacher Dan Thy Nguyen beschäftigte sich in diesem Stück mit den virulenten und latenten, sozialen und politischen „Baustellen“ der Bundesrepublik. Das Bauen ist ein bündelnder und aufbauender Prozess. Es kann als Sinnbild für das synergetische und nachhaltige Zusammenwirken von Kulturen verstanden werden. „Le Chantier - Afrikawerkstatt“ ist eine Initiative afrikanischer und deutscher Akademiker aus verschiedenen Städten Deutschlands, die die interkulturelle Kreativität und Bildung in Hamburg fördern möchte.

Wir schlossen unser Programm mit einer Poetry-Perfo-

mance von David Friedrich ab. Er war der einzige Künstler ohne Migrationshintergrund, auch wenn er das anders sieht: „Wenn man in Bayern geboren ist muss man sich auch erst mal integrieren.“ Der Student des Islamwissenschaften hatte das Publikum während seines 30-minütigen Programms fest im Griff. Auf beeindruckende und unterhaltsame Weise handelte er die zentralen Punkte des Kongresses poetisch ab und nahm dabei kein Blatt vor den Mund. Mit Leichtigkeit und dem gewissen Etwas spannte er den Bogen zwischen deutschen Vorurteilen und Klischees, dem Islam und einer Kritik an solch einem Kongress selbst: "Wir Deutschen können immer so toll über alles reden und diskutieren. Wir organisieren einen ganzen Kongress zum Thema Integration und Interkultur, aber ändern nichts!" Sein

Appell, Offenheit und Toleranz selbst zu zeigen anstatt diese nur einseitig zu fordern, verdiente den Applaus, der das Ende seiner Performance und damit des showrooms würdigte.

Verfasst von Judy Engelhard und Behnaz Vassighi, überarbeitet von Claudia Niemeyer



Philomène Heller (l.)
Behnaz Vassighi (r.)

Zusammenfassung des Bundesfachkongresses

Prof. Dr. Mohamed Turki / Philosoph

„Wir wollten Arbeitskräfte, aber es kamen Menschen“

Mit diesem Spruch von Max Frisch möchte ich in Erinnerung rufen, wie die sog. „Gastarbeiter“, „Migranten“, „Ausländer“ Anfang der 60er Jahre nach Deutschland gekommen sind. Es waren Menschen mit ihrem Glauben, ihren Weltanschauungen, ihren Riten, ihren Essgewohnheiten, ihrer Musik und ihren Geschichten, also mit allem, was man Kultur nennt, aber auch mit ihren Sehnsüchten und Hoffnungen, und nicht zuletzt mit einem Stück Menschlichkeit oder Humanität, die sie mit ihren Gastgebern teilten. Doch sie wurden hier wie in Frankreich und anderswo zunächst bloß als Arbeitskräfte oder besser als „Gast“-Arbeiter wahrgenommen, die dann irgendwann in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Ihr Status war eher derjenige einer Duldung, solange die Wirtschaft sie benötigte. An den Menschen und die Menschlichkeit, die im Arbeiter steckten, hat man weder Zeit noch Gedanken verloren.

Nun aber haben sich mit der Zeit diese Gastarbeiter, die zunächst genau wie ihre Arbeitgeber gedacht hatten, sie würden irgendwann doch in ihre Heimat zurückkehren, niedergelassen. Sie wollten ihr Glück nicht mehr unbedingt in der alten Heimat suchen. Sie haben hier inzwischen mit ihrer Kultur und Religion, mit ihren Kindern in der dritten und vierten Generation natürlich längst Wurzeln geschlagen. Diese Situation schuf zwar Spannungen, aber auch einen fruchtbaren Austausch, der eine kulturelle Vielfalt hervorbrachte, die es vor vierzig Jahren nicht gab.

Diese kulturelle Vielfalt steht zum dritten Mal in Folge im Mittelpunkt des Bundesfachkongresses Interkultur. Während in den zwei vorherigen Kongressen in Nürnberg 2008 und Bochum 2010 die realen Formen der Partizipation bzw. die Teilhabe am kulturellen Prozess und die Perspektiven der Kultur innerhalb der Gesellschaft thematisiert wurden, stehen diesmal in Hamburg eher Themen auf der Tagesordnung, die eine Art Verbindung zwischen drei Elementen bilden, nämlich: Realitäten, Konzepte und Visionen. Es handelt sich also um Themen, die reale Gegebenheiten widerspiegeln und sie konzeptuell erfassen, aber nicht ohne nach neuen Visionen zu suchen, die der kulturellen Vielfalt Rechnung tragen. Mit anderen Worten, es werden hier Fragen von umfassender Natur gestellt, die sowohl die Migranten

als auch die Deutschen bzw. die europäischen Gesellschaften betreffen, so z.B. die Frage, wie ein Zusammenleben zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen in einer globalisierten Welt möglich sein kann. Diese Verbindung schafft nun eine Relation zwischen dem Gegebenen und dem Möglichen bzw. dem Utopischen, das antizipiert werden könnte. Und sie manifestiert sich nicht nur theoretisch im Sinne der Behandlung sachlicher Zusammenhänge und Realitäten, sondern wird auch durch künstlerische Ausdrucksformen wie Lesungen, Theater und Musik vermittelt. Man hat den Eindruck, dieser vierte Bundesfachkongress hat eine Reife in der Auswahl und Problematisierung seiner Themen erreicht.

Bei der Entfaltung dieser Reife spielt sicherlich die Forderung nach einem Paradigmenwechsel im Rahmen der kulturellen Vielfalt eine Rolle. Dieser Wechsel ist vor allem erkenntnistheoretisch durch die jeweiligen sechs Fachforen gewährleistet, die ihre Arbeit bereits am zweiten Tag aufgenommen haben. Die Ergebnisse werden von den Sprechern dieser Foren vorgelegt. Vorher werde ich in einer Art Zusammenfassung meine eigenen Eindrücke über den Verlauf dieses Kongresses mitteilen. Der Bericht wird zwar aus einem philosophischen Blickwinkel versuchen, eine gewisse Bestandsaufnahme zu vermitteln, beansprucht jedoch keineswegs, fertige Schlussurteile zu präsentieren. Er bleibt weiterhin subjektiv behaftet und zielt lediglich auf eine Klärung mancher Begriffe, die bei diesem Kongress zur Sprache gekommen sind. Ferner soll er als Hilfsmittel zur kritischen Anschauung dessen fungieren, was hier im Ergebnis als relevant erscheint.

Realitäten

Folgt man den Leitlinien des Bundesfachkongresses aus der Nähe, dann stellt man fest, dass man es hier mit drei Begriffen zu tun hat, die das Ganze umspannen: Realitäten, Konzepte, Visionen. Diese sind umrahmt von einem Haupttitel: „Diversity“, was Diversität mit der Stadt verbindet. Dabei wird auf einen großen Standort mit seiner Vielfalt hingedeutet. Die Begriffe weisen aber auch auf einen erkenntnistheoretischen Prozess hin, der sich dialektisch vollzieht. Dieser geht zuerst von bestimmten Realitäten kultureller Vielfalt aus, beschreibt deren Eigenart und Diversität, zeichnet aber

zugleich ihre Grenzen im Spannungsfeld von ethnischer, nationaler und religiöser Identität nach. Das konnte man sowohl beim Vortrag von Naika Foroutan über „Neue Narrative für ein neues Deutschland“ wie auch bei den Gesprächsrunden zur Lage der jüngeren Generation von Migranten verfolgen. Dabei wurde eine Beschreibung der realen Situation detailliert vorgelegt, welche die Komplexität der im Kontext wirkenden Faktoren deutlich zum Ausdruck bringt. Das Überraschende dabei ist die Kluft zwischen den Fakten, die durch statistische Daten belegt sind und eine positive Entwicklung der Integration vorweisen, und den negativen Berichten über diesen Prozess. Die Gründe für diese Diskrepanz wirken unverständlich. Ob es sich um ethnische und Identitätskonflikte, Bildungsdefizite oder allein um gesellschaftlich-politische Versäumnisse handelte, lässt sich nicht sofort mit genauer Sicherheit belegen. Das Spektrum der Motive ist sehr breit gefächert. Dennoch hilft in diesem Fall eine Diagnose, um die genannten Realitäten näher zu erfassen, damit sie in Zukunft verbessert werden können. Immerhin scheint dieser Kongress nicht bei der Feststellung der Defizite einer verfehlten Kultur- und Integrationspolitik stehen zu bleiben. Die Tatsache, dass man über die Potentiale und Chancen der Migranten spricht, öffnet zweifellos neue Perspektiven, die sowohl politökonomisch als auch kulturell wahrgenommen und genutzt werden können. Dies ist meines Erachtens der beste Weg für einen Paradigmenwechsel in der Gesamtpolitik. Denn so werden die Migranten nicht mehr als Problem und Belastung gesehen, sondern vielmehr als Chance bzw. als potentielle Möglichkeit für eine neue und umfassende Gestaltung der Gesellschafts- und Kulturpolitik, sei es in der Bildung, der Integration, im Städtebau oder in der Architektur, was hier als Diversitäts-Management bezeichnet wird.

Es fragt sich jedoch, wie die bisherigen Defizite einer kulturellen Diversitätspolitik behoben und überwunden werden können angesichts einer immer stärker einschränkenden Finanz- und Kulturpolitik. Läuft man nicht Gefahr, in Zeiten der Krisen zu einem engen Nationalismus zurückzukehren, der solche Neuerungsprozesse blockiert oder zunichte macht? Was sind dann die Bedingungen der Möglichkeit für einen interkulturell konstruktiven Wandel? Ist die Öffentlichkeit, einschließlich der Medien, überhaupt reif für eine solche Herausforderung oder müssen hier ebenfalls neue Ansätze erfunden werden?

All diese Fragen leiten zum zweiten Punkt über, der diese Realitäten zu reflektieren und transzendieren sucht, um sie auf den Begriff zu bringen.

Konzepte

In den Fachforen hat der Bundesfachkongress Interkultur verschiedene Konzepte und Strategien bearbeitet und eingehend diskutiert, die die wesentlichen Problemfelder erfassen. Dabei ging es zunächst um die Definition des Hauptkonzepts in diesem Paradigmenwechsel, nämlich des Diversity-Management.

Wenn man von einem neuen Umgang mit kultureller Diversität ausgeht, braucht man selbstverständlich eine andere Vorgehensweise, die es ermöglicht, auf die unterschiedlichen Herausforderungen der Gesellschaft zu reagieren. Das setzt wiederum einen Handlungsvorgang voraus, der von einem Management konzipiert und erarbeitet wird. Die Leis-

tung des Diversity-Management besteht also darin, alternative Modelle für die kulturelle Arbeit in ihrer Vielfalt zu entwickeln, die eine Umsetzung dieses Paradigmenwechsels fördern und realisierbar machen können. Deshalb wurden neben dem theoretischen Rahmen auch praktische Konzepte für Handlungsempfehlungen zur kulturellen Diversität ausgelotet und nach ihrer Anwendbarkeit gefragt. Infolge der Diskussion zeichnet sich ein mehrdimensionaler Diskurs ab, der das Programm des Diversity-Management aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Anhand der Analysen von bestimmten Konflikten und Situationen wie Ghettoisierung von ethnischen Gruppen, Jugendgewalt oder Diskriminierung von Frauen, konnten nicht nur die Ursachen für solche Konflikte wie Bildungsstand und soziales Umfeld offen gelegt werden, sondern es sind auch alternative Umgangsformen bei der Bewältigung dieser Situationen angesprochen und diskutiert worden. Kreativität und Stärkung von Kompetenzen bei den Migranten sollten bei der Wahrnehmung ihrer Realitäten und der Eindämmung von Spannungen oder Gewaltausbrüchen eine Rolle spielen. Mich hat in diesem Zusammenhang der Erfahrungsbericht von Olad Aden über seine Arbeit bei Gangway e.V. Berlin beeindruckt und tief bewegt, vor allem das Projekt zur Wiedereingliederung der Jugendlichen ins Schulsystem. Das Alternativ-Modell „Mein Streetcollege“, das der Jugend eine neue Chance bieten soll, scheint mir persönlich etwas revolutionär im Bildungssystem. Es wird sicherlich in der Geschichte der pädagogischen Reformen seinen Platz finden.

Dasselbe gilt auch für die Bekämpfung von kultureller Benachteiligung und Rassismus. Solange Provokationen rassistischer Art mit Gegengewalt konfrontiert werden, wird der Prozess der Verständigung nicht gelingen. Neue Strategien des interkulturellen Dialogs sollen anstelle der einfachen Reaktionen entwickelt werden, bei denen gezeigt werden kann, was Identität und Fremdheit für jeden Bürger bedeuten und wie man mit solchen Begriffen in der Schule und im Alltag umgehen kann. Hierzu würden die Netzwerke gegen Rassismus sicherlich eine wertvolle Arbeit leisten, da durch sie koordinierte Aktionen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung organisiert und über die neuen Medien der Kommunikation schneller verbreitet werden.

Es ist aber notwendig, dass mittels solcher Arbeit auch eine Entwicklung der Zivilgesellschaft verstärkt und ihr Einfluss über die Schule hinaus forciert wird. Gegenwärtig besteht zwar die Tendenz, zwischen dem Universalitätsanspruch im Sinne der Wahrung der Menschenrechte bzw. dem Engagement für die offene Gesellschaft und dem Rückbezug auf partikuläre Wertvorstellungen hin- und herzupendeln, denn das Spannungsverhältnis zwischen beiden Richtungen führt zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und der in ihr aktiven Akteure. Dennoch müssen die Migrantenorganisationen auch einsehen, dass der Kulturrelativismus an eine gewisse Grenze stößt. Die Bedingungen für ein Zusammenleben implizieren notwendigerweise eine Öffnung in Richtung der Anderen und sie erfordern eine gegenseitige Anerkennung und Achtung. Darauf soll sich die Arbeit der Migrantenorganisationen besonders konzentrieren. Ausgehend von dieser Voraussetzung lässt sich wiederum der Horizont für eine andere Wahrnehmung des Anderen und des

Selbst besser erschließen. Hier könnten die Anregungen für ein Nachdenken über ein anderes Modell im Umgang mit dem Anderen zur Sprache kommen, welches nicht mehr auf den Ausschluss setzt, sondern vielmehr auf Inklusion im Sinne einer „Wir-Gemeinschaft“ hinsteuert. Die Impulse für eine solche Auseinandersetzung mit diesem Thema dürfen natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Aufgabe sehr problematisch ist und von vielen Hindernissen begleitet wird. Das haben wir schon beim Gespräch mit Navid Kermani spüren können.

Doch das Konzept für eine „Wir-Gemeinschaft“ bzw. „Wir-Identität“ ist philosophisch nicht neu. Bereits vor dreißig Jahren hat Heinz Kimmerle diese Problematik aufgegriffen und versucht, die Grenzen der „Ich-Subjektivität“, die unser modernes Denken und Handeln seit mehr als vier Jahrhunderten bestimmt hat, zu überschreiten. Angesichts der immer mehr politökonomisch globalisierten Welt und der weltumspannenden Informationstechnik können wir eigentlich weder die nationalen noch die regionalen Grenzen weiter halten. Der Globalisierungsprozess hat außerdem seinen Einfluss auf unser Bewusstsein und unser Handeln ausgedehnt, sodass wir heute von einem globalen Dorf sprechen, in dem viele Akteure agieren und miteinander verbunden sind.

Diese Faktoren zwingen uns heute mehr denn je über die Alternative eines „Wir-Bewusstseins“ zu reflektieren, das unsere Identität weder vom Ego noch von einer ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit herleitet, sondern umgekehrt von der Gemeinsamkeit und Solidarität der Menschen als Einwohner dieser ökologisch bedrohten Erde schöpft. Denn wir sitzen alle im selben Boot und müssen deshalb unser Zusammenleben neu überdenken und gemeinsam gestalten. In diesem Rahmen können auch die Perspektiven für die Interkulturalität neu bewertet werden, da die Prägungen durch soziale Herkunft, Ethnizität, Geschlecht oder Religion auch anders erfasst und innerhalb eines inter- und transkulturellen Diskurses eingebettet und interpretiert werden können. Von da aus wird der Andere nicht mehr als Fremder, sondern als ein Spiegelbild des Selbst gesehen, das man in seinem Antlitz wieder findet, wie es Emmanuel Levinas treffend formuliert hat. So könnte die gegenwärtige Zerrissenheit zwischen der Ich-Identität und der Wir-Identität überwunden werden und stattdessen eine Wir-Gemeinschaft in der Diversität gemeinsam geschaffen werden.

Visionen

Gestern hat Christoph Wulf uns daran erinnert, was für Ziele die Konvention der UNESCO über die Vielfalt der Kulturen verfolgt und wie wir sie erreichen werden, und zwar durch

- die Unterstützung der Kulturschaffenden in Deutschland und aus den Entwicklungsländern,
- die Sensibilisierung der Parlamentarier zur Förderung der kulturellen Vielfalt,
- die Einbindung der Zivilgesellschaft in das Programm einer nachhaltigen Entwicklung der Kultur und
- die Förderung des Austausches von Künstlern weltweit usw.

Manche dieser Ziele sind auf dem Weg der Realisierung, wenn man seinem Bericht Glauben schenkt und die dargebotenen Vorstellungen und Performances während des

Kongresses mit einschließt. Auch in den Foren wurden Strategien zur Vielfalt der Kulturen entwickelt, Kriterien für ganzheitliches Diversity-Management ausgebreitet und Visionen im Sinne der Nützlichkeit und Effektivität der Wertschöpfung entworfen, die sicherlich eine nachhaltige Auswirkung haben werden.

Aber was ich dennoch vermisst habe, ist eigentlich die Berücksichtigung der Dimension der Humanität bzw. der Menschlichkeit, die diesen Prozess begleiten sollte, aber nicht genügend beachtet wurde. Egal wie vielfältig die Kulturen sind, drücken sie dennoch einen grundlegenden Aspekt von Humanität aus, der uns direkt anspricht und tief berührt. Das ist, was damals auch die Gastarbeiter mitgebracht haben, aber leider außer Acht gelassen wurde. Man hat bei ihnen weniger den Menschen und mehr die Arbeitskraft gesehen. Das ist nicht verwunderlich, denn genau in derselben Zeit wurde der Humanismus philosophisch für tot erklärt: Der Mensch im postmodernen Zeitalter wurde auf eine Struktur bzw. einen Code reduziert, der heute zum Alltag gehört.

Allerdings haben uns Kriege und Naturkatastrophen in den letzten Jahrzehnten etwas wachgerüttelt und unserer Existenz bewusst gemacht. Erst dadurch fühlten wir uns herausgefordert und haben einen forschenden Blick auf unsere Mitmenschen und ihr Umfeld geworfen. Interkulturalität ist nun zum zentralen Begriff unserer Zeit geworden. Damit es nicht in Vergessenheit gerät, würde ich anregen, das Thema der Humanität im Zusammenhang mit der Entfaltung der Interkulturalität beim kommenden Bundesfachkongress zur Sprache bringen zu lassen, denn ohne die Auseinandersetzung mit dieser wichtigen Qualität unseres Menschseins werden viele Ansätze unserer Arbeit bei der Interkultur leer bzw. sinnlos bleiben. Da ich aber optimistisch eingestellt bin und vom Prinzip Hoffnung geleitet werde, denke ich, dass dieser Vorschlag auch Ihre Zustimmung erhält.



Prof. Dr. Mohamed Turki

Impressum

Herausgeber:

Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Redaktion:

Marius Koniarczyk, Claudia Niemeyer,
Natascha Tomchuk, Anja Turner

Lektorat: Johannes Freudewald

Grafik design: kontext kulturproduktionen

Fotos: mit Ausnahme Abbildungen Artikel Brandes: Silke Goes (sofern nicht anders gekennzeichnet)

Druck: dynamic druck Hamburg

Auflage: 1. Auflage 2014

Bezugsquellen: Forum der Kulturen Stuttgart e.V.
Kulturbehörde Hamburg, Referat für Interkulturelle Projekte

www.bundesfachkongress-interkultur-2012.de

DIVERCITY

Realitäten_Konzepte_Visionen

Bundesfachkongress Interkultur 2012

Veranstalter

Initiativkreis Bundesweiter
Ratschlag Kulturelle Vielfalt



W3 – WERKSTATT
FÜR INTERNATIONALE
KULTUR UND POLITIK

interkulturelles forum
hamburg

Förderpartner



Hamburg

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



TOLERANZ FÖRDERN
KOMPETENZ STÄRKEN

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



ZEIT-Stiftung
Ebelin und Gerd
Bucerius

Sparda-Bank
freundlich & fair



ALFRED
TOEPFER
STIFTUNG
F.V.S.

Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur

Planung und Umsetzung

kontext
kulturproduktionen

Kooperationspartner



in Kooperation mit der
Deutschen UNESCO-Kommission e.V.



IBA_HAMBURG

THALIA



Kulturpolitische Gesellschaft e.V.



Evangelische Akademie
Villigst

im Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

Junges Schauspielhaus.

[k]KAMPNAGEL
KAMPNAGEL.DE

eigenarten
interkulturelles Festival Hamburg